Ed. Bernstein

Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie

„Und deshalb war die Zehnstundenbill nicht blos ein grosser praktischer Erfolg, sie war der Sieg eines Prinzips."

Karl Marx, Inaugural-Adresse der „Internationale"

Stuttgart 1899
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf.
(G. m. b. H.)

Die
Voraussetzungen des Sozialismus
und die
Aufgaben der Sozialdemokratie

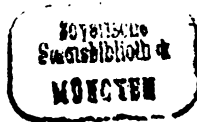
Von

Ed. Bernstein

„Und deshalb war die Zehnstundenbill nicht blos ein großer praktischer Erfolg, sie war der Sieg eines Prinzips."

Karl Marx,
Inaugural-Adresse der „Internationale".

Stuttgart
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.)
1899



Druck von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.) in Stuttgart.

Inhalts-Verzeichniß.

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit ist im Wesentlichen der Begründung von Anschauungen gewidmet, die der Unterzeichnete in einer Zuschrift an den vom 3. bis 8. Oktober 1898 in Stuttgart versammelten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie entwickelt hat.

Diese Zuschrift lautete:

„Die in der Serie ‚Probleme des Sozialismus' von mir niedergelegten Ansichten sind neuerdings in sozialistischen Blättern und Versammlungen zur Erörterung gelangt und es ist die Forderung ausgesprochen worden, daß der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu ihnen Stellung nehmen solle. Für den Fall, daß dies geschieht und der Parteitag auf die Forderung eingeht, sehe ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt.

Das Votum einer Versammlung, und steht sie noch so hoch, kann mich selbstverständlich in meinen, aus der Prüfung der sozialen Erscheinungen gewonnenen Anschauungen nicht irre machen. Was ich in der ‚Neuen Zeit' geschrieben habe, ist der Ausdruck meiner Ueberzeugung, von der ich in keinem wesentlichen Punkte abzugehen mich veranlaßt sehe.

Aber es ist ebenso selbstverständlich, daß ein Votum des Parteitags mir nichts weniger als gleichgiltig sein kann. Und darum wird man es begreifen, wenn ich vor allen Dingen das Bedürfniß fühle, mich gegen fälschliche Auslegung meiner Ausführungen und falsche Schlußfolgerungen aus ihnen zu verwahren. Verhindert, selbst auf dem Kongreß zu erscheinen, thue ich dies hiermit auf dem Wege schriftlicher Mittheilung.

Es ist von gewisser Seite behauptet worden, die praktische Folgerung aus meinen Aufsätzen sei der Verzicht auf die Eroberung der politischen Macht durch das politisch und wirthschaftlich organisirte Proletariat.

Das ist eine ganz willkürliche Folgerung, deren Richtigkeit ich entschieden bestreite.

Ich bin der Anschauung entgegengetreten, daß wir vor einem in Bälde zu erwartenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft stehen und daß die Sozialdemokratie ihre Taktik durch die Aussicht auf eine solche bevorstehende große soziale Katastrophe bestimmen, beziehungsweise von ihr abhängig machen soll. Das halte ich in vollem Umfange aufrecht.

Die Anhänger dieser Katastrophentheorie stützen sich im Wesentlichen auf die Ausführungen des ‚Kommunistischen Manifestes'. In jeder Hinsicht mit Unrecht.

Die Prognose, welche das ‚Kommunistische Manifest' der Entwicklung der modernen Gesellschaft stellt, war richtig, soweit sie die allgemeinen Tendenzen dieser Entwicklung kennzeichnete. Sie irrte aber in verschiedenen speziellen Folgerungen, vor Allem in der Abschätzung der Zeit, welche die Entwicklung in Anspruch nehmen würde. Letzteres ist von Friedrich Engels, dem Mitverfasser des ‚Mani-

festes', im Vorwort zu den ‚Klassenkämpfen in Frankreich' rückhaltslos anerkannt worden. Es liegt aber auf der Hand, daß, indem die wirthschaftliche Entwicklung eine weit größere Spanne Zeit in Anspruch nahm als vorausgesetzt wurde, sie auch Formen annehmen, zu Gestaltungen führen mußte, die im ‚Kommunistischen Manifest' nicht vorausgesehen wurden und nicht vorausgesehen werden konnten.

Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat sich nicht in der Weise vollzogen, wie sie das ‚Manifest' schildert. Es ist nicht nur nutzlos, es ist auch die größte Thorheit, sich dies zu verheimlichen. Die Zahl der Besitzenden ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichthums wird nicht von einer zusammenschrumpfenden Zahl von Kapitalmagnaten, sondern von einer wachsenden Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet. Die Mittelschichten ändern ihren Charakter, aber sie verschwinden nicht aus der gesellschaftlichen Stufenleiter.

Die Konzentrirung der Produktion vollzieht sich in der Industrie auch heute noch nicht durchgängig mit gleicher Kraft und Geschwindigkeit. In einer großen Anzahl Produktionszweige rechtfertigt sie zwar alle Vorhersagungen der sozialistischen Kritik, in anderen Zweigen bleibt sie jedoch noch heute hinter ihnen zurück. Noch langsamer geht der Prozeß der Konzentration in der Landwirthschaft vor sich. Die Gewerbestatistik weist eine außerordentlich abgestufte Gliederung der Betriebe auf; keine Größenklasse macht Anstalt, aus ihr zu verschwinden. Die bedeutsamen Veränderungen in der inneren Struktur der Betriebe und ihren gegenseitigen Beziehungen kann über diese Thatsache nicht hinwegtäuschen.

Politisch sehen wir das Privilegium der kapitalistischen Bourgeoisie in allen vorgeschrittenen Ländern Schritt für Schritt demokratischen Einrichtungen weichen. Unter dem Einfluß dieser und getrieben von der sich immer kräftiger regenden Arbeiterbewegung hat eine gesellschaftliche Gegenaktion gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals eingesetzt, die zwar heute noch sehr zaghaft und tastend vorgeht, aber doch da ist und immer mehr Gebiete des Wirthschaftslebens ihrem Einfluß unterzieht. Fabrikgesetzgebung, die Demokratisirung der Gemeindeverwaltungen und die Erweiterung ihres Arbeitsgebiets, die Befreiung des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens von allen gesetzlichen Hemmungen, Berücksichtigung der Arbeiterorganisationen bei allen von öffentlichen Behörden vergebenden Arbeiten kennzeichnen diese Stufe der Entwicklung. Daß in Deutschland man noch daran denken kann, die Gewerkschaften zu knebeln, kennzeichnet nicht den Höhegrad, sondern die Rückständigkeit seiner politischen Entwicklung.

Je mehr aber die politischen Einrichtungen der modernen Nationen demokratisirt werden, umsomehr verringern sich die Nothwendigkeiten und Gelegenheiten großer politischer Katastrophen. Wer an der Theorie der Katastrophen festhält, muß die hier gezeichnete Entwicklung nach Möglichkeit bekämpfen und zu hemmen suchen, wie das die konsequenten Verfechter dieser Theorie übrigens früher auch gethan haben. Heißt aber die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat blos die Eroberung dieser Macht durch eine politische Katastrophe? Heißt es die ausschließliche Besitzergreifung und Benutzung der Staatsmacht durch das Proletariat gegen die ganze nichtproletarische Welt?

Wer das bejaht, der sei hier an zweierlei erinnert. 1872 erklärten Marx und Engels im Vorwort zur Neuauflage des ‚Kommunistischen Manifestes', die Pariser Kommune habe namentlich den Beweis geliefert, daß ‚die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigene Zwecke in Bewegung setzen kann'. Und 1895 hat Friedrich Engels im Vorwort zu den ‚Klassenkämpfen' ausführlich dargelegt, daß die Zeit der politischen Ueberrumpelungen, der von ‚kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen' heute vorbei sei, daß ein Zusammenstoß auf großem Maßstabe mit dem Militär das Mittel wäre, das stetige Wachsthum der

Sozialdemokratie *aufzuhalten* und selbst für eine Weile *zurückzuwerfen*, — kurz, daß die Sozialdemokratie ‚*weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz*‘ gedeiht. Und er bezeichnet demgemäß als die nächste Aufgabe der Partei, ‚das Wachsthum ihrer Stimmen ununterbrochen in Gang zu halten‘ — beziehungsweise ‚*langsame Propaganda der parlamentarischen Thätigkeit*‘.

So Engels, der, wie seine Zahlenbeispiele zeigen, bei alledem die Schnelligkeit des Entwicklungsgangs immer noch etwas überschätzte. Wird man ihm nachsagen, er habe auf die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse verzichtet, weil er es vermieden sehen wollte, daß das durch die gesetzliche Propaganda gesicherte stetige Wachsthum der Sozialdemokratie durch eine politische Katastrophe unterbrochen werde?

Wenn nicht, wenn man seine Ausführungen unterschreibt, dann wird man auch vernünftigerweise daran keinen Anstoß nehmen können, wenn erklärt wird, was die Sozialdemokratie noch auf lange hinaus zu thun habe, sei, statt auf den großen Zusammenbruch zu spekuliren, ‚die Arbeiterklasse politisch zu organisiren und zur Demokratie auszubilden, und für alle Reformen im Staate zu kämpfen, welche geeignet sind, die Arbeiterklasse zu heben und das Staatswesen im Sinne der Demokratie umzugestalten‘.

Das ist es, was ich in meinem angefochtenen Artikel gesagt habe und was ich auch jetzt noch seiner vollen Tragweite nach aufrecht erhalte. Für die vorliegende Frage läuft es auf das Gleiche hinaus wie die Engelsschen Sätze, denn die Demokratie heißt *jedesmal soviel Herrschaft der Arbeiterklasse, als diese nach ihrer intellektuellen Reife und dem Höhegrad der wirthschaftlichen Entwicklung überhaupt auszuüben fähig ist.* Uebrigens beruft sich Engels an der angeführten Stelle auch noch ausdrücklich darauf, daß schon das ‚Kommunistische Manifest‘ ‚die Erkämpfung der Demokratie als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des streitbaren Proletariats proklamirt‘ habe.

Kurz, Engels ist so sehr von der Ueberlebtheit der auf die Katastrophen zugespitzten Taktik überzeugt, daß er auch für die romanischen Länder, wo die Tradition ihr viel günstiger ist als in Deutschland, eine *Revision von ihr hinweg* für geboten hält. ‚Haben sich die Bedingungen für den Völkerkrieg geändert, so nicht minder für den Klassenkampf‘, schreibt er. Hat man das schon vergessen?

Kein Mensch hat die Nothwendigkeit der Erkämpfung der Demokratie für die Arbeiterklasse in Frage gestellt. Worüber gestritten wurde, ist die Zusammenbruchstheorie und die Frage, ob bei der gegebenen wirthschaftlichen Entwicklung Deutschlands und dem Reifegrad seiner Arbeiterklasse in Stadt und Land der Sozialdemokratie an einer plötzlichen Katastrophe gelegen sein kann. Ich habe die Frage verneint und verneine sie noch, weil meines Erachtens im stetigen Vormarsch eine größere Gewähr für dauernden Erfolg liegt, wie in den Möglichkeiten, die eine Katastrophe bietet.

Und weil ich der festen Ueberzeugung bin, daß sich wichtige Epochen in der Entwicklung der Völker nicht überspringen lassen, darum lege ich auf die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie, auf den Kampf um das politische Recht der Arbeiter, auf die politische Bethätigung der Arbeiter in Stadt und Gemeinde für die Interessen ihrer Klasse, sowie auf das Werk der wirthschaftlichen Organisation der Arbeiter den allergrößten Werth. In diesem Sinne habe ich seiner Zeit den Satz niedergeschrieben, daß mir die Bewegung Alles, — das, was man *gemeinhin* Endziel des Sozialismus nenne, nichts sei, und in diesem Sinne unterschreibe ich ihn noch heute. Selbst wenn das Wort „gemeinhin“ nicht angezeigt hätte, daß der Satz nur bedingt zu verstehen war, lag es ja auf der Hand, daß er nicht Gleichgiltigkeit betreffs der endlichen Durchführung sozialistischer Grundsätze ausdrücken *konnte*, sondern nur Gleichgiltigkeit oder, vielleicht besser ausgedrückt,

Unbesorgtheit über das ‚Wie' der schließlichen Gestaltung der Dinge. Ich habe zu keiner Zeit ein über allgemeine Grundsätze hinausgehendes Interesse an der Zukunft gehabt, noch kein Zukunftsgemälde zu Ende lesen können. Den Aufgaben der Gegenwart und nächsten Zukunft gilt mein Sinnen und Trachten, und nur soweit sie mir die Richtschnur für das zweckmäßigste Handeln in dieser Hinsicht geben, beschäftigen mich die darüber hinausgehenden Perspektiven.

Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Expropriation der Kapitalisten sind an sich keine Endziele, sondern nur Mittel zur Durchführung bestimmter Ziele und Bestrebungen. Als solche sind sie Forderungen des Programms der Sozialdemokratie und von Niemand bestritten. Ueber die Umstände ihrer Durchführung läßt sich nichts voraussagen, es läßt sich nur für ihre Verwirklichung kämpfen. Zur Eroberung der politischen Macht aber gehören politische Rechte, und die wichtigste Frage der Taktik, welche die deutsche Sozialdemokratie zur Zeit zu lösen hat, scheint mir die nach dem besten Wege der Erweiterung der politischen und gewerblichen Rechte der deutschen Arbeiter zu sein. Ohne daß auf diese Frage eine befriedigende Antwort gefunden wird, würde die Betonung der anderen schließlich nur Deklamation sein."

An diese Erklärung knüpfte sich eine kurze Polemik zwischen mir und Karl Kautsky, in die auch, in der „Wiener Arbeiterzeitung", Viktor Adler eingriff. Sie veranlaßte mich zu einer zweiten, im „Vorwärts" vom 23. Oktober 1898 abgedruckten Erklärung, aus der hier die folgenden Stücke Aufnahme finden mögen:

„Von Karl Kautsky und Viktor Adler ist in ihren, vom „Vorwärts" abgedruckten Antworten auf meinen Artikel: „Eroberung der politischen Macht", die mir von ihnen früher schon brieflich kundgegebene Meinung ausgedrückt worden, daß eine zusammenfassende Darstellung meines in den „Problemen des Sozialismus" entwickelten Standpunkts in Buchform wünschenswerth sei. Ich habe mich bisher gegen den Rath dieser Freunde gesträubt, weil ich der Meinung war (der ich auch jetzt noch bin), daß die Tendenz dieser Artikel durchaus in der allgemeinen Entwicklungslinie der Sozialdemokratie liege. Da sie ihn indeß jetzt öffentlich wiederholt haben und auch von verschiedenen anderen Freunden der gleiche Wunsch geäußert worden ist, habe ich mich entschlossen, diesen Anregungen Folge zu geben und meine Auffassung von Ziel und Aufgaben der Sozialdemokratie in einer Schrift systematisch zu entwickeln. . . .

Adler und auch Andere haben daran Anstoß genommen, daß ich mit der Entwicklung demokratischer Einrichtungen eine Milderung der Klassenkämpfe in Aussicht stellte, und meinen, da sähe ich die Verhältnisse lediglich durch die englische Brille. Letzteres ist durchaus nicht der Fall. Selbst angenommen, daß der Satz: „das entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten das Bild der eigenen Zukunft", neuerdings seine Geltung eingebüßt hätte und alle Unterschiede zwischen der festländischen und der englischen Entwicklung, die ja auch mir nicht ganz unbekannt sind, voll berücksichtigt, so stützt meine Ansicht sich auf Erscheinungen auf dem Festlande, die man in der Hitze des Kampfes allenfalls zeitweise übersehen, die man aber nicht dauernd verkennen kann. Ueberall in vorgeschritteneren Ländern sehen wir den Klassenkampf mildere Formen annehmen, und es wäre ein wenig hoffnungsvoller Ausblick in die Zukunft, wenn es anders wäre. Selbstverständlich schließt der allgemeine Gang der Entwicklung periodische Rückfälle nicht aus, aber wenn man sich vergegenwärtigt, welche Stellung z. B. selbst in Deutschland ein wachsender Theil des bürgerlichen Publikums heute den Streiks gegenüber einnimmt, wie viele Streiks heute auch dort in ganz anderer, verständigerer Weise behandelt werden, wie noch vor zehn und zwanzig Jahren, so kann man doch nicht

bestreiten, daß hier ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Sagt das auch nicht — um mit Marx zu reden — „daß morgen Wunder geschehen werden", so zeigt es doch nach meinem Dafürhalten der sozialistischen Bewegung einen hoffnungsvolleren Weg als die Katastrophentheorie, und braucht weder der Begeisterung, noch der Energie ihrer Kämpfer Abbruch zu thun. Das wird mir Adler gewiß nicht bestreiten.

Es gab eine Zeit, wo die von mir ausgedrückte Auffassung auf keinen Widerspruch in der Partei gestoßen wäre. Wenn das heute anders ist, so sehe ich darin nur eine begreifliche Reaktion gegen gewisse Erscheinungen des Tages, die mit diesen Tageserscheinungen vergehen und der Rückkehr zu der Erkenntniß Platz machen wird, daß mit der Zunahme demokratischer Einrichtungen die humanere Auffassungsweise, die sich in unserem sonstigen sozialen Leben langsam aber stetig Bahn bricht, auch vor den bedeutsameren Klassenkämpfen nicht Halt machen kann, sondern für sie ebenfalls mildere Formen der Austragung schaffen wird. Wir setzen heute durch Stimmzettel, Demonstration und ähnliche Pressionsmittel Reformen durch, für die es vor hundert Jahren blutiger Revolutionen bedurft hätte.

London, den 20. Oktober 1898.

Im Sinne dieser Ausführungen ist die nachfolgende Arbeit verfaßt.

Ich bin mir durchaus dessen bewußt, daß sie in verschiedenen wichtigen Punkten von den Anschauungen abweicht, wie sie in der Theorie von Karl Marx und Friedrich Engels vertreten wurden — Männer, deren Schriften auf mein sozialistisches Denken den größten Einfluß ausgeübt haben, und von denen der Eine, Friedrich Engels, mich nicht nur bis zu seinem Tode seiner persönlichen Freundschaft gewürdigt, sondern mir auch in seinen letztwilligen Verfügungen über das Grab hinaus einen Beweis seines großen Vertrauens erwiesen hat. Diese Abweichung in der Auffassungsweise datirt freilich nicht erst seit Kurzem, sie ist das Produkt eines jahrelangen inneren Kampfes, von dem ich den Beweis in Händen habe, daß er Friedrich Engels kein Geheimniß war, wie ich denn überhaupt Engels entschieden dagegen verwahren muß, daß er so beschränkt gewesen wäre, von seinen Freunden bedingungsloses Unterschreiben seiner Ansichten zu verlangen. Immerhin wird man es nach dem Dargelegten verstehen, warum ich bisher nach Möglichkeit vermieden habe, der Darlegung meiner abweichenden Ansichten die Form einer Kritik der Marx-Engelsschen Lehre zu geben. Es ließ sich dies auch bisher um so leichter vermeiden, als in Bezug auf die praktischen Fragen, um die es sich dabei handelt, Marx und Engels selbst im Laufe der Zeit ihre Ansichten erheblich modifizirt haben.

Das ist jetzt anders geworden. Ich habe es nunmehr polemisch mit Sozialisten zu thun, die gleich mir aus der Marx-Engelsschen Schule hervorgegangen sind, und ihnen gegenüber bin ich genöthigt, wenn ich meine Ansichten vertreten will, auf die Punkte zu verweisen, wo mir die Marx-Engelssche Doktrin hauptsächlich zu irren oder sich in Widersprüchen zu bewegen scheint.

Ich bin dieser Aufgabe nicht ausgewichen, aber sie ist mir aus den angegebenen persönlichen Gründen nicht leicht geworden. Ich bekenne dies offen, damit der Leser in der zaghaften, schwerfälligen Form der ersten Kapitel

nicht Unsicherheit in der Sache suche. Was ich geschrieben, dazu stehe ich mit ganzer Entschiedenheit. Aber ich habe es nicht immer über mich bekommen, diejenige Form und diejenigen Argumente zu wählen, mittels deren meine Gedanken am schärfsten zum Ausdruck gelangt wären. In dieser Hinsicht bleibt meine Arbeit hinter manchen, von anderer Seite veröffentlichten Arbeiten über denselben Gegenstand sehr zurück. Einiges in den ersten Abschnitten Versäumte habe ich im Schlußkapitel nachgeholt. Ferner hat, da das Erscheinen der Schrift sich etwas verzögerte, das Kapitel über die Genossenschaften einige Zusätze erfahren, bei denen Wiederholungen nicht völlig vermieden werden konnten.

Im Uebrigen möge die Schrift für sich selbst sprechen. Ich bin nicht so naiv, zu erwarten, daß sie diejenigen sofort bekehren werde, die meinen vorhergegangenen Aufsätzen entgegengetreten sind, noch bin ich thöricht genug zu verlangen, daß diejenigen, die prinzipiell mit mir auf gleichem Standpunkt stehen, alles unterschreiben, was ich darin gesagt. In der That ist die bedenklichste Seite der Schrift, daß sie zuviel umfaßt. Sobald ich auf die Aufgaben der Gegenwart zu sprechen kam, mußte ich, wollte ich mich nicht auf das Schwimmen in Allgemeinheiten verlegen, in allerhand Einzelfragen eintreten, über die selbst unter sonst Gleichgesinnten Meinungsverschiedenheiten unvermeidlich sind. Und doch gebot mir die Oekonomie der Schrift, auch hier mich auf die Betonung einiger Hauptpunkte zu beschränken, mehr anzudeuten als zu beweisen. Indeß kommt es mir auch nicht darauf an, daß man mir in allen Einzelfragen zustimme. Woran mir liegt, was den Hauptzweck dieser Schrift bildet, ist, durch Bekämpfung der Reste utopistischer Denkweise in der sozialistischen Theorie das realistische wie das idealistische Element in der sozialistischen Bewegung gleichmäßig zu stärken.

London, im Januar 1899.

Ed. Bernstein.

Die Voraussetzungen des Sozialismus

und

die Aufgaben der Sozialdemokratie



Erstes Kapitel.

Die grundlegenden Sätze des marxistischen Sozialismus.

a) Die Wissenschaftselemente des Marxismus.

„Mit ihnen wurde der Sozialismus eine Wissenschaft, die es sich nun handelt, in allen ihren Einzelnheiten und Zusammenhängen weiter auszuarbeiten."
Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft."

Die deutsche Sozialdemokratie erkennt heute als die theoretische Grundlage ihres Wirkens die von Marx und Engels ausgearbeitete und von ihnen als wissenschaftlicher Sozialismus bezeichnete Gesellschaftslehre an. Das soll besagen, daß während die Sozialdemokratie als kämpfende Partei bestimmte Interessen und Tendenzen vertritt, für selbstgesetzte Ziele streitet, sie bei der Bestimmung dieser Ziele in letzter, entscheidender Linie einer Erkenntniß folgt, die eines objektiven, nur auf Erfahrung und Logik als Beweismaterial angewiesenen und mit ihnen übereinstimmenden Beweises fähig ist. Denn was eines solchen Beweises nicht fähig ist, ist nicht mehr Wissenschaft, sondern beruht auf subjektiven Eingebungen, auf bloßem Wollen oder Meinen.

Bei allen Wissenschaften kann man zwischen einer reinen und einer angewandten Lehre unterscheiden. Die erstere besteht aus Erkenntnißsätzen, die aus der Gesammtheit der einschlägigen Erfahrungen abgeleitet sind und daher als allgemeingiltig betrachtet werden. Sie bilden in der Theorie das beständige Element. Aus den Anwendungen dieser Sätze auf die Einzelerscheinungen oder die Einzelfälle der Praxis baut sich die angewandte Wissenschaft auf: die aus dieser Anwendung gewonnenen Erkenntnisse, die in Lehrsätze zusammengefaßt werden, sind Sätze der angewandten Wissenschaft. Sie bilden im Lehrgebäude das veränderliche Element.

Beständig und veränderlich sind indeß hier nur bedingt zu verstehen. Auch die Sätze der reinen Wissenschaft sind Veränderungen unterworfen, die aber zumeist in der Form von Einschränkungen vor sich gehen. Mit der

fortschreitenden Erkenntniß werden Sätze, denen vorher absolute Giltigkeit beigelegt wurde, als bedingt erkannt und durch neue Erkenntnißsätze ergänzt, welche diese Giltigkeit einschränken, aber zugleich das Gebiet der reinen Wissenschaft erweitern. Umgekehrt behalten in der angewandten Wissenschaft die einzelnen Sätze für bestimmte Fälle dauernde Geltung. Ein Satz der Agrikulturchemie oder der Elektrotechnik, sofern er überhaupt erprobt worden, bleibt immer richtig, sobald die Voraussetzungen, auf denen er beruht, wiederhergestellt sind. Aber die Vielheit der Voraussetzungselemente und ihrer Verbindungsmöglichkeiten bewirken eine unendliche Mannigfaltigkeit solcher Sätze und eine beständige Verschiebung im Werthverhältniß derselben zu einander. Die Praxis schafft immer neuen Erkenntnißstoff und verändert das Gesammtbild sozusagen mit jedem Tage, läßt fortgesetzt in die Rubrik der veralteten Methoden wandern, was einst neue Errungenschaft war.

Eine systematische Ausschälung der reinen Wissenschaft des marxistischen Sozialismus von ihrem angewandten Theile ist bisher noch nicht versucht worden, wenngleich es an wichtigen Vorarbeiten dazu nicht fehlt. Marx' bekannte Darlegung seiner Geschichtsauffassung im Vorwort von „Zur Kritik der politischen Oekonomie" und der dritte Abschnitt von Fr. Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", sind als die bedeutsamsten Darlegungen hier an erster Stelle zu nennen. Im erwähnten Vorwort legt Marx die allgemeinen Grundzüge seiner Geschichts- oder Gesellschaftsphilosophie in so knappen, bestimmten, von allen Beziehungen auf Spezialerscheinungen und Spezialformen getrennten Sätzen dar, wie es in gleicher Reinheit nirgends anders geschehen ist. Es fehlt da kein für die Marxsche Geschichtsphilosophie wesentlicher Gedanke.

Das Engelssche Schriftwerk ist theils eine gemeinverständlichere Fassung, theils eine Erweiterung der Marxschen Sätze. Es wird darin auf Spezialerscheinungen der Entwicklung, wie die von Marx als bürgerlich charakterisirte moderne Gesellschaft, Bezug genommen und wird deren weiterer Entwicklungsgang eingehender vorgezeichnet, so daß man an vielen Stellen schon von angewandter Wissenschaft sprechen kann. Einzelnes kann da schon herausgebrochen werden, ohne daß der Fundamentalgedanke Schaden leidet. Aber in den Hauptsätzen ist die Darstellung noch allgemein genug, um für die reine Wissenschaft des Marxismus beansprucht werden zu können. Dazu berechtigt und nöthigt auch die Thatsache, daß der Marxismus mehr sein will als abstrakte Geschichtstheorie. Er will zugleich Theorie der modernen Gesellschaft und ihrer Entwicklung sein. Man kann, wenn man streng unterscheiden will, diesen Theil der marxistischen Lehre schon als angewandte Doktrin bezeichnen, aber es ist eine für den Marxismus durchaus wesentliche Anwendung, ohne die er so ziemlich jede Bedeutung als politische Wissenschaft verlöre. Es

müssen daher die allgemeinen oder Hauptsätze dieser Ausführungen über die moderne Gesellschaft noch der reinen Lehre des Marxismus zugerechnet werden. Wenn die gegenwärtige, rechtlich auf dem Privateigenthum und der freien Konkurrenz beruhende Gesellschaftsordnung für die Geschichte der Menschheit ein spezieller Fall ist, so ist sie für die gegenwärtige Kulturwelt doch zugleich der allgemeine und dauernde Fall. Alles, was von der Marxschen Kennzeichnung der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Entwicklungsgangs bedingungslose, d. h. von nationalen und lokalen Besonderheiten unabhängige Geltung beansprucht, würde demgemäß in das Gebiet der reinen Doktrin gehören, alles, was sich auf zeitliche und örtliche Spezialerscheinungen und Konjekturen bezieht, alle Spezialformen der Entwicklung dagegen in die angewandte Wissenschaft.

Es ist seit einiger Zeit Mode geworden, das mehr analytische Eindringen in die Marxsche Lehre mit dem Worte Scholastik zu diskreditiren. Solche Schlagworte sind sehr bequem und fordern gerade deswegen zur größten Vorsicht heraus. Untersuchung der Begriffe, Scheidung des Zufälligen vom Wesentlichen wird immer wieder von Neuem nothwendig, wenn die Begriffe sich nicht verflachen, die Ableitungen sich nicht zu reinen Glaubenssätzen versteinern sollen. Die Scholastik hat nicht blos begriffliche Haarspalterei getrieben, sie hat nicht nur die Handlangerin der Orthodoxie gespielt, sondern sie hat, indem sie die Dogmen der Theologie begrifflich analysirte, sehr viel zur Ueberwindung des Dogmatismus beigetragen; sie hat den Wall unterminirt, den die orthodoxe Dogmenlehre der freien philosophischen Forschung entgegensetzte — auf dem Boden, den die Scholastik urbar gemacht, ist die Philosophie eines Descartes und Spinoza erwachsen. Es giebt eben verschiedene Arten von Scholastik: apologetische und kritische. Die letztere ist seit jeher aller Orthodoxie ein Greuel.

Indem wir die Elemente des Marxschen Lehrgebäudes in der vorerwähnten Weise trennen, gewinnen wir einen leitenden Maßstab der Werthung einzelner Sätze desselben für das ganze System. Mit jedem Satze der reinen Wissenschaft würde ein Stück des Fundaments weggerissen und ein großer Theil des ganzen Gebäudes seiner Stütze beraubt und hinfällig werden. Anders von den Sätzen der angewandten Wissenschaft. Diese können fallen, ohne das Fundament im Geringsten zu erschüttern. Ja, ganze Satzreihen der angewandten Wissenschaft könnten fallen, ohne die anderen Theile in Mitleidenschaft zu ziehen. Es müßte sich nur nachweisen lassen, daß im Aufbau der Mittelglieder ein Fehler gemacht wurde. Wo sich solche Fehler nicht nachweisen lassen, würde allerdings der unvermeidliche Schluß der sein, daß im Fundament ein Fehler oder eine Lücke war.

Es liegt indeß außerhalb des Planes dieser Arbeit, hier eine solche systematische Theilung bis in die feineren Einzelheiten vorzunehmen, da es

sich um keine erschöpfende Darstellung und Kritik der Marxschen Lehre handelt. Es genügt für meinen Zweck, das schon erwähnte Programm des historischen Materialismus, die (in ihm bereits im Keime enthaltene) Lehre von den Klassenkämpfen im Allgemeinen und dem Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat im Besonderen, sowie die Mehrwerthlehre mit der Lehre von der Produktionsweise der bürgerlichen Gesellschaft und den in ihr begründeten Entwicklungstendenzen dieser Gesellschaft als die Hauptbestandtheile dessen zu kennzeichnen, was meines Erachtens das Gebäude der reinen Wissenschaft des Marxismus bildet. Wie die Sätze der angewandten, sind auch die der reinen Wissenschaft selbstverständlich unter sich wieder von verschiedenem Werthe für das System.

So wird von Niemand bestritten werden, daß das wichtigste Glied im Fundament des Marxismus sozusagen das Grundgesetz, das das ganze System durchdringt, seine spezifische Geschichtstheorie ist, die den Namen materialistische Geschichtsauffassung trägt. Mit ihr steht und fällt es im Prinzip, in dem Maße, wie sie Einschränkungen erleidet, wird die Stellung der übrigen Glieder zu einander in Mitleidenschaft gezogen. Jede Untersuchung seiner Richtigkeit muß daher von der Frage ausgehen, ob oder wie weit diese Theorie Giltigkeit hat.

---

b) Die materialistische Geschichtsauffassung und die historische Nothwendigkeit.

> „Wir hatten, den Gegnern gegenüber, das von diesen geleugnete Hauptprinzip (die ökonomische Seite) zu betonen, und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, die übrigen, an der Wechselwirkung betheiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen.“
>
> Friedrich Engels, Brief von 1890, abgedruckt im „Soz. Akademiker“, Oktober 1895.

Die Frage nach der Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung ist die Frage nach dem Grade der geschichtlichen Nothwendigkeit. Materialist sein, heißt zunächst die Nothwendigkeit alles Geschehens behaupten. Die Bewegung der Materie folgt nach der materialistischen Lehre mit Nothwendigkeit bestimmten Gesetzen, keine Ursache ist da ohne ihre nothwendige Wirkung, kein Geschehen ohne materielle Ursache. Da aber die Bewegung der Materie die Gestaltung der Ideen und Willensrichtungen bestimmt, so sind auch diese, und damit alles Geschehen in der Menschenwelt nothwendig. So ist der Materialist ein Kalvinist ohne Gott. Wenn er an keine von einer Gottheit verfügte Vorherbestimmung glaubt, so glaubt er doch und muß er glauben,

daß von jedem beliebigen Zeitpunkt an alles weitere Geschehen durch die Gesammtheit der gegebenen Materie und die Kraftbeziehungen ihrer Theile im Voraus bestimmt ist.

Die Uebertragung des Materialismus in die Geschichtserklärung heißt daher von vornherein die Behauptung der Nothwendigkeit aller geschichtlichen Vorgänge und Entwicklungen. Die Frage für den Materialisten ist nur, auf welche Weise setzt sich in der menschlichen Geschichte die Nothwendigkeit durch, welches Kraftelement oder welche Kraftfaktoren sprechen da das entscheidende Wort, welches ist das Verhältniß der verschiedenen Kraftfaktoren zu einander, welche Rolle kommt der Natur, der Wirthschaft, den Rechtseinrichtungen, den Ideen in der Geschichte zu.

Marx giebt an der schon erwähnten Stelle die Antwort dahin, daß er als den bestimmenden Faktor die jeweiligen materiellen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse der Menschen bezeichnet. „Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung gerathen die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigenthumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Ueberbau (die rechtlichen und politischen Einrichtungen, denen bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen) langsamer oder rascher um. . . . Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet sind. . . . Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses . . . aber die im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaftsform schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab.“ („Zur Kritik der politischen Oekonomie“, Vorwort.)

Es sei zunächst vorwegnehmend bemerkt, daß der Schlußsatz und das Wort „letzte“ in dem ihm vorhergehenden Satz nicht beweisbar, sondern mehr oder weniger begründete Annahmen sind. Sie sind aber auch für die Theorie unwesentlich, gehören vielmehr schon zu den Anwendungen und können daher hier übergangen werden.

Betrachtet man die übrigen Sätze, so fällt vor Allem, von dem „langsamer oder rascher" abgesehen (in dem allerdings sehr viel liegt), ihre apodiktische Fassung auf. So werden im zweiten der zitirten Sätze „Bewußtsein" und „Sein" so schroff gegenübergestellt, daß die Folgerung nahe liegt, die Menschen würden lediglich als lebendige Agenten geschichtlicher Mächte betrachtet, deren Werk sie geradezu wider Wissen und Willen ausführen. Und das wird nur zum Theil modifizirt durch einen hier als nebensächlich fortgelassenen Satz, worin die Nothwendigkeit betont wird, bei sozialen Umwälzungen zwischen der materiellen Umwälzung in den Produktionsbedingungen und den „ideologischen Formen" zu unterscheiden, „worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten." Im Ganzen erscheint das Bewußtsein und Wollen der Menschen als ein der materiellen Bewegung sehr untergeordneter Faktor.

Auf einen nicht minder deterministisch gefaßten Satz stoßen wir im Vorwort zum ersten Band des „Kapital". „Es handelt sich", heißt es da mit Bezug auf die „Naturgesetze" der kapitalistischen Produktion, „um diese mit eherner Nothwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden Tendenzen". Und doch, wo eben noch von Gesetz gesprochen ward, drängt sich am Schluß statt dieses starren ein biegsamerer Begriff ein: die Tendenz. Und auf dem nächsten Blatte steht dann der oft zitirte Satz, daß die Gesellschaft die Geburtswehen naturgemäßer Entwicklungsphasen „abkürzen und mildern" kann.

Sehr viel bedingter erscheint die Abhängigkeit der Menschen von den Produktionsverhältnissen in der Erklärung, wie sie Fr. Engels noch zu Lebzeiten von Karl Marx und in Uebereinstimmung mit ihm in der Streitschrift wider Dühring vom historischen Materialismus giebt. Da heißt es, daß „die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen" nicht in den Köpfen der Menschen, sondern „in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise" zu suchen seien. „Letzte Ursachen" schließt aber mitwirkende Ursachen anderer Art ein, Ursachen zweiten, dritten rc. Grades, und es ist klar, daß je größer die Reihe solcher Ursachen ist, um so mehr die bestimmende Kraft der letzten Ursachen qualitativ wie quantitativ beschränkt wird. Die Thatsache ihrer Wirkung bleibt, aber die schließliche Gestaltung der Dinge hängt nicht allein von ihr ab. Eine Wirkung, die das Ergebniß des Waltens verschiedener Kräfte ist, läßt sich nur dann mit Sicherheit berechnen, wenn alle Kräfte genau bekannt sind und nach ihrem vollen Werth in Rechnung gesetzt werden. Die Ignorirung selbst einer Kraft niederen Grades kann, wie jeder Mathematiker weiß, die größten Abweichungen zur Folge haben.

In seinen späteren Arbeiten hat Fr. Engels die bestimmende Kraft der Produktionsverhältnisse noch weiter eingeschränkt. Am meisten in zwei, im

„Sozialistischen Akademiker“ vom Oktober 1895 abgedruckten Briefen, der eine davon im Jahre 1890, der andere im Jahre 1894 verfaßt. Dort werden „Rechtsformen“, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen bezw. Dogmen als Einflüsse aufgezählt, die auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe einwirken und in vielen Fällen „vorwiegend deren Form bestimmen“. „Es sind also unzählige, einander durchkreuzende Kräfte“, heißt es, „eine unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus eine Resultante — das geschichtliche Ereigniß — hervorgeht, die selbst wieder als das Produkt einer, als Ganzes bewußtlos und willenlos wirkenden Macht angesehen werden kann. Denn was jeder Einzelne will, wird von jedem Anderen verhindert, und was herauskommt, ist etwas, was Keiner gewollt hat.“ (Brief von 1890.) „Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, literarische, künstlerische &c. Entwicklung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagiren aufeinander und auf die ökonomische Basis.“ (Brief von 1895.) Man wird gestehen, daß dies etwas anders klingt, wie die Eingangs zitirte Stelle bei Marx.

Es soll natürlich nicht behauptet werden, daß Marx und Engels zu irgend einer Zeit die Thatsache übersehen hätten, daß nichtökonomische Faktoren auf den Verlauf der Geschichte einen Einfluß ausüben. Unzählige Stellen aus ihren ersten Schriften ließen sich gegen solche Annahme anführen. Aber es handelt sich hier um ein Maßverhältniß, nicht darum, ob ideologische Faktoren anerkannt wurden, sondern welches Maß von Einfluß, welche Bedeutung für die Geschichte ihnen zugeschrieben wurden. In dieser Hinsicht aber ist ganz und gar nicht zu bestreiten, daß Marx und Engels ursprünglich den nichtökonomischen Faktoren eine sehr viel geringere Mitwirkung bei der Entwicklung der Gesellschaften, eine sehr viel geringere Rückwirkung auf die Produktionsverhältnisse zuerkannt haben, wie in ihren späteren Schriften. Es entspricht dies auch dem natürlichen Entwicklungsgang jeder neuen Theorie. Stets tritt eine solche zuerst in einer schroffen, apodiktischen Formulirung auf. Um sich Geltung zu verschaffen, muß sie die Hinfälligkeit der alten Theorien beweisen, und in diesem Kampfe sind Einseitigkeit und Uebertreibung von selbst angezeigt. In dem Satze, den wir diesem Abschnitt als Motto vorangestellt haben, erkennt Engels dies rückhaltlos an, und anschließend an ihn bemerkt er noch: „Es ist aber leider nur zu häufig, daß man glaubt, eine neue Theorie vollkommen verstanden zu haben und ohne Weiteres handhaben zu können, sobald man die Hauptsätze sich angeeignet hat ...“ Wer heute die materialistische Geschichtstheorie anwendet, ist verpflichtet, sie in ihrer ausgebildetsten und nicht in ihrer ursprünglichen Form anzuwenden, das heißt er ist verpflichtet, neben der Entwicklung und dem Einfluß der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse den Rechts- und Moralbegriffen, den geschicht-

lichen und religiösen Traditionen jeder Epoche, den Einflüssen von geographischen und sonstigen Natureinflüssen, wozu denn auch die Natur des Menschen selbst und seiner geistigen Anlagen gehört, volle Rechnung zu tragen.[1] Es ist das ganz besonders da im Auge zu behalten, wo es sich nicht mehr blos um reine Erforschung früherer Geschichtsepochen, sondern schon um Projizirung kommender Entwicklungen handelt, wo die materialistische Geschichtsauffassung als Wegweiser für die Zukunft helfen soll.

Den Theorien gegenüber, die die menschliche Natur als etwas Gegebenes und Unveränderliches behandeln, ist von der sozialistischen Kritik mit Recht auf die großen Veränderungen hingewiesen worden, welche die menschliche Natur in den verschiedenen Ländern im Laufe der Zeiten durchgemacht hat, die Veränderungsfähigkeit, welche Menschen einer bestimmten Epoche an den Tag legen, wenn sie in andere Verhältnisse versetzt werden. In der That ist die Natur des Menschen sehr elastisch, soweit es sich um die Anpassungsfähigkeit an neue Naturverhältnisse und eine neue soziale Umgebung handelt. Aber man muß Eines nicht vergessen. Wo so große Massen in Frage kommen, wie die modernen Nationen mit ihren, aus jahrtausendelanger Entwicklung herausgewachsenen Lebensgewohnheiten, ist selbst von größeren Eigenthumsumwälzungen eine rasche Wandlung der Menschennatur um so weniger zu erwarten, als die Wirthschafts- und Eigenthumsverhältnisse nur einen Theil der sozialen Umgebung ausmachen, die auf den menschlichen Charakter bestimmend einwirkt. Auch hier ist eine Vielheit von Faktoren in Betracht zu ziehen, und zu der Produktions- und Austauschweise, auf welche der historische Materialismus das Hauptgewicht legt, kommt unter Anderem hinzu das zwar durch diese bedingte, aber, einmal gegeben, eigene Rückwirkungen äußernde territoriale Gruppirungs- oder Agglomerationsverhältniß, das heißt die örtliche Vertheilung der Bevölkerung und das Verkehrswesen.

---

[1] Aus dem Bedürfniß heraus, gewissen, allerdings meist nur in seiner Einbildung bestehenden Uebertreibungen der materialistischen Geschichtsauffassung entgegenzutreten, hat Herr Belfort-Bax eine neue Geschichtsauffassung erdacht, die er synthetische Geschichtsauffassung nennt. Damit hat er an die Stelle eines Wortes, das zu Uebertreibungen verleiten kann, ein Wort gesetzt, das hier ganz begriffslos ist. Synthetisch — zusammenfassend — ist ein reiner Formbegriff der Methode, sagt aber gar nichts über den leitenden Gesichtspunkt der Untersuchung. Wie oben gezeigt, schließt auch der historische Materialismus eine Zusammenfassung materieller und ideologischer Kräfte ein. Aber wenn Bax statt eines der Mißdeutung fähigen einen nichtsbedeutenden Ausdruck wählt, so übertrumpft ihn nach der anderen Seite G. Plechanow, der in seinen „Beiträgen zur Geschichte des Materialismus" für die Marx'sche Geschichtsauffassung die Bezeichnung „monistisch" beansprucht (a. a. O. S. 227). Warum nicht lieber gleich „simplistisch?"

In einem Briefe an Conrad Schmidt, datirt vom 27. Oktober 1890, hat Friedrich Engels in trefflicher Weise gezeigt, wie sich gesellschaftliche Einrichtungen aus Erzeugnissen wirthschaftlicher Entwicklung zu sozialen Mächten mit Eigenbewegung verselbständigen, die nun ihrerseits auf jene zurückwirken und sie je nachdem fördern, aufhalten oder in andere Bahnen lenken können. Er führt als Beispiel in erster Linie die Staatsmacht an, wobei er die meist von ihm gegebene Definition des Staates als Organ der Klassenherrschaft und Unterdrückung durch die sehr bedeutsame Zurückführung des Staates auf die gesellschaftliche Theilung der Arbeit ergänzt.[1] Der historische Materialismus leugnet also durchaus nicht eine Eigenbewegung politischer und ideologischer Mächte, er bestreitet nur die Unbedingtheit dieser Eigenbewegung und zeigt, daß die Entwicklung der ökonomischen Grundlagen des Gesellschaftslebens — Produktionsverhältnisse und Klassenentwicklung — schließlich doch auf die Bewegung jener Mächte den stärkeren Einfluß übt.

Aber jedenfalls bleibt die Vielheit der Faktoren, und es ist keineswegs immer leicht, die Zusammenhänge, die zwischen ihnen bestehen, so genau bloßzulegen, daß sich mit Sicherheit bestimmen läßt, wo im gegebenen Falle die jeweilig stärkste Triebkraft zu suchen ist. Die rein ökonomischen Ursachen schaffen zunächst nur die Anlage zur Aufnahme bestimmter Ideen, wie aber diese dann aufkommen und sich ausbreiten und welche Form sie annehmen, hängt von der Mitwirkung einer ganzen Reihe von Einflüssen ab. Man thut dem historischen Materialismus mehr Abbruch als man ihm nützt, wenn man die entschiedene Betonung der Einflüsse anderer als rein ökonomischer Natur und die Rücksicht auf andere ökonomische Faktoren als die Produktionstechnik und ihre vorausgesehene Entwicklung von vornherein als Eklektizismus vornehm zurückweist. Der Eklektizismus — das Auswählen aus verschiedenen Erklärungen und Behandlungsarten der Erscheinungen — ist oft nur die natürliche Reaktion gegen den doktrinären Drang, alles aus Einem herzuleiten und nach einer und derselben Methode zu behandeln. Sobald solcher Drang überwuchert, wird sich der eklektische Geist immer wieder mit elementarer Gewalt Bahn brechen. Er ist die Rebellion des nüchternen Verstandes gegen die jeder Doktrin innewohnende Neigung, den Gedanken „in spanische Stiefel einzuschnüren.“[2]

[1] Allerdings wird auch im „Ursprung der Familie“ eingehend gezeigt, wie die gesellschaftliche Arbeitstheilung das Aufkommen des Staates nöthig machte. Aber Engels läßt diese Seite der Entstehung des Staates später völlig fallen und behandelt, wie im „Antidühring“, den Staat schließlich nur noch als Organ der politischen Repression.

[2] Damit soll natürlich weder die verflachende Tendenz des Eklektizismus, noch der große theoretische wie praktische Werth des Strebens nach einheitlicher Erfassung der Dinge geleugnet werden. Ohne dieses Streben kein wissenschaft-

In je höherem Grade nun neben den rein ökonomischen Mächten andere Mächte das Leben der Gesellschaft beeinflussen, um so mehr verändert sich auch das Walten dessen, was wir historische Nothwendigkeit nennen. In der modernen Gesellschaft haben wir in dieser Hinsicht zwei große Strömungen zu unterscheiden. Auf der einen Seite zeigt sich eine wachsende Einsicht in die Gesetze der Entwicklung und namentlich der ökonomischen Entwicklung. Mit dieser Erkenntniß geht, theils als ihre Ursache, theils aber wiederum als ihre Folge, Hand in Hand eine steigende Fähigkeit, die ökonomische Entwicklung zu leiten. Wie die physische, wird auch die ökonomische Naturmacht in dem Maße von der Herrscherin zur Dienerin der Menschen, als ihr Wesen erkannt ist. Die Gesellschaft steht so der ökonomischen Triebkraft theoretisch freier als je gegenüber, und nur der Gegensatz der Interessen zwischen ihren Elementen — die Macht der Privat- und Gruppeninteressen — verhindert die volle Uebersetzung dieser theoretischen in praktische Freiheit. Indeß gewinnt auch hier das Allgemeininteresse in wachsendem Maße an Macht gegenüber dem Privatinteresse, und in dem Grade wie dies der Fall, und auf allen Gebieten wo dies der Fall, hört das elementarische Walten der ökonomischen Mächte auf. Ihre Entwicklung wird vorweggenommen und setzt sich deshalb um so rascher und leichter durch. Individuen und ganze Völker entziehen so einen immer größeren Theil ihres Lebens dem Einfluß einer sich ohne oder gegen ihren Willen durchsetzenden Nothwendigkeit.

Weil aber die Menschen den ökonomischen Faktoren immer größere Beachtung schenken, gewinnt es leicht den Anschein, als spielten diese heute eine größere Rolle als früher. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Täuschung wird blos dadurch erweckt, daß das ökonomische Motiv heute frei auftritt, wo es früher durch Herrschaftsverhältnisse und Ideologien aller Art verkleidet war. An Ideologie, die nicht von der Oekonomie und der als ökonomische Macht wirkenden Natur bestimmt ist, ist die moderne Gesellschaft vielmehr reicher als frühere Gesellschaften.[1] Die Wissenschaften, die Künste, eine größere

liches Denken. Aber das Leben ist umfassender wie alle Theorie, und so hat sich die gestrenge Doktrin noch immer schließlich dazu bequemen müssen, bei der Eklektik, dieser frivolen Person, die im Garten des Lebens keck herumnascht, unter der Hand stille Anleihen zu machen und sie vor der Welt damit zu quittiren, daß sie nachträglich erklärte, sie habe dies oder jenes „im Grunde auch immer" gemeint.

„Doch hat Genie und Herz vollbracht,
Was Locke und Descartes nie gedacht,
Sogleich wird auch von diesen
Die Möglichkeit bewiesen."

Ein gutes Beispiel dafür liefert in der Geschichte der Sozialwissenschaften die Geschichte der Theorie und Praxis des Genossenschaftswesens.

[1] Wem das paradox erscheint, der sei daran erinnert, daß die zahlreichste Klasse der Bevölkerung überhaupt erst in der modernen Gesellschaft für die in

Reihe sozialer Beziehungen sind heute viel weniger von der Oekonomie abhängig als zu irgend einer früheren Zeit. Oder um keiner Mißdeutung Raum zu geben, der heute erreichte Stand ökonomischer Entwicklung läßt den ideologischen und insbesondere den ethischen Faktoren einen größeren Spielraum selbständiger Bethätigung als dies vordem der Fall war. In Folge dessen wird der Kausalzusammenhang zwischen technisch-ökonomischer Entwicklung und der Entwicklung der sonstigen sozialen Einrichtungen ein immer mehr mittelbarer, und damit werden die Naturnothwendigkeiten der Ersteren immer weniger maßgebend für die Gestaltung der Letzteren.

Der „Geschichte ehernes Muß" erhält auf diese Weise eine Einschränkung, die für die Praxis der Sozialdemokratie, um dies vorauszuschicken, keine Minderung, sondern eine Steigerung und Qualifizirung der sozialpolitischen Aufgaben bedeutet.

Nach alledem sehen wir die materialistische Geschichtsauffassung heute in anderer Gestalt vor uns, als sie ihr zuerst von ihren Urhebern gegeben wurde. Bei ihnen selbst hat sie eine Entwicklung durchgemacht, bei ihnen selbst an absolutistischer Deutung Einschränkungen erlitten. Das ist, wie gezeigt, die Geschichte jeder Theorie. Es wäre der größte Rückschritt, etwa von der reifen Form, die ihr Engels in den Briefen an Conrad Schmidt und den vom „Sozialistischen Akademiker" veröffentlichten Briefen gegeben hat, zurückzugehen auf die ersten Definitionen und ihr gestützt auf diese eine „monistische" Deutung zu geben. Vielmehr sind die ersten Definitionen durch jene Briefe zu ergänzen. Der Grundgedanke der Theorie verliert dadurch nicht an Einheitlichkeit, aber die Theorie selbst gewinnt an Wissenschaftlichkeit. Sie wird mit diesen Ergänzungen erst wahrhaft zur Theorie wissenschaftlicher

---

dem oben entwickelten Sinne freie Ideologie mitzählt. Landvolk und Arbeiter waren früher theils für ökonomische Zwecke rechtlich gebunden, theils unter dem Einfluß von Ideologien, in denen sich die Beherrschung des Menschen durch die Natur wiederspiegelte. Letzteres ist bekanntlich auch der Grundzug der Ideologien (Aberglauben) der Naturvölker. Wenn also Herr Belfort-Bax in seinem Artikel „Synthetische und materialistische Geschichtsauffassung" („Sozialistische Monatshefte", Dezember 1897) sagt, er gebe zu, daß in der Zivilisation das ökonomische Moment fast immer ausschlaggebend gewesen sei, in der vorgeschichtlichen Periode habe es dagegen auf den spekulativen Glauben weniger direkten Einfluß gehabt, da seien die „Grundgesetze menschlichen Denkens und Fühlens" bestimmend gewesen, so stellt er, auf rein äußerliche Unterschiede hin, die Dinge auf den Kopf. Bei den vorgeschichtlichen Völkern ist die sie umgebende Natur die entscheidende ökonomische Macht und als solche von größtem Einfluß auf ihr Denken und Fühlen. Bax' Kritik des historischen Materialismus schießt unter Anderem auch deshalb fast immer am Ziele vorbei, weil er gerade da ultra-orthodox ist, wo in der Vorführung des historischen Materialismus ursprünglich am meisten übertrieben wurde.

Geschichtsbetrachtung. In ihrer ersten Form konnte sie in der Hand eines Marx zum Hebel großartiger geschichtlicher Entdeckungen werden, aber selbst sein Genie ward durch sie zu allerhand Fehlschlüssen verleitet.[1] Wie viel mehr erst alle diejenigen, welche weder über sein Genie noch über seine Kenntnisse verfügen. Als wissenschaftliche Grundlage für die sozialistische Theorie kann die materialistische Geschichtsauffassung heute nur noch in der vorgeführten Erweiterung gelten, und alle Anwendungen, die ohne Berücksichtigung oder mit ungenügender Berücksichtigung der damit angezeigten Wechselwirkung der materiellen und ideologischen Kräfte vorgenommen wurden, sind, ob von den Urhebern der Theorie selbst oder von Anderen herrührend, demgemäß entsprechend zu berichtigen.

* * *

Das Vorstehende war bereits geschrieben, als mir das Oktoberheft der „Deutschen Worte", Jahr 1898, mit einem Artikel von Wolfgang Heine über „Paul Barths Geschichtsphilosophie und seine Einwände gegen den Marxismus" zuging. Heine vertheidigt dort die Marxsche Geschichtsauffassung gegen den Vorwurf des bekannten Leipziger Dozenten, den Begriff des Materiellen auf das Technisch-ökonomische zu beschränken, so daß auf sie eher die Bezeichnung ökonomische Geschichtsauffassung paßte. Er hält dieser Bemerkung die zitirten Engelsschen Briefe aus den neunziger Jahren gegenüber und ergänzt sie durch einige sehr beachtenswerthe eigene Betrachtungen über die Einzelbeweise des Marxismus und die Entstehung, Fortbildung und Wirkungskraft der Ideologien. Nach ihm kann die marxistische Theorie der Ideologie größere Zugeständnisse machen als es bisher geschehen, ohne dadurch an ihrer gedanklichen Einheit zu verlieren, und muß sie ihr solche Zugeständnisse machen, um wissenschaftliche, die Thatsachen gebührend würdigende Theorie zu bleiben. Nicht darauf komme es an, ob sich die marxistischen Schriftsteller überall des unleugbaren Zusammenhangs zwischen dem Einfluß überlieferter Ideen und neuer ökonomischer Thatsachen eingedenk gewesen seien oder ihn genügend betont hätten, sondern ob sich seine volle Anerkennung in das System der materialistischen Geschichtsauffassung hineinfüge.

---

[1] „Es ist viel leichter", sagt Marx an einer viel zitirten Stelle im „Kapital", „durch Analyse den irdischen Kern der religiösen Nebelbildungen zu finden, als umgekehrt aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln. Das letztere ist die einzig materialistische und daher wissenschaftliche Methode." (Kapital I, 2. Aufl., S. 386.) In dieser Gegenüberstellung liegt eine große Uebertreibung. Ohne daß man die verhimmelten Formen schon kennt, würde die beschriebene Art der Entwicklung zu allerhand willkürlichen Konstruktionen verleiten, und wenn man sie kennt, ist die geschilderte Entwicklung Mittel wissenschaftlicher Analyse, aber nicht wissenschaftlicher Gegensatz analytischer Erklärung.

Prinzipiell ist diese Fragestellung unbedingt richtig. Es handelt sich hier, wie zuletzt überall in der Wissenschaft, um eine Grenzfrage. So stellt sie auch Karl Kautsky in seiner Abhandlung: „Was kann die materialistische Geschichtsauffassung leisten?“ Aber man muß sich dessen bewußt bleiben, daß ursprünglich die Frage nicht in dieser Begrenzung gestellt, sondern dem technisch-ökonomischen Faktor eine fast unbeschränkte Bestimmungsmacht in der Geschichte zugeschrieben wurde.

Der Streit dreht sich schließlich, meint Heine, um das quantitative Verhältniß der bestimmenden Faktoren, und er setzt hinzu, die Entscheidung habe „mehr praktische als theoretische Wichtigkeit“.

Ich würde vorschlagen, statt „mehr — als“ „ebensoviel — wie“ zu sagen. Aber daß es sich um eine Frage von großer praktischer Wichtigkeit handelt, ist auch meine Ueberzeugung. Es ist von großer praktischer Bedeutung, Sätze, die auf Grund übermäßiger Hervorhebung des technisch-ökonomischen Bestimmungsfaktors in der Geschichte formulirt wurden, nach Maßgabe des erkannten Quantitätsverhältnisses der anderen Faktoren zu berichtigen. Es ist nicht genug, daß die Praxis die Theorie korrigirt, die Theorie — wenn sie überhaupt einen Werth haben soll — muß sich dazu verstehen, die Bedeutung der Korrektur anzuerkennen.

Es erhebt sich dann schließlich die Frage, bis zu welchem Punkte die materialistische Geschichtsauffassung noch Anspruch auf ihren Namen hat, wenn man fortfährt, sie in der vorerwähnten Weise durch Einfügung anderer Potenzen zu erweitern. Thatsächlich ist sie nach Engels' vorgeführten Erklärungen nicht rein materialistisch, geschweige denn rein ökonomisch. Ich leugne nicht, daß Name und Sache sich nicht völlig decken. Aber ich suche den Fortschritt nicht in der Verwischung, sondern in der Präzisirung der Begriffe, und da es bei Bezeichnung einer Geschichtstheorie vor Allem darauf ankommt, erkennen zu lassen, worin sie sich von anderen unterscheidet, würde ich, weit entfernt, an Barths Titel „Oekonomische Geschichtsauffassung“ Anstoß zu nehmen, trotz alledem ihn für die angemessenste Bezeichnung der marxistischen Geschichtstheorie halten.

In dem Gewicht, das sie auf die Oekonomie legt, ruht ihre Bedeutung, aus der Erkenntniß und Werthung der ökonomischen Thatsachen stammen ihre großen Leistungen für die Geschichtswissenschaft, stammt die Bereicherung, die ihr dieser Zweig des menschlichen Wissens verdankt. Oekonomische Geschichtsauffassung braucht nicht zu heißen, daß blos ökonomische Kräfte, blos ökonomische Motive anerkannt werden, sondern nur, daß die Oekonomie die immer wieder entscheidende Kraft, den Angelpunkt der großen Bewegungen in der Geschichte bildet. Dem Worte materialistische Geschichtsauffassung haften von vornherein alle Mißverständnisse an, die sich überhaupt an den Begriff Materialismus

knüpfen. Der philosophische oder naturwissenschaftliche Materialismus ist deterministisch, die marxistische Geschichtsauffassung ist es nicht, sie mißt der ökonomischen Grundlage des Völkerlebens keinen bedingungslos bestimmenden Einfluß auf dessen Gestaltungen zu.

---

c) Die marxistische Lehre vom Klassenkampf und der Kapitalsentwicklung.

Auf der Grundlage der materialistischen Geschichtsauffassung ruht die Lehre von den Klassenkämpfen. „Es fand sich", schreibt Fr. Engels im Anti-Dühring, „daß alle bisherige Geschichte[1] die Geschichte von Klassenkämpfen war, daß diese einander bekämpfenden Klassen jedesmal Erzeugnisse sind der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, mit einem Worte der ökonomischen Verhältnisse ihrer Epoche" (3. Auflage, S. 12). In der modernen Gesellschaft ist es der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Besitzern der Produktionsmittel und den kapitallosen Produzenten, den Lohnarbeitern, der ihr in dieser Hinsicht seinen Stempel aufdrückt. Für die erstere Klasse hat Marx den Ausdruck Bourgeoisie, für die letztere den Ausdruck Proletariat aus Frankreich übernommen, wo sie zur Zeit, als er seine Theorie ausarbeitete, von den dortigen Sozialisten schon mit Vorliebe gebraucht wurden. Dieser Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist der auf die Menschen übertragene Gegensatz in den heutigen Produktionsverhältnissen, nämlich dem privaten Charakter der Aneignungsweise und dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsweise. Die Produktionsmittel sind Eigenthum von einzelnen Kapitalisten, die sich den Ertrag der Produktion aneignen, die Produktion selbst aber ist ein gesellschaftlicher Prozeß geworden, d. h. eine von Vielen auf Grund planmäßiger Theilung und Organisation der Arbeit ausgeführte Herstellung von Gebrauchsgütern. Und dieser Gegensatz birgt in sich oder hat als Ergänzung einen zweiten: der planmäßigen Theilung und Organisation der Arbeit innerhalb der Produktionsanstalten (Werkstatt, Fabrik, Fabrikkomplex ꝛc.) steht die planlose Veräußerung der Produkte auf dem Markte gegenüber.

Ausgangspunkt des Klassenkampfes zwischen Kapitalisten und Arbeiter ist der Interessengegensatz, wie er sich aus der Natur der Verwerthung der Arbeit des Letzteren durch den Ersteren ergiebt. Die Untersuchung dieses Verwerthungsprozesses führt zur Lehre vom Werth und der Produktion und Aneignung des Mehrwerths.

[1] In der vierten Auflage der Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus ꝛc." folgen hier die einschränkenden Worte: „mit Ausnahme der Urzustände".

Bezeichnend für die kapitalistische Produktion und die auf ihr beruhende Gesellschaftsordnung ist, daß sich die Menschen in ihren wirthschaftlichen Beziehungen durchweg als Käufer und Verkäufer gegenüberstehen. Sie anerkennt im Wirthschaftsleben keine formalgesetzliche, sondern nur thatsächliche, aus den rein wirthschaftlichen Beziehungen (Besitzunterschiede, Lohnverhältnisse ꝛc.) sich ergebende Abhängigkeitsverhältnisse. Der Arbeiter verkauft dem Kapitalisten seine Arbeitskraft für bestimmte Zeit und unter bestimmten Bedingungen zu einem bestimmten Preise, dem Arbeitslohn. Der Kapitalist verkauft die mit Hilfe des Arbeiters, resp. von der Gesammtheit der von ihm beschäftigten Arbeiter hergestellte Produktenmasse auf dem Waarenmarkte zu einem Preise, der in der Regel, und als Bedingung des Fortgangs seiner Unternehmung, einen Ueberschuß über den Betrag ergiebt, den ihn die Herstellung gekostet. Was ist nun dieser Ueberschuß?

Nach Marx ist er der Mehrwerth der vom Arbeiter geleisteten Arbeit. Die Waaren tauschen sich auf dem Markte zu einem Werthe aus, der bestimmt wird durch die in ihnen verkörperte Arbeit gemessen nach Zeit. Was der Kapitalist an vergangener — wir können auch sagen todter — Arbeit in Form von Rohstoff, Hilfsstoff, Maschinenabnutzung, Miethe und anderen Unkosten in die Produktion gesteckt hat, erscheint im Werthe des Produkts unverändert wieder. Anders mit der aufgewendeten lebendigen Arbeit. Diese kostete den Kapitalisten den Arbeitslohn, sie bringt ihm einen diesen übersteigenden Erlös, den Gegenwerth des Arbeitswerths. Der Arbeitswerth ist der Werth der in dem Produkt steckenden Arbeitsmenge, der Arbeitslohn ist der Kaufpreis der in der Produktion aufgewendeten Arbeitskraft. Preis, bezw. Werth der Arbeitskraft sind bestimmt durch die Unterhaltskosten des Arbeiters, wie sie dessen geschichtlich ausgebildeten Lebensgewohnheiten entsprechen. Die Differenz zwischen dem Gegenwerth (Erlös) des Arbeitswerths und dem Arbeitslohn ist der Mehrwerth, den möglichst zu erhöhen und jedenfalls nicht sinken zu lassen das natürliche Bestreben des Kapitalisten ist.

Nun drückt aber die Konkurrenz auf dem Waarenmarkt beständig auf die Waarenpreise, und Vergrößerung des Absatzes ist immer wieder nur durch Verbilligung der Produktion zu erzielen. Der Kapitalist kann diese Verbilligung auf dreierlei Weise erzielen: Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, Steigerung der Produktivität der Arbeit. Da es jedesmal bestimmte Grenzen für die zwei Ersteren giebt, wird seine Energie immer wieder auf die Letztere hingelenkt. Bessere Organisirung der Arbeit, Verdichtung der Arbeit und Vervollkommnung der Maschinerie ist in der entwickelteren kapitalistischen Gesellschaft das vorherrschende Mittel, die Produktion zu verbilligen. In allen diesen Fällen ist die Folge, daß sich die organische Zusammensetzung des Kapitals, wie Marx es nennt, ändert. Das Verhältniß des auf Rohstoffe,

Arbeitsmittel ꝛc. ausgelegten Kapitaltheils steigt, das des auf Arbeitslöhne ausgelegten Kapitaltheils sinkt; dieselbe Produktenmasse wird durch weniger Arbeiter, eine erhöhte Produktenmasse durch die alte oder ebenfalls eine verringerte Zahl von Arbeitern hergestellt. Das Verhältniß des Mehrwerths zu dem in Löhnen ausgelegten Kapitaltheil nennt Marx die Mehrwerths- oder Ausbeutungsrate, das Verhältniß des Mehrwerths zum gesammten in die Produktion gesteckten Kapital die Profitrate. Es liegt nach dem Vorhergehenden auf der Hand, daß die Mehrwerthsrate steigen kann, während gleichzeitig die Profitrate sinkt.

Je nach der Natur des Produktionszweiges finden wir eine sehr verschiedene organische Zusammensetzung des Kapitals. Es giebt Unternehmungen, wo ein unverhältnißmäßig großer Kapitaltheil für Arbeitsmittel, Rohstoffe ꝛc. und ein im Verhältniß nur geringer Kapitaltheil für Löhne verausgabt wird, und andere, wo die Löhne den wichtigsten Theil der Kapitalsauslage bilden. Die ersteren stellen höhere, die letzteren niedere organische Zusammensetzungen des Kapitals dar. Herrschte durchgängig das gleiche proportionelle Verhältniß zwischen erzieltem Mehrwerth und Arbeitslohn, so müßten in diesen letzteren Produktionszweigen die Profitraten die der ersteren Gruppen in vielen Fällen um ein vielfaches übersteigen. Das ist aber nicht der Fall. Thatsächlich werden die Waaren in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft nicht zu ihrem Arbeitswerth, sondern zu ihren Produktionspreisen veräußert, die in den ausgelegten Herstellungskosten (Arbeitslohn plus verausgabter todter Arbeit) und einem Aufschlag bestehen, der dem Durchschnittsprofit der gesellschaftlichen Gesammtproduktion oder der Profitrate derjenigen Produktionszweige entspricht, in denen die organische Zusammensetzung des Kapitals ein Durchschnittsverhältniß vom Lohnkapital zum übrigen angewandten Kapital aufweist. Die Preise der Waaren bewegen sich also in den verschiedenen Produktionszweigen keineswegs in gleicher Weise um ihre Werthe. In dem einen sind sie beständig weit unter, in anderen beständig über dem Werthe, und nur in Produktionszweigen mittlerer organischer Zusammensetzung des Kapitals nähern sie sich den Werthen an. Das Werthgesetz verschwindet völlig aus dem Bewußtsein der Produzenten, es wirkt nur hinter ihrem Rücken, indem sich nach ihm in längeren Zwischenräumen die Höhe der Durchschnittsprofitrate regulirt.

Die Zwangsgesetze der Konkurrenz und der wachsende Kapitalreichthum der Gesellschaft wirken auf ein beständiges Sinken der Profitrate hin, das durch gegenwirkende Kräfte verlangsamt, aber nicht dauernd aufgehalten wird. Ueberproduktion von Kapital geht mit Ueberschüssigmachung von Arbeitern Hand in Hand. Immer größere Zentralisation greift in Industrie, Handel und Landwirthschaft um sich, und immer stärkere Expropriation kleiner Kapita-

listen durch größere. Periodische Krisen, herbeigeführt durch die Produktionsanarchie in Verbindung mit der Unterkonsumtion der Massen treten immer heftiger, immer zerstörender auf und beschleunigen durch Vernichtung unzähliger kleiner Kapitalisten den Zentralisirungs- und Expropriirungsprozeß. Auf der einen Seite verallgemeinert sich die kollektivistische — kooperative — Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter in steigendem Grade, auf der anderen wächst „mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vortheile dieses Umwandlungsprozesses usurpiren und monopolisiren, die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch der Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisirten Arbeiterklasse." So strebt die Entwicklung einem Punkte zu, wo das Kapitalmonopol zur Fessel der mit ihm aufgeblühten Produktionsweise, wo die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Dieselbe wird alsdann gesprengt, die Expropriirer und Usurpatoren werden durch die Volksmasse expropriirt, das kapitalistische Privateigenthum aufgehoben.

Dies die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Produktions- bezw. Aneignungsweise nach Marx. Die Klasse, die dazu berufen ist, die Expropriation der Kapitalistenklasse und die Verwandlung des kapitalistischen in öffentliches Eigenthum durchzuführen, ist die Klasse der Lohnarbeiter, das Proletariat. Zu diesem Behufe ist es als politische Partei der Klasse zu organisiren. Diese Klasse ergreift im gegebenen Moment die Staatsmacht und „verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigenthum. Aber damit hebt das Proletariat sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat." Der Kampf ums Einzeldasein mit seinen Konflikten und Exzessen hört auf, der Staat hat nichts mehr zu unterdrücken und „stirbt ab" (Engels, „Entwicklung des Sozialismus").

* * *

Dies in möglichst knapper Zusammenfassung die wichtigsten Sätze desjenigen Theiles der marxistischen Lehre, den wir noch zur reinen Theorie des auf ihr beruhenden Sozialismus zu rechnen haben. Ebenso wenig oder vielmehr noch weniger wie die materialistische Geschichtstheorie ist dieser Theil von Anfang an in vollendeter Form dem Haupte seiner Urheber entsprungen. Mehr noch als dort läßt sich hier eine Entwicklung der Lehre nachweisen, die, bei Festhaltung der Hauptgesichtspunkte, in Einschränkung zuerst apodiktisch hingestellter Sätze besteht. Theilweise ist diese Aenderung der Lehre von Marx und Engels selbst zugestanden worden. Im Vorwort zum „Kapital" (1867), im Vorwort zur Neuauflage des „Kommunistischen Manifests" (1872), im

Vorwort und einer Note zur Neuauflage des „Elends der Philosophie" (1884) und im Vorwort zu „Die Klassenkämpfe in der französischen Revolution" (1895) sind einige der Wandlungen angezeigt, die sich mit Bezug auf verschiedene der einschlägigen Fragen in den Ansichten von Marx und Engels im Laufe der Zeit vollzogen haben. Aber nicht alle der dort und anderwärts zu konstatirenden Wandlungen hinsichtlich einzelner Theile oder Voraussetzungen der Theorie haben bei der schließlichen Ausgestaltung dieser volle Berücksichtigung gefunden. Um nur ein Beispiel herauszugreifen. Im Vorwort zur Neuauflage des „Kommunistischen Manifests" sagen Marx und Engels von dem in diesem entwickelten Revolutionsprogramm: „Gegenüber der immensen Fortentwicklung der großen Industrie in den letzten fünfundzwanzig Jahren, und der mit ihr fortschreitenden Parteiorganisation der Arbeiterklasse, gegenüber den praktischen Erfahrungen, zuerst der Februarrevolution und noch weit mehr der Pariser Kommune, wo das Proletariat zum ersten Male zwei Monate lang die politische Gewalt inne hatte, ist heute dies Programm stellenweise veraltet. Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß ‚die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann'." Das war 1872 geschrieben. Aber fünf Jahre später, in der Streitschrift gegen Dühring, heißt es wieder kurzweg: „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigenthum" (1. Auflage S. 233, 3. Auflage S. 302). Und in der Neuauflage der „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß" druckt Engels 1885 ein auf Grund der alten Auffassung aufgestelltes Revolutionsprogramm von 1848, sowie ein ebenfalls im Sinne dieser abgefaßtes Rundschreiben der Exekutive des Kommunistenbundes ab und bemerkt vom ersteren nur lakonisch, daß aus ihm „auch heute noch Mancher etwas lernen kann", vom zweiten, daß „manches von dem dort Gesagten auch heute noch paßt" (S. 14). Man kann nun auf die Worte „zunächst", „mancher", „manches" verweisen und erklären, daß die Sätze eben nur bedingt zu verstehen sind, aber damit wird, wie wir noch sehen werden, die Sache nicht verbessert. Marx und Engels haben sich darauf beschränkt, die Rückwirkungen, welche die von ihnen anerkannten Aenderungen in den Thatsachen und die bessere Erkenntniß der Thatsachen auf die Ausgestaltung und Anwendung der Theorie haben müssen, theils überhaupt nur anzudeuten, theils blos in Bezug auf einzelne Punkte festzustellen. Und auch in letzterer Beziehung fehlt es bei ihnen nicht an Widersprüchen. Die Aufgabe, wieder Einheit in die Theorie zu bringen und Einheit zwischen Theorie und Praxis herzustellen, haben sie ihren Nachfolgern hinterlassen.

Diese Aufgabe kann aber nur gelöst werden, wenn man sich rückhaltlos Rechenschaft ablegt über die Lücken und Widersprüche der Theorie. Mit anderen

Worten, die Fortentwicklung und Ausbildung der marxistischen Lehre muß mit ihrer Kritik beginnen. Heute steht es so, daß man aus Marx und Engels alles beweisen kann. Das ist für den Apologeten und den literarischen Rabulisten sehr bequem. Wer sich aber nur ein wenig theoretischen Sinn bewahrt hat, für wen die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus nicht auch „blos ein Schaustück ist, das man bei festlichen Anlässen aus dem Silberschrank nimmt, sonst aber unberücksichtigt läßt", der wird, sobald er sich dieser Widersprüche bewußt wird, auch das Bedürfniß empfinden, mit ihnen aufzuräumen. Darin, und nicht im ewigen Wiederholen der Worte der Meister beruht die Aufgabe ihrer Schüler.

In diesem Sinne wird im Nachfolgenden an die Kritik einiger Elemente der marxistischen Lehre gegangen. Der Wunsch, die in erster Linie auf Arbeiter berechnete Schrift in mäßigem Umfang zu halten, und die Nothwendigkeit, sie innerhalb weniger Wochen fertig zu stellen, mögen es erklären, daß erschöpfende Behandlung des Gegenstands nicht einmal versucht wurde. Zugleich sei hier ein für allemal erklärt, daß kein Anspruch auf Originalität der Kritik erhoben wird. Das meiste, wenn nicht alles von dem hier Folgenden ist der Sache nach auch schon von Anderen ausgeführt oder mindestens angedeutet worden. Insofern besteht die Legitimirung dieser Schrift nicht darin, daß sie vordem Unbekanntes aufdeckt, sondern darin, daß sie schon Entdecktes anerkennt.

Aber auch das ist nothwendige Arbeit. Es war, glaube ich, Marx selbst, der einmal mit Bezug auf die Schicksale von Theorien schrieb: „Moors Geliebte kann nur durch Moor sterben." So können die Irrthümer einer Lehre nur dann als überwunden gelten, wenn sie als solche von den Verfechtern der Lehre anerkannt sind. Solche Anerkennung bedeutet noch nicht den Untergang der Lehre. Es kann sich vielmehr herausstellen, daß nach Ablösung dessen, was für irrig erkannt ist — man erlaube mir die Benutzung eines Lassalleschen Bildes — es schließlich doch Marx ist, der gegen Marx Recht behält.

Zweites Kapitel.

Der Marxismus und Hegelsche Dialektik.

---

a) Die Fallstricke der hegelianisch-dialektischen Methode.

„Während langer, oft übernächtiger Debatten infizirte ich ihn zu seinem großen Schaden mit Hegelianismus."
Karl Marx über Proudhon.

Die marxistische Geschichtsauffassung und die auf ihr beruhende sozialistische Lehre wurden in ihrer ersten Form in den Jahren von 1844 bis 1847 ausgearbeitet, in einer Zeit, wo sich West- und Mitteleuropa in einer großen revolutionären Gährung befanden. Sie können als das radikalste Produkt dieser Epoche bezeichnet werden.

In Deutschland war jene Zeit die Epoche des erstarkenden bürgerlichen Liberalismus. Wie in anderen Ländern, trieb auch hier die ideologische Vertretung der gegen das Bestehende ankämpfenden Klasse weit über das praktische Bedürfniß der Klasse hinaus. Das Bürgerthum, worunter die breite Schicht der nichtfeudalen und nicht im Lohnverhältniß stehenden Klassen zu verstehen ist, kämpfte gegen den noch halbfeudalen Staatsabsolutismus, seine philosophische Vertretung begann mit der Negirung des Absoluten, um mit der Negirung des Staates zu enden.

Die philosophische Strömung, die in Max Stirner ihren nach dieser Seite hin radikalsten Vertreter fand, ist als die radikale Linke der Hegelschen Philosophie bekannt. Wie bei Friedrich Engels nachzulesen, der ebenso wie Marx eine gewisse Zeit in ihrem Bannkreis lebte — beide verkehrten in Berlin mit den „Freien" der Hippelschen Weinstube — verwarfen die Vertreter dieser Richtung das Hegelsche System, gefielen sich aber um so mehr in dessen Dialektik, bis theils der praktische Kampf gegen die positive Religion (damals eine wichtige Form des politischen Kampfes), theils der Einfluß Ludwig Feuerbachs sie zur rückhaltlosen Anerkennung des Materialismus trieben. Marx und Engels blieben indeß bei dem, bei Feuerbach immer noch wesentlich naturwissenschaftlichen Materialismus nicht stehen, sondern entwickelten nun mit Anwendung der ihres mystischen Charakters entkleideten Dialektik

und unter dem Einfluß des in Frankreich, und noch weit mächtiger in England spielenden Klassenkampfs zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse ihre Theorie des historischen Materialismus.

Engels hat mit großer Energie die Mitwirkung der dialektischen Methode bei der Entstehung dieser Theorie hervorgehoben. Nach dem Vorbild Hegels unterscheidet er zwischen metaphysischer und dialektischer Betrachtung der Dinge und erklärt die Erstere dahin, daß sie die Dinge oder ihre Gedankenbilder, die Begriffe, in ihrer Vereinzelung als starre, ein für allemal gegebene Gegenstände behandele. Die Letztere dagegen betrachte sie in ihren Zusammenhängen, ihren Veränderungen, ihren Uebergängen, wobei sich ergebe, daß die beiden Pole eines Gegensatzes, wie positiv und negativ, trotz aller Gegensätzlichkeit sich gegenseitig durchdringen. Während aber Hegel die Dialektik als die Selbstentwicklung des Begriffs auffasse, ward bei Marx und ihm die Begriffsdialektik zum bewußten Reflex der dialektischen Bewegung der wirklichen Welt, womit die Hegelsche Dialektik wieder „vom Kopf auf die Füße gestellt wurde“. So Engels in seiner Schrift „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie“.

Es ist indeß mit dem „auf die Füße stellen“ der Dialektik keine so einfache Sache. Wie immer sich die Dinge in der Wirklichkeit verhalten, sobald wir den Boden der erfahrungsmäßig feststellbaren Thatsachen verlassen und über sie hinausdenken, gerathen wir in die Welt der abgeleiteten Begriffe, und wenn wir dann den Gesetzen der Dialektik folgen, wie Hegel sie aufgestellt hat, so befinden wir uns, ehe wir es gewahr werden, doch wieder in den Schlingen der „Selbstentwicklung des Begriffs“. Hier liegt die große wissenschaftliche Gefahr der Hegelschen Widerspruchslogik. Ihre Sätze mögen unter Umständen sehr gut zur Veranschaulichung von Beziehungen und Entwicklungen realer Gegenstände dienen.[1] Sie mögen auch für die Formulirung

[1] Obwohl auch da der wirkliche Sachverhalt durch sie oft mehr verdunkelt als erhellt wird. So wird die Thatsache, daß eine Veränderung im Mengenverhältniß der Bestandtheile irgend eines Gegenstands dessen Eigenschaften ändert, durch den Satz vom „Umschlagen der Quantität in die Qualität“ mindestens sehr schief und äußerlich ausgedrückt.

Beiläufig sei bemerkt, daß ich die Engelsschen Definitionen der Begriffe metaphysische und dialektische Anschauungsweise mit dem Vorbehalt übernehme, daß die qualifizirenden Beiworte „metaphysisch“ und „dialektisch“ in dem ihnen damit beigelegten Sinne nur für diese Gegenüberstellung gelten sollen. Sonst sind metaphysische Betrachtung der Dinge und Betrachtung der Dinge in ihrer Vereinzelung und Erstarrung meines Erachtens zwei ganz verschiedene Sachen.

Schließlich sei hier noch erklärt, daß es mir selbstverständlich nicht einfällt, Hegel selbst hier kritisiren zu wollen, noch die großen Dienste zu bestreiten, die dieser bedeutende Denker der Wissenschaft geleistet hat. Ich habe es nur mit seiner Dialektik zu thun, soweit sie auf die sozialistische Theorie von Einfluß gewesen ist.

wissenschaftlicher Probleme von großem Nutzen gewesen sein und zu wichtigen Entdeckungen Anstoß gegeben haben. Aber sobald auf Grund dieser Sätze Entwicklungen deduktiv vorweggenommen werden, fängt auch schon die Gefahr willkürlicher Konstruktion an. Diese Gefahr wird um so größer, je zusammengesetzter der Gegenstand ist, um dessen Entwicklung es sich handelt. Bei einem leidlich einfachen Objekt schützen uns meist Erfahrung und logisches Urtheilsvermögen davor, durch Analogiesätze wie „Negation der Negation" uns zu Folgerungen hinsichtlich seiner Veränderungsmöglichkeiten verleiten zu lassen, die außerhalb des Bereichs der Wahrscheinlichkeit liegen. Je zusammengesetzter aber ein Gegenstand ist, je größer die Zahl seiner Elemente, je verschiedenartiger ihre Natur und je mannigfaltiger ihre Kraftbeziehungen, um so weniger können uns solche Sätze über seine Entwicklungen sagen, denn um so mehr geht, wo auf Grund ihrer geschlossen wird, alles Maß der Schätzung verloren.

Damit soll der Hegelschen Dialektik nicht jedes Verdienst abgesprochen werden. Vielmehr dürfte, was ihren Einfluß auf die Geschichtschreibung anbetrifft, Fr. A. Lange sie am treffendsten beurtheilt haben, als er in seiner „Arbeiterfrage" von ihr schrieb, man könne die Hegelsche Geschichtsphilosophie mit ihrem Grundgedanken, der Entwicklung in Gegensätzen und deren Ausgleichung „fast eine anthropologische Entdeckung nennen". Aber Lange hat auch gleich den Finger in die Wunde „fast" gelegt, wenn er hinzufügte, daß „wie im Leben des Einzelnen, so auch in der Geschichte die Entwicklung durch den Gegensatz sich weder so leicht und radikal, noch so präzis und symmetrisch macht wie in der spekulativen Konstruktion". (3. Aufl., S. 248/49.) Für die Vergangenheit wird dies jeder Marxist heute zugeben, nur für die Zukunft, und zwar schon eine sehr nahe Zukunft sollte dies nach der marxistischen Lehre anders sein. Das „Kommunistische Manifest" erklärte 1847, daß die bürgerliche Revolution, an deren Vorabend Deutschland stehe, bei der erreichten Entwicklung des Proletariats und den vorgeschrittenen Bedingungen der europäischen Zivilisation „nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann."

Diese geschichtliche Selbsttäuschung, wie sie der erste beste politische Schwärmer kaum überbieten konnte, würde bei einem Marx, der schon damals ernsthaft Oekonomie getrieben hatte, unbegreiflich sein, wenn man in ihr nicht das Produkt eines Restes Hegelscher Widerspruchsdialektik zu erblicken hätte, das Marx — ebenso wie Engels — sein Lebtag nicht völlig losgeworden ist, das aber damals, in einer Zeit allgemeiner Gährung, ihm um so verhängnißvoller werden sollte. Wir haben da nicht bloße Ueberschätzung der Aussichten einer politischen Aktion, wie sie temperamentvollen Führern unterlaufen kann und ihnen unter Umständen schon zu überraschenden Erfolgen verholfen hat, sondern eine rein spekulative Vorwegnahme der Reife einer ökonomischen und sozialen Entwicklung, die noch kaum die ersten Sprossen gezeitigt hatte.

Was Generationen zu seiner Erfüllung brauchen sollte, das ward im Lichte der Philosophie der Entwicklung von und in Gegensätzen schon als das unmittelbare Resultat einer politischen Umwälzung betrachtet, die erst der bürgerlichen Klasse freien Raum zu ihrer Entfaltung zu schaffen hatte. Und wenn Marx und Engels schon zwei Jahre nach Abfassung des Manifests sich genöthigt sahen — bei der Spaltung des Kommunistenbundes — ihren Gegnern im Bunde „die unentwickelte Gestalt des deutschen Proletariats" vorzuhalten und dagegen zu protestiren, daß man „das Wort Proletariat zu einem heiligen Wesen mache" („Kölner Kommunistenprozeß" S. 21), so war das zunächst nur das Resultat einer momentanen Ernüchterung. In anderen Formen sollte sich derselbe Widerspruch zwischen wirklicher und konstruirter Entwicklungsreife noch verschiedene Male wiederholen.

Da es sich hier um einen Punkt handelt, der meines Dafürhaltens der Marx-Engelsschen Lehre am verhängnißvollsten geworden ist, sei die Vorführung eines Beispiels erlaubt, das in die jüngste Vergangenheit fällt.

In einer Polemik mit einem süddeutschen sozialdemokratischen Blatte hat Franz Mehring kürzlich in der „Leipziger Volkszeitung" eine Stelle aus dem Vorwort der zweiten Auflage von Fr. Engels' Schrift „Zur Wohnungsfrage" neu abgedruckt, wo Engels vom „Bestehen eines gewissen kleinbürgerlichen Sozialismus" in der deutschen Sozialdemokratie spricht, der „bis in die Reichstagsfraktion hinein" seine Vertretung finde. Engels charakterisirt dort den kleinbürgerlichen Charakter dieser Richtung dahin, daß sie zwar die Grundanschauungen des modernen Sozialismus als berechtigt anerkenne, ihre Verwirklichung aber in eine entfernte Zeit verlege, womit man „für die Gegenwart auf bloßes soziales Flickwerk angewiesen" sei. Engels erklärte diese Richtung in Deutschland begreiflich genug, aber bei dem „wunderbar gesunden Sinn" der deutschen Arbeiter für ungefährlich. Mehring bringt diese Ausführungen mit dem Streite über die Dampfersubventionsfrage in Verbindung, der kurz vor ihrer Abfassung in der deutschen Sozialdemokratie gespielt hatte, und den er als „die erste größere Auseinandersetzung über ‚praktische Politik' und proletarisch-revolutionäre Taktik in der Partei" hinstellt. Was Engels an der betreffenden Stelle sage, sei dasjenige, was die Vertreter der proletarisch-revolutionären Richtung, zu der er sich rechnet, „meinen und wollen": Auseinandersetzung mit den so qualifizirten „kleinbürgerlichen Sozialisten".

Es läßt sich nicht leugnen, daß Mehring die betreffende Stelle bei Engels richtig interpretirt. So sah Engels damals — Januar 1887 — die Sachlage an. Und fünfzehn Monate vorher hatte er der Neuauflage der „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß" die beiden, von ihm und Marx verfaßten Rundschreiben aus dem März und Juni 1850 beigegeben, die als die Politik des revolutionären Proletariats „die Revolution in Permanenz"

proklamiren, und im Vorwort bemerkt, manches von dem dort Gesagten passe auch für die bald fällige „europäische Erschütterung“. Als die letzte frühere derartige Erschütterung wird der Krieg von 1870/71 hingestellt, die Verfallzeit der europäischen Revolutionen aber währe in unserem Jahrhundert fünfzehn bis achtzehn Jahre.

Das ward 1885/87 geschrieben. Wenige Jahre später kam es in der deutschen Sozialdemokratie zum Konflikt mit den sogenannten „Jungen“. Schon längere Zeit schleichend, ward er 1890 aus Anlaß der Frage der Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe akut. Daß die Mehrheit der „Jungen“ ehrlich glaubten, im Sinne von Engels zu handeln, wenn sie den damaligen „Opportunismus“ der Reichstagsfraktion bekämpften, wird heute Niemand bestreiten. Wenn sie die Mehrheit der Reichstagsfraktion als „kleinbürgerlich“ angriffen — wer anders war ihre Autorität dafür als Engels? Bestand jene ja doch aus denselben Leuten, die in der Dampfersubventionsfrage die opportunistische Mehrheit gebildet hatten. Als aber die damalige Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ sich schließlich für ihre Auffassung auf Engels berief, fiel die Antwort, wie Mehring weiß, in einer Weise aus, die ganz anders lautete, wie jene von ihm zitirte Notiz. Engels erklärte die Bewegung der Jungen für eine bloße „Literaten- und Studentenrevolte“, warf ihr „krampfhaft verzerrten Marxismus“ vor und erklärte, was von dieser Seite der Fraktion vorgeworfen werde, laufe im besten Falle auf Lappalien hinaus; möge die „Sächsische Arbeiterzeitung“ auf eine Ueberwindung der erfolgssüchtigen parlamentarischen Richtung in der Sozialdemokratie durch den gesunden Sinn der deutschen Arbeiter hoffen, so lange sie wolle, er, Engels, hoffe nicht mit, ihm sei von einer solchen Mehrheit in der Partei nichts bekannt.

Daß Engels bei der Abfassung dieser Erklärung durchaus nur seiner Ueberzeugung folgte, weiß Niemand besser als der Schreiber dieser Zeilen. Ihm stellte sich die Bewegung der „Jungen“, die doch mindestens auch eine solche von Arbeitern war, und zwar von Arbeitern, die unter dem Sozialistengesetz zu den thätigsten Propagandisten der Partei gehört hatten, als eine von radikalisirenden Literaten angezettelte Revolte dar, und die von ihr befürwortete Politik als im Moment für so schädlich, daß ihr gegenüber die „Kleinbürgereien“ der Fraktion thatsächlich zu Lappalien zusammenschrumpften.

Aber so politisch verdienstvoll die, im „Sozialdemokrat“ vom 13. September 1890 veröffentlichte „Antwort“ war, so zweifelhaft ist es, ob Engels sonst auch völlig im Rechte war, wenn er die Jungen in dieser Weise von seinen Rockschößen abschüttelte. Stand die europäische Revolution so nahe vor der Thür, wie er es im Vorwort zu den „Enthüllungen“ hingestellt hatte — nach dem dort Gesagten war die Verfallzeit mittlerweile eingetreten — und war die in dem Rundschreiben skizzirte Taktik prinzipiell noch giltig, dann

waren die Jungen in der Hauptsache Fleisch von seinem Fleisch und Blut von seinem Blut. Wenn aber nicht, dann lag der Fehler weniger bei den Jungen wie bei den, 1885 und 1887 in die Propaganda geworfenen Schriften mit den erwähnten Anhängen und den, zweifacher Auslegung fähigen Zusätzen. Diese Zweideutigkeit aber, die so wenig dem Charakter von Engels entsprach, wurzelte zuletzt in der von Hegel übernommenen Dialektik. Deren „ja, nein und nein, ja" statt des „ja, ja und nein, nein", ihr Ineinanderfließen der Gegensätze und Umschlagen von Quantität in Qualität, und was der dialektischen Schönheiten noch mehr sind, stellte sich immer wieder der vollen Rechenschaftsablegung über die Tragweite erkannter Veränderungen hindernd entgegen. Sollte das ursprünglich hegelianisch konstruirte Entwicklungsschema bestehen bleiben, so mußte entweder die Wirklichkeit umgedeutet oder bei der Ausmessung der Bahn zum erstrebten Ziel alle reale Proportion ignorirt werden. Daher der Widerspruch, daß peinliche, dem Bienenfleiß des Genies entsprechende Genauigkeit in der Erforschung der ökonomischen Struktur der Gesellschaft Hand in Hand geht mit fast unglaublicher Vernachlässigung der handgreiflichsten Thatsachen, daß dieselbe Lehre, die von dem maßgebenden Einfluß der Oekonomie über die Gewalt ausgeht, in einem wahren Wunderglauben an die schöpferische Kraft der Gewalt ausläuft, und daß die theoretische Erhebung des Sozialismus zur Wissenschaft so häufig in eine Unterordnung der Ansprüche jeder Wissenschaftlichkeit unter die Tendenz „umschlägt".

Wenn nichts anderes, so ist es jedenfalls durchaus unwissenschaftlich, den Standpunkt eines Politikers oder Theoretikers schlechthin nach der Auffassung zu bestimmen, die er von der Schnelligkeit des Ganges der gesellschaftlichen Entwicklung hat. Die Identifizirung des Begriffs „proletarisch" mit der Vorstellung unvermittelter, unmittelbarer Aufhebung von Gegensätzen läuft auf eine sehr niedrige Auslegung dieses Begriffs hinaus. Das Krasse, Grobe, Banausische wäre danach das „Proletarische". Wenn der Glaube an die jedesmal in Kürze zu erwartende revolutionäre Katastrophe den proletarisch-revolutionären Sozialisten macht, so sind es die Putsch-Revolutionäre, die vor Allem auf diesen Namen Anspruch haben. In einer wissenschaftlichen Lehre sollte doch mindestens irgend ein rationeller Maßstab für die Entfernungslinie da sein, diesseits derer der Phantast und jenseits derer der Kleinbürger zu suchen wäre. Aber davon war keine Rede, die Abschätzung blieb Sache der reinen Willkür. Da nun die Proportionen immer kleiner erscheinen, aus je weiterer Ferne man die Dinge betrachtet, so stellt sich in der Praxis gewöhnlich die merkwürdige Thatsache heraus, daß man die, in dem obigen Sinne „kleinbürgerlichste" Auffassung bei Leuten findet, die, selbst der Arbeiterklasse angehörig, in intimster Berührung mit der wirklichen proletarischen Bewegung stehen, während der bürgerlichen Klasse angehörige oder in bürger-

lichen Verhältnissen lebende Leute, die entweder gar keine Fühlung mit der Arbeiterwelt haben, oder sie nur aus politischen, von vornherein auf einen gewissen Ton gestimmten Versammlungen kennen, von proletarisch-revolutionärer Stimmung überfließen.

Engels hat am Abend seines Lebens, im Vorwort zu den „Klassenkämpfen", den Irrthum, den Marx und er in der Abschätzung der Zeitdauer der sozialen und politischen Entwicklung begangen hatten, rückhaltlos eingestanden. Das Verdienst, das er sich durch dieses Schriftstück, das man wohl mit Recht sein politisches Testament nennen darf, um die sozialistische Bewegung erworben hat, ist gar nicht hoch genug zu schätzen. Es steckt in ihm mehr als es ausspricht. Weder war jedoch das Vorwort der Ort dazu, alle Folgerungen zu ziehen, die sich aus dem so freimüthig gemachten Geständniß ergeben, noch konnte man überhaupt von Engels erwarten, daß er die damit nöthige Revision der Theorie selbst vornehmen werde. Hätte er es gethan, so hätte er unbedingt, wenn nicht ausdrücklich, so doch in der Sache, mit der Hegeldialektik abrechnen müssen. Sie ist das Verrätherische in der Marxischen Doktrin, der Fallstrick, der aller folgerichtigen Betrachtung der Dinge im Wege liegt. Ueber sie konnte oder mochte Engels nicht hinaus. Er zog die Folgerungen aus der gewonnenen Erkenntniß nur hinsichtlich bestimmter Methoden und Formen des politischen Kampfes. So Bedeutungsvolles er in dieser Hinsicht sagt, so deckt es doch nur einen Theil des Gebiets der nunmehr aufgeworfenen Fragen.

So ist es zum Beispiel klar, daß wir die politischen Kämpfe, über die uns Marx und Engels Monographien hinterlassen haben, heute unter etwas anderem Gesichtswinkel zu betrachten haben, als dies von ihnen geschah. Ihr Urtheil über Parteien und Personen konnte bei den Selbsttäuschungen, denen sie sich über den Gang der Ereignisse hingaben, trotz der sehr realistischen Betrachtungsweise kein völlig zutreffendes sein, und ebenso wenig ihre Politik immer die richtige. Die nachträgliche Korrektur wäre von keiner praktischen Bedeutung, wenn nicht gerade in der sozialistischen Geschichtschreibung, soweit die neuere Zeit in Betracht kommt, die Ueberlieferung eine so große Rolle spielte, und wenn nicht anderseits doch immer wieder auf diese früheren Kämpfe als Beispiel zurückgegriffen würde.

Wichtiger aber als die Korrektur, welche die sozialistische Geschichtschreibung der Neuzeit nach dem Engelsschen Vorwort vorzunehmen hat, ist die Korrektur, welche sich aus ihm für die ganze Auffassung vom Kampfe und den Aufgaben der Sozialdemokratie ergiebt. Und dies führt uns zunächst auf einen bisher wenig erörterten Punkt, nämlich den ursprünglichen inneren Zusammenhang des Marxismus mit dem Blanquismus und die Auflösung dieser Verbindung.

---

b) Marxismus und Blanquismus.

„Wenn die Nation ihre Hilfsquellen im Voraus erschöpft hat;
„Wenn das Land ohne Produktion und ohne Verkehr ist;
„Wenn die durch die Politik der Klubs und durch das Stillstehen der Nationalwerkstätten demoralisirten Arbeiter sich zu Soldaten anwerben lassen, um nur leben zu können. . . .
„O dann werdet ihr wissen, was eine Revolution ist, die durch Advokaten hervorgerufen, durch Künstler zu Stande gebracht, durch Romandichter und Poeten geleitet wird.
„Erwacht aus eurem Schlummer, ihr Montagnards, Feuillants, Cordeliers, Muscadins, Jansonisten und Babouvisten! Ihr seid nicht sechs Wochen von den Ereignissen entfernt, die ich euch verkünde."
Proudhon, im „Représentant du Peuple", am 29. April 1848.

Die Hegelsche Philosophie ist von verschiedenen Schriftstellern als ein Reflex der großen französischen Revolution bezeichnet worden, und in der That kann sie mit ihren gegensätzlichen Evolutionen der Vernunft als das ideologische Gegenstück jener großen Kämpfe bezeichnet werden, in denen nach Hegel „der Mensch sich auf den Kopf, das ist auf den Gedanken stellte". Im Hegelschen System kulminirt freilich die Evolution der politischen Vernunft im preußischen aufgeklärten Polizeistaat der Restaurationszeit. Aber ein Jahr vor Hegels Tode wich in Frankreich die Restauration dem Bourgeoiskönigthum, ein radikaler Drang zog wieder durch Europa, der schließlich zu immer heftigeren Angriffen gegen dieses und die Klasse führte, deren Schildträger er war: die Bourgeoisie. Das Kaiserthum und die Restauration erschienen den radikalen Vertretern des Neuen jetzt nur als Unterbrechungen des aufsteigenden Entwicklungsgangs der großen Revolution, mit dem Bourgeoiskönigthum hatte die Wendung zur alten Entwicklung eingesetzt, die nunmehr, Angesichts der veränderten sozialen Bedingungen, nicht mehr das Hinderniß auf ihrem Wege vorfinden sollte, das den Lauf der französischen Revolution unterbrach.

Das radikalste Produkt der großen französischen Revolution war die Bewegung Babeufs und der Gleichen gewesen. Ihre Traditionen wurden in Frankreich von den geheimen revolutionären Gesellschaften aufgenommen, die unter Louis Philipp ins Leben traten und aus denen später die blanquistische Partei hervorging. Ihr Programm war: Sturz der Bourgeoisie durch das Proletariat mittels gewaltsamer Expropriation. In der Februarrevolution

von 1848 werden die Klubrevolutionäre noch ebenso oft „Babouvisten“ und „Partei Barbès“ genannt, wie nach dem Manne, der mittlerweile ihr geistiges Haupt geworden war, Auguste Blanqui.

In Deutschland kamen Marx und Engels auf Grund der radikalen Hegelschen Dialektik zu einer, dem Blanquismus durchaus verwandten Lehre. Erben der Bourgeois konnten nur deren radikalstes Gegenstück, die Proletarier sein, dieses ureigene soziale Produkt der Bourgeoisökonomie. Im Anschluß an die, heute mit Unrecht geringschätzig angesehenen sozialkritischen Arbeiten der Sozialisten der Owenschen, Fourierschen und Saint-Simonistischen Schulen begründeten sie es ökonomisch-materialistisch, aber im Materialismus argumentirten sie doch wieder hegelianisch. Das moderne Proletariat, das schon bei den Saint-Simonisten dieselbe Rolle gespielt hatte, wie im vorigen Jahrhundert bei der Schule Rousseaus der Bauer, ward von ihnen in der Theorie völlig idealisirt, vor Allem nach seinen geschichtlichen Möglichkeiten, zugleich aber auch nach seinen Anlagen und Neigungen. Auf diese Weise gelangten sie trotz der tieferen philosophischen Schulung zur gleichen politischen Auffassung wie die babouvistischen Geheimbündler. Die partielle Revolution ist Utopie, nur die proletarische Revolution ist noch möglich, deduzirt Marx in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“ (vergl. den Aufsatz „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“). Diese Auffassung leitete direkt zum Blanquismus.

Man faßt in Deutschland den Blanquismus nur als die Theorie der Geheimbündelei und des politischen Putsches auf, als die Doktrin von der Einleitung der Revolution durch eine kleine, zielbewußte, nach wohlüberlegtem Plane handelnde Revolutionspartei. Das ist aber eine Betrachtung, die bei einer reinen Aeußerlichkeit Halt macht und höchstens gewisse Epigonen des Blanquismus trifft. Der Blanquismus ist mehr wie die Theorie einer Methode, seine Methode ist vielmehr blos der Ausfluß, das Produkt seiner tiefer liegenden politischen Theorie. Diese nun ist ganz einfach die Theorie von der unermeßlichen schöpferischen Kraft der revolutionären politischen Gewalt und ihrer Aeußerung, der revolutionären Expropriation. Die Methode ist theilweise Sache der Umstände. Wo Vereine und Presse nicht frei sind, ist die Geheimbündelei von selbst angezeigt, und wo ein politisches Zentrum in revolutionären Erhebungen faktisch das Land beherrscht, wie bis 1848 in Frankreich, da war auch der Putsch, sofern nur bestimmte Erfahrungen dabei berücksichtigt wurden, nicht so irrationell, wie er dem Deutschen erscheint.[1]

---

[1] Der Blanquismus hat denn auch keineswegs blos Niederlagen auf seinem Konto, sondern neben solchen sehr bedeutende zeitweilige Erfolge. 1848 und 1870 war die Proklamirung der Republik in hohem Grade dem Eingreifen der blanquistischen Sozialrevolutionäre geschuldet. Umgekehrt sind der Juni 1848 und der Mai 1871 in letzter Linie Niederlagen des Blanquismus.

Die Verwerfung des Putsches ist daher noch keine Emanzipation vom Blanquismus. Nichts zeigt dies klarer, als das Studium der von Marx und Engels herrührenden Schriften aus der Zeit des Kommunistenbundes. Mit Ausnahme der Verwerfung des Putsches athmen sie schließlich immer wieder blanquistischen, bezw. babouvistischen Geist. Im Kommunistischen Manifest bleiben bezeichnenderweise von aller sozialistischen Literatur die Schriften Babeufs unkritisirt; es heißt von ihnen nur, daß sie in der großen Revolution „die Forderungen des Proletariats aussprachen“, eine jedenfalls zeitwidrige Charakteristik. Das revolutionäre Aktionsprogramm des Manifests ist durch und durch blanquistisch. In den „Klassenkämpfen“, im „18. Brumaire“ und ganz besonders in den Rundschreiben des Kommunistenbundes werden die Blanquisten als die proletarische Partei hingestellt — „die eigentliche proletarische Partei“ heißt es im Rundschreiben vom Juni 1850 —, was lediglich in dem Revolutionarismus, keineswegs aber in der sozialen Zusammensetzung dieser Partei begründet war. Die proletarische Partei Frankreichs waren 1848 die um das Luxemburg gruppirten Arbeiter. Die gleiche Rücksicht entscheidet für die Parteistellung zu den streitenden Fraktionen im Lager der Chartisten.[1] In der Darstellung des Ganges der Ereignisse in Frankreich mischt sich in den „Klassenkämpfen“ und „Brumaire“ in die meisterhafte Analyse der wirklich treibenden Kräfte die schon stark ausgebildete Legende der Blanquisten ein. Aber nirgends kommt der blanquistische Geist so scharf und uneingeschränkt zum Ausdruck, wie in dem Rundschreiben des Kommunistenbundes vom März 1850 mit seinen genauen Anweisungen, wie bei dem bevorstehenden Neuausbruch der Revolution die Kommunisten alles aufzubieten haben, die Revolution „permanent“ zu machen. Alle theoretische Einsicht in die Natur der modernen Oekonomie, alle Kenntniß des gegebenen Standes der ökonomischen Entwicklung Deutschlands, der doch noch tief hinter dem des damaligen Frankreich zurück war, von dem Marx um dieselbe Zeit schrieb, daß in ihm „der Kampf des industriellen Arbeiters gegen den industriellen Bourgeois erst ein partielles Faktum sei“, alles ökonomische Verständniß verfliegt in nichts vor einem Programm, wie es der erste beste Klubrevolutionär nicht illusorischer aufstellen konnte. Was Marx sechs Monate später den Willich-Schapper vorwarf, proklamirten er und Engels da selbst; statt der wirklichen Verhältnisse machen sie „den bloßen Willen zur Triebkraft der Revolution“. Die Bedürfnisse

[1] Mit einer gewissen Genugthuung stellt das Rundschreiben unter „England“ fest, daß der Bruch zwischen der revolutionären und der gemäßigten Fraktion der Chartisten durch „Delegirte des (Kommunisten-)Bundes wesentlich beschleunigt worden“ sei. Ob der völlige Niedergang des Chartismus ohne jenen Bruch vermieden worden wäre, ist höchst zweifelhaft. Aber die Genugthuung über den glücklich erzielten Bruch ist echt blanquistisch.

des modernen Wirthschaftslebens werden vollständig ignorirt und das Stärkeverhältniß und der Entwicklungsstand der Klassen gänzlich außer Augen gelassen. Der proletarische Terrorismus aber, der nach Lage der Dinge in Deutschland als solcher nur zerstörerisch auftreten konnte und daher vom ersten Tage an, wo er in der angegebenen Weise gegen die bürgerliche Demokratie ins Werk gesetzt wurde, politisch und wirthschaftlich reaktionär wirken mußte, wird zur Wunderkraft erhoben, welche die Produktionsverhältnisse auf jene Höhe der Entwicklung treiben sollte, die als die Vorbedingung der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft erkannt war.

Es wäre unbillig, bei der Kritik des Rundschreibens zu übersehen, daß es im Exil verfaßt wurde, zu einer Zeit, wo die durch den Sieg der Reaktion doppelt erregten Leidenschaften in den höchsten Wogen gingen. Indeß diese so natürliche Erregung erklärt wohl gewisse Uebertreibungen hinsichtlich der Nähe des revolutionären Rückschlags — Erwartungen, von denen Marx und Engels indeß sehr bald zurückkamen —, sowie gewisse Ausschreitungen in der Darstellung, aber jener schreiende Gegensatz zwischen Wirklichkeit und Programm wird durch sie nicht erklärt. Er war nicht das Produkt einer Augenblicksstimmung — ihn damit entschuldigen wollen, hieße den Verfassern des Rundschreibens geschichtlich Unrecht anthun —, er war das Produkt eines intellektuellen Fehlers, eines Dualismus in ihrer Theorie.

Man kann in der modernen sozialistischen Bewegung zwei große Strömungen unterscheiden, die zu verschiedenen Zeiten in verschiedenem Gewand und oft gegensätzlich zu einander auftreten. Die eine knüpft an die von sozialistischen Denkern ausgearbeiteten Reformvorschläge an und ist im Wesentlichen auf das *Aufbauen* gerichtet, die andere schöpft ihre Inspiration aus den revolutionären Volkserhebungen und zielt im Wesentlichen auf das *Niederreißen* ab. Je nach den Möglichkeiten, wie sie in den Zeitverhältnissen begründet liegen, erscheint die eine als *utopistisch*, *sektirerisch*, *friedlich-evolutionistisch*, die andere als *konspiratorisch*, *demagogisch*, *terroristisch*. Je mehr wir uns der Gegenwart nähern, um so entschiedener lautet die Parole hier: Emanzipation durch *wirthschaftliche Organisation*, und dort Emanzipation durch *politische Expropriation*. In früheren Jahrhunderten war die erstere Richtung meist nur durch vereinzelte Denker, die letztere durch unregelmäßige Volksbewegungen vertreten. In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts standen schon auf beiden Seiten dauernd wirkende Gruppen: hier die sozialistischen Sekten, sowie allerhand Arbeitergenossenschaften, und dort revolutionäre Verbindungen aller Art. An Versuchen der Vereinigung hat es nicht gefehlt, auch sind die Gegensätze nicht immer absolut. So trifft der Satz des Kommunistischen Manifests, daß die Fourieristen Frankreichs gegen die dortigen Reformisten, die Owenisten Englands gegen die Chartisten

reagiren, vollständig nur für die Extreme hüben und drüben zu. Die Masse der Oweniten waren durchaus für die politische Reform — man denke nur Männer wie Lloyd Jones — sie opponirten aber dem Gewaltkultus, wie ihn die radikaleren Chartisten — die „physical force men" — trieben, und zogen sich zurück, wo diese die Oberhand behielten. Aehnlich bei den Anhängern Fouriers in Frankreich.

Die Marxsche Theorie suchte den Kern beider Strömungen zusammenzufassen. Von den Revolutionären übernahm sie die Auffassung des Emanzipationskampfes der Arbeiter als eines politischen Klassenkampfes, von den Sozialisten das Eindringen in die ökonomischen und sozialen Vorbedingungen der Arbeiteremanzipation. Aber die Zusammenfassung war noch keine Aufhebung des Gegensatzes, sondern mehr ein Kompromiß, wie ihn Engels in der „Lage der arbeitenden Klassen" den englischen Sozialisten vorschlägt: Zurücktreten des spezifisch-sozialistischen hinter das politisch-radikale, sozialrevolutionäre Element. Und welche Fortentwicklung die Marxsche Theorie später auch erfahren hat, im letzten Grunde behielt sie stets den Charakter dieses Kompromisses, bezw. des Dualismus. In ihm haben wir die Erklärung dafür zu suchen, daß der Marxismus wiederholt in ganz kurzen Zwischenräumen ein wesentlich verschiedenes Gesicht zeigt. Es handelt sich dabei nicht um solche Verschiedenheiten, wie sie sich für jede kämpfende Partei aus den mit den wechselnden Verhältnissen selbst wechselnden Anforderungen der Taktik ergeben, sondern um Verschiedenheiten, die ohne zwingende äußere Nothwendigkeit spontan auftreten, lediglich als Produkt innerer Widersprüche.

Der Marxismus hat den Blanquismus erst nach einer Seite hin — hinsichtlich der Methode — überwunden. Was aber die andere, die Ueberschätzung der schöpferischen Kraft der revolutionären Gewalt für die sozialistische Umgestaltung der modernen Gesellschaft anbetrifft, ist er nie völlig von der blanquistischen Auffassung losgekommen. Was er an ihr korrigirt hat, so z. B. die Idee straffer Zentralisation der Revolutionsgewalt, geht immer noch mehr auf die Form als auf das Wesen.

In dem Artikel, aus dem wir einige Sätze diesem Kapitel als Motto vorausgeschickt haben, und wo er in seiner Weise fast auf den Tag die Junischlacht voraussagt, hält Proudhon den in und von den Klubs bearbeiteten Pariser Arbeitern vor, daß, da die ökonomische Revolution des 19. Jahrhunderts grundverschieden sei von der des 18. Jahrhunderts, die Ueberlieferungen von 1793, die ihnen in den Klubs fortgesetzt gepredigt wurden, ganz und gar nicht auf die Zeitverhältnisse paßten. Der Schrecken von 1793, führt er aus, bedrohte in keiner Weise die Existenzbedingungen der übergroßen Masse der Bevölkerung. Im Jahre 1848 aber würde das Schreckensregiment zwei große Klassen im Zusammenstoß miteinander sehen, die beide für ihre Existenz

auf den Umlauf der Produkte und die Gegenseitigkeit der Beziehungen angewiesen seien, ihr Zusammenstoß würde den Ruin Aller bedeuten.

Das war proudhonistisch übertrieben ausgedrückt, traf aber bei der gegebenen ökonomischen Verfassung Frankreichs in der Sache den Nagel auf den Kopf.

Die Produktion und ihr Austausch waren im Frankreich von 1789/94 zu mehr als neun Zehnteln auf lokale Märkte beschränkt, der innere nationale Markt spielte, bei der geringen Differenzirung der Wirthschaft auf dem Lande, eine sehr untergeordnete Rolle. So arg daher der Schrecken hauste, so ruinirte er, was die industriellen Klassen anbetraf, wohl Individuen und zeitweilig gewisse lokale Gewerbe, aber das nationale Wirthschaftsleben ward durch ihn nur sehr indirekt betroffen. Keine Sektion der in Produktion und Handel thätigen Klassen war als solche durch ihn bedroht, und so konnte das Land ihn eine ziemliche Weile aushalten und wurden die Wunden, die er ihm geschlagen, schnell geheilt. Im Jahre 1848 dagegen hieß schon die Unsicherheit, in welche die Zusammensetzung der provisorischen Regierung und das Aufschießen und Gebahren der allmächtig scheinenden Klubs die Geschäftswelt versetzte, zunehmende Stillsetzung von Produktionsbetrieben und Lähmung von Handel und Verkehr. Jede Steigerung und jeder Tag Verlängerung dieses Zustandes hieß immer neuer Ruin, immer neue Arbeitslosigkeit, bedrohte die ganze erwerbsthätige Bevölkerung der Städte und zum Theil auch schon des flachen Landes mit enormen Verlusten. Von einer sozialpolitischen Expropriation der groß- und kleinkapitalistischen Produktionsleiter konnte keine Rede sein, weder war die Industrie entwickelt genug dazu, noch waren die Organe vorhanden, die ihre Stelle übernehmen konnten. Man hätte immer nur das eine Individuum durch irgend ein anderes oder eine Gruppe von Individuen ersetzen müssen, womit an der sozialen Verfassung des Landes nichts geändert, an der Wirthschaftslage nichts gebessert worden wäre. An die Stelle erfahrener Geschäftsleiter wären Neulinge getreten mit allen Schwächen des Dilettantismus. Kurz, eine Politik nach dem Muster des Schreckens von 1793 war das Sinnloseste und Zweckwidrigste, was man sich nur denken konnte, und weil sie sinnlos war, war das Anlegen der Kostüme von 1793, das Wiederholen und Ueberbieten der Sprache von 1793 mehr wie albern, es war, gerade weil man in einer politischen Revolution war, ein Verbrechen, für das bald genug Tausende von Arbeitern mit ihrem Leben, andere Tausende mit ihrer Freiheit büßen sollten. Mit all ihren grotesken Uebertreibungen zeugte daher die Warnung des „Kleinbürgers" Proudhon von einer Einsicht und einem moralischen Muthe inmitten der Saturnalien der revolutionären Phrase, die ihn politisch hoch über die Literaten, Künstler und sonstigen bürgerlichen Zigeuner stellte, die sich in das „proletarisch-revolutionäre" Gewand

hüllten und nach neuen Prairials lechzten. Marx und Proudhon schildern fast gleichzeitig — der Erstere in den „Klassenkämpfen“, der Letztere in den „Bekenntnissen eines Revolutionärs“ — den Verlauf der Februarrevolution als einen Geschichtsvorgang, bei dem jeder bedeutendere Abschnitt eine Niederlage der Revolution darstellt. Aber anders wie Proudhon sah Marx gerade in der Erzeugung der Kontrerevolution den revolutionären Fortschritt; erst durch Bekämpfung dieser reife, schrieb er, die Umsturzpartei zur wirklich revolutionären Partei heran. Daß er sich dabei in der Zeitabschätzung getäuscht hatte — denn es handelt sich hier um revolutionär im politischen Sinne —, sah Marx bald genug ein, aber den prinzipiellen Irrthum, der dieser Voraussetzung zu Grunde lag, scheint er nie vollständig erkannt zu haben, und ebenso wenig hat ihn Engels im Vorwort zu den „Klassenkämpfen“ aufgedeckt.

Engels und Marx gingen immer wieder von der Voraussetzung einer Revolution aus, die, bei aller Veränderung des Inhalts, äußerlich einen ähnlichen Verlauf nehmen würde, wie die Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts. Das heißt, es sollte zunächst eine vorgeschrittene, bürgerlich-radikale Partei ans Ruder kommen, mit der revolutionären Arbeiterschaft als kritisirender und drängender Kraft hinter sich. Nachdem jene abgewirthschaftet, gegebenenfalls eine noch radikalere bürgerliche bezw. kleinbürgerliche Partei, bis der sozialistischen Revolution die Bahn völlig geebnet worden und der Moment für die Ergreifung der Herrschaft durch die revolutionäre Partei des Proletariats gekommen sei. Wie dieser Gedanke in dem Rundschreiben vom März 1850 zum Ausdruck gebracht ist, so kehrt er auch 1887 im Vorwort zu den „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß“ sehr deutlich wieder, wenn es dort heißt, daß in Deutschland bei der nächsten europäischen Erschütterung „die kleinbürgerliche Demokratie *unbedingt zunächst ans Ruder kommen muß*“. Das „unbedingt“ war hier nicht sowohl das Ergebniß einer objektiven Schätzung, es war noch mehr die Kennzeichnung des für die erfolgreiche Herrschaft der Sozialdemokratie *nothwendig* erachteten Entwicklungsgangs. Mündliche und briefliche Aeußerungen von Engels lassen darüber nicht den geringsten Zweifel. Zudem ist dieser Gedankengang, einmal die Voraussetzungen gegeben, durchaus rationell.

Indeß gerade mit den Voraussetzungen steht es bedenklich. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß eine politische Revolution, die zunächst eine bürgerlich-radikale Partei zur Herrschaft brächte, in den vorgeschrittenen Ländern Europas ein Ding der Vergangenheit ist. Die modernen Revolutionen haben die Tendenz, die radikalsten der überhaupt möglichen Regierungskombinationen sofort am Anfang ans Ruder zu bringen. Das war schon 1848 in Frankreich der Fall. Die provisorische Regierung war damals die radi-

kalste der selbst nur vorübergehend möglichen Regierungen Frankreichs. Das sah auch Blanqui ein, und darum trat er am 26. Februar dem Vorhaben seiner Anhänger, die „verrätherische Regierung“ gleich auseinanderzutreiben und durch eine waschecht revolutionäre zu ersetzen, mit aller Schärfe entgegen. Gleicherweise machte er auch am 15. Mai, als das in die Kammer eingedrungene revolutionäre Volk eine aus ihm und anderen Revolutionären und Sozialisten bestehende Regierung ausrief, ungleich dem „ritterlichen“ Schwärmer Barbès keinerlei Versuch, sich auf dem Stadthaus einzurichten, sondern ging ganz still nach Hause. Sein politischer Scharfblick siegte über seine Revolutionsideologien. Aehnlich wie 1848 ging es 1870 bei der Proklamirung der Republik zu, die Blanquisten erzwangen die Ausrufung der Republik, aber in die Regierung kamen nur bürgerliche Radikale. Als dagegen im März 1871 unter dem Einfluß der blanquistischen Sozialrevolutionäre es in Paris zum Aufstand gegen die von der Nationalversammlung eingesetzte Regierung kam und die Kommune proklamirt wurde, da zeigte sich eine andere Erscheinung: die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Radikalen zogen sich zurück und überließen den Sozialisten und Revolutionären das Feld und damit auch die politische Verantwortung.

Es spricht alles dafür, daß jede Erhebung in vorgeschrittenen Ländern in der nächsten Zeit diese Form annehmen würde. Die bürgerlichen Klassen sind da überhaupt nicht mehr revolutionär, und die Arbeiterklasse ist schon zu stark, um nach einer von ihr erkämpften siegreichen Erhebung in kritisirender Opposition verharren zu können. Vor Allem in Deutschland wäre bei Fortgang der bisherigen Parteientwicklung am Tage nach einer Revolution eine andere als eine sozialdemokratische Regierung ein Ding der Unmöglichkeit. Eine rein bürgerlich-radikale Regierung hätte keinen Tag Bestand, und eine aus bürgerlichen Demokraten und Sozialisten zusammengesetzte Kompromißregierung würde praktisch nur bedeuten, daß entweder ein paar der Ersteren als Dekoration in eine sozialistische Regierung eingetreten wären oder die Sozialdemokratie vor der bürgerlichen Demokratie die Segel gestrichen hätte. In einer revolutionären Epoche sicher eine ganz unwahrscheinliche Kombination.

Man darf wohl annehmen, daß Ueberlegungen dieser Art mitbestimmend waren, als Friedrich Engels im Vorwort zu den „Klassenkämpfen“ mit einer Entschiedenheit wie nie vorher das allgemeine Wahlrecht und die parlamentarische Thätigkeit als Mittel der Arbeiteremanzipation pries und der Idee der Eroberung der politischen Macht durch revolutionäre Ueberrumpelungen den Abschied gab.

Es war das eine weitere Abstoßung blanquistischer, wenn auch modernisirt blanquistischer Vorstellungen. Aber die Frage wird doch noch ausschließlich mit Bezug auf die Tragweite für die Sozialdemokratie als politische Partei

untersucht. Auf Grund der veränderten militärisch-strategischen Bedingungen wird die geringe Aussicht künftiger Aufstände bewußter Minderheiten nachgewiesen, und die Theilnahme der über den Charakter der vorzunehmenden vollständigen Umgestaltung der Gesellschaftsordnung aufgeklärten Massen als unerläßliche Vorbedingung der Ausführung dieser Umgestaltung betont. Das betrifft jedoch nur die äußeren Mittel und den Willen, die Ideologie. Die materielle Grundlage der sozialistischen Revolution bleibt ununtersucht, die alte Formel „Aneignung der Produktions- und Austauschmittel" erscheint unverändert und keine Silbe zeigt an, daß oder ob sich in den ökonomischen Voraussetzungen der Verwandlung der Produktionsmittel in Staatseigenthum durch einen großen revolutionären Akt irgend etwas geändert habe. Nur das Wie der Gewinnung der politischen Macht wird revidirt, betreffs der ökonomischen Ausnutzungsmöglichkeiten der politischen Macht bleibt es bei der alten, an 1793 und 1796 anknüpfenden Lehre.

Ganz noch im Sinne dieser Auffassung hatte Marx 1850 in den „Klassenkämpfen" geschrieben: „Der öffentliche Kredit und der Privatkredit sind der ökonomische Thermometer, woran man die Intensität einer Revolution messen kann. In demselben Grade, worin sie fallen, steigt die Gluth und die Zeugungskraft der Revolution" (a. a. O., S. 31). Ein echt Hegelscher und allen an Hegelsche Kost gewöhnten Köpfen sehr einleuchtender Satz. Es giebt aber jedesmal einen Punkt, wo die Gluth aufhört zu zeugen und nur noch zerstörend und verheerend wirkt. Sobald er überschritten wird, tritt nicht Weiterentwicklung, sondern Rückentwicklung ein, das Gegentheil des ursprünglichen Zweckes. Daran ist noch jedesmal in der Geschichte die blanquistische Taktik gescheitert, auch wenn sie Anfangs siegreich war. Hier, und nicht in der Putschtheorie ist ihr wundester Punkt, und gerade hier ist sie von marxistischer Seite nie kritisirt worden.

Es ist das kein Zufall. Denn hier wäre die Kritik des Blanquismus zur Selbstkritik des Marxismus geworden — zur Selbstkritik nicht nur einiger Aeußerlichkeiten, sondern sehr wesentlicher Bestandtheile seines Lehrgebäudes. Vor Allem, wie wir hier wieder sehen, seiner Dialektik. Jedesmal wo wir die Lehre, die von der Oekonomie als Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung ausgeht, vor der Theorie, die den Kultus der Gewalt auf den Gipfel treibt, kapituliren sehen, werden wir auf einen Hegelschen Satz stoßen. Vielleicht nur als Analogie, aber das ist dann um so schlimmer. Die große Täuschung der Hegelschen Dialektik ist, daß sie nie ganz im Unrecht ist. Sie schielt nach Wahrheit wie ein Irrlicht nach Erleuchtung. Sie widerspricht sich nicht, weil ja nach ihr jedes Ding seinen Widerspruch in sich trägt. Ist es ein Widerspruch, die Gewalt dahin zu setzen, wo eben noch die Oekonomie saß? O nein, denn die Gewalt ist ja selbst „eine ökonomische Potenz".

Kein vernünftiger Mensch wird die relative Richtigkeit dieses letzteren Satzes bestreiten. Aber wenn wir uns die Frage vorlegen, wie und wann die Gewalt als ökonomische Potenz so wirkt, daß das gewollte Resultat herauskommt, dann läßt uns die Hegelsche Dialektik im Stiche, dann müssen wir mit konkreten Thatsachen und genau — „metaphysisch" — definirten Begriffen rechnen, wollen wir nicht die gröbsten Böcke schießen. Die logischen Purzelbäume des Hegelianismus schillern radikal und geistreich. Wie das Irrlicht, zeigt er uns in unbestimmten Umrissen jenseitige Prospekte. Sobald wir aber im Vertrauen auf ihn unseren Weg wählen, werden wir regelmäßig im Sumpfe landen. Was Marx und Engels Großes geleistet haben, haben sie nicht vermöge der Hegelschen Dialektik, sondern trotz ihrer geleistet. Wenn sie andererseits an dem gröbsten Fehler des Blanquismus achtlos vorbeigegangen sind, so ist das in erster Linie dem Hegelschen Beisatz in der eigenen Theorie geschuldet.

Drittes Kapitel.

Die wirthschaftliche Entwicklung der modernen Gesellschaft.

a) Etwas über die Bedeutung der Marx'schen Werththeorie.

„Woraus nebenbei noch die Nutzanwendung folgt, daß es mit dem beliebten Anspruch des Arbeiters auf den ‚vollen Arbeitsertrag‘ doch auch manchmal seinen Haken hat."
Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung.

Nach der Marx'schen Lehre ist, wie wir gesehen haben, der Mehrwerth der Angelpunkt der Oekonomie der kapitalistischen Gesellschaft. Um aber den Mehrwerth zu verstehen, muß man zunächst wissen, was der Werth ist. Die Marx'sche Darstellung der Natur und des Entwicklungsgangs der kapitalistischen Gesellschaft setzt daher mit der Analyse des Werthes ein.

Der Werth der Waaren besteht in der modernen Gesellschaft nach Marx in der auf sie aufgewendeten gesellschaftlich nothwendigen Arbeit, gemessen nach Zeit. Bei diesem Maßstab des Werthes ist aber eine Reihe von Abstraktionen und Reduktionen erfordert. Zuerst muß der reine Tauschwerth entwickelt, d. h. vom besonderen Gebrauchswerth der einzelnen Waaren abstrahirt werden. Dann — bei der Bildung des Begriffs der allgemein oder abstrakt menschlichen Arbeit — von den Besonderheiten der einzelnen Arbeitsarten (Zurückführung höherer oder zusammengesetzter Arbeit auf einfache oder abstrakte Arbeit). Hierauf, um zur gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit als Maßstab des Arbeitswerths zu gelangen, von den Unterschieden in Fleiß, Tüchtigkeit, Ausrüstung der einzelnen Arbeiter, und weiterhin, sobald es sich um Verwandlung des Werthes in Marktwerth, bezw. Preis handelt, von der für die einzelnen Waareneinheiten erforderten gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit. Aber auch der so gewonnene Arbeitswerth erfordert eine neue Abstraktion. In der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft werden die Waaren, wie ebenfalls schon erwähnt worden, nicht gemäß ihrem individuellen Werthe, sondern zu ihrem Produktionspreise, d. h. dem wirklichen Kostpreis plus einer durch-

schnittlichen proportionellen Profitrate veräußert, deren Höhe vom Verhältniß des Gesammtwerths der gesellschaftlichen Produktion zum Gesammtlohn der in Produktion, Austausch ꝛc. verwendeten menschlichen Arbeitskraft bestimmt wird, wobei die Grundrente von jenem Gesammtwerth abgezogen und die Vertheilung des Kapitals in industrielles, Kaufmanns- und Bankkapital in Rechnung gestellt werden muß.

Auf diese Weise verliert der Werth, soweit die einzelne Waare oder Waarenkategorie in Betracht kommt, jeden konkreten Gehalt und wird zur rein gedanklichen Konstruktion. Was aber wird unter diesen Umständen aus dem „Mehrwerth"? Dieser besteht nach der Marxschen Lehre in der Differenz zwischen dem Arbeitswerth der Produkte und der Bezahlung der in der Produktion derselben von den Arbeitern verausgabten Arbeitskraft. Es ist daher klar, daß in dem Augenblick, wo der Arbeitswerth blos noch als gedankliche Formel oder wissenschaftliche Hypothese Geltung beanspruchen darf, der Mehrwerth erst recht zur bloßen Formel würde, zu einer Formel, die sich auf eine Hypothese stützt.

Wie bekannt, hat Friedrich Engels in einem nachgelassenen Aufsatz, der in der „Neuen Zeit" vom Jahre 1895/96 abgedruckt ist, auf eine Lösung des Problems durch die geschichtliche Betrachtung des Vorgangs hingewiesen. Das Werthgesetz hat danach wirklich unmittelbar gegolten, es hat den Waarenaustausch unmittelbar wirklich beherrscht in der, der kapitalistischen Wirthschaft vorhergehenden Periode des Waarentausches. So lange die Produktionsmittel dem Produzirenden selbst gehören, sei es, daß urwüchsige Gemeinden den Ueberschuß ihrer Produkte austauschen oder selbstwirthschaftende Bauern und Handwerker ihre Produkte auf den Markt bringen, ist es danach der Arbeitswerth dieser Produkte, um den ihr Preis pendelt. Wie sich aber das Kapital zwischen den wirklichen Produzenten und den Konsumenten schiebt, zuerst als Handels- und kaufmännisches Verlegerkapital, dann als Manufaktur-Kapital und schließlich als großindustrielles Kapital, verschwindet der Arbeitswerth immer mehr von der Oberfläche, und in den Vordergrund tritt der Produktionspreis. Die vorerwähnten Abstraktionen sind gedankliche Wiederholungen von Vorgängen, die sich in der Geschichte abgespielt haben und die noch heute nachwirken und sich in bestimmten Fällen und Formen thatsächlich wiederholen. Der Arbeitswerth bleibt Realität, wenn er auch nicht mehr direkt die Preisbewegung beherrscht.

Engels sucht dies in Anknüpfung an eine Stelle im dritten Bande des „Kapital" eingehend an der Hand der Wirthschaftsgeschichte nachzuweisen. Aber so glänzend er das Aufkommen und die Ausbildung der Profitrate veranschaulicht, so fehlt dem Artikel doch gerade da die zwingende Beweiskraft, wo es sich um die Frage des Werthes handelt. Nach der Engelsschen Dar-

stellung soll das Marx'sche Werthgesetz fünf bis sieben Jahrtausende, von den Anfängen des Austausches von Produkten als Waaren (in Babylonien, Aegypten 2c.) bis zum Aufkommen der kapitalistischen Produktion, allgemein als ökonomisches Gesetz geherrscht haben. Gegen diese Ansicht hat schon Parvus im gleichen Jahrgang der „Neuen Zeit" einige triftige Einwände geltend gemacht, unter Hinweis auf eine Reihe von Thatsachen (Feudalverhältnisse, undifferenzirte Wirthschaft auf dem Lande, Zunft- 2c. Monopole), welche der Bildung eines auf der Arbeitszeit der Produzenten beruhenden allgemeinen Tauschwerths im Wege standen. Ganz offenbar kann Tausch auf Grundlage eines Arbeitswerths so lange nicht allgemeine Regel werden, als die Produktion für den Tausch Nebenzweig der Wirthschaftseinheiten ist, Verwendung von Ueberschußarbeit 2c., und als sie bei den austauschenden Produzenten unter grundsätzlich verschiedenartigen Bedingungen erfolgt. Das Problem der Tauschwerth bildenden Arbeit, und damit des Werths und Mehrwerths, liegt auf jenen Stufen der Wirthschaft nicht klarer wie heute.

Was aber dort klarer zu Tage tritt wie heute, das ist die Thatsache der Mehrarbeit. Wo im Alterthum und im Mittelalter Mehrarbeit geleistet wurde, da herrschte über sie keinerlei Täuschung, ward sie durch keine Werthvorstellung verdunkelt. Der Sklave war, wo er für den Austausch zu produziren hatte, reine Mehrarbeitmaschine, der Leibeigene und Hörige leisteten Mehrarbeit in der offenkundigen Form von Frohndiensten, Naturalabgaben, bezw. Zehnten. Der Geselle des Zunftmeisters konnte mit Leichtigkeit übersehen, was seine Arbeit den Meister kostete und wie hoch sie dieser dem Kunden anrechnete.[1] Diese Durchsichtigkeit der Beziehungen zwischen Arbeitslohn und Waarenpreis herrscht auch noch an der Schwelle der kapitalistischen Periode vor. Aus ihr erklären sich manche uns heute überraschende Stellen in wirthschaftspolitischen Schriften jener Zeit über die Mehrarbeit und die Arbeit als alleinige Erzeugerin des Reichthums. Was uns als Frucht tieferer Betrachtung der Dinge erscheint, war damals fast Gemeinplatz. Es fiel den Reichen jener Epoche gar nicht ein, ihren Reichthum als Frucht ihrer eigenen Arbeit hinzustellen. Die zu Anfang der Manufakturperiode aufkommende Lehre von der Arbeit als Maß des sich nun erst verallgemeinernden (Tausch-) Werths knüpft zwar an die Vorstellung von der Arbeit als der alleinigen Erzeugerin des Reichthums an und faßt den Werth noch ganz konkret auf,

[1] Wo vorkapitalistische Gewerbsmethoden sich in die Neuzeit hinübergerettet haben, zeigt sich auch heute noch die Mehrarbeit unverhüllt. Der Gehilfe des kleinen Maurermeisters, der bei irgend einem von dessen Kunden Arbeiten für ihn ausführt, weiß ganz genau, daß sein Stundenlohn so und so viel geringer ist als der Preis, den der Meister jenem pro Arbeitsstunde in Rechnung setzt. Aehnlich beim Kundenschneider, Kundengärtner 2c.

trägt aber alsbald mehr dazu bei, die Auffassungen von der Mehrarbeit zu verwirren als sie aufzuhellen. Wie dann später Adam Smith auf Grund ihrer Profit und Grundrente als Abzüge vom Arbeitswerth darstellte, Ricardo diesen Gedanken weiter durcharbeitete und Sozialisten ihn gegen die bürgerliche Oekonomie kehrten, kann man bei Marx selbst nachlesen.

Aber bei Adam Smith wird der Arbeitswerth schon als Abstraktion von der vorherrschenden Wirklichkeit aufgefaßt. Er hat volle Wirklichkeit nur „in dem frühen und rohen Gesellschaftszustand", der der Akkumulation von Kapital und der Aneignung von Land vorhergeht, sowie in rückständigen Gewerben. In der kapitalistischen Welt dagegen sind für Smith neben der Arbeit bezw. dem Lohn, Profit und Rente konstituirende Elemente des Werthes, und der Arbeitswerth dient Smith nur noch als „Begriff", um die Vertheilung des Produkts der Arbeit, d. h. die Thatsache der Mehrarbeit, aufzudecken.

Im Marxschen System ist es prinzipiell nicht anders. Wohl hält Marx den, von ihm viel strenger, aber auch abstrakter gefaßten Begriff des Arbeitswerths sehr viel fester wie Smith. Aber während die Marxsche Schule, darunter der Verfasser dieses, noch des Glaubens war, in der leidenschaftlich diskutirten Frage, ob das Attribut „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" im Arbeitswerth sich nur auf die Art der Herstellung der betreffenden Waare oder auch zugleich auf das Verhältniß der produzirten Menge dieser Waare zur effektiven Nachfrage beziehe, einen Punkt von fundamentalster Wichtigkeit für das System vor sich zu haben, lag im Pulte von Marx schon eine Lösung fertig, welche mit anderen auch dieser Frage ein völlig anderes Gesicht gab, sie auf ein anderes Gebiet, in eine andere Linie schob. Der Werth der individuellen Waare oder Waarenart wird jetzt etwas ganz Sekundäres, da die Waaren sich zu ihrem Produktionspreis — Herstellungskosten plus Profitrate — veräußern. In den Vordergrund rückt der Werth der Gesammtproduktion der Gesellschaft und das Mehr dieses Werthes über die Gesammtsumme der Löhne der Arbeiterklasse, d. h. nicht der individuelle, sondern der ganze soziale Mehrwerth. Was die Gesammtheit der Arbeiter in einem gegebenen Moment über den ihnen zufallenden Antheil hinaus produziren, bildet den sozialen Mehrwerth, den Mehrwerth der gesellschaftlichen Produktion, in den sich die Einzelkapitalisten in annähernd gleicher Proportion nach Maßgabe des von ihnen wirthschaftlich angewandten Kapitals theilen. Aber dieses Mehrprodukt wird nur in dem Maße realisirt, als die Gesammtproduktion dem Gesammtbedarf, resp. der Aufnahmefähigkeit des Marktes entspricht. Von diesem Gesichtspunkt aus, d. h. die Produktion als Ganzes genommen, ist der Werth jeder einzelnen Waarengattung bestimmt durch die Arbeitszeit, die nothwendig war, sie unter normalen Produktionsbedingungen in derjenigen Menge herzustellen, die der Markt, d. h. die Gesammtheit als Käufer betrachtet,

jeweilig aufnehmen kann. Nun giebt es jedoch gerade für die hier in Betracht kommenden Waaren in Wirklichkeit kein Maß des jeweiligen Gesammtbedarfs, und so ist auch der wie vorstehend begriffene Werth eine rein gedankliche Thatsache, nicht anders wie der Grenznutzenwerth der Gossen-Jevons-Böhmschen Schule. Beiden liegen wirkliche Beziehungen zu Grunde, aber beide sind aufgebaut auf Abstraktionen.[1]

Solche Abstraktionen sind natürlich bei der Betrachtung komplizirter Erscheinungen gar nicht zu umgehen. Wie weit sie zulässig sind, hängt ganz vom Gegenstand und Zweck der Untersuchung ab. Von Hause aus ist es Marx ebenso erlaubt, von den Eigenschaften der Waaren soweit abzusehen, daß sie schließlich nur noch Verkörperungen von Mengen einfacher menschlicher Arbeit bleiben, wie es der Böhm-Jevonsschen Schule freisteht, von allen

---

[1] Einen interessanten Versuch, dem Arbeitswerth einen konkreteren Gehalt zu geben, bezw. ihn in eine theoretisch meßbare Größe umzubilden, begegnen wir in der Schrift von Leo von Buch: „Intensität der Arbeit, Werth und Preis der Waaren" (Leipzig, Duncker & Humblot, 1896). Der Verfasser, der offenbar bei Abfassung seines Werkes den dritten Band „Kapital" noch nicht kannte, konstruirt als Maß für die Größe des Arbeitswerths die Grenzdichtigkeit („Limitar-intensität") der Arbeit, ein Produkt aus dem Verhältniß der täglichen Arbeitszeit zum Achtstundentag und dem Verhältniß des faktischen Arbeitslohns zum Werth des Arbeitsprodukts (Ausbeutungsrate). Je kürzer der Arbeitstag und je geringer die Ausbeutungsrate, um so höher die Dichtigkeit der Arbeit und damit der Arbeitswerth des Produkts. Nach Buch findet demgemäß auf der Basis des Arbeitswerths keine Ausbeutung statt. Diese ergiebt sich erst aus dem Verhältniß des Arbeitswerths zum Marktwerth des Produkts, der dem Preise zu Grunde liegt, und den Buch Schätzungswerth nennt, unter Verwerfung des Wortes Tauschwerth, das heute, wo nicht mehr getauscht werde, inhaltslos sei.

So befremdend die Theorie auf den ersten Blick anmuthet, so hat sie doch Eines für sich: dadurch, daß Buch Arbeitswerth und Marktwerth grundsätzlich auseinanderhält, vermeidet er jeden begrifflichen Dualismus und kann er den Ersteren sehr viel strenger und reiner entwickeln. Es fragt sich nur, ob es denn nicht eine Vorwegnahme war, den letzteren „Werth" in die Bestimmung des Arbeitswerths hineinzuziehen. Was Buch wollte: den Arbeitswerth im Gegensatz zum Marktwerth eine physiologische Begründung geben, konnte er auch, wenn er direkt den faktisch bezahlten Arbeitslohn als Maßfaktor einsetzte. Diejenigen aber, welche die Beziehung des Arbeitswerths auf den Lohn hier grundsätzlich verwerfen, seien auf die Stelle im Kapitel „Arbeitsprozeß und Verwerthungsprozeß" bei Marx aufmerksam gemacht, wo es heißt: „Ist der Werth dieser Kraft (der Arbeitskraft) aber höher, so äußert sie sich auch in höherer Arbeit und vergegenständlicht sie sich daher, in denselben Zeiträumen, in verhältnißmäßig höheren Werthen". (Buch I, 2. Aufl., S. 186.) Die Buchsche Abhandlung, von der erst der erste Theil vorliegt und die ich mir vorbehalte, bei passender Gelegenheit eingehender zu besprechen, erscheint mir als das Produkt nicht geringer Schärfe der Analyse und ein bemerkenswerther Beitrag zu einem keineswegs völlig aufgeklärten Problem.

Eigenschaften der Waaren außer ihrer Nützlichkeit zu abstrahiren. Aber die einen wie die anderen Abstraktionen sind nur für bestimmte Zwecke der Beweisführung zulässig, die auf Grund jener gefundenen Sätze haben nur innerhalb bestimmter Grenzen Anspruch auf Geltung.

Wenn es indeß kein sicheres Maß für den jeweiligen Gesammtbedarf einer bestimmten Waarenart giebt, so zeigt die Praxis doch, daß innerhalb gewisser Zeiträume Nachfrage und Zufuhr aller Waaren sich annähernd ausgleichen. Die Praxis zeigt ferner, daß an der Herstellung und Zustellung[1] der Waaren nur ein Theil der Gesammtheit thätig Theil nimmt, während ein anderer Theil aus Leuten besteht, die entweder Einkommen für Dienste genießen, die in keiner direkten Beziehung zur Produktion stehen, oder arbeitsloses Einkommen haben. Von der gesammten in der Produktion enthaltenen Arbeit lebt also eine bedeutend größere Zahl Menschen als daran thätig mitwirken, und die Statistik der Einkommen zeigt uns, daß die nicht in der Produktion thätigen Schichten obendrein einen viel größeren Antheil vom Gesammtprodukt sich aneignen, als ihr Zahlenverhältniß zum produktiv thätigen Theil ausmacht. Die Mehrarbeit dieses Letzteren ist eine empirische, aus der Erfahrung nachweisbare Thatsache, die keines deduktiven Beweises bedarf. Ob die Marxsche Werththorie richtig ist oder nicht, ist für den Nachweis der Mehrarbeit ganz und gar gleichgiltig. Sie ist in dieser Hinsicht keine Beweisthese, sondern nur Mittel der Analyse und der Veranschaulichung.

Wenn also Marx bei der Analyse der Waarenproduktion unterstellt, daß sich die einzelne Waare zu ihrem Werth veräußert, so veranschaulicht er am konstruirten Einzelfall den Vorgang, wie ihn nach seiner Auffassung die Gesammtproduktion thatsächlich darstellt. Die für die Gesammtheit der Waaren aufgewendete Arbeitszeit ist, in dem vorher bezeichneten Sinne, darnach ihr gesellschaftlicher Werth.[2] Und wenn auch dieser gesellschaftliche Werth sich nicht voll verwirklicht — weil immer wieder Entwerthung von Waaren durch partielle Ueberproduktion stattfindet — so hat das auf die Thatsache des sozialen Mehr-

---

[1] Dies Wort ist dem mißleitenden Worte „Vertheilung“ vorzuziehen.

[2] „Es ist in der That das Gesetz des Werthes ... daß nicht nur auf jede einzelne Waare nur die nothwendige Arbeitszeit verwandt ist, sondern daß von der gesellschaftlichen Gesammtarbeitszeit nur das nöthige proportionelle Quantum in den verschiedenen Gruppen verwandt ist. Denn Bedingung bleibt der Gebrauchswerth ... das gesellschaftliche Bedürfniß, das heißt der Gebrauchswerth auf gesellschaftlicher Potenz erscheint hier bestimmend für die Quote der gesellschaftlichen Gesammtarbeitszeit, die den verschiedenen besonderen Produktionssphären anheimfallen“ („Kapital“, III, 2, S. 176—77). Dieser Satz allein macht es unmöglich, sich über die Gossen-Böhmsche Theorie mit einigen überlegenen Redensarten hinwegzusetzen.

werths oder Mehrprodukts keinen prinzipiellen Einfluß. Das Wachsthum seiner Masse wird gelegentlich verändert oder verlangsamt, aber noch ist nicht einmal von einem Stillstand, geschweige denn von einem Rückgang seiner Masse in irgend einem modernen Staatswesen die Rede. Das Mehrprodukt nimmt überall zu, aber das Verhältniß seiner Zunahme zur Zunahme des Lohnkapitals ist in den vorgeschrittensten Ländern heute im Fallen.

Damit, daß Marx das hier gegebene Schema des Gesammtwaarenwerths auf die einzelne Waare überträgt, ist bereits angezeigt, daß die Bildung des Mehrwerths bei ihm ausschließlich in die Produktionssphäre fällt, wo es der industrielle Lohnarbeiter ist, der ihn produzirt. Alle anderen, im modernen Wirthschaftsleben thätigen Elemente sind Hilfsagenten der Produktion, die je nachdem indirekt den Mehrwerth erhöhen helfen, indem sie z. B. als Waarenhändler, Geldhändler ꝛc. oder deren Personal der industriellen Unternehmung ihr sonst zufallende Arbeiten abnehmen und so ihre Unkosten verringern. Die Grossisten ꝛc. mit ihren Angestellten sind nur noch verwandelte und differenzirte Kommis ꝛc. der Industriellen, und ihre Profite verwandelte und konzentrirte Unkosten der Letzteren. Die im Lohnverhältniß Angestellten dieser Händler schaffen zwar Mehrwerth für diese, aber keinen gesellschaftlichen Mehrwerth. Denn der Profit ihrer Prinzipale sammt ihren eigenen Löhnen ist ein Abzug vom Mehrwerth, der in der Industrie produzirt wurde. Nur daß dieser Abzug proportionell geringer ist als er vor der Differenzirung der hier in Betracht kommenden Funktionen war, beziehungsweise ohne sie sein würde. Diese Differenzirung ermöglicht erst die großartige Entwicklung der Produktion und die Beschleunigung des Umschlags des industriellen Kapitals. Wie überhaupt die Arbeitstheilung, erhöht sie die Produktivität des Industriekapitals, beziehungsweise der direkt in der Industrie beschäftigten Arbeit.

Wir begnügen uns mit dieser kurzen Rekapitulation der im dritten Band „Kapital“ niedergelegten Entwicklungen über Waarenhandlungskapital (von dem wiederum das Geldhandlungskapital eine Differenzirung darstellt) und den kaufmännischen Profit. Es erhellt aus ihnen, eine wie enge Begrenzung im Marxschen System die Mehrwerth setzende Arbeit hat. Die entwickelten wie auch andere hier nicht weiter zu erörternde Funktionen sind ihrer Natur nach für das Gesellschaftswesen der Neuzeit unerläßlich. Ihre Formen können und werden unzweifelhaft geändert werden, aber sie selbst werden verbleiben, so lange die Menschheit sich nicht in kleine, in sich abgeschlossene Wirthschaftseinheiten auflöst, wo sie dann theils aufgehoben, theils auf ein Minimum reduzirt werden mögen. In der Werthlehre, die doch für die gegenwärtige Gesellschaft gilt, erscheint jedoch die ganze auf sie entfallende Ausgabe schlechtweg als Abzug vom Mehrwerth, theils als „Unkost“, theils als integrirender Theil der Ausbeutungsrate.

Es liegt hier eine gewisse Willkür in der Werthung der Funktionen vor, bei der nicht mehr die gegebene, sondern eine konstruirte gemeinschaftlich wirthschaftende Gesellschaft unterstellt ist. Dies ist der Schlüssel für alle Dunkelheiten der Werththeorie. Sie ist nur an der Hand dieses Schemas zu verstehen. Wir haben gesehen, daß der Mehrwerth als Realität nur dadurch gefaßt werden konnte, daß die Gesammtwirthschaft unterstellt wurde. Marx ist nicht dazu gekommen, das für seine Lehre so wichtige Kapitel von den Klassen zu vollenden. An ihm würde sich aufs Klarste gezeigt haben, daß der Arbeitswerth absolut nichts als ein Schlüssel ist, ein Gedankenbild wie das beseelte Atom.[1] Ein Schlüssel, der von der Meisterhand Marx'

[1] Wir wissen, daß wir denken und wir wissen auch so ziemlich, in welcher Weise wir denken. Aber wir werden nie wissen, wie es zugeht, daß wir denken, wieso aus Eindrücken von außen, aus Nervenreizen oder aus Aenderungen in der Lagerung und dem Zusammenwirken der Atome unseres Gehirns Bewußtsein entsteht. Man hat es damit zu erklären versucht, daß man dem Atom einen gewissen Grad von Bewußtseinsfähigkeit, von Beseeltheit im Sinne der Monadenlehre, zusprach. Aber das ist ein Gedankenbild, eine Annahme, zu der unsere Folgerungsweise und unser Bedürfniß nach einheitlichem Begreifen der Welt uns zwingt.

Ein Artikel, in dem ich auf diese Thatsache verwies und bemerkte, daß der reine Materialismus zuletzt Idealismus sei, hat George Plechanow erwünschten Anlaß gegeben, in der „Neuen Zeit“ (Heft 44, Jahrg. 16, II) über mich herzufallen und mir Unwissenheit im Allgemeinen und gänzliche Verständnißlosigkeit hinsichtlich der philosophischen Anschauungen von Fr. Engels im Besonderen vorzuwerfen. Ich gehe auf die Art, wie der Genannte dort meine Worte willkürlich auf Dinge bezieht, die ich gar nicht berührt hatte, nicht weiter ein, sondern konstatire nur, daß sein Artikel in die Erklärung ausläuft, Engels habe eines Tages Plechanow auf die Frage: „Sie glauben also, daß der alte Spinoza Recht hatte: ‚der Gedanke und die Ausdehnung sind nichts als die beiden Attribute einer einzigen Substanz‘“, geantwortet: „Gewiß, der alte Spinoza hat vollständig Recht gehabt.“

Nun ist bei Spinoza die Substanz, der er diese beiden Attribute zuspricht — Gott. Allerdings Gott, der mit der Natur identifizirt wird, weshalb denn auch schon sehr früh Spinoza als Gottesleugner denunzirt und seine Philosophie als atheistisch verworfen wurde, während sie formell als Pantheismus erscheint, der übrigens den Vertretern der Lehre von einem persönlichen, außer der Natur stehenden Gott auch nur verkleideter Atheismus ist. Spinoza gelangte zu dem Begriff der unendlichen Substanz Gott mit den erwähnten und anderen, nicht näher angegebenen Attributen auf rein spekulativem Wege; für ihn waren das gesetzmäßige Denken und Sein identisch. Insofern begegnet er sich mit verschiedenen Materialisten, aber er selbst könnte nur mit vollkommen willkürlicher Deutung des Wortes als Vertreter des philosophischen Materialismus bezeichnet werden. Wenn man unter Materialismus überhaupt etwas Bestimmtes verstehen soll, so kann es nur die Lehre von der Materie als letztem und einzigen Grund der Dinge sein. Aber Spinoza bezeichnet seine Substanz Gott ausdrücklich als un-

gebraucht, zu einer Aufdeckung und Darstellung des Getriebes der kapitalistischen Wirthschaft geführt hat, wie sie gleich eindringend, folgerichtig und durchsichtig bisher nicht geliefert wurde, der aber von einem gewissen Punkte ab versagt und daher noch fast jedem Schüler von Marx verhängnißvoll geworden ist.

Vor Allem ist die Lehre vom Arbeitswerth darin irreführend, daß er doch immer wieder als Maßstab für die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten erscheint, wozu unter Anderm die Bezeichnung der Mehrwerthsrate als Ausbeutungsrate ꝛc. verleitet. Daß sie als solcher Maßstab selbst dann falsch ist, wenn man von der Gesellschaft als Ganzes ausgeht und die Gesammtsumme der Arbeitslöhne der Gesammtsumme der übrigen Einkommen gegenüberstellt, ist schon aus dem Vorhergehenden ersichtlich. Die Werthlehre giebt sowenig eine Norm für die Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit der Vertheilung des Arbeitsprodukts, wie die Atomlehre eine solche für die Schönheit oder Verwerflichkeit eines Bildwerks. Treffen wir doch heute die bestgestellten Arbeiter, Theile der „Aristokratie der Arbeit", gerade in solchen Gewerben mit sehr hoher, die infamst geschundenen Arbeiter in solchen mit sehr niedriger Mehrwerthsrathe.

Auf die Thatsache allein, daß der Lohnarbeiter nicht den vollen Werth des Produkts seiner Arbeit erhält, ist eine wissenschaftliche Begründung des Sozialismus oder Kommunismus nicht durchzuführen. „Marx hat denn auch", schreibt Fr. Engels im Vorwort zum „Elend der Philosophie", „nie seine kommunistischen Forderungen hierauf begründet, sondern auf den nothwendigen, sich vor unseren Augen täglich mehr und mehr vollziehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise."

Sehen wir zu, wie es sich damit verhält.

---

körperlich. Es steht jedem frei, Spinozist zu sein, aber dann ist er eben kein Materialist.

Ich weiß, daß Engels in „Ludwig Feuerbach" vom Materialismus zwei andere Definitionen wie die obige giebt, erst einfach alle diejenigen, welche die Natur als das Ursprüngliche annehmen, für den Materialismus reklamirt, und dann diesen als das „Aufgeben jeder idealistischen Schrulle" bezeichnet, „die sich mit den, in ihrem eigenen Zusammenhang aufgefaßten Thatsachen nicht in Einklang bringen läßt". Diese Definitionen geben dem Worte Materialismus eine so weite Deutung, daß es alle Bestimmtheit verliert und sehr antimaterialistische Auffassungen mit einschließt. Es zeigt sich eben immer wieder, und Plechanow bestätigt es unfreiwillig selbst, daß das Steifen auf den Namen „materialistisch" mehr in politischen wie in wissenschaftlichen Gründen wurzelt. Wer nicht zur denkenden Materie schwört, ist der politischen Ketzerei verdächtig, das ist die Moral seines Artikels. Wie werde ich dieses Anathema überleben?

b) Die Einkommensbewegung in der modernen Gesellschaft.

„Stellt sich die Akkumulation so einerseits dar als wachsende Konzentration . . . so andererseits als Repulsion vieler individueller Kapitale von einander.
Marx, „Kapital“ I, 4. Aufl. S. 590.

Der Mehrwerth ist nach der Marxschen Lehre das Fatum des Kapitalisten. Der Kapitalist muß Mehrwerth produziren, um Profit zu erzielen, er kann aber nur aus der lebendigen Arbeit Mehrwerth ziehen. Um den Markt gegen seine Konkurrenten zu sichern, muß er nach Verbilligung der Produktion streben, und diese erreicht er, sobald das Lohndrücken versagt, nur durch Erhöhung der Produktivität der Arbeit, d. h. durch Vervollkommnung der Maschinen und Ersparung menschlicher Arbeitskraft. Mit der menschlichen Arbeitskraft aber setzt er Mehrwerth produzirende Arbeit außer Funktion und schlägt er daher die Henne todt, die ihm die goldenen Eier legt. Ein sich schrittweise vollziehendes Sinken der Profitrate ist die Folge, das durch gegenwirkende Umstände wohl zeitweilig gehemmt wird, aber immer wieder von Neuem einsetzt. Hier ist ein neuer innerer Gegensatz der kapitalistischen Produktionsweise. Die Profitrate ist der Antrieb zur produktiven Anwendung von Kapital, fällt sie unter einen gewissen Punkt, so erschlafft der Trieb zu produktiver Unternehmung, vor Allem soweit es sich um die neuen Kapitale handelt, die als Ableger der angehäuften Kapitalmassen auf den Markt treten. Das Kapital selbst erweist sich als Schranke der kapitalistischen Produktion. Die Fortentwicklung der Produktion wird unterbrochen. Während auf der einen Seite jedes thätige Kapital durch fieberhafte Anspannung der Produktion seine Profitmasse zu bergen und zu steigern sucht, setzt schon auf der anderen Stockung in der Ausbreitung der Produktion ein. Dies ist nur das Gegenstück der zur Krisis aus relativer Ueberproduktion treibenden Vorgänge auf dem Markt der Gebrauchswerthe. Die Ueberproduktion von Waaren drückt sich zugleich als Ueberproduktion von Kapitalien aus. Hier wie dort schaffen die Krisen zeitweilige Ausgleichung. Es findet kolossale Entwerthung und Zerstörung von Kapitalen statt, und unter dem Einfluß der Stagnation muß ein Theil der Arbeiterklasse sich Herabdrückung des Lohnes bis unter den Durchschnitt gefallen lassen, da eine verstärkte Reservearmee überschüssiger Arme dem Kapital auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Nach einer Weile werden so die Bedingungen neuer profitabler Kapitalanlage hergestellt und der Tanz kann von Neuem losgehen, aber auf erhöhter Stufenleiter des geschilderten inneren Gegensatzes. Größere Zentralisation der Kapitale, größere Konzentration der Betriebe, erhöhte Ausbeutungsrate.

Ist das nun alles richtig?

Ja und nein. Es ist richtig vor Allem in der Tendenz. Die geschilderten Kräfte sind da und wirken in der angegebenen Richtung. Aber auch die Vorgänge sind der Wirklichkeit entnommen: der Fall der Profitrate ist Thatsache, das Eintreten von Ueberproduktion und Krisen ist Thatsache, periodische Kapitalvernichtung ist Thatsache, die Konzentration und Zentralisation des industriellen Kapitals ist Thatsache, die Steigerung der Mehrwerthsrate ist Thatsache. Soweit läßt sich prinzipiell an der Darstellung nicht rütteln. Wenn das Bild nicht der Wirklichkeit entspricht, so nicht weil Falsches gesagt wird, sondern weil das Gesagte unvollständig ist. Faktoren, die auf die geschilderten Gegensätze einschränkend einwirken, werden bei Marx entweder gänzlich vernachlässigt oder zwar bei Gelegenheit behandelt, aber später, bei der Zusammenfassung und Gegenüberstellung der festgestellten Thatsachen, fallen gelassen, so daß die soziale Wirkung der Antagonismen viel stärker und unmittelbarer erscheint, als sie in Wirklichkeit ist.

So spricht Marx im ersten Bande „Kapital“ (Kapitel 23, Absatz 2) von der Bildung von Kapitalablegern durch Theilungen rc. („Repulsion vieler individueller Kapitalisten von einander“) und bemerkt dabei, daß mit der Akkumulation von Kapital die Anzahl der Kapitalisten in Folge solcher Spaltungen „mehr oder minder wächst“ (4. Auflage, S. 589). Aber in der folgenden Entwicklung wird von diesem Wachsthum der Zahl der Kapitalisten ganz abgesehen und sogar die Aktiengesellschaft lediglich unter dem Gesichtswinkel der Konzentration und Zentralisation des Kapitals behandelt. Mit dem obigen „mehr oder minder“ erscheint die Sache als erledigt. Am Schluß des ersten Bandes ist nur noch von der „beständig abnehmenden Zahl von Kapitalmagnaten“ die Rede, und daran wird auch im dritten Bande prinzipiell nichts geändert. Wohl werden bei Behandlung der Profitrate und des kaufmännischen Kapitals Thatsachen berührt, die auf eine Zersplitterung der Kapitale hinweisen, aber ohne Nutzanwendung für unseren Punkt. Der Leser behält den Eindruck, daß die Zahl der Kapitalinhaber beständig — wenn nicht absolut, so im Verhältniß des Wachsthums der Arbeiterklasse — zurückgeht. In der Sozialdemokratie herrscht demgemäß die Vorstellung vor oder drängt sie sich immer wieder dem Geiste auf, daß der Konzentration der industriellen Unternehmungen eine Konzentration der Vermögen parallel läuft.

Das ist aber keineswegs der Fall. Die Form der Aktiengesellschaft wirkt der Tendenz: Zentralisation der Vermögen durch Zentralisation der Betriebe, in sehr bedeutendem Umfang entgegen. Sie erlaubt eine weitgehende Spaltung schon konzentrirter Kapitale und macht Aneignung von Kapitalen durch einzelne Magnaten zum Zwecke der Konzentrirung gewerblicher Unternehmen überflüssig. Wenn nicht-sozialistische Oekonomen diese Thatsache zum Zwecke der Beschönigung der sozialen Zustände ausgenutzt haben, so ist das

für Sozialisten noch kein Grund, sie sich zu verheimlichen oder sie hinwegzureden. Es handelt sich vielmehr darum, ihre wirkliche Ausdehnung und ihre Tragweite zu erkennen.

Leider fehlt es durchaus noch an zahlenmäßigen Nachweisen über die thatsächliche Vertheilung der Stamm-, Prioritäts- 2c. Antheile der heute einen so gewaltigen Raum einnehmenden Aktiengesellschaften, da in den meisten Ländern die Antheile anonym sind (d. h. wie anderes Papiergeld ohne Umstände den Inhaber wechseln können), während in England, wo die auf den Namen eingetragenen Aktien überwiegen und die Listen der so festgestellten Aktionäre von Jedermann im staatlichen Registriramt eingesehen werden können, die Aufstellung einer genaueren Statistik der Aktienbesitzer eine Riesenaufgabe ist, an die sich noch Niemand herangewagt hat. Man kann ihre Zahl nur auf Grund gewisser Ermittlungen über die einzelnen Gesellschaften annähernd schätzen. Um jedoch zu zeigen, wie sehr die Vorstellungen täuschen, die man sich in dieser Hinsicht macht, und wie die modernste und krasseste Form kapitalistischer Zentralisation, der „Trust", thatsächlich ganz anders auf die Vertheilung der Vermögen wirkt, als es dem Fernstehenden erscheint, folgen hier einige Zahlen, die leicht verifizirt werden können.

Der vor etwa Jahresfrist gegründete englische Nähgarn-Trust zählt nicht weniger als 12300 Antheilsinhaber. Davon:

6000	Inhaber von	Stammaktien	mit	1200	Mark	Durchschnittskapital
4500	" "	Prioritätsaktien	"	3000	"	"
1800	" "	Obligationen	"	6300	"	"

Auch der Trust der Feingarnspinner hat eine anständige Zahl von Antheilsinhabern, nämlich 5454.

2904	Inhaber von	Stammaktien	mit	6000	Mark	Durchschnittskapital
1870	" "	Prioritätsaktien	"	10000	"	"
680	" "	Obligationen	"	26000	"	"

Aehnlich der Baumwoll-Trust P. u. T. Coats.[1] Die Zahl der Aktionäre des großen Manchester Schiffskanals beläuft sich auf rund 40000, die des großen Provisionsgeschäfts T. Lipton auf 74262! Ein in neuerer Zeit als Beispiel der Kapitalkonzentration angeführtes Waarenhaus, Spiers & Pond in London, hat, bei einem Gesammtkapital von 26 Millionen Mark, 4650 Aktionäre, davon nur 550, deren Aktienbesitz 10000 Mark übersteigt. Das sind einige Beispiele für die Zersplitterung der Vermögenstheile an zentralisirten Unternehmungen. Nun sind selbstverständlich nicht alle Aktionäre in nennenswerthem Grade Kapitalisten, und vielfach erscheint ein und derselbe

[1] Bei allen diesen Trusts haben die bisherigen Inhaber der kombinirten Fabriken eine Partie der Aktien selbst übernehmen müssen. Diese sind in der gegebenen Tabelle nicht einbegriffen.

große Kapitalist bei allen möglichen Gesellschaften als kleiner Aktionär wieder. Aber bei alledem ist die Zahl der Aktionäre und der Durchschnittsbetrag ihres Aktienbesitzes in raschem Wachsthum begriffen. Insgesammt wird die Zahl der Aktieninhaber in England auf weit über eine Million geschätzt, und das erscheint nicht übertrieben, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1896 allein die Zahl der Aktiengesellschaften des Vereinigten Königreichs sich auf 21223 mit einem eingezahlten Kapital von 22290 Millionen Mark belief, wozu dann noch die nicht in England selbst negotiirten auswärtigen Unternehmungen, Staatspapiere rc. kommen.[1]

Diese Vertheilung des nationalen Reichthums, für welches Wort man auch in einem großen Theil der Fälle nationales Mehrprodukt sagen kann, spiegelt sich in den Zahlen der Einkommensstatistik wieder.

Im Vereinigten Königreich betrug im Finanzjahr 1893/94 (der letzte mir vorliegende Bericht) die Zahl der unter Rubrik D und E (Einkommen aus Geschäftsprofiten, höheren Beamtenposten rc.) mit 3000 Mark und darüber eingeschätzten Personen 727270. Dazu kommen aber noch die Zensiten aus Einkommen von Grund und Boden (Renten, Pachterträge), von Miethshäusern und von steuerbaren Kapitalanlagen. Diese Gruppen versteuern zusammen fast ebenso viel wie die vorgenannten Steuergruppen, nämlich 6000 gegenüber 7000 Millionen Mark Einkommen. Das dürfte die Ziffer der über 3000 Mark beziehenden Personen nahezu verdoppeln.

In der „British Review“ vom 22. Mai 1897 finden sich einige Zahlen über das Wachsthum der Einkommen in England von 1851 bis 1881. Darnach zählte England Familien mit 150 bis 1000 Pfund Sterling Einkommen (die mittlere und kleine Bourgeoisie und die höchste Arbeiteraristokratie): 1851 rund 300000, 1881 rund 990000. Während die Bevölkerung in diesen dreißig Jahren sich im Verhältniß von 27 auf 35, d. h. um etwa 30 Prozent vermehrte, stieg die Zahl dieser Einkommensklassen im Verhältniß von 27 auf 90, d. h. um 233 1/3 Prozent. Sie wird heute von Giffen auf **anderthalb Millionen Steuerzahler** geschätzt.

Andere Länder zeigen kein prinzipiell verschiedenes Bild. Frankreich hat nach Mulhall, bei einem Gesammt von 8000000 Familien, 1700000 Familien in groß- und kleinbürgerlichen Existenzverhältnissen (Durchschnittseinkommen von 5200 Mark) gegen 6000000 Arbeiter und 160000 ganz Reiche. In Preußen gab es, wie die Leser Lassalles wissen, 1854 bei einer Bevölkerung von 16,3 Millionen nur 44407 Personen mit einem Einkommen von über 1000 Thaler. Im Jahre 1894/95 versteuerten, bei einer Ge-

[1] Man schätzt heute das im Ausland angelegte englische Kapital auf 43 Milliarden Mark und seinen jährlichen Zuwachs auf durchschnittlich 114 Millionen!

sammtbevölkerung von gegen 33 Millionen, 321 296 Personen Einkommen über 3000 Mark. 1897/98 war die Zahl auf 347 328 gestiegen. Während die Bevölkerung sich verdoppelte, hat sich die Schicht der besser situirten Klassen um mehr als versiebenfacht. Selbst wenn man dagegen in Anrechnung setzt, daß die 1866 annektirten Landestheile meist größere Wohlhabenheitsziffern aufweisen als Altpreußen, und daß viele Lebensmittelpreise in der Zwischenzeit erheblich gestiegen sind, kommt noch mindestens ein Zunahmeverhältniß der besser Situirten gegen das der Gesammtbevölkerung von weit über 2 : 1 heraus. Nehmen wir z. B. einen späteren Zeitraum, so finden wir, daß in den vierzehn Jahren zwischen 1876 und 1890, bei einer Gesammtzunahme der Zensiten um 20,56 Prozent, die Einkommen zwischen 2000 bis 20 000 Mark (das wohlhabende und kleinere Bürgerthum) von 442 534 auf 582 024 Steuerzahler, d. h. um 31,52 Prozent anwächst. Die Klasse der eigentlichen Besitzenden (6000 Mark Einkommen und darüber) wächst in der gleichen Zeit von 66 319 auf 109 095, d. h. um 58,47 Prozent. Fünf Sechstel dieses Zuwachses, nämlich 33 226 von 38 776, entfallen auf die Mittelschicht der Einkommen zwischen 6000 und 20 000 Mark. Nicht anders liegen die Verhältnisse im industriellsten Staate Deutschlands, nämlich Sachsen. Dort stieg von 1879 bis 1890 die Zahl der Einkommen zwischen 1600 und 3300 Mark von 62 140 auf 91 124, die der Einkommen zwischen 3300 und 9600 Mark von 24 414 auf 38 841.[1] Aehnlich in anderen deutschen Einzelstaaten. Natürlich sind nicht alle Empfänger von höheren Einkommen „Besitzende“, aber in wie hohem Maße dies der Fall, ersieht man daraus, daß für 1895/96 in Preußen 1 152 332 Zensiten mit einem steuerbaren Nettovermögensbesitz von über 6000 Mark zur Ergänzungssteuer herangezogen wurden. Ueber die Hälfte davon, nämlich 598 063, versteuerten ein Nettovermögen von mehr als 20 000 Mark, 385 000 ein solches von über 32 000 Mark.

Es ist also durchaus falsch anzunehmen, daß die gegenwärtige Entwicklung eine relative oder gar absolute Verminderung der Zahl der Besitzenden aufweist. Nicht „mehr oder minder“, sondern schlechtweg mehr, d. h. absolut und relativ wächst die Zahl der Besitzenden. Wären die Thätigkeit und die Aussichten der Sozialdemokratie davon abhängig, daß die Zahl der Besitzenden zurückgeht, dann könnte sie sich in der That „schlafen legen“. Aber

[1] Diese letztere Klasse stieg von 1890 bis 1892 um weitere 2400, nämlich auf 89266. Für die erstere Klasse fehlt mir für 1892 die absolute Zahl, darum sei nur erwähnt, daß zwischen 1879 und 1892 die Zahl der Einkommen zwischen 800 und 3300 Mark (besser gestellte Arbeiter und Kleinbürgerthum) in Sachsen von 227839 auf 439948, d. h. von 20,94 Prozent auf 30,48 Prozent der Zensiten stieg. Es sei hierbei bemerkt, daß die auf Preußen und Sachsen bezüglichen Zahlen theils dem Handwörterbuch für Staatswissenschaften, theils Schönbergs Handbuch entnommen sind.

das Gegentheil ist der Fall. Nicht vom Rückgang, sondern von der Zunahme des gesellschaftlichen Reichthums hängen die Aussichten des Sozialismus ab. Der Sozialismus oder die sozialistische Bewegung der Neuzeit hat schon manchen Aberglauben überlebt, sie wird auch noch den überleben, daß ihre Zukunft von der Konzentration des Besitzes oder, wenn man will, der Aufsaugung des Mehrwerths durch eine sich verringernde Gruppe kapitalistischer Mammuths abhängt.[1] Ob das gesellschaftliche Mehrprodukt von 10 000 Personen monopolistisch aufgehäuft oder zwischen einer halben Million Menschen in abgestuften Mengen vertheilt wird, ist für die neun oder zehn Millionen Familienhäupter, die bei diesem Handel zu kurz kommen, prinzipiell gleichgiltig. Ihr Bestreben nach gerechterer Vertheilung oder nach einer Organisation, die eine gerechtere Vertheilung einschließt, braucht darum nicht minder berechtigt und nothwendig zu sein. Im Gegentheil. Es möchte weniger Mehrarbeit kosten, einige Tausend Privilegirte in Ueppigkeit zu erhalten, wie eine halbe Million und mehr in unbilligem Wohlstand.

Wäre die Gesellschaft so konstituirt oder hätte sie sich so entwickelt, wie die sozialistische Doktrin es bisher unterstellte, dann würde allerdings der ökonomische Zusammenbruch nur die Frage einer kurzen Spanne Zeit sein können. Aber das ist eben, wie wir sehen, nicht der Fall. Weit entfernt, daß die Gliederung der Gesellschaft sich gegen früher vereinfacht hätte, hat sie sich vielmehr, sowohl was die Einkommenshöhe, als was die Berufsthätigkeiten anbetrifft, in hohem Grade abgestuft und differenzirt. Und wenn wir die Thatsache nicht durch Einkommens- und Berufsstatistik empirisch festgestellt vor uns hätten, so würde sie sich auch auf rein deduktivem Wege als die nothwendige Folge der modernen Wirthschaft nachweisen lassen.

Was die moderne Produktionsweise vor Allem auszeichnet, ist die große Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit. Die Wirkung ist eine nicht minder große Steigerung der Produktion — Massenproduktion von Gebrauchsgütern. Wo bleibt dieser Reichthum? Oder, um gleich die Frage auf den Kern der Sache zuzuspitzen: wo bleibt das Mehrprodukt, das die industriellen Lohnarbeiter über ihren eigenen, durch ihren Lohn begrenzten Konsum hinaus produziren? Die „Kapitalmagnaten“ möchten zehnmal so große Bäuche haben, als der Volkswitz ihnen nachsagt, und zehnmal so viel Bedienung halten, als

[1] Bei der Statistik der Höchsteinkommen wird übrigens in der sozialistischen Literatur meist übersehen, daß ein sehr großer Prozentsatz derselben auf juristische Personen, d. h. Körperschaften aller Art (Aktiengesellschaften 2c.) entfällt. So waren in Sachsen im Jahre 1892 von 11138 Zensiten mit über 9600 Mark Einkommen 5594 juristische Personen, und je höher hinaufgegangen wird, um so mehr überwiegen diese. Bei den Einkommen über 300000 Mark kamen auf 23 physische 33 juristische Personen.

sie in Wirklichkeit thun, gegenüber der Masse des jährlichen Nationalprodukts — man vergegenwärtige sich, daß ja die kapitalistische Großproduktion vor Allem Massenproduktion ist — wäre ihr Konsum immer noch wie eine Feder in der Wage. Man wird sagen, sie exportiren den Ueberschuß. Schön, aber der auswärtige Abnehmer zahlt schließlich auch wieder nur in Waaren. Im Welthandel spielt das zirkulirende Metallgeld eine verschwindende Rolle. Je kapitalreicher ein Land, um so größer seine Waareneinfuhr, denn die Länder, denen es Geld leiht, können zumeist die Zinsen gar nicht anders zahlen, als in der Form von Waaren.[1] Wo also bleibt die Waarenmenge, die die Magnaten und ihre Dienerschaft nicht verzehren? Wenn sie nicht doch in der einen oder anderen Weise den Proletariern zufließt, so muß sie eben von anderen Klassen aufgefangen werden. Entweder steigende relative Abnahme der Zahl der Kapitalisten und steigender Wohlstand des Proletariats oder eine zahlreiche Mittelklasse, das ist die einzige Alternative, die uns die fortgesetzte Steigerung der Produktion läßt. Krisen und unproduktive Ausgaben für Heere 2c. verschlingen viel, haben aber doch in neuerer Zeit immer nur Bruchtheile des Gesammtmehrprodukts absorbirt. Wollte die Arbeiterklasse darauf warten, bis das „Kapital“ die Mittelklassen aus der Welt geschafft hat, so könnte sie wirklich einen langen Schlaf thun. Das Kapital würde diese Klassen in der einen Form expropriiren und sie in der anderen immer wieder neu ins Leben setzen. Nicht das „Kapital“, die Arbeiterklasse selbst hat die Mission, die parasitischen Elemente der Wirthschaft aufzusaugen.

Auf die Thatsache, daß der Reichthum der modernen Nationen in steigendem Maße Reichthum an beweglichen Gebrauchsgütern ist, haben manchesterliche Schriftsteller allerhand Schönfärberei der heutigen Zustände gestützt. Das hat seiner Zeit fast alle Sozialisten veranlaßt, in das entgegengesetzte Extrem zu verfallen und den gesellschaftlichen Reichthum nur noch als fixirten Reichthum, sub specie des „Kapitals“, zu betrachten, das allmälig zu einer mystischen Wesenheit personifizirt wurde. Selbst die klarsten Köpfe verlieren ihr gesundes Urtheil, sobald ihnen diese Vorstellung „Kapital“ in die Quere läuft. Marx sagt einmal von dem liberalen Oekonomen J. B. Say, er nehme sich heraus, über die Krisen abzuurtheilen, weil er wisse, daß die Waare Produkt sei. Heute glauben viele, vom gesellschaftlichen Reichthum alles gesagt zu haben, wenn sie auf die spezifische Form des Unternehmungskapitals verweisen.

Gegen den Satz in meiner Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag, die Zunahme des gesellschaftlichen Reichthums werde nicht von einer zusammen-

[1] England bekommt seine ausstehenden Zinsen in Form einer Mehreinfuhr im Werthe von zwei Milliarden Mark bezahlt; der größte Theil davon Artikel des Massenverbrauchs.

schrumpfenden Zahl von Kapitalmagnaten, sondern von einer wachsenden Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet, wirft mir ein Leitartikel der „New Yorker Volkszeitung“ vor, das sei, wenigstens soweit Amerika in Betracht komme, falsch, denn der Zensus der Vereinigten Staaten weise nach, daß die Produktion dort von einer, im Verhältniß zu deren Gesammtgröße immer mehr zusammenschrumpfenden Zahl von Syndikaten („Concerns“) beherrscht werde. Was für eine Widerlegung. Was ich von der allgemeinen Klassengliederung erkläre, glaubt der Kritiker mit dem Hinweis auf die Gliederung der industriellen Unternehmungen schlagen zu können. Es ist als wenn Jemand sagen wollte, die Zahl der Proletarier schrumpfe in der modernen Gesellschaft immer mehr zusammen, denn wo früher der einzelne Arbeiter stand, stehe heute die Gewerkschaft.

Hinterher wird dann allerdings die Erklärung angefügt, diese Zusammenfassung der Unternehmungen sei die Hauptsache, ob sich nun in den Aktionären eine neue Klasse von Nichtsthuern bilde, darauf komme es nicht an.

Das ist zunächst eine Ansicht und kein Beweis gegen die betonte Thatsache. Für die Analyse der Gesellschaft kommt die eine Thatsache so gut in Betracht wie die andere. Sie kann unter einem gewissen Gesichtspunkt die unwichtigere sein, aber es handelt sich hier nicht darum, sondern ob sie richtig ist oder nicht. Von der Zusammenziehung der Unternehmungen, die mir wirklich nicht ganz unbekannt war, sprach ich selbst in einem folgenden Satze. Ich erwähne zwei Thatsachen, und der Kritiker glaubt die Falschheit der einen zu beweisen, indem er nur die andere für wichtig erklärt. Hoffentlich gelingt es mir, das Phantom zu zerstören, das ihm und Anderen den Blick trübt.

Auf den erwähnten Ausspruch hat auch — noch in Stuttgart selbst — Karl Kautsky Bezug genommen und mir entgegengehalten, wenn es wahr wäre, daß die Kapitalisten zunehmen und nicht die Besitzlosen, dann festige sich der Kapitalismus und wir Sozialisten kämen überhaupt nicht ans Ziel. Aber noch sei das Wort von Marx wahr, Zunahme des Kapitals bedeute auch Zunahme des Proletariats.

Das ist in einer anderen Richtung und weniger kraß das gleiche Quiproquo. Ich hatte nirgends gesagt, daß die Proletarier nicht zunehmen. Ich sprach, wo ich die Zunahme der Kapitalisten aller Grade betone, von Menschen und nicht von Unternehmern. Aber Kautsky ist offenbar an dem Begriff „Kapital“ hängen geblieben und folgerte nun, relative Zunahme der Kapitalisten müsse relative Abnahme des Proletariats bedeuten, das aber widerspreche unserer Lehre. Und er hält mir den angeführten Ausspruch von Marx entgegen.

Ich habe nun weiter oben schon einen Satz von Marx berührt, der etwas anders lautet, wie der von Kautsky zitirte. Der Fehler Kautsky's liegt in der Identifizirung von Kapital mit Kapitalisten oder Besitzenden. Ich möchte

aber Kautsky hier noch auf etwas anderes verweisen, was seine Einwendung entkräftet. Und das ist die Entwicklung des industriellen Kapitals, die Marx die organische nennt. Wenn die Zusammensetzung des Kapitals sich derart ändert, daß das konstante Kapital zu- und das variable abnimmt, dann heißt in dem betreffenden Unternehmen absolute Zunahme des Kapitals relative Abnahme des Proletariats. Das aber ist gerade nach Marx die charakteristische Form der modernen Entwicklung. Auf die kapitalistische Gesammtwirthschaft übertragen heißt dies thatsächlich: absolute Zunahme des Kapitals, relative Abnahme des Proletariats. Die durch die veränderte organische Zusammensetzung des Kapitals überschüssig gewordenen Arbeiter finden jedesmal nur in dem Maße wieder Arbeit, als sich neues Kapital zu ihrer Beschäftigung auf dem Markte einstellt. Gerade in dem Punkte, auf den Kautsky die Frage zuspitzt, steht mein Ausspruch in Einklang mit der Marxschen Theorie. Soll die Zahl der Arbeiter zunehmen, so muß das Kapital im Verhältniß noch schneller zunehmen, ist die Konsequenz der Marxschen Deduktion. Ich denke, Kautsky wird das ohne Weiteres zugeben.

Es handelt sich also bis soweit nur darum, ob das vermehrte Kapital blos qua Unternehmungsfonds Kapitalbesitz ist oder auch als Unternehmungsantheil.

Wenn nein, dann wäre der erste beste Schlossermeister Pasewalk, der mit sechs Gehilfen und etlichen Lehrlingen sein Geschäft betreibt, Kapitalist, aber der Rentier Müller, der verschiedene Hunderttausend Mark im Koffer hat, oder dessen Schwiegersohn, Ingenieur Schulze, der eine größere Anzahl Aktien als Mitgift bekommen hat (nicht alle Aktionäre sind Nichtsthuer), wären Besitzlose. Der Widersinn solcher Klassifikation liegt auf der Hand. Besitz ist Besitz, ob fixirt oder beweglich. Die Aktie ist nicht nur Kapital, sie ist sogar Kapital in seiner vollendetsten, man könnte sagen sublimirten Form. Sie ist die von aller grobsinnlichen Berührung mit den Niedrigkeiten der Gewerbsthätigkeit befreite Anweisung auf einen Antheil am Mehrprodukt der nationalen oder Weltwirthschaft — dynamisches Kapital, wenn man will. Und wenn sie sammt und sonders nur als nichtsthuende Rentiers lebten, so würden die wachsenden Schaaren der Aktionäre — man kann heute sagen die Aktionärbataillone — schon durch ihre bloße Existenz, die Art ihres Konsums und die Zahl ihrer sozialen Gefolgschaft, eine das Wirthschaftsleben der Gesellschaft stark beeinflussende Potenz darstellen. Die Aktie stellt in der sozialen Stufenleiter die Zwischenglieder wieder her, die aus der Industrie durch die Konzentration der Betriebe als Produktionschefs ausgeschaltet wurden.

Indeß hat es mit dieser Konzentration auch seine Bewandtniß. Betrachten wir sie etwas näher.

---

c) Die Betriebsklassen in der Produktion und Ausbreitung des gesellschaftlichen Reichthums.

Für dasjenige europäische Land, das als das vorgeschrittenste Land kapitalistischer Entwicklung gilt, England, fehlt es an einer allgemeinen Statistik der Betriebsklassen in der Industrie. Sie existirt nur für bestimmte, dem Fabrikgesetz unterstellte Produktionszweige, sowie für einzelne Lokalitäten.

Was die dem Fabrikgesetz unterstellten Fabriken und Werkstätten anbetrifft, so waren in denselben nach dem Fabrikinspektorenbericht für 1896 zusammen 4 398 983 Personen beschäftigt. Das sind noch nicht ganz die Hälfte der nach dem Zensus von 1891 als in der Industrie thätig bezeichneten Personen. Die Zahl des Zensus ist, ohne das Transportgewerbe, 9 025 902. Von den überschüssigen 4 626 919 Personen kann man ein Viertel bis ein Drittel auf Geschäftstreibende der betreffenden Produktionszweige und auf einige Mittel- und Großbetriebe rechnen, die nicht dem Fabrikgesetz unterstehen. Bleiben rund drei Millionen Angestellte und Kleinmeister in Zwergbetrieben. Die vier Millionen dem Fabrikgesetz unterstellter Arbeiter vertheilten sich auf zusammen 160 948 Fabriken und Werkstätten, was einen Durchschnitt von 27 bis 28 Arbeiter pro Betrieb ergiebt.[1] Theilen wir Fabriken und Werkstätten, so erhalten wir 76 279 Fabriken mit 3 743 418, und 81 669 Werkstätten mit 655 565 Arbeitern, im Durchschnitt 49 Arbeiter pro Fabrik und 8 Arbeiter pro registrirter Werkstätte. Schon die Durchschnittszahl 49 Arbeiter pro Fabrik zeigt an, was die genauere Prüfung der Tabellen des Berichts bestätigt, daß mindestens zwei Drittel der als Fabriken registrirten Betriebe zur Kategorie der Mittelbetriebe von 6 bis 50 Arbeitern gehören, so daß höchstens 20 bis 25 000 Betriebe von 50 Arbeitern und darüber übrig bleiben, die zusammen gegen 3 Millionen Arbeiter vertreten werden. Von den im Transportgewerbe thätigen 1 171 990 Personen können bestenfalls drei Viertel als den Großbetrieben angehörig betrachtet werden. Rechnet man diese den vorhergehenden Kategorien hinzu, so erhalten wir im Ganzen für das Arbeiter- und Hilfspersonal der Großbetriebe zwischen 3½ und 4 Millionen, denen über 5½ Millionen in Mittel- und Kleinbetrieben beschäftigter Personen gegenüberstehen. Die „Werkstatt der Welt" ist danach noch bei Weitem nicht in dem Grade, wie man meint, der Großindustrie verfallen. Die gewerblichen Betriebe zeigen vielmehr auch im britischen Reiche die größte Mannigfaltigkeit, und keine Größenklasse verschwindet aus der Stufenleiter.[2]

---

[1] Von 1931 registrirten Fabriken und 5624 Werkstätten waren bei Abschluß des Berichts die Angaben noch nicht eingelaufen. Sie würden das Verhältniß der Arbeiter pro Betrieb noch ermäßigt haben.

[2] Nach England übersiedelte deutsche Arbeiter haben mir wiederholt ihr Erstaunen über die Zersplitterung der Betriebe ausgedrückt, der sie in der Holz-,

Vergleichen wir mit den gewonnenen Zahlen die der deutschen Gewerbestatistik von 1895, so finden wir, daß die letztere im Großen und Ganzen dasselbe Bild aufweist wie die englische. Die Großindustrie nahm 1895 in Deutschland in der Produktion schon im Verhältniß nahezu dieselbe Stellung ein wie in England 1891. In Preußen gehörten 1895 38 Prozent der gewerblichen Arbeiter der großen Industrie an. Die Entwicklung zum Großbetrieb hat sich dort und im übrigen Deutschland mit ungeheurer Geschwindigkeit vollzogen. Sind verschiedene Zweige der Industrie (darunter die Textilindustrie) hierin noch hinter England zurück, so haben andere den englischen Stand im Durchschnitt erreicht (Maschinen und Werkzeuge) und einige (die chemische Industrie, die Glasindustrie, gewisse Zweige der graphischen Gewerbe und wahrscheinlich auch die Elektrotechnik) ihn überholt. Die große Masse der gewerblich thätigen Personen gehört jedoch auch in Deutschland noch den kleinen und mittleren Betrieben an. Von $10^1/_4$ Millionen gewerblich thätiger Personen entfielen 1895 etwas über 3 Millionen auf Großbetriebe, $2^1/_2$ Millioneu

---

Metall- 2c. Verarbeitungsindustrie dieses Landes begegneten. Die heutigen Zahlen der Baumwollindustrie zeigen eine nur mäßige Zunahme der Konzentration seit der Zeit, wo Karl Marx schrieb. Hier ein Vergleich mit den zuletzt von Marx gegebenen Zahlen:

	Marx 1868	Statistik 1890	Zunahme bezw. Abnahme
Fabriken	2 549	2 538	— 0,43 Prozent
Kraftstühle	379 329	615 714	+ 62 „
Spindeln	32 000 014	44 504 819	+ 39 „
Arbeiter	401 064	528 795	+ 32 „
Arbeiter pro Fabrik .	156	208	+ 33 „

Für 22 Jahre einer so der technischen Umwälzung unterworfenen Industrie keine abnorm hohe Zusammenziehung. Allerdings vermehrten sich die Kraftstühle um 62 Prozent, aber die Zahl der Spindeln ist nur wenig schneller gewachsen als die der beschäftigten Arbeiter. Von diesen zeigen von 1870 ab die erwachsenen männlichen Arbeiter größere Zunahme als die Frauen und Kinder. (Vgl. Kapital, Bd. 1, 4. Aufl., S. 400 und Statistical Abstract for the United Kingdom from 1878 to 1892.) In den anderen Zweigen der Textilindustrie ist die Konzentrirung noch geringer gewesen. So vermehrten sich von 1870 bis 1890 die Wollen- und Kammgarnfabriken von 2459 auf 2546, die darin beschäftigten Arbeiter von 234 687 auf 297 053, d. h. von 95 auf 117 Arbeiter pro Fabrik. Hier vermehrten sich im Gegensatz zur Baumwollindustrie die Spindeln sehr viel schneller als die Stühle, welche letzteren mit 112 794 auf 129 222 eine Steigerung aufweisen, die hinter der der beschäftigten Arbeiter zurückbleibt, so daß nur von Konzentration der Spinnerei gesprochen werden kann.

Der Fabrikinspektoren-Bericht für 1896 giebt die Zahl der Fabriken der gesammten Textilindustrie Großbritanniens auf 9891 an, die 7900 Unternehmungen gehörten und 1 077 687 Arbeiter beschäftigten, gegen 5968 Fabriken in 1870 mit 718 051 Arbeiter — eine Verdichtung von 120,3 auf 136,4 Arbeiter pro Unternehmung.

auf Mittelbetriebe (6 bis 50 Personen) und $4^{3}/_{4}$ Millionen auf Kleinbetriebe. Handwerksmeister wurden noch $1^{1}/_{4}$ Million gezählt. In 5 Gewerben war ihre Zahl gegen 1895 absolut und relativ (zum Bevölkerungszuwachs), in 9 nur absolut gestiegen und in 11 absolut und relativ zurückgegangen.[1]

In Frankreich steht die Industrie noch hinter der Landwirthschaft quantitativ an Umfang zurück; sie repräsentirte nach dem Zensus vom 17. April 1894 nur 25,9 Prozent der Bevölkerung, die Landwirthschaft nahezu doppelt so viel, nämlich 47,3 Prozent. Ein ähnliches Verhältniß zeigt Oesterreich, wo auf die Landwirthschaft 55,9 Prozent, auf die Industrie 25,8 Prozent der Bevölkerung kommen. In Frankreich stehen in der Industrie 1 Million Selbständige gegen 3,3 Millionen Angestellter, in Oesterreich sechshunderttausend Selbständige gegen $2^{1}/_{4}$ Millionen Arbeiter und Tagelöhner. Auch hier ist das Verhältniß ziemlich das Gleiche. Beide Länder weisen eine Reihe hoch entwickelter Industrien auf (Textilindustrie, Berg- und Hüttenbau 2c.), die in Bezug auf die Betriebsgröße es mit den vorgeschrittensten Ländern aufnehmen, aber in der Nationalwirthschaft erst Partialerscheinungen sind.

Die Schweiz hat auf 127 000 Selbständige 400 000 Arbeiter in der Industrie. Die Vereinigten Staaten von Amerika, von denen der erwähnte Mitarbeiter der „New Yorker Volkszeitung" sagt, sie seien das am meisten kapitalistisch entwickelte Land der Welt, hatten zwar nach dem Zensus von 1890 in der Industrie einen verhältnißmäßig hohen Durchschnitt an Arbeitern pro Betrieb, nämlich $3^{1}/_{2}$ Millionen Arbeiter auf 355 415 gewerbliche Betriebe, d. h. also 10 : 1. Doch fehlen hier eben, wie in England, alle Haus- und Zwergbetriebe. Nimmt man die Zahlen der preußischen Gewerbestatistik von oben abwärts, so erhält man fast genau dieselbe Durchschnittszahl wie die des amerikanischen Zensus. Und betrachtet man im „Statistical Abstract" der Vereinigten Staaten das Verzeichniß der beim Zensus aufgenommenen Industrien näher, so stößt man auf eine Unzahl von Fabrikationszweigen mit fünf und weniger Arbeitern pro Betrieb im Durchschnitt. So gleich auf der ersten Seite, nach 910 Fabriken landwirthschaftlicher Geräthe mit 30 723 Arbeitern, 35 Munitionsfabriken mit 1993 Arbeitern und 251 Fabriken künstlicher Federn und Blumen mit 3638 — 59 Fabriken künstlicher Glieder mit 154, und 581 Segeltuch- und Zeltdachfabriken mit 2873 Arbeitern.

Wenn der unabläſſige Fortschritt der Technik und Zentralisation der Betriebe in einer zunehmenden Zahl von Industriezweigen eine Wahrheit ist, deren Bedeutung sich heute kaum noch verbohrte Reaktionäre verschweigen, so ist es eine nicht minder feststehende Wahrheit, daß in einer ganzen Reihe von Gewerbszweigen kleinere und Mittelbetriebe sich neben Großbetrieben durchaus

[1] Vgl. R. Calwer, Die Entwicklung des Handwerks. Neue Zeit, XV, 2, S. 597.

lebensfähig erweisen. Es giebt auch in der Industrie keine Entwicklung nach einer für alle Gewerbe gleichmäßig geltenden Schablone. Durchaus routinemäßig betriebene Geschäfte verbleiben der Klein- und Mittelindustrie, während Zweige des Kunstgewerbes, die man den Kleinbetrieben gesichert glaubte, eines schönen Tages rettungslos der Großindustrie anheimfallen. Aehnlich mit der Haus- und Zwischenmeister-Industrie. Im Kanton Zürich ging längere Zeit die Hausweberei in der Seidenindustrie zurück, seit 1891 bis 1897 aber haben sich die Hausweber von 24 708 auf 27 800 vermehrt, während sich die Arbeiter und Angestellten in den mechanischen Seidenwebereien blos von 11 840 auf 14 550 vermehrten. Ob diese Zunahme der Hausweber als eine wirthschaftlich erfreuliche Erscheinung zu begrüßen ist, ist eine andere Frage, es handelt sich hier vorerst nur um die Feststellung der Thatsache und nichts weiter.

Für den Fortbestand und die Erneuerung der kleinen und Mittelbetriebe sind eine Reihe von Umständen bestimmend, die sich in drei Gruppen eintheilen lassen.

Zunächst eignen sich eine Anzahl Gewerbe oder Gewerbszweige nahezu ebenso gut für den kleinen und mittleren wie für den großen Betrieb, und sind die Vortheile, die der letztere vor den ersteren voraus hat, nicht so bedeutend, als daß sie nicht durch gewisse, dem kleineren Betrieb von Hause aus eigene Vortheile aufgewogen werden könnten. Es trifft dies bekanntlich unter Anderem für verschiedene Zweige der Holz-, Leder- und Metallbearbeitung zu. Oder es findet eine Arbeitstheilung derart statt, daß die Großindustrie Halb- und Drei-Viertelsfabrikate liefert, die in kleineren Betrieben marktfertig gemacht werden.

Zweitens spricht in vielen Fällen die Art und Weise, wie das Produkt dem Konsumenten zugänglich gemacht werden muß, zu Gunsten der Herstellung im kleineren Betrieb, wie dies sich am deutlichsten in der Bäckerei zeigt. Käme es nur auf die Technik an, so wäre die Bäckerei längst von der Großindustrie monopolisirt, denn daß sie von dieser mit großem Erfolg betrieben werden kann, beweisen die vielen, guten Profit abwerfenden Brotfabriken. Aber trotz oder neben ihnen und den Kuchenfabriken, die sich ebenfalls allmälig einen Markt erobern, behauptet sich die Klein- und Mittelbäckerei durch die Vortheile, welche der unmittelbare Verkehr mit dem Konsumenten darbietet. Soweit die Bäckermeister nur mit der kapitalistischen Unternehmung zu rechnen haben, sind sie ihrer Haut noch für eine ziemliche Weile sicher. Ihre Zunahme seit 1882 hat zwar mit dem Bevölkerungszuwachs nicht Schritt gehalten, ist aber immer noch der Rede werth (77 609 gegen 74 283).

Aber die Bäckerei ist nur ein drastisches Beispiel. Für eine ganze Reihe Gewerbe, namentlich solche, wo produktive und Dienste leistende Arbeit

sich mischen, gilt das Gleiche. Es sei hier das Hufschmied- und Stellmachergewerbe genannt. Der amerikanische Zensus zeigt 28 000 Hufschmiede- und Stellmacherbetriebe mit im Ganzen 50 867 Personen, davon gerade die Hälfte Selbständige, die deutsche Berufsstatistik 62 722 Grob- und Hufschmiedemeister, und es wird wohl noch eine gute Weile dauern, bis der durch Dampf- ꝛc. Kraft getriebene Selbstfahrer ihnen das Lebenslicht ausbläst, um — neuen Kleinwerkstätten Leben einzuhauchen, wie dies bekanntlich das Fahrrad gethan hat. Aehnlich in der Schneiderei, Schuhmacherei, Sattlerei, Tischlerei, Tapeziergewerbe, Uhrmacherei ꝛc., wo Kundengeschäft (und in verschiedenem Grade Reparatur) und Kleinhandel selbständige Existenzen am Leben erhält, von denen freilich viele, aber bei Weitem nicht alle, nur proletarische Einkommen repräsentiren.

Zum Letzten, aber nicht zum Wenigsten ist es der Großbetrieb selbst, der die kleineren und mittleren Betriebe heckt, theils durch massenhafte Herstellung und entsprechende Verbilligung der Arbeitsmaterialien (Hilfsstoffe, Halbfabrikate), theils durch Abstoßung von Kapital auf der einen und „Freisetzung“ von Arbeitern auf der anderen Seite. In großen und kleinen Posten treten immer wieder neue Kapitale Verwerthung suchend auf den Markt, dessen Aufnahmefähigkeit für neue Artikel mit dem Reichthum der Gesellschaft stetig wächst. Hier spielen die früher erwähnten Aktionäre keine geringe Rolle. Von der Handvoll Millionäre könnte der Markt, auch wenn die „Hand“ einige Tausend Finger zählte, in der That nicht leben. Aber die Hunderttausende von Reichen und Wohlhabenden sprechen schon ein Wort mit. Fast alle Luxusartikel dieser Schichten nun werden im Anfang, und sehr viele auch späterhin, in kleinen und Mittelbetrieben angefertigt, die übrigens auch recht kapitalistische Betriebe sein können, je nachdem sie theures Material verarbeiten und kostspielige Maschinen anwenden (Juwelenfabrikation, Feinmetallverarbeitung, Kunstdruckerei). Später erst sorgt der Großbetrieb, soweit er die betreffenden Artikel nicht selbst übernimmt, durch Verbilligung des Arbeitsmaterials für die „Demokratisirung“ des einen oder anderen neuen Luxus.

So stellt sich im Ganzen, trotz fortgesetzter Wandlungen in der Gruppirung der Industrien und der inneren Verfassung der Betriebe, das Bild heute so dar, als ob nicht der Großbetrieb beständig kleine und Mittelbetriebe aufsaugte, sondern als ob er lediglich neben ihnen aufkäme. Nur die Zwergbetriebe gehen absolut und relativ zurück. Was aber die Klein- und Mittelbetriebe anbetrifft, so nehmen auch sie zu, wie dies für Deutschland aus folgenden Zahlen der Gehilfenbetriebe hervorgeht. Es repräsentirten Arbeiter:

	1882	1895	Zunahme
Kleinbetriebe (1—5 Personen) . . .	2 457 950	3 056 318	24,3 Prozent
Kleine Mittelbetriebe (6—10 Personen)	500 097	833 409	66,6 „
Größere Mittelbetriebe (11—50 Pers.)	891 623	1 620 848	81,8 „

Die Bevölkerung aber vermehrte sich in der gleichen Periode nur um 13,5 Prozent.

Wenn also in dem behandelten Zeitraum der Großbetrieb seine Armee noch stärker — um 88,7 Prozent — vermehrte, so ist das nur in Einzelfällen mit Aufsaugung der kleinen Geschäfte gleichbedeutend gewesen. Thatsächlich findet in vielen Fällen nicht einmal — oder auch nicht mehr — Konkurrenz zwischen Groß- und Kleinbetrieb statt (man denke an die großen Maschinen- und Brückenbauwerke). Das Beispiel der Textilindustrie, das in unserer Literatur mit Vorliebe angeführt wird, ist in vieler Hinsicht trügerisch. Die Steigerung der Produktivität, welche der mechanische Spinnstuhl gegenüber der alten Spindel darstellte, ist nur vereinzelt wiederholt worden. Sehr viele Großbetriebe sind den Kleinbetrieben oder Mittelbetrieben nicht durch die Produktivität der angewandten Arbeit, sondern lediglich durch die Größe der Unternehmung überlegen (Schiffsbauwerke), und lassen deren Geschäftssphäre ganz oder zum großen Theil unberührt. Wer da hört, daß Preußen im Jahre 1895 nahezu doppelt soviel Arbeiter in Großbetrieben beschäftigt sah, wie 1882, daß diese 1882 erst 28,4 Prozent, 1895 aber schon 38,0 Prozent der gesammten gewerblich thätigen Arbeiterschaft vertraten, der kann sich leicht einbilden, daß der Kleinbetrieb in der That bald eine Sache der Vergangenheit sein wird und seine Rolle in der Wirthschaft ausgespielt hat. Die angeführten Zahlen zeigen, daß die sprunghafte Ausbreitung und Ausdehnung der Großbetriebe nur eine Seite der wirthschaftlichen Entwicklung darstellt.

Wie in der Industrie, so im Handel. Trotz des Aufschießens der großen Waarenhäuser halten sich sowohl die mittleren wie die kleineren Handelsgeschäfte. Es kann sich hier natürlich nicht darum handeln, das parasitische Element im Handel, beziehungsweise des sogenannten Zwischenhandels zu bestreiten. Immerhin muß bemerkt werden, daß auch in dieser Hinsicht viel Uebertreibung unterläuft. Die Großproduktion und der sich stetig steigernde Weltverkehr werfen immer größere Mengen von Gebrauchsgütern auf den Markt, die in irgend einer Weise den Konsumenten zugeführt sein wollen. Daß dies mit weniger Arbeits- und Kostenaufwand geschehen könnte als durch den derzeitigen Zwischenhandel, wer wollte das leugnen? Aber solange es nicht geschieht, wird dieser auch leben. Und wie es Illusion ist, von der Großindustrie zu erwarten, daß sie in absehbarer Zeit die kleinen und Mittelbetriebe bis auf einen relativ unbedeutenden Rest aufsaugen wird, so ist es auch utopisch, von den kapitalistischen Waarenhäusern eine nennenswerthe Aufsaugung der mittleren und kleinen Läden zu erwarten. Sie schädigen einzelne Geschäfte und bringen hier und da zeitweise den ganzen Kleinhandel in Verwirrung. Aber nach einer Weile findet dieser doch einen Weg, mit den Großen zu konkurriren und alle Vortheile auszunutzen, die örtliche Beziehungen ihm bieten. Neue Speziali-

sirungen und neue Kombinirung von Geschäften bilden sich aus, neue Formen und Methoden des Geschäftsbetriebs. Das kapitalistische Waarenhaus ist vorläufig weit mehr ein Produkt der großen Zunahme des Waarenreichthums als ein Werkzeug der Vernichtung des parasitischen Kleinhandels, hat mehr daraufhin gewirkt, diesen aus seinem Schlendrian aufzurütteln und ihm gewisse monopolistische Gepflogenheiten abzugewöhnen, als ihn auszurotten. Die Zahl der Ladengeschäfte ist in stetem Wachsen, sie stieg in England zwischen 1875 und 1886 von 295000 auf 366000. Noch mehr steigt die Zahl der im Handel thätigen Personen. Da die englische Statistik von 1891 in dieser Hinsicht nach anderen Prinzipien aufgenommen wurde als die von 1881,[1] mögen hier die Zahlen der preußischen Statistik folgen.

Es waren in Preußen im Handel und Verkehr (ohne Eisenbahnen und Post) Personen thätig:

	1885	1895	Zunahme
In Betrieben mit 2 und weniger Gehilfen	411509	467656	13,6 Proz.
" " " 3—5 Gehilfen . . .	176867	342112	93,4 "
" " " 6—50 " . . .	157328	303078	92,6 "
" " " 51 und mehr Gehilfen	25619	62056	142,2 "
	771323	1174902	

Verhältnißmäßig ist der Zuwachs am größten in den Großbetrieben, die aber nicht viel mehr als 5 Prozent des Ganzen vertreten. Nicht die Großen machen den Kleinen die mörderischste Konkurrenz, diese letzteren besorgen das Geschäft gegenseitig nach Möglichkeit. Aber im Verhältniß bleiben doch nur wenig Leichen. Und unbeschädigt bleibt in ihrem Aufbau die Stufenleiter der Betriebe. Der kleine Mittelbetrieb zeigt die stärkste Zunahme.

Kommen wir schließlich zur Landwirthschaft, so stoßen wir, hinsichtlich der Größenverhältnisse der Betriebe, zur Zeit überall in Europa und auch theilweise schon in Amerika auf eine Bewegung, die anscheinend Allem widerspricht, was die sozialistische Theorie bisher voraussetzte. Industrie und Handel zeigten nur eine langsamere Bewegung aufwärts zum Großbetrieb als angenommen, die Landwirthschaft aber zeigt entweder Stillstand oder direkt Rückgang des Größenumfangs der Betriebe.

Was zunächst Deutschland anbetrifft, so zeigt die 1895 aufgenommene Betriebszählung gegenüber 1882 die relativ stärkste Zunahme in der Gruppe des bäuerlichen Mittelbetriebs (5 bis 20 Hektaren), nämlich um nahezu 8 Prozent, und noch stärker ist der Zuwachs der von ihm besetzten Bodenfläche, nämlich rund 9 Prozent. Der ihm nach unten zunächst folgende bäuerliche Kleinbetrieb (2 bis 5 Hektaren) weist die nächst starke Zunahme auf:

[1] Soweit aus ihr ersichtlich, zeigt sie eine Vermehrung von über 50 Prozent in der letzten Dekade.

3,5 Prozent Wachsthum der Betriebe und 8 Prozent Zunahme der Bodenfläche. Die Zwergbetriebe (unter 2 Hektaren) haben eine Zunahme von 5,8 Prozent und die von ihnen besetzte Fläche um 12 Prozent, doch weist der landwirthschaftlich benutzte Theil dieser Fläche einen Rückgang von nahezu 1 Prozent auf. Eine Zunahme um nicht ganz 1 Prozent, die zudem völlig auf die Forstwirthschaften entfällt, zeigen die zum Theil schon kapitalistischen großbäuerlichen Betriebe (20 bis 100 Hektaren), und eine solche um noch nicht 1/3 Prozent die Großbetriebe (mehr als 100 Hektaren), von denen das Gleiche zutrifft.

Hier die betreffenden Zahlen für 1895:

Art der Betriebe	Zahl der Betriebe	Landwirthschaftlich benutzte Fläche	Gesammtfläche
Zwergbetriebe (bis 2 ha) . . .	3236367	1808444	2415414
Kleinbäuerliche (2—5 ha) . . .	1016318	3285984	4142071
Mittelbäuerliche (5—20 ha) . .	998804	9721875	12537660
Großbäuerliche (20—100 ha) . .	281767	9869837	13157201
Großbetriebe (100 ha und darüber)	25061	7831801	11031896

Ueber zwei Drittel der Gesammtfläche entfallen auf die drei Kategorien der bäuerlichen Wirthschaften, etwa ein Viertel auf die Großbetriebe. In Preußen ist das Verhältniß der bäuerlichen Betriebe noch günstiger, sie halten dort nahezu drei Viertel der landwirthschaftlichen Bodenfläche besetzt, 22875000 von 32591000 Hektaren.

Wenden wir uns von Preußen zum benachbarten Holland, so finden wir:

Betriebsgröße	Betriebe 1884	Betriebe 1893	Zu- oder Abnahme	Prozent
1— 5 ha . .	66842	77767	+ 10925	+ 16,2
5—10 „ . .	31552	94199	+ 62647	+ 198,5
10—70 „ . .	48278	51940	+ 3662	+ 7,6
über 50 „ . .	3554	3510	— 44	— 1,2

Hier ist der Großbetrieb direkt zurückgegangen, und der kleinbäuerliche Mittelbetrieb hat sich verdreifacht.[1]

In Belgien ist nach Vandervelde[2] sowohl der Grundbesitz wie der Bodenbetrieb einer fortgesetzten Dezentralisation unterworfen. Die letzte allgemeine Statistik weist eine Zunahme der Zahl der Grundbesitzer von 201226 im Jahre 1846 zu 293524 im Jahre 1880, eine solche der Bodenpächter von 371320 auf 616872 auf. Die gesammte landwirthschaftlich bebaute Fläche Belgiens belief sich 1880 auf nicht ganz 2 Millionen Hektaren, wovon über ein Drittel von den Eigenthümern bewirthet wurde. Die Parzellenwirthschaft erinnert da schon an chinesische Agrarverhältnisse.

[1] Vergl. W. H. Vliegen, Das Agrarprogramm der niederländischen Sozialdemokratie. „Neue Zeit“ XVII 1, S. 75 ff.

[2] „Der Agrarsozialismus in Belgien“, „Neue Zeit“ XV, 1, S. 752.

Frankreich hatte im Jahre 1882 landwirthschaftliche Betriebe:

	Betriebe	Ausdehnung
Unter 1 ha	2 167 767	1 083 833 ha
1— 10 "	2 635 030	11 366 274 "
10— 40 "	727 088	14 845 650 "
40—100 "	113 285	22 266 104 "
100—200 "	20 644	
200—500 "	7 942	
über 500 "	217	
	5 672 008	48 478 028 ha

Auf die Betriebe zwischen 40 bis 100 Hektaren kamen rund 14 Millionen, auf die über 200 Hektaren rund 8 Millionen Hektaren, so daß im Ganzen der Großbetrieb zwischen ein Fünftel bis ein Sechstel der landwirthschaftlich bebauten Fläche vertrat. Die kleinere, mittlere und Großbauernwirthschaft bedeckt fast drei Viertel des französischen Bodens. Von 1862 bis 1882 hatten sich die Betriebe von 5 bis 10 Hektaren um 24 Prozent, die zwischen 10 und 40 Hektaren um 14,28 Prozent vermehrt. Die Agrarstatistik von 1892 weist eine Zunahme der Gesammtzahl der Betriebe um 30 000, aber eine Abnahme der zuletzt angeführten Kategorien um 33 000 auf, was eine weitere Zerstückelung der Bodenwirthschaften anzeigt.

Wie aber steht es in England, dem klassischen Lande des Großgrundbesitzes und der kapitalistischen Bodenwirthschaft? Man kennt die Liste der Mammuth-Landlords, die von Zeit zu Zeit zur Veranschaulichung der Konzentration des Grundbesitzes in England durch die Presse geht, und man kennt auch die Stelle im „Kapital", wo Marx sagt, die Behauptung John Brights, daß 150 Grundbesitzer die Hälfte des britischen und 12 die Hälfte des schottischen Bodens eignen, sei nicht widerlegt worden („Kapital", I, 4. Aufl., S. 615). Nun, monopolistisch zentralisirt, wie der Boden Englands ist, ist er es doch nicht in dem Maße, wie John Bright meinte. Nach Brodricks „English Land and English Landlords" waren 1876 von 33 Millionen Acres in Domesday Book eingetragenen Bodens in England und Wales rund 14 Millionen Eigenthum von zusammen 1704 Grundbesitzern mit je 3000 Acres (1200 Hektar) und darüber. Die restlichen 19 Millionen Acres vertheilten sich zwischen rund 150 000 Eigenthümer von 1 Acres und darüber und eine Unmasse Eigenthümer von kleinen Landfetzen. Mulhall gab 1892 für das ganze Vereinigte Königreich die Zahl der Eigenthümer von mehr als 10 Acres Boden (zusammen $^{10}/_{11}$ des ganzen Areals) auf 176 520 an. Wie wird nun dieser Boden bewirthet? Hier die Zahlen von 1885 und 1895 für Großbritannien (England mit Wales und Schottland, aber ohne Irland) wobei des bequemeren Vergleichs wegen die Betriebsgrößen, soweit es sich

um die Klassifikation handelt, in Hektaren umgerechnet sind.[1] Es wurden gezählt:

Betriebe	1885	1895	Zu- und Abnahme
2— 20 ha	232 955	235 481	+ 2526
20— 40 „	64 715	66 625	+ 1910
40—120 „	79 573	81 245	+ 1672
120—200 „	13 875	13 568	— 307
über 200 „	5 489	5 219	— 270

Auch hier also eine Abnahme der großen und ganz großen und eine Zunahme der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe.

Die Betriebszahlen sagen uns indeß noch nichts über das bewirthete Areal. Ergänzen wir sie daher durch die Zahlen der auf die verschiedenen Betriebsklassen fallenden Bodenflächen. Sie zeigen ein geradezu verblüffendes Bild. Es kamen in Großbritannien im Jahre 1895 auf:

	Acres à 40 Ar	Prozent der Gesammtfläche
Betriebe unter 2 ha[2]	366 792	1,13
„ von 2— 5 ha . . .	1 667 647	5,12
„ „ 5— 20 „ . . .	2 864 976	8,79
„ „ 20— 40 „ . . .	4 885 203	15,00
„ „ 40—120 „ . . .	13 875 914	42,59
„ „ 120–200 „ . . .	5 113 945	15,70
„ „ 200—400 „ . . .	3 001 184	9,21
„ über 400 . . .	801 852	2,46
	32 577 643	100,00

Es sind danach gerade 27 bis 28 Prozent der landwirthschaftlich benutzten Fläche Großbritanniens eigentlicher Großbetrieb und nur 2,46 Prozent fallen auf Riesenbetriebe. Dagegen kommen über 66 Prozent auf mittel- und großbäuerliche Wirthschaften. Das Verhältniß ist in Großbritannien der bäuerlichen Wirthschaft (wobei allerdings der schon kapitalistische großbäuerliche Betrieb überwiegt) noch günstiger als der Durchschnitt in Deutschland. Selbst im eigentlichen England umfassen die Betriebe zwischen 5 und 120 Hektaren 64 Prozent der bewirtheten Fläche, und kommen erst rund 13 Prozent der Fläche auf Betriebe von über 200 Hektaren. In Wales sind, von Zwergbetrieben ganz abgesehen, 92 Prozent, in Schottland 72 Prozent der Wirthschaften bäuerliche Betriebe von zwischen 2 und 120 Hektaren.

Von der bebauten Fläche wurden 61014 Betriebe mit 4,6 Millionen Acres Land von ihren Eigenthümern selbst bewirthet, 19607 Betriebe wirtheten

[1] Nach dem Verhältniß von 1 Acre = 40 Ar, was nicht ganz genau stimmt, aber für den Zweck der Vergleichung zulässig erscheint. Die Zahlen sind dem Blaubuch über Agricultural Holdings entnommen.

[2] Wozu noch 579133 Parzellen von unter 40 Ar kommen.

auf theils eigenem und theils Pachtland, und 439405 Betriebe nur auf gepachtetem Land. Daß in Irland der Kleinbauern- beziehungsweise Kleinpächterstand völlig überwiegt, ist bekannt. Das Gleiche gilt von Italien.

Nach alledem kann es keinem Zweifel unterstehen, daß im ganzen westlichen Europa, wie übrigens auch in den östlichen Staaten der amerikanischen Union, überall der kleine und mittlere Betrieb in der Landwirthschaft wächst und der große oder Riesenbetrieb zurückgeht. Daß die mittleren Betriebe oft sehr ausgeprägt kapitalistische Betriebe sind, untersteht keinem Zweifel. Die Konzentration der Betriebe vollzieht sich da nicht in der Form, daß ein immer größeres Flächengebiet der einzelnen Wirthschaft einverleibt wird, wie das Marx vor sich sah (vergl. „Kapital“, I, 4. Aufl., S. 643, Note), sondern lediglich in der Form der Verdichtung der Wirthschaft, Uebergang zu Kulturen, die mehr Arbeit pro Flächeneinheit erfordern, oder zu qualifizirter Viehwirthschaft. Daß dies in hohem Grade (nicht ausschließlich) Resultat der landwirthschaftlichen Konkurrenz der überseeischen und osteuropäischen Agrarstaaten oder Agrarterritorien ist, ist bekannt. Und ebenso, daß diese noch eine gute Weile im Stande sein werden, Korn und eine Reihe anderer Bodenprodukte zu so billigen Preisen auf den europäischen Markt zu bringen, so daß eine wesentliche Verschiebung der Entwicklungsfaktoren von dieser Seite aus nicht zu erwarten ist.

Mögen also auch die Tabellen der Einkommenstatistik der vorgeschrittenen Industrieländer zum Theil die Beweglichkeit und damit zugleich die Flüchtigkeit und Unsicherheit des Kapitals in der modernen Wirthschaft registriren, mögen auch die da verzeichneten Einkommen oder Vermögen in wachsendem Verhältniß papierene Größen sein, die ein kräftig blasender Wind in der That leicht hinwegwehen könnte, so stehen diese Einkommensreihen doch in keinem grundsätzlichen Gegensatz zu der Rangordnung der Wirthschaftseinheiten in Industrie, Handel und Landwirthschaft. Einkommensskala und Betriebsskala zeigen in ihrer Gliederung einen ziemlich ausgeprägten Parallelismus, besonders soweit die Mittelglieder in Betracht kommen. Wir sehen diese nirgends abnehmen, vielmehr fast überall sich erheblich ausdehnen. Was ihnen hier von oben abgenommen wird, ergänzen sie durch Zuzug von unten her, und für das, was dort aus ihren Reihen nach unten fällt, erhalten sie von oben her Ersatz. Wenn der Zusammenbruch der modernen Gesellschaft vom Schwinden der Mittelglieder zwischen der Spitze und dem Boden der sozialen Pyramide abhängt, wenn er bedingt ist durch die Aufsaugung dieser Mittelglieder von den Extremen über und unter ihnen, dann ist er in England, Deutschland, Frankreich heute seiner Verwirklichung nicht näher wie zu irgend einer früheren Epoche im neunzehnten Jahrhundert.

Aber ein Gebäude kann sich äußerlich als unverändert baufest darstellen und doch baufällig sein, wenn die Steine selbst oder bedeutende Lagen von

Steinen morsch geworden. Die Solidität eines Geschäftshauses bewährt sich in kritischen Zeitläufen, es bleibt uns daher zu untersuchen, wie es mit den Wirthschaftskrisen steht, die der modernen Produktionsordnung eigen sind, und welche Aeußerungen und Rückwirkungen in der näheren Zukunft von ihnen zu gewärtigen sind.

---

d) Die Krisen und die Anpassungsmöglichkeiten der modernen Wirthschaft.

„Die widerspruchsvolle Bewegung der kapitalistischen Gesellschaft macht sich dem praktischen Bourgeois am schlagendsten fühlbar in den Wechselfällen des periodischen Zyklus, den die moderne Industrie durchläuft, und deren Gipfelpunkt — die allgemeine Krise."

Marx, Vorwort zur zweiten Auflage des „Kapital".

Ueber die wirthschaftlichen Krisen des modernen Gesellschaftskörpers, ihre Ursachen und ihre Heilung, ist kaum weniger heiß gestritten worden, als über die pathologischen Krisen bezw. die Krankheitszustände des menschlichen Körpers. Wer Lust an Vergleichen hat, wird auch mit Leichtigkeit Vergleichspunkte finden für Parallelen zwischen den verschiedenartigen Theorien, die hinsichtlich beider Erscheinungen aufgestellt worden sind. Er wird z. B. in den Parteigängern des an J. B. Say anknüpfenden extremen wirthschaftlichen Liberalismus, der die Geschäftskrisen lediglich als Selbstheilungsprozeß des wirthschaftlichen Organismus betrachtet, die nächsten Geistesverwandten der Anhänger der sogenannten Naturheilmethode erblicken, und wird die verschiedenen Theorien, die bei menschlichen Krankheiten eingreifende ärztliche Thätigkeit nach bestimmten Gesichtspunkten befürworten (symptomatisches Heilverfahren, konstitutionelle Behandlung 2c.) in Beziehung setzen zu den verschiedenen Sozialtheorien, die allerlei staatliches Eingreifen gegenüber den Ursachen und Aeußerungen der Wirthschaftskrisen für geboten erklären. Wenn er jedoch dazu übergeht, die Vertreter der hüben und drüben aufgestellten Systeme genauer zu betrachten, so wird er die merkwürdige Beobachtung machen, daß es mit der Einheitlichkeit der Denkrichtung, die geniale Geschichtspsychologen den Menschen nachsagen, oft recht übel bestellt ist, daß sehr weitgehender Glaube an approbirte Medizinärzte und ihre Kunst sich mit starrem wirthschaftlichem Manchesterthum ganz gut verträgt und ebenso vice versa.

Die in sozialistischen Kreisen populärste Erklärung der Wirthschaftskrisen ist ihre Ableitung aus der Unterkonsumtion. Dieser Auffassung ist jedoch Friedrich Engels wiederholt scharf entgegengetreten. Am schroffsten wohl im dritten Abschnitt des dritten Kapitels der Streitschrift wider Dühring,

wo Engels sagt, die Unterkonsumtion der Massen sei wohl „auch eine Vorbedingung der Krisen“, erkläre aber ebensowenig das heutige Dasein wie die frühere Abwesenheit derselben. Engels exemplifizirt dabei auf die Verhältnisse der englischen Baumwollindustrie im Jahre 1877 und erklärt es für ein starkes Stück, Angesichts ihrer „die jetzige totale Absatzstockung der Baumwollgarne und Gewebe zu erklären aus der Unterkonsumtion der englischen Massen und nicht aus der Ueberproduktion der englischen Baumwollfabrikanten“ (3. Auflage, S. 308/309).[1] Aber auch Marx selbst hat sich gelegentlich sehr scharf gegen die Ableitung der Krisen aus der Unterkonsumtion ausgesprochen. „Es ist eine reine Tautologie“, heißt es im zweiten Bande des „Kapital“, „zu sagen, daß die Krisen aus Mangel an zahlungsfähigen Konsumenten hervorgehen.“ Wolle man dieser Tautologie einen Schein tieferer Begründung dadurch geben, daß man sage, die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Theil ihres eigenen Produkts, und dem Uebelstand werde mithin abgeholfen, sobald sie größeren Antheil daran empfängt, so sei nur zu bemerken, daß „die Krisen jedesmal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größeren Antheil an dem für Konsumtion bestimmten Theile des jährlichen Produkts erhält“. Es scheine also, daß die kapitalistische Produktion „vom guten oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvögel einer Krise“ (a. a. O., S. 406/407). Wozu Engels in einer Fußnote hinzusetzt: „Ad notam für Anhänger der Rodbertusschen Krisentheorie“.

In ziemlichem Widerspruch gegen alle diese Sätze steht eine Stelle im zweiten Theile des dritten Bandes des „Kapital“. Dort sagt nämlich Marx von den Krisen: „Der letzte Grund aller wirthschaftlichen Krisen bleibt immer die Armuth und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Triebe der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde“ (a. a. O., S. 21). Das ist nicht sonderlich von der Rodbertusschen Krisentheorie verschieden, denn auch bei Rodbertus werden die Krisen nicht schlechtweg aus der Unterkonsumtion der Massen abgeleitet, sondern, wie im Vorstehenden, aus dieser in Verbindung mit der steigenden Produktivität der Arbeit. An der zitirten Stelle bei Marx aber wird die Unterkonsumtion der Massen sogar im Gegensatz zur Produktionsanarchie — Mißverhältniß der

[1] In einer Note dazu bemerkt Engels noch: „Die Erklärung der Krisen aus Unterkonsumtion rührt von Sismondi her, und hatte bei ihm noch einen gewissen Sinn.“ Von Sismondi habe Rodbertus sie entlehnt und von diesem Dühring sie abgeschrieben. Auch im Vorwort zum „Elend der Philosophie“ polemisirt Engels in ähnlicher Weise gegen die Rodbertussche Krisentheorie.

Produktion in den verschiedenen Zweigen und Preiswechsel, die zeitweilige allgemeine Stockungen hervorrufen — als der letzte Grund aller wirklichen Krisen hervorgehoben.

Soweit hier ein wesentlicher Unterschied von der Auffassung vorliegt, wie sie in dem weiter oben gegebenen Zitat aus dem zweiten Bande zum Ausdruck kommt, wird man die Erklärung dafür in der sehr verschiedenen Entstehungszeit der beiden Satzstücke zu suchen haben. Es liegt ein Zeitraum von nicht weniger als dreizehn bis vierzehn Jahren zwischen ihnen, und zwar ist der Satz aus dem dritten Bande des „Kapital" der ältere. Er ist schon 1864 oder 1865 niedergeschrieben worden, der aus dem zweiten Bande dagegen jedenfalls später als 1878 (vergl. darüber die Angaben von Engels im Vorwort zum zweiten Bande des „Kapital"). Ueberhaupt enthält der zweite Band die spätesten und reifsten Früchte der Marxschen Forschungsarbeit.

An einer anderen Stelle eben dieses zweiten Bandes, die schon 1870 entstanden ist, wird der periodische Charakter der Krisen — der annähernd zehnjährige Produktionszyklus — mit der Umschlagsdauer des fixen (in Maschinen ꝛc. angelegten) Kapitals in Verbindung gebracht. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion hat die Tendenz, auf der einen Seite Werthumfang und Lebensdauer des fixen Kapitals auszudehnen, auf der anderen diese Lebensdauer durch beständige Umwälzung der Produktionsmittel zu verkürzen. Daher der „moralische Verschleiß" dieses Theiles des fixen Kapitals, bevor er „physisch ausgelebt" ist. „Durch diesen, eine Reihe von Jahren umfassenden Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen, in welchen das Kapital durch seinen fixen Bestandtheil gebannt ist, ergiebt sich eine materielle Grundlage der periodischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgende Perioden der Abspannung, mittleren Lebendigkeit, Ueberstürzung, Krise durchmacht" (zweiter Band, S. 164). Zwar seien die Perioden, worin Kapital angelegt wird, sehr verschiedene und auseinanderfallende, indessen bilde die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage, und damit — die ganze Gesellschaft betrachtet — eine „mehr oder minder neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus" (S. 165). Dieser Gedanke wird im gleichen Bande bei Behandlung der Reproduktion des Kapitals (d. h. des Vorgangs der beständigen Erneuerung der Kapitale für Produktions- und Konsumtionszwecke auf gesellschaftlicher Basis) wieder aufgenommen und dort ausgeführt, wie selbst bei Reproduktion auf gleichbleibender Stufenleiter und mit unveränderter Produktivkraft der Arbeit zeitweilig sich einstellende Unterschiede in der Lebensdauer des fixen Kapitals (wenn z. B. in einem Jahre mehr Bestandtheile von fixem Kapital absterben als im vorhergehenden Jahre) Produktionskrisen zur Folge haben müssen. Der auswärtige Handel könne zwar aushelfen, aber soweit er nicht blos Elemente — auch dem Werthe nach — ersetze, verlege er „nur

die Widersprüche auf ausgedehntere Sphäre, eröffnet er ihnen größeren Spielraum“. Eine kommunistische Gesellschaft könne solchen Störungen durch fortwährende relative Ueberproduktion vorbeugen, die bei ihr „gleich ist mit Kontrolle der Gesellschaft über die gegenständlichen Mittel ihrer eigenen Reproduktion“; innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft aber sei diese Ueberproduktion ein anarchisches Element. Dies Beispiel von Störungen durch bloße Lebensunterschiede des fixen Kapitals sei schlagend. „Mißverhältniß in der Produktion von fixem und zirkulirendem Kapital ist einer der Lieblingsgründe der Oekonomen, um die Krisen zu erklären. Daß solches Mißverhältniß bei bloßer Erhaltung des fixen Kapitals entspringen kann und muß — ist ihnen etwas Neues; daß sie entspringen kann und muß bei Voraussetzung einer idealen Normalproduktion, bei einfacher Reproduktion des bereits fungirenden gesellschaftlichen Kapitals“ (a. a. O., S. 468). Im Kapitel von der Akkumulation und erweiterten Reproduktion werden Ueberproduktion und Krisen nur beiläufig als selbstverständliche Resultate von Kombinationsmöglichkeiten erwähnt, die mit dem geschilderten Prozeß verbunden sind. Doch wird hier wieder sehr energisch am Begriff „Ueberproduktion“ festgehalten. „Wenn also Fullarton zum Beispiel“, heißt es Seite 499, „nichts von der Ueberproduktion im gewöhnlichen Sinne wissen will, wohl aber von Ueberproduktion von Kapital, nämlich Geldkapital, so beweist das wieder, wie absolut wenig selbst die besten bürgerlichen Oekonomen vom Mechanismus ihres Systems verstehen.“ Und auf Seite 524 wird ausgeführt, daß wenn, was selbst bei kapitalistischer Akkumulation gelegentlich eintreten könne, der konstante Theil des für die Produktion von Konsumtionsmitteln bestimmten Kapitaltheils größer sei als Lohnkapital plus Mehrwerth des für die Produktion von Produktionsmitteln bestimmten Kapitaltheils, dies Ueberproduktion in der ersteren Sphäre sei und „nur durch einen großen Krach auszugleichen wäre“.

Der vorher entwickelte Gedanke, daß die Erweiterung des Marktes die Widersprüche der kapitalistischen Wirthschaft auf ausgedehntere Sphäre verlegt und damit steigert, wird von Engels bei verschiedenen Gelegenheiten im dritten Bande auf die neueren Erscheinungen angewendet. Vor Allem sind da die Noten auf Seite 97 im ersten, und auf Seite 27 im zweiten Theile dieses Bandes bemerkenswerth. In der letzteren Note, die das in der ersteren Gesagte rekapitulirt und ergänzt, werden zwar die kolossale Ausdehnung, welche die Verkehrsmittel seit der Zeit erfahren haben, wo Marx schrieb, und die den Weltmarkt erst wirklich hergestellt habe: das Eintreten immer neuer Industrieländer in die Konkurrenz mit England, und die unendliche Ausdehnung des Gebiets für die Anlage überschüssigen europäischen Kapitals als Faktoren bezeichnet, welche „die meisten alten Krisenherde und Gelegenheiten zur Krisenbildung beseitigt oder stark abgeschwächt

haben", aber nach Charakterisirung der Kartelle und Trusts als Mittel zur Beschränkung der Konkurrenz auf dem inneren Markte, und der Schutzzölle, womit sich die nichtenglische Welt umgiebt, als „Rüstungen für den schließlichen allgemeinen Industriefeldzug, der die Herrschaft auf dem Weltmarkt entscheiden soll", heißt es schließlich: „So birgt jedes der Elemente, das einer Wiederholung der alten Krisen entgegenstrebt, den Keim einer weit gewaltigeren künftigen Krise in sich." Engels wirft die Frage auf, ob nicht der Industriezyklus, der in der Kindheit des Welthandels (1815 bis 1847) annähernd fünfjährige, von 1847 bis 1867 zehnjährige Perioden umspannt habe, eine neue Ausdehnung erfahren habe, und wir uns „in der Vorbereitungsperiode eines neuen Weltkrachs von unerhörter Vehemenz befinden", läßt aber auch die Alternative offen, daß die akute Form des periodischen Prozesses mit ihrem bisherigen zehnjährigen Zyklus einer „mehr chronischen, sich auf die verschiedenen Länder verschiedenzeitig vertheilenden Abwechslung von relativ kurzer, matter Geschäftsbesserung mit relativ langem, entscheidungslosem Drucke gewichen sei."

Die seit Niederschrift dieser Stelle verstrichene Zeit hat die Frage unentschieden gelassen. Weder lassen sich Zeichen eines ökonomischen Weltkrachs von unerhörter Vehemenz feststellen, noch kann man die inzwischen eingesetzte Geschäftsbesserung als besonders kurzlebig bezeichnen. Es erhebt sich vielmehr eine dritte Frage, die übrigens in der zuletzt angeführten schon zum Theile eingeschlossen ist. Nämlich, ob nicht die gewaltige räumliche Ausdehnung des Weltmarkts im Verein mit der außerordentlichen Verkürzung der für Nachrichten und Transportverkehr erforderten Zeit die Möglichkeiten des Ausgleichs von Störungen so vermehrt, der enorm gestiegene Reichthum der europäischen Industriestaaten im Verein mit der Elastizität des modernen Kreditwesens und dem Aufkommen der industriellen Kartelle die Rückwirkungskraft örtlicher oder partikularer Störungen auf die allgemeine Geschäftslage so verringert hat, daß wenigstens für eine längere Zeit allgemeine Geschäftskrisen nach Art der früheren überhaupt als unwahrscheinlich zu betrachten sind.

Diese von mir in einem Aufsatz über die sozialistische Zusammenbruchstheorie aufgeworfene Frage hat verschiedentliche Anfechtung erfahren. Unter Anderen hat sie Fräulein Dr. Rosa Luxemburg veranlaßt, mir in einer, in der „Leipziger Volkszeitung" vom September 1898 veröffentlichten Artikelserie einen Kursus über Kreditwesen und Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus zu lesen. Da diese Artikel, die auch noch in einige andere sozialistische Blätter übergegangen sind, wahre Muster falscher, aber zugleich auch mit großem Talent gehandhabter Dialektik sind, scheint es mir am Platze, hier kurz auf sie einzugehen.[1]

[1] Die Artikel tragen die Ueberschrift: „Sozialreform oder Revolution?" Fräulein Luxemburg stellt die Frage indeß nicht so, wie es bisher in der Sozial-

Vom Kredit behauptet Fräulein Luxemburg, er sei, weit entfernt, den Krisen entgegenzuwirken, gerade das Mittel, sie auf die höchste Spitze zu treiben. Er erst ermöglichte die maßlose Ausdehnung der kapitalistischen Produktion, die Beschleunigung des Austausches der Waaren, des Kreislaufs des Produktionsprozesses und sei auf diese Weise das Mittel, den Widerspruch zwischen Produktion und Verbrauch so oft als möglich zum Ausbruch zu bringen. Er spiele den Kapitalisten die Disposition über fremde Kapitale und damit die Mittel zu waghalsigster Spekulation in die Hand. Trete aber die Stockung ein, so verschärfe er durch sein Zusammenschrumpfen die Krise. Seine Funktion sei, den Rest von Stabilität aus allen kapitalistischen Verhältnissen zu verbannen, alle kapitalistischen Potenzen in höchstem Grade dehnbar, relativ und empfindlich zu machen.

Alles das ist nun für Jemand, der die Literatur des Sozialismus im Allgemeinen und des marxistischen Sozialismus im Besonderen ein wenig kennt, nicht gerade neu. Es fragt sich nur, ob es den heutigen Sachverhalt richtig darstellt oder ob das Bild nicht auch eine andere Seite hat. Nach den Gesetzen der Dialektik, die Fräulein Luxemburg so gern spielen läßt, müßte es sogar der Fall sein, und auch ohne daß man auf sie zurückgreift, wird man sich sagen können, daß eine so vieler Formen fähige Sache, wie

---

demokratie üblich war, nämlich als Alternative des Weges zur Verwirklichung des Sozialismus, sondern als gegensätzlich in der Art, daß nur das Eine — nach ihrer Auffassung die Revolution — zum Ziele führen könne. Die Wand zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft wird nach ihr „durch die Entwicklung der Sozialreformen wie der Demokratie nicht durchlöchert, sondern umgekehrt fester und höher gemacht“. Darnach müßte die Sozialdemokratie, wenn sie sich nicht selbst die Arbeit erschweren will, Sozialreformen und die Erweiterung der demokratischen Einrichtungen nach Möglichkeit zu vereiteln streben. Die Abhandlung, die in diesen Schluß ausläuft, wird angemessen durch die Bemerkung eingeleitet, die von mir (und Dr. Conrad Schmidt) aufgestellten Sätze über die Entwicklung zum Sozialismus seien „auf den Kopf gestellte Reflexe der Außenwelt“. „Eine Theorie von der Einführung des Sozialismus durch Sozialreformen — in der Aera Stumm-Posadowsky, von der Kontrolle der Gewerkschaften über den Produktionsprozeß — nach der Niederlage der englischen Maschinenbauer, von der sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit — nach der sächsischen Verfassungsrevision und den Attentaten auf das allgemeine Reichstagswahlrecht!“ ruft sie aus. Sie scheint der Ansicht zu sein, daß man historische Theorien nicht in Gemäßheit der Summe der beobachteten Erscheinungen der ganzen Epoche und des ganzen Umkreises der vorgeschrittenen Länder aufzustellen hat, sondern auf Grund von zeitweiligen reaktionären Zuckungen in irgend einem einzelnen Lande; nicht auf Grund der Bilanz der gesammten bisherigen Leistungen der Arbeiterbewegung, sondern in Hinblick auf den Ausgang eines vereinzelten Kampfes. Der Mann, der das Impfen für nutzlos erklärte, weil es ihn nicht davor schützte, vom Baume zu fallen, hat nicht anders argumentirt.

der Kredit, unter verschiedenen Verhältnissen verschiedenartig wirken muß. Marx behandelt denn auch den Kredit keineswegs nur unter dem Gesichtspunkt des Zerstörers. Er spricht ihm unter Anderem (Band III, 1, S. 429) die Funktion zu, „die Uebergangsform zu einer neuen Produktionsweise zu bilden", und hebt im Hinblick darauf ausdrücklich die „doppelseitigen Charaktere des Kreditsystems" hervor. Fräulein Luxemburg kennt die betreffende Stelle sehr gut, sie druckt sogar den Satz aus ihr ab, wo Marx vom Mischcharakter — „halb Schwindler, halb Prophet" — der Hauptverkünder des Kredits (John Law, Isaak Pereire ꝛc.) spricht. Aber sie bezieht ihn ausschließlich auf die zerstörerische Seite des Kreditsystems und erwähnt mit keinem Worte seiner herstellend-schöpferischen Fähigkeit, die Marx ausdrücklich mit heranzieht. Warum diese Amputation, warum dies merkwürdige Schweigen hinsichtlich der „doppelseitigen Charaktere"? Das dialektische Brillantfeuerwerk, mittels dessen sie die Potenz des Kreditsystems als Anpassungsmittel im Lichte einer „Eintagsfliege" darstellt, löst sich in Rauch und Qualm auf, sobald man diese andere Seite näher betrachtet, an der Fräulein Luxemburg so scheu vorübergleitet.

Indeß auch die einzelnen Sätze ihrer Beweisführung vertragen keine zu nahe Prüfung. „Er steigert den Widerspruch zwischen Produktionsweise und Austauschweise", heißt es bei ihr vom Kredit, „indem er die Produktion aufs Höchste anspannt, den Austausch aber bei dem geringsten Anlaß lahmlegt." Das ist sehr geistreich gesagt; nur schade, daß man den Satz drehen kann, wie man will, ohne daß er an Richtigkeit verliert. Man versetze in seinem zweiten Stücke die beiden Hauptworte und es bleibt genau so viel an ihm richtig wie vorher. Oder man sage, der Kredit hebt den Gegensatz zwischen Produktionsweise und Austauschweise auf, indem er die Spannungsunterschiede zwischen Produktion und Austausch periodisch ausgleicht, und man hat auch Recht. „Der Kredit", heißt es weiter, „steigert den Widerspruch zwischen Eigenthums- und Produktionsverhältnissen, indem er durch forcirte Enteignung vieler kleiner Kapitalisten in wenigen Händen ungeheure Produktivkräfte vereinigt." Wenn der Satz eine Wahrheit enthält, so nicht minder sein direktes Gegentheil. Wir sprechen nur eine in der Wirklichkeit vielfach bestätigte Thatsache aus, wenn wir sagen, daß der Kredit den Widerspruch zwischen Eigenthums- und Produktionsverhältnissen aufhebt, indem er durch Vereinigung vieler kleiner Kapitalisten ungeheure Produktivkräfte in Kollektiveigenthum verwandelt. Bei der Aktiengesellschaft in ihren einfachen und potenzirten Formen ist die Sache, wie wir im Abschnitt über die Einkommensbewegung gesehen haben, ganz evident. Wenn Fräulein Luxemburg dem entgegen sich auf Marx berufen will, der an der berührten Stelle aufs Neue dem Kreditsystem zunehmende Beschränkung der Zahl der den gesellschaftlichen

Reichthum ausbeutenden Wenigen zuspricht, so ist darauf zu erwidern, daß der empirische Beweis für diese Behauptung von Marx nirgends erbracht ist, noch erbracht werden konnte, Marx aber vielfach auf Thatsachen Bezug nimmt, die ihr widersprechen. So wenn er im 22. Kapitel des dritten Bandes, das von der Tendenz des Zinsfußes zum Fallen handelt, auf die von Ramsay konstatirte steigende Vermehrung der Rentiers in England verweist (III, 1, S. 346). Aber wenn bei Marx auch wiederholt die Verwechslung von juristischer und physischer Person unterläuft (denn darin wurzelt schließlich die vorstehende Annahme), so täuscht sie ihn doch nicht über die positive ökonomische Potenz des Kredits. Dies zeigt sich am klarsten da, wo er von der Arbeitergenossenschaft spricht, deren charakteristischer Typus bei ihm noch die alte Produktivgenossenschaft — er nennt sie Kooperativfabrik — ist, und von der er daher sagt, daß sie alle Mängel des bestehenden Systems reproduzire und reproduziren müsse. Aber sie hebt doch, führt er aus, den in der kapitalistischen Fabrik bestehenden Gegensatz positiv auf. Wenn sie ein Kind des auf der kapitalistischen Produktion beruhenden Fabriksystems sei, so in gleichem Maße ein Kind des auf dieser beruhenden Kreditsystems, ohne das sie sich, heißt es bei Marx, nicht hätte entwickeln können, und das die „Mittel bietet zur allmäligen Ausdehnung der Kooperativunternehmungen auf mehr oder minder nationaler Stufenleiter" („Kapital", III, 1, S. 428). Da haben wir die Umkehrung des Luxemburgschen Spruches in bester Form.

Daß das Kreditsystem die Spekulation erleichtert, ist eine Jahrhunderte alte Erfahrung, und sehr alt ist auch die Erfahrung, daß die Spekulation vor der Produktion nicht Halt macht, wo deren Form und Verfassung für ihr Spiel weit genug entwickelt sind. Die Spekulation ist indeß ihrerseits bedingt durch das Verhältniß der wißbaren zu den unwißbaren Umständen. Je stärker die letzteren überwiegen, um so mehr wird sie blühen, je mehr sie von den ersteren zurückgedrängt werden, um so mehr Boden wird ihr entzogen. Daher fallen die wahnsinnigsten Auswüchse kommerzieller Spekulation in die Zeit des Anbruchs der kapitalistischen Aera und feiert die Spekulation in Ländern jüngerer kapitalistischer Entwicklung gewöhnlich die wüstesten Orgien. Auf dem Gebiet der Industrie blüht die Spekulation am üppigsten in neuen Produktionszweigen. Je älter ein Produktionszweig als moderne Industrie ist, um so mehr hört — die Fabrikation von reinen Modeartikeln ausgenommen — das spekulative Moment auf, eine maßgebende Rolle in ihr zu spielen. Es werden die Marktverhältnisse und Marktbewegungen genauer übersehen und mit größerer Sicherheit in Berechnung gezogen.

Immerhin ist diese Sicherheit stets nur relativ, weil die Konkurrenz und die technische Entwicklung eine absolute Kontrolle des Marktes ausschließen.

Die Ueberproduktion ist bis zu einem gewissen Grade unvermeidbar. Aber Ueberproduktion in einzelnen Industrien heißt noch nicht allgemeine Krise. Soll sie zu einer solchen führen, dann müssen die betreffenden Industrien entweder von solcher Bedeutung als Konsumenten der Fabrikate anderer Industrien sein, daß ihr Stillstand diese auch stillsetzt und so fort, oder aber sie müssen ihnen durch das Medium des Geldmarkts bezw. durch Lähmung des allgemeinen Kredits die Mittel zur Fortführung der Produktion entziehen. Es liegt aber auf der Hand, daß je reicher ein Land und je entwickelter sein Kreditorganismus ist — was nicht zu verwechseln ist mit potenzirter Wirthschaft auf Borg —, diese letztere Wirkung immer geringere Wahrscheinlichkeit erhält. Denn hier nehmen die Ausgleichungsmöglichkeiten in steigendem Maße zu. An irgend einer Stelle, die ich im Moment nicht finden kann, sagt Marx einmal, und die Richtigkeit des Satzes läßt sich durch massenhafte Belege erweisen, daß im Zentrum des Geldmarkts dessen Kontraktionen immer schneller überwunden werden, als an den verschiedenen Punkten der Peripherie. Und Marx hatte dabei selbst in England immer noch einen sehr viel gebundeneren Geldmarkt vor Augen, als es der heutige ist. So heißt es bei ihm noch (dritter Band des „Kapital", zweiter Theil, S. 18), daß mit Ausdehnung der Märkte die Kredite sich verlängern und so das spekulative Element mehr und mehr die Geschäfte beherrschen müsse. Aber die inzwischen vollzogene Umwälzung der Verkehrsmittel hat die Wirkungen räumlicher Entfernungen in dieser Hinsicht mehr wie ausgeglichen.[1] Sind damit auch die Krisen des Geldmarkts nicht aus der Welt geschafft, so sind doch, um was es sich hier handelt, die Einschnürungen des Geldmarkts durch weitschichtige und schwer kontrollirbare Handelsunternehmungen bedeutend reduzirt.

Das Verhältniß der Geldkrisen zu den Handels- und Geschäftskrisen ist noch keineswegs so völlig aufgeklärt, daß man von irgend einem konkreten Falle, wo beide zusammenfielen, mit Bestimmtheit sagen könnte, daß es die Handelskrise bezw. die Ueberproduktion direkt war, die die Geldkrise verursachte. In den meisten Fällen war es jedoch offenbar nicht faktische Ueberproduktion, sondern die Ueberspekulation, was den Geldmarkt lähmte und dadurch auf

[1] Engels bemißt die durch Suezkanal, Frachtdampfer 2c. bewirkte Annäherung Amerikas und Indiens an die Industrieländer Europas auf 70 bis 90 Prozent und setzt hinzu, daß durch sie „diese beiden großen Krisenherde von 1825 bis 1857 . . . einen großen Theil ihrer Explosionsfähigkeit verloren haben" („Kapital", Bd. III, 1. Theil, S. 45). Auf Seite 395 desselben Bandes stellt Engels fest, daß gewissen, mit Kreditschwindel verbundenen spekulativen Geschäften, die Marx dort als Faktoren von Krisen des Geldmarkts schildert, durch den überseeischen Telegraphen ein Ende gemacht worden ist. Auch das berichtigende Engelssche Einschiebsel auf Seite 56 im zweiten Theile von Band III ist für die Beurtheilung der Entwicklung des Kreditwesens bemerkenswerth.

das ganze Geschäft drückte. Dies geht sowohl aus den Einzelnheiten hervor, die Marx im dritten Bande des „Kapital“ an der Hand der offiziellen Untersuchungen über die Krisen von 1847 und 1857 mittheilt, als es auch durch die Thatsachen bestätigt wird, die Professor Herkner in seinem Abriß über die Geschichte der Handelskrisen im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ über diese und andere Krisen anführt. Fräulein Dr. Luxemburg folgert auf Grund der von Herkner angeführten Thatsachen, daß die bisherigen Krisen überhaupt noch nicht die richtigen Krisen, sondern erst Kinderkrankheiten der kapitalistischen Wirthschaft waren, Begleiterscheinungen nicht von Einengungen, sondern von Erweiterungen des Gebiets der kapitalistischen Wirthschaft, daß wir „noch nicht in jene Phase vollkommener kapitalistischer Reife eingetreten sind, die bei dem Marxschen Schema der Krisenperiodizität vorausgesetzt wird“. Nach ihr befinden wir uns „in einer Phase, wo die Krisen nicht mehr das Aufkommen des Kapitalismus und noch nicht seinen Untergang begleiten“. Diese Zeit werde erst kommen, wenn der Weltmarkt im Großen und Ganzen ausgebildet sei und durch keine plötzlichen Erweiterungen mehr vergrößert werden könne. Dann müsse der Widerstreit der Produktivkräfte mit den Austauschschranken immer schroffer und stürmischer werden.

Darauf ist zu bemerken, daß das Krisenschema bei oder für Marx kein Zukunftsbild, sondern Gegenwartsbild war, von dem nur erwartet wurde, daß es in der Zukunft in immer schrofferen Formen, in immer größerer Zuspitzung wiederkehren werde. Indem Fräulein Luxemburg ihm für die ganze hinter uns liegende Epoche die Bedeutung abspricht, die Marx ihm beimaß, es als Ableitung hinstellt, der die Wirklichkeit noch nicht entsprach, als vorwegnehmende logische Konstruktion eines Vorgangs auf Grund gewisser, erst im Keime gegebener Elemente, stellt sie zugleich die Marxsche Prognose der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung in Frage, soweit dieselbe auf die Krisentheorie sich stützt. Denn wenn diese zur Zeit, wo sie aufgestellt wurde, noch nicht erprobt war, in der Zeit von damals bis jetzt sich nicht bethätigt hat, woraufhin kann man alsdann für eine noch fernere Zukunft ihr Schema als zutreffend hinstellen? Die Verweisung auf die Zeit, wo der Weltmarkt im Großen und Ganzen ausgebildet sein werde, ist eine theoretische Flucht ins Jenseits.

Es läßt sich noch gar nicht absehen, wann der Weltmarkt im Großen und Ganzen ausgebildet sein wird. Es ist ja doch Fräulein Luxemburg nicht unbekannt, daß es nicht nur eine extensive, sondern auch eine intensive Erweiterung des Weltmarkts giebt und die letztere heute von viel größerem Gewicht ist wie die erstere.

In der Handelsstatistik der großen Industrieländer spielt der Export in die alten, längst besetzten Länder bei Weitem die größte Rolle. England

exportirt nach ganz Australasien (sämmtliche australische Kolonien, Neuseeland 2c.) noch nicht so viel an Werth, wie nach dem einen Frankreich; nach ganz Britisch Nordamerika (Kanada, Britisch Kolumbia 2c.) noch nicht so viel wie allein nach Rußland; nach beiden Kolonialgebieten zusammen, die doch auch schon ein respektables Alter haben, noch nicht so viel wie nach Deutschland. Sein Außenhandel mit allen seinen Kolonien, das ganze ungeheure indische Reich eingeschlossen, macht noch nicht ein Drittel seines Handels mit der übrigen Welt aus, und was die Erwerbungen der letzten zwanzig Jahre anbetrifft, so ist der Export in diese lächerlich gering.[1] Die extensive Erweiterung des Weltmarkts vollzieht sich viel zu langsam, um der faktischen Produktionssteigerung genügenden Abfluß zu gewähren, wenn eben nicht die schon früher einbezogenen Länder ihr einen immer größeren Markt darböten. Eine Grenze für diese, gleichzeitig mit der räumlichen Ausdehnung vor sich gehende intensive Erweiterung des Weltmarkts läßt sich aprioristisch nicht aufstellen. Wenn die allgemeine Krise immanentes Gesetz der kapitalistischen Produktion sein soll, dann muß sie sich jetzt, bezw. in der nächsten Zukunft bewähren. Andernfalls der Beweis für ihre Unabwendbarkeit in der Luft abstrakter Spekulation schwebt.

Wir haben gesehen, daß das Kreditwesen heute nicht mehr, sondern weniger als früher Kontraktionen untersteht, die zur allgemeinen Lähmung der Produktion führen, und daher insofern als Faktor der Krisenbildung zurücktritt. Soweit es aber Mittel treibhausmäßiger Förderung der Ueberproduktion ist, tritt dieser Aufblähung der Produktion heute in den verschiedenen Ländern, und hier und da sogar international, immer häufiger der **Unternehmerverband** entgegen, der als Kartell, Syndikat oder Trust die Produktion zu reguliren sucht. Ohne mich in Prophezeiungen über seine schließliche Lebens- und Leistungskraft einzulassen, habe ich seine Fähigkeit anerkannt, auf das Verhältniß der Produktionsthätigkeit zur Marktlage soweit einzuwirken, daß die Krisengefahr vermindert wird. Fräulein Luxemburg widerlegt auch das.

Zunächst bestreitet sie, daß der Unternehmerverband allgemein werden könne. Schließlicher Zweck und Wirkung des Verbandes sei, durch Ausschluß der Konkurrenz innerhalb einer Branche deren Antheil an der gesammten auf

[1] Hier einige der Zahlen für 1895. Von der Gesammtausfuhr gingen 75,6 Prozent ins Ausland — neun Zehntel davon alte Länder — und 24,4 Prozent in britische Kolonien. Dem Werthbetrag nach wurden (inklusive Transitgüter) ausgeführt: nach Britisch Nordamerika für 6,6, Rußland 10,7, Australasien 19,3, Frankreich 20,3, Deutschland 32,7 Millionen Pfund Sterling, ganz Britisch West- und Ostafrika 2,4 Millionen, d. h. noch nicht 1 Prozent der Gesammtausfuhr, die sich auf 285,8 Millionen belief. Die Ausfuhr nach allen britischen Besitzungen war 1895 um 64,8 Prozent, die nach anderen Ländern um 77,2 Prozent höher als die des Jahres 1860 (vergl. „Constitutional Yearbook“ von 1897).

dem Waarenmarkt erzielten Profitmasse zu steigern. Der eine Industriezweig könne dies aber nur auf Kosten des anderen erreichen und die Organisation daher unmöglich allgemein werden. „Ausgedehnt auf alle Produktionszweige hebt sie ihre Wirkung selbst auf.“

Dieser Beweis gleicht auf ein Haar dem längst in die Luft geflogenen Beweis von der Nutzlosigkeit der Gewerkschaften. Seine Stütze ist noch unendlich hinfälliger wie der Lohnfonds seligen Angedenkens. Es ist die unbewiesene, unbeweisbare oder vielmehr als falsch erweisbare Annahme, daß auf dem Waarenmarkt immer nur eine fixe Profitmasse zu vertheilen sei. Er unterstellt u. A. eine, von den Bewegungen der Produktionskosten unabhängige Bestimmung der Preise. Aber selbst ein bestimmter Preis und obendrein eine bestimmte technologische Grundlage der Produktion gegeben, kann die Profitmasse eines Industriezweigs erhöht werden, ohne daß damit die Profite eines anderen verkürzt werden, nämlich durch Verringerung falscher Unkosten, Aufhebung der Schleuderkonkurrenz, bessere Organisation der Produktion und dergleichen mehr. Daß dazu der Unternehmerverband ein wirksames Mittel ist, liegt auf der Hand. Die Frage der Profitvertheilung ist der allerletzte Grund, der einer Verallgemeinerung der Unternehmerverbände im Wege steht.

Ein anderer Grund, der gegen die Fähigkeit der Kartelle spricht, der Produktionsanarchie Einhalt zu thun, besteht nach Fräulein Dr. Luxemburg darin, daß sie ihren Zweck — Aufhaltung des Falles der Profitrate — durch Brachlegung eines Theiles des akkumulirten Kapitals zu erreichen suchten, also dasselbe thäten, was in anderer Form die Krisen bewirkten. Das Heilmittel gleiche so der Krankheit wie ein Regentropfen dem anderen. Ein Theil des durch die Organisation vergesellschafteten Kapitals verwandelt sich in Privatkapital zurück, jede Portion versucht auf eigene Faust ihr Glück, und „die Organisationen müssen dann wie Seifenblasen platzen und wieder einer freien Konkurrenz — in potenzirter Form — Platz machen.“

Das unterstellt zunächst, daß die chirurgische Abtrennung eines vom Brand ergriffenen Gliedes und dessen Zerstörung durch den Brand „wie ein Regentropfen dem anderen“ gleichen, da in beiden Fällen das Glied verloren geht. Ob Kapital durch ein Elementarereigniß, wie es die Krisen sind, oder durch Organisation der Industrie brachgelegt wird, sind zwei ganz verschiedene Dinge, weil das eine nur vorläufige Stillsetzung, das andere direkte Zerstörung bedeutet. Es steht aber nirgends geschrieben, daß das in einem Produktionszweig überflüssig gewordene Kapital nur in diesem gleichen Produktionszweig verwendet werden kann oder Verwendung suchen muß. Hier wird der Abwechslung halber unterstellt, daß die Zahl der Produktionszweige eine für alle Zeit gegebene fixe Größe sei, was wiederum der Wirklichkeit widerspricht.

Etwas besser steht es mit dem letzten Einwand des Fräulein Luxemburg. Die Kartelle sind darnach deshalb ungeeignet, der Produktionsanarchie zu steuern, weil die kartellirten Unternehmer ihre höhere Profitrate auf dem inneren Markte in der Regel dadurch erzielen, daß sie die auf diesem nicht verwendbare Kapitalportion für das Ausland mit viel niedrigerer Profitrate produziren lassen. Folge: vergrößerte Anarchie auf dem Weltmarkt, das Gegentheil des angestrebten Zieles.

„In der Regel“ geht dies Manöver nur da an, wo dem Kartell ein Schutzzoll Deckung gewährt, der es dem Ausland unmöglich macht, ihm mit gleicher Münze heimzuzahlen. Bei der Zuckerindustrie, auf die Fräulein Luxemburg als Beispiel für ihre These verweist, ist es die potenzirte Form des Schutzzolls, die Ausfuhrprämie, welche die geschilderten Schönheiten herbeigeführt hat. Aber bemerkenswerther Weise ist die Agitation gegen diese segenspendende Einrichtung viel stärker in den Ländern, welche sich ihrer erfreuen, als in dem Lande, das sie entbehrt und dessen Zuckerproduktion der Konkurrenz der mit Ausfuhrprämien und Zuckerkartellen beglückten Länder schutzlos offen steht, England. Und die Engländer wissen wohl, warum. Kein Zweifel, diese prämiirte Konkurrenz hat die englischen Raffineure empfindlich geschädigt, wenn auch bei Weitem nicht in dem Grade, als man annimmt, denn der englische Raffineur erhält ja sein Rohprodukt, den Rohzucker, ebenfalls mit Abzug der Ausfuhrprämie. Während daher im Jahre 1864 erst 424000 Tonnen Zucker in England raffinirt wurden, wurden dort 1894 623000 und 1896 632000 Tonnen raffinirt. In der Zwischenzeit hatte die Produktion freilich eine noch höhere Ziffer erreicht (sie war 1884 824000 Tonnen), aber wenn dieser Höhestand nicht eingehalten werden konnte, so hat dafür die Industrie der Zucker*verarbeitung* (Konfekte, eingemachte und eingekochte Früchte) einen Aufschwung erreicht, der jenen relativen Rückgang zehnfach aufwiegt. Von 1881 bis 1891 ist die Zahl der in der Zuckerraffinerie Englands beschäftigten Personen gar nicht zurückgegangen, während die der Konfektindustrie allein nahezu eine Verdoppelung aufweist.[1] Dazu kommt aber noch die mächtig aufgeschossene Industrie der Jams (Eingekochtes) und Marmeladen, die zu Konsumartikeln des Volkes geworden sind, und viele Tausende und Abertausende von Arbeitern beschäftigen. Würden die Zuckerprämien und sonstigen Manöver der festländischen Zucker-

[1] Die betreffenden Zahlen des Zensus sind:

Beschäftigte Personen		1881	1891	
Zuckerraffinerie:	Männer	4285	4682	+ 317
"	Frauen	122	238	+ 116
Konfektindustrie:	Männer	14305	20291	+ 5986
"	Frauen	15285	34788	+ 19503

fabrikanten die ganze Raffinerie Englands vernichtet haben, was aber nicht der Fall, so stände der verlorenen Arbeitsgelegenheit für etwa 5000 Arbeiter ein Gewinn von Arbeitsgelegenheit für mindestens die achtfache Zahl gegenüber. Dabei ist der Anstoß noch nicht gerechnet, den der Anbau von Beerenobst 2c. in England durch den billigen Zucker erhalten hat. Allerdings heißt es, der prämiirte Rübenzucker habe die Pflanzer von Rohrzucker auf den britischen Kolonien ruinirt, und die westindischen Pflanzer lassen es an Nothschreien auch nicht fehlen. Aber diese ehrenwerthe Klasse hat verzweifelte Aehnlichkeit mit jenen nothleidenden Agrariern, die unter allen Umständen am Einmaleins zu Grunde gehen. Thatsächlich importirt England heute mehr Rohrzucker von seinen Besitzungen als früher (von 2,3 Millionen Zentnern im Jahre 1890 stieg die Einfuhr von Rohrzucker aus britischen Besitzungen auf 3,1 Millionen Zentner im Jahre 1896), nur haben andere Kolonien Westindien überholt. 1882 entfiel auf Westindien genau zwei Drittel, 1896 aber noch nicht die Hälfte des Gesammtexports aus britischen Besitzungen. Die Profite der Pflanzer sind sicher beeinträchtigt, aber das heißt noch nicht Ruin, wo nicht Ueberschuldung von früher her hinzukommt.

Indeß handelt es sich hier weder um Ableugnung der schädlichen Wirkungen der heutigen einfachen und potenzirten Schutzzöllnerei, noch um Apologie der Unternehmerverbände. Daß die Kartelle 2c. das letzte Wort der ökonomischen Entwicklung und geeignet seien, die Gegensätze des modernen Wirthschaftslebens dauernd zu beseitigen, ist mir nicht eingefallen zu behaupten. Ich bin vielmehr überzeugt, daß wo in modernen Industriestaaten Kartelle und Trusts durch Schutzzölle unterstützt und verschärft werden, sie in der That zu Krisenfaktoren der betreffenden Industrie auswachsen müssen — wenn nicht zuerst, so jedenfalls schließlich auch für das „geschützte“ Land selbst. Es fragt sich also nur, wie lange die betreffenden Völker sich diese Wirthschaft gefallen lassen werden. Die Schutzzöllnerei ist kein Produkt der Oekonomie, sondern ein auf ökonomische Wirkungen abzielender Eingriff der politischen Gewalt in die Oekonomie. Anders der kartellirte Industrieverband an sich. Er ist — wenn auch durch Schutzzölle treibhausmäßig begünstigt — auf dem Boden der Oekonomie selbst erwachsen; ein ihr wesengleiches Mittel der Anpassung der Produktion an die Bewegungen des Marktes. Daß er gleichzeitig Mittel monopolistischer Ausbeutung ist oder werden kann, ist außer Frage. Aber ebenso außer Frage ist, daß er in der ersteren Eigenschaft eine Steigerung aller bisherigen Gegenmittel gegen die Ueberproduktion bedeutet. Mit viel weniger Gefahr wie das Privatunternehmen kann er in Zeiten der Ueberfüllung des Marktes zu zeitweiliger Einschränkung der Produktion übergehen. Besser als dieses ist er auch in der Lage, der Schleuderkonkurrenz des Auslands zu begegnen. Dies leugnen, heißt die Vorzüge der Organisation vor

anarchischer Konkurrenz leugnen. Das aber thut man, wenn man prinzipiell in Abrede stellt, daß die Kartelle auf die Natur und Häufigkeit der Krisen modifizirend einwirken können. Wie weit sie es können, ist vorläufig eine reine Frage der Konjektur, denn noch liegen nicht genug Erfahrungen vor, um in dieser Hinsicht ein abschließendes Urtheil zu erlauben. Noch weniger Anhaltspunkte aber sind unter diesen Umständen für die Vorherbestimmung künftiger allgemeiner Krisen gegeben, wie sie ursprünglich Marx und Engels vorschwebten, als verschärfte Wiederholungen der Krisen von 1825, 1836, 1847, 1857, 1873. Schon die Thatsache, daß lange Zeit sozialistischerseits eine zunehmende Verengerung des industriellen Kreislaufs als die natürliche Folge der zunehmenden Konzentration des Kapitals — eine Entwicklung in Form einer Spirale — gefolgert wurde, 1894 aber Friedrich Engels sich zur Frage veranlaßt sah, ob nicht eine neue Ausdehnung des Zyklus vorliege, also das gerade Gegentheil der früheren Annahme, warnt vor der abstrakten Folgerung, daß diese Krisen sich in der alten Form wiederholen müssen.[1]

Die Geschichte der einzelnen Industrien zeigt, daß ihre Krisen keineswegs immer mit den sogenannten allgemeinen Krisen zusammenfielen. Wer im ersten und dritten Bande des „Kapital" die Angaben nachliest, die Marx aus der Geschichte der englischen Baumwolleninbustrie giebt (erster Band, 13. Kapitel, und dritter Band, 6. Kapitel), wird es dort bestätigt finden, und die neuere Geschichte zeigt erst recht, wie dieser und andere große Produktionszweige Phasen flotten Geschäftsgangs und der Stockung durchmachen, die ohne tiefgehende Wirkung auf die Masse der übrigen Industrien bleiben. Marx glaubte, wie wir gesehen haben, in der Nothwendigkeit beschleunigter Erneuerung des fixen Kapitals (der Produktionswerkzeuge ꝛc.) eine materielle Grundlage der periodischen Krisen feststellen zu können,[2] und daß hier ein bedeutsames Krisenmoment steckt, ist unbedingt richtig. Aber es ist nicht, oder nicht mehr richtig, daß diese Erneuerungsperioden in den verschiedenen

---

[1] Es ist natürlich hier immer nur von der ökonomischen Begründung der Krisen die Rede. Krisen als Wirkungen politischer Ereignisse (Kriege oder ernsthafte Kriegsdrohungen) oder sehr ausgedehnter Mißernten — lokale Mißernten üben in dieser Hinsicht keine Wirkung mehr aus — sind selbstverständlich immer möglich, wie dies auch schon in dem Artikel über die Zusammenbruchstheorie bemerkt wurde.

[2] Der Gebrauch des Wortes materiell an der betreffenden Stelle (zweiter Band, S. 164) ist für die Beurtheilung der Art, wie Marx diesen Begriff verstand, nicht ohne Interesse. Nach der heute üblichen Auslegung des Begriffs würde die Erklärung der Krisen aus der Unterkonsumtion genau so materialistisch sein, wie ihre Begründung durch Aenderungen im Produktionsprozeß, bezw. in den Werkzeugen.

Industrien zeitlich zusammenfallen. Und damit ist ein weiterer Faktor der großen allgemeinen Krise aufgehoben.

Es bleibt also nur soviel, daß die Produktionsfähigkeit in der modernen Gesellschaft sehr viel stärker ist als die thatsächliche, von der Kauffähigkeit bestimmte Nachfrage nach Produkten; daß Millionen in ungenügender Behausung leben, ungenügend gekleidet und ernährt sind, trotzdem die Mittel reichlich vorhanden sind, für sie genügende Wohngelegenheit, Nahrung und Kleidung zu beschaffen; daß aus diesem Mißverhältniß immer wieder in den verschiedenen Produktionszweigen Ueberproduktion sich einstellt derart, daß entweder thatsächlich bestimmte Artikel in größeren Mengen produzirt sind als gebraucht werden — z. B. mehr Garn, als die vorhandenen Webereien verarbeiten können — oder daß bestimmte Artikel zwar nicht in größerer Menge hergestellt sind als gebraucht, aber in größerer Menge als gekauft werden können; daß in Folge dessen große Unregelmäßigkeit in der Beschäftigung der Arbeiter stattfindet, die deren Lage zu einer höchst unsicheren macht, sie immer wieder in unwürdige Abhängigkeit herabdrückt, hier Ueberarbeit und dort Arbeitslosigkeit hervorbringt; und daß von den heute angewandten Mitteln, der äußersten Zuspitzung dieser Uebel entgegenzuwirken, die Kartelle der kapitalistischen Unternehmungen auf der einen Seite den Arbeitern und auf der anderen dem großen Publikum gegenüber monopolistische Verbände darstellen, die die Tendenz haben, über deren Rücken hinweg und auf ihre Kosten Kämpfe mit gleichartigen Monopolverbänden anderer Industrien oder anderer Länder zu führen oder durch internationale bezw. interindustrielle Verträge willkürlich Produktion wie Preise ihrem Profitbedürfniß anzupassen. Virtuell trägt das kapitalistische Abwehrmittel gegen die Krisen die Keime zu neuer, verstärkter Hörigkeit der Arbeiterklasse in sich, sowie zu Produktionsprivilegien, die eine verschärfte Form der alten Zunftprivilegien darstellen. Viel wichtiger als die „Impotenz" der Kartelle und Trusts zu prophezeien, erscheint es mir vom Standpunkt der Arbeiter aus, ihre Möglichkeiten sich gegenwärtig zu halten. Ob sie den ersteren Zweck — Abwehr der Krisen — auf die Länge der Zeit werden erfüllen können, ist an sich für die Arbeiterklasse eine untergeordnete Frage. Sie wird aber zu einer sehr bedeutungsvollen Frage, sobald man an die allgemeine Krise Erwartungen irgend welcher Art für die Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse knüpft. Denn dann kann die Vorstellung, daß die Kartelle nichts gegen die Krisen ausrichten können, Ursache sehr verhängnißvoller Unterlassungen werden.

Der kurze Abriß, den wir in der Einleitung dieses Abschnitts von den Marx-Engelsschen Erklärungen der Wirthschaftskrisen gegeben haben, wird im Verein mit den angeführten einschlägigen Thatsachen genügen, die Krisenfrage als ein Problem erkennen zu lassen, das sich nicht kategorisch mit ein paar

altbewährten Schlagworten beantworten läßt. Wir können nur feststellen, welche Elemente der modernen Wirthschaft auf Krisen hinwirken und welche Kräfte ihnen entgegenwirken. Ueber das schließliche Verhältniß dieser Kräfte gegeneinander oder seine Entwicklungen aprioristisch abzuurtheilen, ist unmöglich. Wenn nicht unvorhergesehene äußere Ereignisse eine allgemeine Krise herbeiführen — und das kann, wie gesagt, jeden Tag geschehen — so ist kein zwingender Grund vorhanden, auf ein baldiges Eintreten einer solchen aus rein wirthschaftlichen Gründen zu folgern. Lokale und partielle Depressionen sind unvermeidlich, allgemeiner Stillstand ist es bei der heutigen Organisation und Ausdehnung des Weltmarkts und insbesondere der großen Ausdehnung der Lebensmittelproduktion nicht. Das letztere Phänomen ist für unser Problem von besonderer Bedeutung. Nichts hat vielleicht so viel zur Abmilderung der Geschäftskrisen oder Verhinderung ihrer Steigerung beigetragen, wie der Fall der Renten und der Lebensmittelpreise.

Viertes Kapitel.

Die Aufgaben und Möglichkeiten der Sozialdemokratie.

a) Die politischen und ökonomischen Vorbedingungen des Sozialismus.

Wenn man eine Anzahl Menschen, welcher Klasse oder Partei auch angehörig, aufforderte, in einer knappen Formel eine Definition des Sozialismus zu geben, so würden die meisten von ihnen in einige Verlegenheit gerathen. Wer nicht aufs Gerathewohl eine gehörte Phrase wiederholt, muß sich zunächst darüber klar werden, ob er einen Zustand oder eine Bewegung, eine Erkenntniß oder ein Ziel zu kennzeichnen hat. Schlagen wir in der ureigenen Literatur des Sozialismus nach, so werden wir auf sehr verschieden lautende, je nachdem in die eine oder die andere der vorbezeichneten Kategorien fallende Erklärungen des Begriffs stoßen, von Ableitung desselben aus Rechtsvorstellungen (Gleichheit, Gerechtigkeit) oder seiner summarischen Bezeichnung als Gesellschaftswissenschaft an bis zu seiner Gleichsetzung mit dem Klassenkampf der Arbeiter in der modernen Gesellschaft und der Erklärung, Sozialismus heiße genossenschaftliche Wirthschaft. Gelegentlich liegen diesen verschiedenartigen Erklärungen grundsätzlich verschiedene Auffassungen zu Grunde, meist aber sind sie nur Resultate der Betrachtung oder Darstellung einer und derselben Sache unter verschiedenen Gesichtspunkten.

Die genaueste Bezeichnung des Sozialismus wird jedenfalls diejenige sein, die an den Gedanken der Genossenschaftlichkeit anknüpft, weil damit zugleich ein wirthschaftliches wie ein rechtliches Verhältniß ausgedrückt wird. Es wird keines weitläufigen Beweises bedürfen, um erkennen zu lassen, daß die Charakteristik des letzteren hier ebenso wichtig ist wie die der Wirthschaftsweise. Ganz abgesehen von der Frage, ob und in welchem Sinne das Recht ein primärer oder sekundärer Faktor des Gesellschaftslebens ist, giebt doch unbestritten das jeweilige Recht das konzentrirteste Bild seines Charakters. Wir bezeichnen Gesellschaftsformen nicht nach ihrer technologischen oder ökonomischen Grundlage, sondern nach dem Grundprinzip ihrer Rechtseinrichtungen.

Wir sprechen wohl von einem Stein=, Bronze=, Maschinen=, Elektrizitäts= rc. Zeitalter, aber von feudaler, kapitalistischer, bürgerlicher rc. Gesellschafts=ordnung. Dem entspräche die Bezeichnung des Sozialismus als Bewegung zur, oder der Zustand der genossenschaftlichen Gesellschaftsordnung. In diesem Sinne, der ja auch der Etymologie des Wortes (socius = Genosse) entspricht, wird es im Folgenden gebraucht.

Welches sind nun die Vorbedingungen der Verwirklichung des Sozialismus? Der historische Materialismus erblickt sie zunächst in der modernen Produktionsentwicklung. Mit der Ausbreitung des kapitalistischen Großbetriebs in Industrie und Landwirthschaft sei eine dauernde und stetig wachsende materielle Grundlage für den Antrieb zu sozialistischer Umgestaltung der Gesellschaft gegeben. In diesen Betrieben ist die Produktion bereits gesellschaftlich organisirt, nur die Leitung ist individuell und der Profit wird von Individuen nicht auf Grund ihrer Arbeit, sondern ihres Kapitalantheils angeeignet. Der werkthätige Arbeiter ist vom Eigenthum an seinen Produktionswerkzeugen getrennt, er steht im abhängigen Lohnverhältniß, aus dem er sein Leben lang nicht entrinnt und dessen Druck durch die Unsicherheit noch verschärft wird, die mit dieser Abhängigkeit vom Unternehmer in Verbindung mit den Schwankungen der Geschäftslage — die Folge der Produktionsanarchie — verbunden ist. Wie die Produktion selbst, drängen auch die Existenzbedingungen der Produzenten zur Vergesellschaftung und genossenschaftlichen Organisation der Arbeit. Sobald diese Entwicklung genügend vorgeschritten, wird die Verwirklichung des Sozialismus unabweisbares Bedürfniß der Fortentwicklung der Gesellschaft. Sie durchzuführen ist die Sache des als Partei der Klasse organisirten Proletariats, das zu diesem Behuf die politische Herrschaft erobern muß.

Wir haben danach als erste Vorbedingung allgemeiner Verwirklichung des Sozialismus einen bestimmten Höhegrad kapitalistischer Entwicklung, und als zweiten die Ausübung der politischen Herrschaft durch die Klassenpartei der Arbeiter, die Sozialdemokratie. Form der Ausübung dieser Macht ist nach Marx in der Uebergangsperiode die Diktatur des Proletariats.

Was die erste Vorbedingung anbetrifft, so ist bereits im Kapitel über die Betriebsklassen in Produktion und Distribution gezeigt worden, daß wenn der Großbetrieb in der Industrie heute thatsächlich schon das Uebergewicht hat, er doch, die von ihm abhängigen Betriebe eingerechnet, selbst in einem so vorgeschrittenen Lande wie Preußen höchstens die Hälfte der in der Produktion thätigen Bevölkerung vertritt. Nicht anders stellt sich das Bild, wenn wir die Zahlen für ganz Deutschland wählen, und wenig verschieden davon ist es in England, dem industriellsten Lande Europas. Im übrigen Ausland, Belgien vielleicht ausgenommen, ist das Verhältniß der Großbetriebe

zu den Klein- und Mittelbetrieben sehr viel ungünstiger. In der Landwirthschaft aber sehen wir überall den kleinen und Mittelbetrieb gegenüber dem großen nicht nur noch proportionell in bedeutendem Uebergewicht, sondern auch in der Lage, seine Position zu befestigen. Im Handel und Verkehr ist das Verhältniß der Betriebsgruppen ein ähnliches.

Daß das Bild, welches die summarischen Zahlen der Betriebsstatistik geben, bei genauerer Prüfung der einzelnen Abtheilungen manche Korrektur erfährt, habe ich seinerzeit im Artikel über die Zusammenbruchstheorie selbst hervorgehoben, nachdem ich schon in früheren Artikeln der Serie „Probleme des Sozialismus“ nachdrücklich darauf verwiesen hatte, daß die Zahl der Beschäftigten eines Betriebs kein sicheres Anzeichen für den Grad seiner kapitalistischen Natur bietet. Die Einwände, die Parvus in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ gegen den Gebrauch erhoben hat, den ich an angegebener Stelle von den Totalzahlen der Betriebsgruppen gemacht hatte, sagten prinzipiell nichts, was ich nicht selbst schon vorher wiederholt dargelegt hatte, und sind für das, worauf es hier ankommt, für die Frage der Wahrscheinlichkeit eines nahen wirthschaftlichen Zusammenbruchs, ganz unerheblich.[1] Ob von den

[1] Ich halte mich nicht weiter bei den Mißdeutungen auf, die Parvus meinen Ausführungen gab, noch bei den grotesken Gegenüberstellungen (Droschkenkutscher gegen Eisenbahnen 2c.), womit er meinen Hinweis auf die relative Stärke der kleinen und Mittelbetriebe lächerlich zu machen suchte. Sie konnten mich im ersten Augenblick reizen, weil sie von einem Manne kamen, dem ich Besseres zugetraut hatte, aber einer ernsthaften Widerlegung sind sie nicht werth.

Aber aus den im Texte angeführten Gründen kann ich auch den Thatsachen, die Heinrich Cunow in seinem durchaus sachgemäß gehaltenen Artikel über die Zusammenbruchstheorie gegen mich vorbringt, kein Gewicht für meine These beilegen. Daß das, was er dort vom Bankgeschäft und den Handelsagenturen sagt, mir nicht unbekannt war, wird er mir glauben, wenn er erfährt, daß ich selbst viele Jahre im Bankgeschäft thätig war und auch den Großhandel aus der Erfahrung kenne. Und was die Unter- und Filialbetriebe in der Industrie betrifft, so habe ich selbst in einem früheren Artikel der „Probleme des Sozialismus“ geschrieben: „Solch ein Unterbetrieb, der vielleicht mit sehr viel konstantem und sehr wenig variablem Kapital arbeitet, kostspielige Maschinen und wenig Arbeiter anwendet, kommt also nach der Praxis der Reichsstatistik unter die kleinen Fabriken oder gar Handwerksbetriebe, während er in der That dem fabrikmäßigen Betrieb angehört.... Wir dürfen als feststehend annehmen, daß das Handwerk und der kleine Fabrikbetrieb in der Gewerbestatistik numerisch sehr viel stärker erscheinen als sie in Wirklichkeit sind.“ („Neue Zeit“, XV, 1, S. 308) und hinsichtlich der Landwirthschaft: „Das Areal kann ziemlich klein sein und doch einem durchaus kapitalistischen Betrieb als Grundlage dienen. Die auf der räumlichen Ausdehnung der Betriebe fußende Statistik sagt immer weniger über deren wirthschaftlichen Charakter.“ (A. a. O., S. 380.) Aehnlich in meinem Artikel über die „Zusammenbruchstheorie“ auf S. 552, XVI, 1, hinsichtlich der Zahlen für Handel und Verkehr.

Hunderttausenden von Kleinbetrieben eine Anzahl kapitalistischer Natur, andere ganz oder zum Theil von kapitalistischen Großbetrieben abhängig sind, kann das Gesammtbild, welches die Statistik der Betriebsunternehmungen darbietet, nur wenig verändern. Die große und wachsende Mannigfaltigkeit der Unternehmungen, die staffelmäßige Gliederung der Industrie wird dadurch nicht widerlegt. Streichen wir ein Viertel oder selbst die Hälfte aller Kleinbetriebe als Dependenzen der Mittel- und Großbetriebe aus der Liste fort, und es bleiben in Deutschland in der Industrie allein noch eine Million Betriebe, von kapitalistischen Riesenunternehmungen abwärts in immer breiteren Schichten bis zu den Hunderttausenden handwerksmäßiger Kleinbetriebe, die zwar auch ihrerseits langsam dem Verdichtungsprozeß ihren Tribut abstatten, aber darum doch noch ganz und gar keine Miene machen, von der Bildfläche zu verschwinden. Zu den Zahlen, die wir hierüber im zweiten Abschnitt des dritten Kapitels gegeben haben, sei noch aus der Statistik der deutschen Baugewerbe erwähnt, daß sich in denselben von 1882 bis 1895 die Zahl der Selbständigen von 146 175 auf 177 012, die der Beschäftigten von 580 121 auf 777 705 vermehrt hat, was zwar eine mäßige Vermehrung der Abhängigen pro Betrieb (von 3,97 auf 4,37), aber nichts weniger als Rückgang des handwerksmäßigen Betriebs bedeutet.[1]

Es ist danach, soweit die zentralisirte Betriebsform die Vorbedingung für die Sozialisirung von Produktion und Zustellung bildet, diese selbst in den vorgeschrittensten Ländern Europas erst ein partielles Faktum, so daß, wenn in Deutschland der Staat in einem nahen Zeitpunkt alle Unternehmungen, sage von zwanzig Personen und aufwärts, sei es behufs völligen Selbstbetriebs oder theilweiser Verpachtung expropriiren wollte, in Handel und Industrie noch Hunderttausende von Unternehmungen mit über vier Millionen Arbeitern übrig blieben, die privatwirthschaftlich weiter zu betreiben wären. In der Landwirthschaft blieben, wenn alle Betriebe von über zwanzig Hektaren verstaatlicht würden, woran aber Niemand denkt, über fünf Millionen Betriebe privatwirthschaftlichen Charakters übrig, mit zusammen gegen neun Millionen Arbeitsthätigen. Von der Größe der Aufgabe aber, die dem Staate oder den Staaten mit der Uebernahme jener vorerwähnten Betriebe erstehen würde, wird man sich eine Vorstellung machen, wenn man berücksichtigt, daß es sich in Industrie und Handel um mehrere hunderttausend Betriebe mit fünf bis sechs Millionen Angestellter, in der Landwirthschaft um über dreihunderttausend Betriebe mit fünf Millionen Arbeiter handelt. Ueber welche Fülle von Einsicht, Sachkenntniß, Verwaltungstalent müßte eine Regierung oder eine National-

[1] Vergl. Schmöle, „Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Deutschland", zweiter Theil, erster Band, S. 1 ff., wo auch die Schattenseiten des kleinen Unternehmerthums im Baugewerbe aufgezeigt werden.

versammlung verfügen, um auch nur der Oberleitung oder der wirthschaftlichen Kontrolle eines solchen Riesenorganismus gewachsen zu sein?

Man wird vielleicht hier auf die große Zahl von Intelligenzen verweisen, welche die heutige Entwicklung hervorbringt und die sich in einer Uebergangsepoche mit Eifer zur Verfügung stellen würden. Am Andrang und guten Willen dieser Gesellschaftsschicht zweifle ich durchaus nicht, habe vielmehr schon vor nahezu achtzehn Jahren auf sie verwiesen. Aber gerade im embarras de richesses liegt hier die Gefahr, und was der böse Wille der Gegner nicht durchsetzt, das mag sehr leicht der gute Wille des aufschießenden Heeres der besten Freunde vollbringen. Der gute Wille ist selbst in normalen Zeiten ein bedenklicher Kunde.

Aber lassen wir diese Frage einstweilen bei Seite, und halten wir vorerst nur die Thatsache fest, daß für die Sozialisirung von Produktion und Distribution die materielle Vorbedingung, vorgeschrittene Zentralisation der Betriebe, erst zum Theil gegeben ist.

Die zweite Vorbedingung ist nach der Marxschen Lehre die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Man kann sich diese Eroberung verschiedenartig denken: auf dem Wege des parlamentarischen Kampfes durch das Mittel der Ausbeutung des Wahlrechts und Benutzung aller sonstigen gesetzlichen Handhaben oder auf dem Wege der Gewalt durch das Mittel der Revolution.[1]

Es ist bekannt, daß Marx und Engels bis ziemlich spät diesen letzteren als den fast überall unumgänglichen Weg betrachteten, und verschiedenen Anhängern der Marxschen Lehre erscheint er noch heute als unvermeidlich. Vielfach wird er auch für den kürzeren Weg gehalten.[2]

---

[1] Revolution wird hier und im Folgenden ausschließlich in der politischen Bedeutung des Wortes gebraucht, als gleichbedeutend mit Aufstand, bezw. außergesetzlicher Gewalt. Für die prinzipielle Aenderung der Gesellschaftsordnung wird dagegen das Wort „soziale Umgestaltung" gebraucht werden, das die Frage des Weges offen läßt. Zweck dieser Unterscheidung ist, alle Mißverständnisse und Zweideutigkeiten auszuschließen.

[2] „Aber wem dürfte nicht einleuchten, daß für die großen Städte, wo ja die Arbeiter die überwiegende Mehrheit bilden, wenn sie einmal zu unbeschränkter Verfügung über die öffentliche Gewalt, über ihre Verwaltung und Gesetzgebung gelangt wären — die ökonomische Revolution nur eine Frage von Monaten, ja vielleicht nur Wochen gewesen wäre?" (Jules Guesde, „Der achtzehnte März [1871] in der Provinz". „Zukunft" von 1877, S. 87.)

„Wir aber erklären: Gebt uns auf ein halbes Jahr die Regierungsgewalt, und die kapitalistische Gesellschaft gehört der Geschichte an." (Parvus in der „Sächs. Arbeiterzeitung" vom 6. März 1898.)

Letzterer Satz steht am Schluß eines Artikels, worin u. A. ausgeführt wird, daß auch nachdem die sozialrevolutionäre Regierung die Regelung der gesammten

Dazu führt vor Allem die Vorstellung, daß die Arbeiterklasse die zahlreichste Klasse und, als besitzlose, auch die energischste Klasse der Gesellschaft ist. Einmal im Besitz der Macht würde sie nicht ruhen, bevor sie die Fundamente des bestehenden Systems durch solche Einrichtungen ersetzt hätte, die deren Wiederherstellung unmöglich machten.

Es wurde schon erwähnt, daß Marx und Engels bei Aufstellung ihrer Theorie von der Diktatur des Proletariats die Schreckensepoche der französischen Revolution als typisches Beispiel vor Augen hatten. Noch im Anti-Dühring erklärt Engels es für eine höchst geniale Entdeckung Saint Simons, im Jahre 1802 die Schreckensherrschaft als die Herrschaft der besitzlosen Massen begriffen zu haben. Das ist nun wohl eine ziemliche Ueberschätzung, aber wie hoch man auch jene Entdeckung stellen mag, die Wirkung der Herrschaft der Besitzlosen kommt bei Saint Simon nicht viel besser fort als bei dem heute als „Spießbürger" verschrienen Schiller. Die Besitzlosen von 1793 waren nur fähig, die Schlachten Anderer zu schlagen. Sie konnten nur „herrschen", so lange der Schrecken dauerte. Als er sich erschöpft hatte, wie er sich erschöpfen mußte, war es mit ihrer Herrschaft total zu Ende. Nach der Marx-Engelsschen Anschauung würde beim modernen Proletariat diese Gefahr nicht bestehen. Aber wer ist das moderne Proletariat?

Rechnet man alle Besitzlosen, alle, die kein Einkommen aus dem Besitz oder aus privilegirter Stellung haben, dazu, so sind das allerdings die absolute Mehrheit der Bevölkerung der vorgeschrittenen Länder. Nur daß alsdann dieses „Proletariat" ein Gemisch von außerordentlich verschiedenartigen Elementen ist, von Schichten, die sich untereinander noch mehr unterscheiden wie das „Volk" von 1789, die zwar, solange die jetzigen Eigenthumsverhältnisse bestehen, mehr gemeinsame oder wenigstens gleichartige als gegensätzliche Interessen haben, aber, sobald die jetzt Besitzenden und Herrschenden abgesetzt oder

---

Produktion in die Hand genommen, die Ersetzung des Waarenverkehrs durch ein künstlich erdachtes Tauschsystem nicht angehe. Mit anderen Worten, Parvus, der sich ernsthaft mit der Oekonomie beschäftigt hat, sieht auf der einen Seite ein, daß „der Waarenverkehr so sehr in alle Verhältnisse des wirthschaftlichen Lebens hineingedrungen ist, daß er durch ein künstlich erdachtes Tauschsystem nicht ersetzt werden kann", und trotz dieser Ueberzeugung, die seit Langem auch die meine ist (sie ist schon angedeutet im Artikel über die „Sozialpolitische Bedeutung von Raum und Zahl", sollte aber in einem späteren Artikel der Serie „Probleme des Sozialismus" eingehender behandelt werden), bildet er sich ein, eine sozialrevolutionäre Regierung könne bei der gegebenen Gliederung der Wirthschaft die ganze Produktion „regeln" und in einem halben Jahre das aus der Waarenproduktion erwachsene und mit ihr eng verbundene kapitalistische System bis auf Stumpf und Stiel ausrotten. Man sieht, was für politische Kinder der Gewaltkoller selbst aus sonst unterrichteten Leuten machen kann.

ihrer Position beraubt sind, sehr bald sich der Verschiedenartigkeit ihrer Bedürfnisse und Interessen bewußt werden würden.

Ich habe bei einer früheren Gelegenheit die Bemerkung gemacht, daß die moderne Lohnarbeiterschaft nicht die gleichgeartete, in Bezug auf Eigenthum, Familie 2c. gleich ungebundene Masse sei, die das Kommunistische Manifest voraussieht, daß sich gerade in den vorgeschrittensten Fabrikindustrien eine ganze Hierarchie differenzirter Arbeiter finde, zwischen deren Gruppen nur ein mäßiges Solidaritätsgefühl bestehe. In dieser Bemerkung sieht H. Cunow in dem schon beregten Artikel (s. Note auf S. 85) eine Bestätigung dafür, daß ich, auch wo ich allgemein spreche, speziell englische Verhältnisse im Auge habe. In Deutschland und den übrigen festländischen Kulturländern herrsche keine solche Abtrennung der besser gestellten Arbeiter von der revolutionären Bewegung wie in England. Im Gegensatz zu England stünden die bestbezahlten Arbeiter an der Spitze des Klassenkampfes. Der englische Kastengeist sei nicht eine Folge der heutigen sozialen Differenzirung, sondern eine Nachwirkung des früheren Zunft- und Gildenwesens und der an dessen Formen sich anlehnenden älteren Gewerkschaftsbewegung.

Wieder muß ich Cunow antworten, daß was er mir da sagt, mir in keiner Weise neu ist, und zwar weder neu, soweit es richtig, noch neu (das heißt nicht auch seinerzeit von mir geglaubt), soweit es unrichtig ist. Unrichtig z. B. ist das zum Schluß Gesagte. Die Theorie, welche die englischen Gewerkschaften mit den Zünften in Verbindung bringt, beruht auf sehr schwachem Fundament. Sie übersieht, daß die Zünfte in England, außer in London, schon mit der Reformation expropriirt wurden, und gerade in London hat es die Gewerkschaftsbewegung nie zu besonderer Kraft bringen wollen, woran freilich die dort noch immer existirenden Gilden sehr unschuldig sind. Wenn der englischen Gewerkschaftsbewegung ein gewisser zünftlerischer Zug innewohnt, so ist er weit weniger eine Erbschaft vom alten Zunftwesen, das ja in Deutschland viel länger bestand als in England, als vor Allem ein Produkt der angelsächsischen *Freiheit* — der Thatsache, daß der englische Arbeiter niemals, selbst nicht zur Zeit der Koalitionsverbote, unter der Fuchtel des Polizeistaats gestanden hat. In der Freiheit entwickelt sich der Sinn der Besonderheit oder, um einmal mit Stirner zu sprechen, der *Eigenheit*. Er schließt die Anerkennung des Andersgearteten und des Allgemeininteresses nicht aus, aber er wird leicht zur Ursache einer gewissen Eckigkeit, die selbst da als hart und engherzig erscheint, wo sie nur in der Form einseitig auftritt. Ich will den deutschen Arbeitern gewiß nicht zu nahe treten, und weiß den Idealismus, der z. B. gerade die Hamburger Arbeiter Jahrzehnte hindurch zu Leistungen für die allgemeine Sache des proletarischen Befreiungskampfes bewog, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung ihres Gleichen nicht haben, vollauf zu

würdigen. Aber soweit ich die deutsche Arbeiterbewegung kenne und zu verfolgen Gelegenheit habe, machen sich die Rückwirkungen der geschilderten gewerblichen Differenzirung auch in ihr geltend. Spezielle Umstände, wie das Ueberwiegen der politischen Bewegung, die künstliche Niederhaltung der Gewerkschaften und die Thatsache, daß überhaupt die Unterschiede in Lohnhöhe und Arbeitszeit im Allgemeinen in Deutschland geringer sind als in England, verhindern, daß sie sich besonders auffallend äußern. Wer aber die Organe der deutschen Gewerkschaftsbewegung aufmerksam verfolgt, der wird auf genug Thatsachen stoßen, die das von mir Gesagte bestätigen. Ich versage es mir, Beispiele namhaft zu machen, obwohl mir deren genug, und darunter noch solche aus meiner Thätigkeit in Deutschland her, bekannt sind. Darum nur noch Folgendes hierüber.

Die Gewerkschaften schaffen jene Erscheinung nicht, sie bringen sie nur als unvermeidliches Resultat thatsächlicher Unterschiede zum Ausdruck. Es kann gar nicht anders sein, als daß wesentliche Unterschiede in Beschäftigungsweise und Einkommenshöhe schließlich auch andere Lebensführung und Lebensansprüche erzeugen. Der Feinmechaniker und der Kohlenzieher, der gelernte Stubenmaler und der Lastträger, der Bildhauer oder Modelleur und der Maschinenheizer führen in der Regel ein sehr verschiedenartiges Leben und haben sehr verschiedenartige Bedürfnisse. Wo der Kampf um ihre Lebenshaltung zu keinen Kollisionen zwischen ihnen führt, kann jedoch die Thatsache, daß sie allesammt Lohnarbeiter sind, diese Unterschiede aus der Vorstellung verwischen, und das Bewußtsein, daß sie dem Kapital gegenüber einen gleichartigen Kampf führen, eine lebhafte gegenseitige Sympathie erzeugen. An solcher Sympathie fehlt es auch in England nicht, die aristokratischsten der aristokratischen Gewerkschaftler haben sie oft genug schlechter situirten Arbeitern gegenüber bekundet, wie ja viele von ihnen in der Politik, wenn nicht Sozialisten, so doch gute Demokraten sind.[1] Aber zwischen solcher politischen oder sozialpolitischen Sympathie und ökonomischer Solidarität ist noch ein großer Unterschied, den starker politischer und ökonomischer Druck neutralisiren mag, der aber in dem Maße, als dieser Druck hinwegfällt, sich schließlich immer wieder in der einen oder anderen Weise bemerkbar machen wird. Es ist ein großer Irrthum anzunehmen, daß England hier prinzipiell eine Ausnahme macht. In anderer Form zeigt sich heute in Frankreich dieselbe Erscheinung. Aehnlich in der Schweiz, den Vereinigten Staaten, und, wie gesagt, bis zu einem gewissen Grade auch in Deutschland.

[1] In der sozialistischen Bewegung Englands stellen genau wie anderwärts die besser bezahlten, bezw. die gelernten, geistig höher stehenden Arbeiter die Kerntruppen. Man wird in den Mitgliederversammlungen der sozialistischen Vereine nur sehr wenig sogenannte unqualifizirte Arbeiter vorfinden.

Nehmen wir aber an, daß in der industriellen Arbeiterschaft diese Differenzirung nicht bestände oder keinerlei Wirkung auf die Denkweise der betreffenden Arbeiter ausübte, so sind die industriellen Arbeiter doch überall die Minderheit der Bevölkerung. In Deutschland mit Hausindustriellen zusammen etwa sieben Millionen von neunzehn Millionen Selbstthätigen. Wir haben dann noch das technische ꝛc. Beamtenthum, die Handelsangestellten, die Landarbeiter.

Hier ist überall die Differenzirung noch ausgeprägter, wovon nichts deutlicher Zeugniß ablegt als die Leidensgeschichte der Bewegungen zur Organisirung dieser Berufskategorien in gewerkschaftliche Interessenvereine. Ueberhaupt ist nichts irreführender als auf Grund einer gewissen formellen Aehnlichkeit der Situation auf eine wirkliche Gleichartigkeit des Verhaltens zu folgern. Der kaufmännische Beamte steht formell seinem Chef gegenüber in ähnlicher Lage wie der industrielle Lohnarbeiter seinem Arbeitsherrn, und doch wird er sich — ein Theil des unteren Personals der größeren Geschäfte ausgenommen — ihm sozial sehr viel näher fühlen als dieser dem seinen, trotzdem der Abstand des Einkommens oft sehr viel größer ist. Auf dem Lande ist wiederum auf den kleineren Gütern die Lebensweise und Arbeit von Bauer und Knecht viel zu gleichartig, auf der Masse der Mittelgüter die Arbeitsgliederung beziehungsweise Differenzirung zu groß und das Personal im Verhältniß zu klein, um einem Klassenkampf im Sinne des Kampfes der städtischen Arbeiter Spielraum zu geben. Von einem entwickelten Solidaritätsgefühl zwischen Großknecht, Tagelöhner und Kuhjunge wird da wenig zu finden sein. Bleiben höchstens die großen Güter, die aber, wie wir gesehen haben, überall nur eine Minderheit der landwirthschaftlichen Betriebe ausmachen, und auf denen obendrein auch noch genug prinzipielle Unterschiede im Arbeitsverhältniß der verschiedenen Gruppen des Personals zum Unternehmer anzutreffen sind. Es geht ganz und gar nicht an, die 5,6 Millionen Angestellter in der Landwirthschaft, welche die deutsche Berufsstatistik nach Abzug des höheren Hilfspersonals — Oekonomen ꝛc. — verzeichnet, in Bezug auf soziale Bestrebungen der gewerblichen Arbeiterschaft gleichzusetzen. Nur bei einem ganz verschwindenden Theil kann man ernsthafte Geneigtheit und Verständniß für deren, über bloße Verbesserung der Arbeitsbedingungen hinausgehende Bestrebungen voraussetzen, beziehungsweise erwarten. Der bei Weitem übergroßen Masse von ihnen kann die Vergesellschaftung der landwirthschaftlichen Produktion nicht viel mehr sein als ein leeres Wort. Ihr Ideal ist vorläufig noch, es zu eigenem Landbesitz zu bringen.

Indessen ist auch der Drang der industriellen Arbeiterschaft zur sozialistischen Produktion noch zum großen Theil mehr eine Sache der Annahme als der Gewißheit. Aus dem Wachsthum der sozialistischen Stimmenzahl bei öffentlichen Wahlen läßt sich wohl auch eine stetige Zunahme der Anhänger=

schaft der sozialistischen Bestrebungen folgern, aber Niemand wird behaupten wollen, daß alle für Sozialisten abgegebene Stimmen von Sozialisten herrühren. Und selbst wenn wir die nichtsozialistischen und nichtproletarischen Wähler, die für Sozialdemokraten stimmten, als Ausgleich für diejenigen erwachsenen sozialistischen Arbeiter nehmen, die noch nicht das Stimmrecht hatten, so stehen doch in Deutschland, wo die Sozialdemokratie stärker ist als in irgend einem anderen Lande, gegen 4,5 Millionen erwachsener Arbeiter in der Industrie, denen noch eine halbe Million erwachsener männlicher Angestellter in Handel und Verkehr hinzuzurechnen wären, erst 2,1 Millionen sozialistischer Wähler. Mehr als die Hälfte der gewerblichen Arbeiterschaft Deutschlands steht zur Zeit der Sozialdemokratie noch theils gleichgiltig und verständnißlos, theils aber sogar gegnerisch gegenüber.

Bei alledem ist die sozialistische Wahlstimme zunächst mehr der Ausdruck eines unbestimmten Verlangens, als einer bestimmten Absicht. An der positiven Arbeit für die sozialistische Emanzipation nimmt ein sehr viel geringerer Prozentsatz der Arbeiterschaft Theil. Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ist in erfreulicher Aufwärtsbewegung. Aber doch zählte sie Ende 1897 erst rund 420 000 organisirte Arbeiter in Berufen, deren Arbeiterschaft sich auf 6 165 735 Köpfe beläuft. (Vergl. „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" vom 1. und 8. August 1898.) Rechnet man zu ihnen noch die rund 80 000 Mitglieder der Hirsch'schen Gewerkvereine, so kommt immer erst in den betreffenden Berufen ein Verhältniß von 1 organisirten auf je 11 unorganisirte Arbeiter heraus.[1] Die Zahl der politisch organisirten Arbeiter Deutschlands wird, nach Abzug derjenigen, die zugleich Mitglieder von Gewerkschaften sind, mit 200 000 schwerlich zu niedrig gegriffen sein, und wenn wir die gleiche Zahl für solche Arbeiter annehmen, die nur durch außer ihrem Willen liegende Faktoren abgehalten wurden, sich irgendwie aktiv am politischen oder gewerkschaftlichen Kampfe zu betheiligen, so erhalten wir insgesammt gegen 900 000 Arbeiter, die ein größeres, lebendiges Interesse an ihrer Emanzipation durch die That bekunden. Sie stellen 40 Prozent der Wählerschaft der Sozialdemokratie dar. Von den $5^1/_2$ Millionen Stimmen, die für nichtsozialistische Kandidaten abgegeben wurden, kann man aber heute gut ein Viertel bis ein Drittel auf bewußte — klassenbewußte Gegner der Sozialdemokratie rechnen, was nahezu die doppelte Kopfzahl ergiebt.

[1] Immerhin waren schon in fünf Berufen mehr als ein Drittel der Arbeiter organisirt, nämlich: Buchdrucker 61,8, Bildhauer 55,5, Hafenarbeiter 38, Kupferschmiede 33,6, Handschuhmacher 31,7 Prozent der Beschäftigten. Ihnen folgten die Lithographen mit 21,8 und die Porzellanarbeiter mit 21 Prozent der Beschäftigten.

Ich bin mir der sehr relativen Beweiskraft solcher Aufstellungen wie die vorstehende durchaus bewußt, bei der ja z. B. das wichtige Moment der örtlichen Vertheilung und sozialpolitischen Bedeutung der Gruppen ganz unberücksichtigt geblieben ist. Es handelt sich aber auch nur um Gewinnung eines annähernd zulässigen Maßstabes für die Schätzung des Massenverhältnisses derjenigen Elemente, bei denen die von der Theorie angenommene Disposition für den Sozialismus mehr wie blos gelegentliche unbestimmte Kundgebungen zu zeitigen vermocht hat. Was soll man z. B. zu der nach ganz äußerlichen Merkmalen aufgestellten Tabelle der sozialen Streitkräfte sagen, die Parvus im siebenten seiner Artikel gegen mich ausspielen zu können glaubte? Als ob das große numerische Uebergewicht der Besitzlosen über die Besitzenden, das er dort aufmarschiren läßt, irgend Jemand unbekannt und überhaupt eine geschichtlich neue Thatsache wäre. Und doch haben sich sozialistische Blätter gefunden, die aus der Gegenüberstellung der von Parvus berechneten fünfzehnmillionenköpfigen „Armee des Proletariats" gegen eine nur 1,6 Millionen zählende „Armee des Kapitals" (neben 3 Millionen „vom Kapital ruinirter", aber noch nicht ins Proletariat gesunkener Kleinbauern und Handwerker und 820 000 relativ vom Kapital unabhängiger Existenzen) die Nähe der sozialen Revolution folgerten. Die wirklich asiatische Gemüthsruhe, mit der Parvus die 5,6 Millionen in der Landwirthschaft thätigen Angestellten der Berufsstatistik der „Armee des Proletariats" einreiht, wird nur noch durch die Unerschrockenheit übertroffen, die ihn zwei Millionen „Handelsproletarier" ermitteln läßt.[1] Selbst angenommen, daß alle diese Elemente eine Revolution, welche die Sozialisten ans Ruder brächte, mit Jubel begrüßen würden, wäre damit für das Hauptproblem, das zu lösen ist, noch blutwenig erreicht.

Von einer sofortigen Uebernahme der gesammten Herstellung und Zustellung der Produkte durch den Staat kann, darüber dürfte nun wohl kein Streit bestehen, ganz und gar nicht die Rede sein. Der Staat könnte nicht einmal

---

[1] Die Zahlen der Berufsstatistik für Handel und Verkehr sind:

Selbständige und Geschäftsleiter	843 556
Kaufmännisches Personal	261 907
Kommis, Hausdiener, Kutscher, mitthätige Familienmitglieder	1 233 045
Insgesammt	2 338 508

Uebrigens hat die Parvussche Tabelle ihren Vorgänger gehabt. In der Höchbergschen „Zukunft" rechnete 1877 Herr C. A. Schramm auf Grund der gerade bekannt gegebenen Ergebnisse der Preußischen Berufsstatistik von 1876 ein „sozialistisches Kontingent" von 85 Prozent der Bevölkerung für Preußen heraus, 4,6 Millionen mögliche Anhänger des Sozialismus gegen 992 000 Klassengegner („Zukunft", S. 186 ff.). Nur zog Schramm nicht die kühne Moral aus den Zahlen wie Parvus.

die Masse der Mittel- und Großbetriebe übernehmen. Aber auch die Gemeinden, als Mittelglieder, könnten wenig aushelfen. Sie könnten allenfalls diejenigen Geschäfte kommunalisiren, die am Ort für den Ort produziren oder Dienste leisten, und sie würden damit schon recht hübsch zu thun bekommen. Aber bildet man sich ein, daß diejenigen Unternehmungen, die bisher für den großen Markt arbeiteten, plötzlich so insgesammt kommunalisirt werden könnten?

Nehmen wir nur eine mittelgroße Industriestadt, sage Augsburg, Barmen, Dortmund, Hanau, Mannheim ꝛc., so wird wohl kein Mensch so thöricht sein anzunehmen, die dortigen Kommunen könnten in einer politischen Krisis oder auch zu sonstiger Zeit alle die verschiedenartigen Fabriks- und Handelsgeschäfte jener Plätze in Eigenbetrieb übernehmen und mit Erfolg leiten. Sie würden sie entweder in den Händen der bisherigen Inhaber belassen oder aber, wenn sie diese unbedingt expropriiren wollen, die Geschäfte an Arbeitergenossenschaften zu irgend welchen Pachtbedingungen übergeben müssen.

So löst sich die Frage in allen derartigen Fällen praktisch in die Frage der ökonomischen Potenz der Genossenschaften auf.

---

b) Die Leistungsfähigkeit der Wirthschaftsgenossenschaften.

Die Frage der Leistungsfähigkeit der Genossenschaften ist in der marxistischen Literatur bisher nur sehr flüchtig behandelt worden. Sieht man von der Literatur der sechziger Jahre und einigen Aufsätzen Kautskys ab, so wird man außer sehr allgemeinen, zumeist negativen Aeußerungen wenig über das Genossenschaftswesen darin finden.

Die Gründe für diese Vernachlässigung sind nicht weit zu suchen.

Zunächst ist die marxistische Praxis vorwiegend politisch, auf die Eroberung der politischen Macht gerichtet, und legt daneben fast nur noch der gewerkschaftlichen Bewegung, als einer direkten Form des Klassenkampfes der Arbeiter, prinzipielle Bedeutung bei. Hinsichtlich der Genossenschaft aber drängte sich Marx im Anfang die Ueberzeugung auf, daß sie im Kleinen unfruchtbar sei und höchstens einen, obendrein sehr begrenzten experimentellen Werth habe. Nur mit den Mitteln der Gesammtheit lasse sich etwas anfangen. In diesem Sinne äußert sich Marx im „18. Brumaire“ von den Arbeiterassoziationen.[1] Später modifizirte er sein Urtheil über die Genossenschaften etwas, wofür u. A. die dem Genfer und Lausanner Kongreß der Internationale vom General-

[1] „Zum Theil wirft es [das Proletariat] sich auf doktrinäre Experimente, Tauschbanken und Arbeiterassoziationen, also in eine Bewegung, worin es darauf verzichtet, die alte Welt mit ihren eigenen großen Gesammtmitteln umzuwälzen.“ („Der 18. Brumaire“, 1. Aufl., S. 8.)

rath vorgelegten Resolutionen über das Genossenschaftswesen Zeugniß ablegen, sowie die wahrscheinlich von Marx herrührende, jedenfalls aber von ihm gebilligte Stelle in G. Eccarius' „Eines Arbeiters Widerlegung", wo den Genossenschaften als Vorläufern der Zukunft dieselbe Bedeutung beigelegt wird, wie sie die Zünfte in Rom und im frühen Mittelalter gehabt hätten, und ferner die schon früher (S. 73) berührte Stelle im dritten Band des „Kapital", die, um dieselbe Zeit wie jene Resolutionen und die Eccariussche Schrift niedergeschrieben, die Bedeutung der Genossenschaften als Uebergangsformen zur sozialistischen Produktion hervorhebt. Der Brief über den Gothaer Programmentwurf aber (1875) lautet dann wieder sehr viel skeptischer hinsichtlich der Genossenschaften, und diese Skepsis beherrscht auch von der Mitte der siebziger Jahre ab die ganze marxistische sozialistische Literatur.

Theilweise kann dies als Wirkung der Reaktion gelten, die nach der Pariser Kommune einsetzte und der ganzen Arbeiterbewegung einen anderen, fast ausschließlich auf die Politik zugespitzten Charakter gab. Dann aber auch als Produkt der trüben Erfahrungen, die man allerwärts mit den Genossenschaften gemacht hatte. Die hochfliegenden Erwartungen, zu denen der Aufschwung der englischen Genossenschaftsbewegung Anlaß gegeben, waren nicht in Erfüllung gegangen. Für alle Sozialisten der sechziger Jahre war die Produktivgenossenschaft die eigentliche Genossenschaft gewesen, der Konsumverein wurde bestenfalls mit in den Kauf genommen. Aber es überwog die Meinung, der auch Engels in seinen Aufsätzen über die Wohnungsfrage Ausdruck giebt, daß Verallgemeinerung der Konsumvereine unbedingt Lohnreduktionen zur Folge haben würde („Wohnungsfrage", Neuauflage, S. 34/35). Die von Marx verfaßte Resolution des Genfer Kongresses sagte:

> „Wir empfehlen den Arbeitern, sich viel mehr auf Kooperativproduktion als auf Kooperativläden einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Wesens, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an. . . . Um zu verhindern, daß die Kooperativgesellschaften in gewöhnliche bürgerliche Kommanditgesellschaften entarten, sollten alle von ihnen beschäftigten Arbeiter, ob Aktionäre oder nicht, gleichen Antheil erhalten. Als ein blos zeitweiliges Mittel sei zugestanden, daß die Aktionäre einen mäßigen Zins erhalten."

Aber gerade die in den sechziger Jahren gegründeten Produktivgenossenschaften hatten fast überall fehlgeschlagen, sie hatten sich entweder ganz auflösen müssen oder waren zu kleinen Kompagniegeschäften zusammengeschmolzen, die, wenn sie nicht ganz in derselben Weise wie andere Geschäfte Arbeiter gegen Lohn beschäftigten, schwächlich dahinvegetirten. Die Konsumvereine aber waren oder erschienen wirklich zu bloßen Kramläden „verspießert". Kein Wunder, daß man in sozialistischen Kreisen immer mehr der Genossenschaftsbewegung

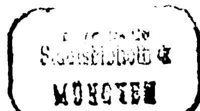
den Rücken kehrte. In Deutschland, wo ohnehin der Gegensatz zwischen Lassalle und Schulze-Delitzsch noch die Gemüther erfüllte, war die Reaktion am stärksten. Die starke Hinneigung zum outrirten Staatssozialismus, die sich Mitte der siebziger Jahre bei einem großen Theile der deutschen Sozialdemokratie (keineswegs nur der Lassalleaner) verfolgen läßt, und die manchmal seltsam mit dem politischen Radikalismus der Partei kontrastirte, war in hohem Grade den trüben Erfahrungen geschuldet, die man mit den Genossenschaften gemacht hatte. Bankerotte selbsthilflerischer Genossenschaften wurden jetzt nur noch mit Triumph zur Kenntniß genommen. Im Gothaer Programm, und zwar schon im Entwurf, ward der Forderung der Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe eine impossibilistische Form gegeben. Die Kritik, die Marx im Briefe über das Programm an dem betreffenden Paragraphen übte, traf in dieser Hinsicht mehr die Ausdrucksweise als den Gedankengang, der ihm zu Grunde lag. Marx wußte nicht, daß gerade der „Berliner Marat" — Hasselmann — den er hauptsächlich für den Paragraphen verantwortlich machte, durch und durch Blanquist war. Auch Hasselmann würde, gerade wie Marx, die Arbeiter des von Buchez protegirten „Atelier" als Reaktionäre bezeichnet haben.

Für den Umstand, daß es bei Marx an einer tiefergreifenden Kritik der Genossenschaft fehlt, sind zwei Umstände verantwortlich. Erstens waren, als er schrieb, nicht hinreichend Erfahrungen mit den verschiedenen Formen der Genossenschaften gemacht, daß sich auf Grund dieser ein Urtheil hätte formuliren lassen. Lediglich die, einer noch früheren Periode angehörenden Austauschbazars hatten sich als völlig verfehlt erwiesen. Zweitens aber stand Marx den Genossenschaften überhaupt nicht mit derjenigen theoretischen Unbefangenheit gegenüber, die seinem theoretischen Scharfblick erlaubt hätte, weiter zu blicken als der Durchschnittssozialist, der sich mit solchen Merkmalen wie Arbeiter- und Kleinmeistergenossenschaften begnügte. Hier stand seiner großen Kraft der Analyse die schon ausgebildete Doktrin oder, wenn ich mich so ausdrücken darf, die Formel der Expropriation im Wege. Die Genossenschaft war ihm nur in derjenigen Form sympathisch, wo sie den direktesten Gegensatz gegen das kapitalistische Unternehmen darstellte. Daher die Empfehlung an die Arbeiter, sich auf Produktivgenossenschaften zu verlegen, weil diese das bestehende ökonomische System „in seinen Grundfesten angreifen". Das ist ganz im Sinne der Dialektik und entspricht formell durchaus der Gesellschaftstheorie, die von der Produktion als dem in letzter Instanz bestimmenden Faktor der Gesellschaftsform ausgeht. Es entspricht anscheinend auch der Auffassung, die in dem Gegensatz zwischen der schon vergesellschafteten Arbeit und der privaten Aneignung den fundamentalen, zur Lösung drängenden Widerspruch in der modernen Produktionsweise erblickt. Die Produktivgenossenschaft

erscheint als praktische Lösung dieses Gegensatzes im Rahmen des Einzelunternehmens. In diesem Sinne meinte Marx von ihr, das heißt derjenigen Genossenschaft, wo die „Arbeiter als Assoziation ihr eigener Kapitalist sind“ (Band III, S. 427), daß wenn sie auch alle Mängel des heutigen Systems nothwendiger Weise reproduzire, doch der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit in ihr „positiv“ aufgehoben sei und daß sie so den Beweis von der Ueberflüssigkeit des kapitalistischen Unternehmers erbracht habe. Jedoch hat seitdem die Erfahrung gelehrt, daß gerade die derart konstituirte industrielle Produktivgenossenschaft nicht im Stande war und ist, diesen Beweis zu liefern, daß sie die allerunglücklichste Form genossenschaftlicher Arbeit ist, und daß Proudhon sachlich durchaus im Rechte war, wenn er mit Bezug auf sie Louis Blanc gegenüber behauptete, die Assoziation sei „keine ökonomische Kraft“.[1]

Die sozialdemokratische Kritik suchte bisher die Gründe des ökonomischen Mißlingens der reinen Produktivgenossenschaften lediglich in deren Mangel an Kapital, Kredit und Absatz und erklärte das Verkommen der nicht ökonomisch gescheiterten Genossenschaften aus dem korrumpirenden Einfluß der sie umgebenden kapitalistischen beziehungsweise individualistischen Welt. All das ist auch, soweit es geht, zutreffend. Aber es erschöpft die Frage nicht. Von einer ganzen Reihe von finanziell gescheiterten Produktivgenossenschaften steht es fest, daß sie genügend Betriebsmittel hatten und keine größeren Absatzschwierigkeiten wie der Durchschnittsunternehmer. Wäre die Produktivassoziation der geschilderten Art wirklich eine der kapitalistischen Unternehmung überlegene oder auch nur ebenbürtige ökonomische Kraft, dann hätte sie sich mindestens in demselben Verhältniß halten und aufschwingen müssen wie die vielen, mit den bescheidensten Mitteln begonnenen Privatunternehmungen, und hätte sie dem moralischen Einfluß der umgebenden kapitalistischen Welt nicht so kläglich erliegen dürfen, wie sie es immer und immer wieder gethan. Die Geschichte der nicht finanziell gescheiterten Produktivgenossenschaften spricht fast noch lauter gegen diese Form der „republikanischen Fabrik“ wie die der verkrachten. Denn sie besagt, daß für die Ersteren die Fortentwicklung überall Exklusivität und Privilegium heißt. Weit entfernt, die Grundfesten des heutigen ökonomischen Wesens anzugreifen, haben sie vielmehr nur Beweise für seine relative Stärke geliefert.

[1] Wenn Proudhon bald als entschiedener Gegner und bald als Befürworter der Assoziation auftrat, so erklärt sich dieser Widerspruch dadurch, daß er das eine Mal eine ganz andere Form der Assoziation im Auge hatte wie das andere. Er bestritt der wesentlich monopolistischen Genossenschaft, was er der mutualistischen Genossenschaft, das heißt der Assoziation im Gegenseitigkeitssystem zuerkannte. Seine Kritik ist indeß mehr intuitiv als wissenschaftlich und voller Uebertreibungen.



Umgekehrt hat der Konsumverein, auf den die Sozialisten der sechziger Jahre so geringschätzig blickten, im Laufe der Zeit sich wirklich als eine ökonomische Potenz erwiesen, als ein leistungs- und in hohem Grade entwicklungsfähiger Organismus. Gegenüber den kümmerlichen Zahlen, welche die Statistik der reinen Produktivgenossenschaften aufzeigt, nehmen sich die Zahlen der Arbeiterkonsumgenossenschaften wie der Haushalt eines Weltreichs im Verhältniß zu dem eines Landstädtchens aus. Und die von Konsumgenossenschaften errichteten und für Rechnung solcher geleiteten Werkstätten produziren schon jetzt mehr als das Hundertfache der Gütermenge, welche von reinen oder annähernd reinen Produktivgenossenschaften hergestellt wird.[1]

Die tieferen Gründe für das ökonomische wie moralische Scheitern der reinen Produktivgenossenschaften sind von Frau Beatrice Webb in der noch unter ihrem Mädchennamen — Potter — veröffentlichten Arbeit über das britische Genossenschaftswesen trefflich dargelegt worden, wenn sich auch vielleicht hier und da einige Uebertreibungen einstellen. Für Frau Webb ist, wie für die große Mehrheit der englischen Genossenschafter, die von den beschäftigten Arbeitern selbst geeignete Genossenschaft nicht sozialistisch oder demokratisch, sondern „individualistisch“. Man kann an dem Gebrauch des Wortes Anstoß nehmen, der Gedankengang aber ist ganz richtig. Diese Ge-

[1] Die Zahlen für letztere Art Produktivgenossenschaften sind ungeheuer schwer zu ermitteln, da die amtlichen Statistiken der genossenschaftlichen Produktion nicht zwischen ihnen und den sehr viel zahlreicheren und größeren Arbeiter-Aktiengesellschaften für Produktionszwecke unterscheiden. Nach den Ausweisen des britischen Handelsamts war im Jahre 1897 der Werth der Jahresproduktion derjenigen Genossenschaften, die dem Amte Bericht erstatteten, in Mark:

Von Konsumgenossenschaften in eigenen Werkstätten . .	122 014 600
Von Müllereigenossenschaften	25 288 040
Von irischen Molkereien	7 164 940
Von Arbeitergenossenschaften für Produktionszwecke . .	32 518 800

Die Müllereigenossenschaften, neun an der Zahl, hatten 6373 Mitglieder und beschäftigten 1895/96 (die betreffenden Angaben für 1897 liegen mir noch nicht vor) 404 Personen, die irischen Molkereien und die Arbeitergenossenschaften für Produktionszwecke, zusammen 214 Vereine, hatten 32 133 Aktionäre und beschäftigten 1895/96 7635 Personen. Wir greifen sehr hoch, wenn wir annehmen, daß etwa der zwanzigste Theil der Arbeitergenossenschaften als solche bezeichnet werden können, wo die beschäftigten Arbeiter als Assoziation ihre eigenen Kapitalisten sind.

Dagegen hatten die registrirten britischen Arbeiterkonsumgenossenschaften im Jahre 1897:

Mitglieder		1 468 955
Kapitalvermögen	Mark	408 174 860
Absatz	„	1 132 649 000
Gewinn	„	128 048 560

nossenschaft ist in der That nicht sozialistisch, wie das übrigens auch Rodbertus schon dargelegt hat. Sie ist gerade da, wo die Arbeiter die ausschließlichen Eigenthümer sind, in ihrer Verfassung ein lebendiger Widerspruch in sich selbst. Sie unterstellt Gleichheit in der Werkstatt, volle Demokratie, Republik. Sobald sie aber eine gewisse Größe erlangt hat, die verhältnißmäßig noch sehr bescheiden sein kann, versagt die Gleichheit, weil Differenzirung der Funktionen und damit Unterordnung nothwendig wird. Wird die Gleichheit aufgegeben, dann wird der Eckstein des Gebäudes entfernt und die anderen Steine folgen mit der Zeit nach, Zersetzung und Umformung in gewöhnliche Geschäftsbetriebe tritt ein. Wird aber an ihr festgehalten, dann wird die Möglichkeit der Ausdehnung abgeschnitten, es bleibt bei der Zwergform. Das ist die Alternative aller reinen Produktivgenossenschaften, in diesem Konflikt sind sie alle entweder zerschellt oder verkümmert. Weit entfernt, eine der modernen Großproduktion entsprechende Form der Beseitigung des Kapitalisten aus dem Betrieb zu sein, sind sie vielmehr eine Rückkehr zu vorkapitalistischer Produktion. Das ist so sehr der Fall, daß die wenigen Fälle, wo sie relativen Erfolg hatten, auf handwerksmäßige Betriebe entfallen, die Mehrzahl davon nicht auf England, wo der Geist der Großindustrie bei den Arbeitern dominirt, sondern auf das stark „kleinbürgerliche" Frankreich. Völkerpsychologen lieben es, England als das Land hinzustellen, wo das Volk die Gleichheit in der Freiheit, Frankreich als dasjenige, wo es die Freiheit in der Gleichheit sucht. Die Geschichte der französischen Produktivgenossenschaften weist in der That viele Blätter auf, wo der Erhaltung der formalen Gleichheit in rührender Hingabe die größten Opfer gebracht wurden. Aber sie weist keine einzige reine Produktivgenossenschaft der modernen Großindustrie auf, obwohl die Letztere in Frankreich immerhin verbreitet genug ist.

Das Verdienst, die Untersuchung der Frau Potter-Webb wesentlich erweitert und vertieft zu haben, hat sich Dr. Franz Oppenheimer in seinem Buch „Die Siedlungsgenossenschaft" (Leipzig, Duncker & Humblot) erworben. Er liefert dort in den ersten Kapiteln in sehr übersichtlicher Zusammenstellung eine Analyse der verschiedenen Formen der Genossenschaft, die in einzelnen Partien an kritischer Schärfe kaum übertroffen werden kann. Oppenheimer führt in die Klassifikation der Genossenschaften die prinzipielle Unterscheidung zwischen Käufer- und Verkäufergenossenschaften ein, deren Tragweite er in einzelnen Punkten unseres Erachtens etwas überschätzt, die aber im Ganzen als sehr fruchtbar bezeichnet werden muß, und auf Grund deren erst eine wahrhaft wissenschaftliche Erklärung des finanziellen wie des moralischen Scheiterns der reinen Produktivgenossenschaften möglich wird, — eine Erklärung, bei der persönliches Verschulden, Mangel an Kapital 2c. nun erst vollständig in die zweite Linie rücken, als Zufälligkeiten, die den einzelnen

Fall, aber nicht die Regel erklären. Nur in dem Maße, als die Genossenschaft wesentlich Käufergenossenschaft ist, machen ihr allgemeiner Zweck und eigenes Interesse gleichmäßig ihre Ausdehnung wünschbar. Je mehr aber eine Genossenschaft Verkäufergenossenschaft ist, und je mehr sie Verkäufergenossenschaft selbstgefertigter Industrieprodukte ist (bei der bäuerlichen Genossenschaft modifizire sich die Sache), um so größer werde bei ihr der innere Widerstreit. Mit ihrem Wachsthum wachsen ihre Schwierigkeiten. Das Risiko wird größer, der Kampf um den Absatz immer schwieriger, die Kreditbeschaffung desgleichen, und ebenso der Kampf um die Profitrate, beziehungsweise den Antheil der Einzelnen an der allgemeinen Profitmasse. Sie wird daher immer wieder zur Ausschließlichkeit genöthigt. Ihr Interesse am Profit ist nicht nur dem der Käufer, sondern auch dem aller übrigen Verkäufer entgegengesetzt. Die Käufergenossenschaft dagegen gewinnt prinzipiell mit dem Wachsthum, ihr Interesse hinsichtlich des Profits ist, wenn dem der Verkäufer entgegengesetzt, so mit dem aller übrigen Käufer übereinstimmend: sie strebt nach Herabdrückung der Profitrate, nach Verbilligung der Produkte, ein allen Käufern als solchen, wie der Gesellschaft überhaupt gleiches Bestreben.

Aus dieser Verschiedenheit der ökonomischen Natur beider Arten von Genossenschaften erwächst der von Frau Potter-Webb klargelegte Unterschied in ihrer Verwaltung: der wesentlich demokratische Charakter aller echten Käufergenossenschaften und der zur Oligarchie strebende Charakter aller reinen Verkäufergenossenschaften. Es muß hierbei bemerkt werden, daß der Konsumverein, der nur an eine beschränkte Anzahl von Aktionären Dividende vertheilt, von Oppenheimer mit folgerichtiger Unterscheidung den Verkäufergenossenschaften zugewiesen wird. Nur der Konsumverein, der allen Käufern nach gleichem Verhältniß Antheil am Gewinn zuerkennt, ist eine echte Käufergenossenschaft.[1]

[1] Oppenheimer hält die Unterscheidung „Käufer-“ und „Verkäufergenossenschaft“ schon deshalb für besser wie die bisher übliche von Produktions- und Distributionsgenossenschaft, weil die letztere überhaupt von einer unrichtigen Begriffsbestimmung ausgehe. Es sei ganz falsch, das zu Markte- bezw. zum Käufer Bringen eines Gegenstandes als einen nichtproduktiven Akt zu bezeichnen; dies sei so gut ein „producere“ (Hervorbringen), wie die Herstellung eines Gegenstandes (Fabrikat) aus einem anderen (Rohstoff). Distribution aber bedeute einfach Vertheilung, und daß man dieses Wort auch für jene andere Funktion gebrauche, sei die Ursache der ärgsten Begriffsverwirrung.

Das Letztere ist auch unsere Meinung, und der Gebrauch verschiedener Ausdrücke für die so verschiedenen Funktionen der Zustellung und Vertheilung sicher sehr zu empfehlen. Dagegen würde die Zusammenfassung der Funktionen des Anfertigens und Zustellens unter ein und denselben Begriff „Produktion“ ihrerseits nur neue Verwirrung hervorrufen. Daß es in der Praxis Fälle giebt, wo sie sich kaum auseinander halten oder unterscheiden lassen, ist kein Grund,

Die Unterscheidung der Genossenschaften in solche von Käufern und Verkäufern ist für die Theorie des Genossenschaftswesens gerade im Hinblick auf ihren Zusammenhang mit der sozialistischen Lehre von Werth. Wer sich an den Ausdrücken „Kauf“ und „Verkauf“, als zu speziell auf die kapitalistische Waarenproduktion zugeschnitten, stößt, kann dafür die Begriffe Beschaffung und Veräußerung setzen, er wird dann nur um so klarer erkennen, wie viel größere Bedeutung das Erstere für die Gesellschaft hat, wie das Letztere. Die Beschaffung von Gütern ist das fundamentale, allgemeine Interesse. Mit Bezug auf sie sind alle ihre Mitglieder im Prinzip Genossen. Alle konsumiren, aber nicht alle produziren. Selbst die beste Produktivgenossenschaft wird, so lange sie nur Verkaufs- oder Veräußerungsgenossenschaft ist, immer in einem latenten Gegensatz zur Gesammtheit stehen, ein Sonderinteresse ihr gegenüber haben. Mit einer Produktivgenossenschaft, die irgend einen Zweig der Produktion oder des öffentlichen Dienstes auf eigene Rechnung betreibt, würde die Gesellschaft die gleichen Differenzpunkte haben wie mit einer kapitalistischen Unternehmung, und es kommt ganz auf die Umstände an, ob die Verständigung mit ihr eine leichtere wäre.

Um aber auf den Ausgangspunkt zurückzukommen, der uns zu dieser Abschweifung auf das Gebiet der Theorie der Genossenschaften geführt hat, so hat sich soviel gezeigt, daß die Voraussetzung, die moderne Fabrik erzeuge durch sich selbst eine größere Disposition für die genossenschaftliche Arbeit, als ganz irrig zu betrachten ist. Man greife, welche Geschichte des Genossenschaftswesens man will, heraus, und man wird überall finden, daß sich die selbstregierende genossenschaftliche Fabrik als unlösbares Problem herausgestellt hat, daß sie, wenn alles Uebrige passabel ging, am Mangel an Disziplin scheiterte. Es ist wie mit der Republik und den modernen zentralisirten Staatswesen. Je größer der Staat, um so schwieriger das Problem republikanischer Verwaltung. Und ebenso ist die Republik in der Werkstatt ein um so schwierigeres Problem, je größer und reicher gegliedert diese, bezw. das Unternehmen ist. Für außergewöhnliche Zwecke mag es angehen, daß Menschen ihre unmittelbaren Leiter selbst ernennen und das Recht der Absetzung haben. Aber für die Aufgaben, welche die Leitung eines Fabrikunternehmens mit sich bringt, wo Tag für Tag und Stunde für Stunde prosaische Bestimmungen zu treffen sind und immer Gelegenheit zu Reibereien gegeben ist, da geht es einfach nicht, daß der Leiter der Angestellte der Geleiteten, in seiner Stellung von ihrer Gunst und ihrer üblen Laune abhängig sein soll. Noch immer hat sich das auf die Dauer als unhaltbar erwiesen und zur Veränderung der

die Begriffe nicht zu trennen. Uebergänge kommen überall vor. Der bei Vielen hinter der Trennung lauernden Tendenz, nur die Fabrikationsarbeit als produktiv zu bezeichnen, kann man auf andere Weise begegnen.

Formen der genossenschaftlichen Fabrik geführt. Kurz, wenn die technologische Entwicklung der Fabrik auch die Körper für die kollektivistische Produktion geliefert hat, so hat sie die Seelen keineswegs in gleichem Maße dem genossenschaftlichen Betrieb näher geführt. Der Drang zur Uebernahme der Unternehmungen in genossenschaftlichen Betrieb mit entsprechender Verantwortung und Risiko steht im umgekehrten Verhältniß zu ihrer Größe. Die Schwierigkeiten aber wachsen mit ihr in steigender Proportion.

Man stelle sich die Sache nur einmal konkret vor und nehme irgend ein großes modernes Industrieunternehmen, eine große Maschinenbauanstalt, ein Elektrizitätswerk, eine große chemische Fabrik oder ein modernes kombinirtes Verlagsinstitut. Alle diese und ähnliche großindustriellen Unternehmen können wohl ganz gut für Genossenschaften, denen auch die Angestellten allesammt angehören mögen, betrieben werden, aber für den genossenschaftlichen Betrieb der Angestellten selbst sind sie absolut ungeeignet. Die Reibungen zwischen den verschiedenen Abtheilungen und den so verschieden gearteten Kategorien von Angestellten würden kein Ende nehmen. Dann würde sich aufs Klarste zeigen, was Cunow bestreitet, daß das Solidaritätsgefühl zwischen den verschiedenen, nach Bildungsgrad, Lebensweise ꝛc. unterschiedenen Berufsgruppen nur ein sehr mäßiges ist. Was man gewöhnlich unter genossenschaftlicher Arbeit versteht, ist nur mißverständliche Uebertragung der sehr einfachen Formen gemeinschaftlicher Arbeit, wie sie von Gruppen (Rotten, Arteli ꝛc.) indifferenzirter Arbeiter ausgeübt wird und im Grunde auch immer nur Gruppenakkordarbeit ist.[1]

Nur eine ganz nach äußerlichen Merkmalen urtheilende Betrachtungsweise kann daher annehmen, daß mit der Entfernung des oder der kapitalistischen Eigenthümer schon das Wichtigste für die Umwandlung der kapitalistischen Unternehmungen in lebensfähige sozialistische Gebilde geschehen sei. So einfach ist die Sache nun wirklich nicht. Diese Unternehmungen sind sehr zusammengesetzte Organismen, und die Entfernung des Zentrums, in dem alle anderen Organe zusammenlaufen, bedeutet für solche, wenn sie nicht von völliger Umgestaltung der Organisation begleitet ist, die alsbaldige Auflösung.

Was die Gesellschaft nicht selbst in die Hand nehmen kann, sei es durch den Staat oder die Gemeinden, das wird sie gerade in bewegten Zeiten sehr gut thun, qua Unternehmung vorerst hübsch sich selbst zu überlassen. Das anscheinend radikalere Vorgehen würde sich sehr bald als das zweckwidrigste herausstellen. Lebensfähige Genossenschaften lassen sich nicht aus

[1] „Die Sache war nicht leicht. Leute wie die Baumwollarbeiter reihen sich nicht leicht zu der gleichartigen Masse, welche für den erfolgreichen Betrieb einer Genossenschaft erfordert ist." (Abriß der Geschichte der Burnley Self Help Genossenschaft in „Cooperative Workshops in Great Britain", S. 20.)

der Erde stampfen bezw. per Kommando errichten, sie müssen heranwachsen. Wo aber der Boden für sie geebnet ist, wachsen sie auch heran.

Die britischen Genossenschaften haben heute schon die hundert Millionen Thaler und mehr (vergl. die Zahlen auf S. 98) als Vermögen im Besitz, die Lassalle als Staatskredit für die Durchführung seines Assoziationsplans als genügend erachtete. Im Verhältniß zum britischen Nationalvermögen ist das immer noch ein kleiner Bruchtheil, vielleicht, wenn man das im Ausland angelegte Kapital und doppelberechnetes Kapital abzieht, erst der vierhundertste Theil des Nationalkapitals. Aber es erschöpft bei Weitem nicht die Kapitalmacht der britischen Arbeiter. Und dann ist es in stetem Wachsthum. In den zehn Jahren von 1887 bis 1897 hat es sich nahezu verdoppelt, es ist stärker gewachsen wie die Mitgliederzahl. Diese stieg von 851 211 auf 1 468 955, das Vermögen von 11,5 Millionen auf 20,4 Millionen Pfund Sterling. Noch rascher nimmt neuerdings die Produktion der Genossenschaften zu. Ihr Werth belief sich im Jahre 1894 erst auf insgesammt 99 Millionen Mark und 1897 schon auf fast das Doppelte, nämlich 187 Millionen Mark. Davon kamen nahezu zwei Drittel auf Eigenproduktion von Einkaufsgenossenschaften, während sich das dritte Drittel auf allerhand Genossenschaften vertheilte, von denen ein großer Bruchtheil nur modifizirte Einkaufsgenossenschaften oder Produzenten für solche waren bezw. sind. Die Eigenproduktion der Konsum- bezw. Einkaufsgenossenschaften hat sich in den drei Jahren mehr als verdoppelt, sie stieg von 52 auf 122 Millionen im Werthe.

Das sind so erstaunliche Zahlen, daß wenn man sie liest, man sich unwillkürlich fragt, wo sind die Grenzen dieses Wachsthums? Enthusiasten des Genossenschaftswesens haben ausgerechnet, daß wenn die britischen Genossenschaften ihre Profite akkumulirten, statt sie auszuzahlen, sie nach Verlauf von etwa zwanzig Jahren in der Lage wären, den gesammten Grund und Boden des Landes mit allen Häusern und Fabriken anzukaufen. Das ist natürlich eine Rechnung nach der Art der wundervollen Zinseszinsrechnung mit dem berühmten, im Jahre Eins angelegten Pfennig. Sie vergißt, daß es so etwas wie Grundrente giebt und unterstellt eine Progression des Wachsthums, die eine physische Unmöglichkeit ist. Sie übersieht, daß die allerärmsten Klassen der Konsumgenossenschaft fast unzugänglich sind oder doch nur sehr allmälig für sie gewonnen werden können. Sie übersieht, daß auf dem Lande für den Konsumverein nur ein sehr bedingtes Wirkungsgebiet gegeben ist, daß er die Kosten des Zwischenhandels zwar verringern, aber nicht aufheben kann, so daß den Privatunternehmern immer wieder Möglichkeiten erwachsen, sich den veränderten Bedingungen anzupassen und eine Verlangsamung seines Wachsthums von einem gewissen Zeitpunkt ab eine fast mathematische Noth-

wendigkeit wird. Sie vergißt aber vor allen Dingen oder läßt außer Betracht, daß ohne Auszahlung der Dividenden der Konsumverein überhaupt stagniren würde, daß für weite Klassen der Bevölkerung gerade die Dividende, dieser von den Doktrinären des Genossenschaftswesens verwünschte Sündenapfel, den Hauptreiz des Konsumvereins bildet. Wenn es sehr übertrieben ist, was heute vielfach behauptet wird, nämlich daß die Dividende des Konsumvereins kein Maßstab der größeren Billigkeit seiner Waaren ist, daß der Einzelhandel die meisten Waaren im Durchschnitt ebenso billig liefert, wie der Konsumverein, und die Dividende so nur die Summirung von kleinen, unbemerkten Aufschlägen auf bestimmte Artikel darstellt, so ist es doch nicht ganz und gar unbegründet. Der Arbeiterkonsumverein ist ebenso sehr eine Art Sparbank, wie er ein Mittel der Bekämpfung der Ausbeutung ist, den der parasitische Zwischenhandel für die arbeitenden Klassen bedeutet.[1] Da aber bei vielen Leuten der Spartrieb durchaus nicht intensiv ist, nehmen sie lieber die Bequemlichkeiten des Einkaufs beim nächsten Krämer wahr, als daß sie wegen der Dividende sich irgend welchen Umständlichkeiten aussetzten. Es ist dies beiläufig einer der Faktoren, die gerade in England die Ausbreitung der Konsumvereine sehr erschwert haben und noch erschweren. Der englische Arbeiter ist durchaus nicht sonderlich zum Sparen geneigt. Ueberhaupt wäre es ganz und gar irrig, wenn man sagen wollte, daß England von Hause aus ein besonders günstiger Boden für die Konsumvereine wäre. Ganz im Gegentheil. Die Gewohnheiten der Arbeiterklasse, die große räumliche Ausdehnung der Städte, die das Cottagesystem mit sich bringt, wiegen den Vortheil der besseren Löhne in dieser Hinsicht ganz und gar auf; was hier erreicht wurde, ist in erster Reihe die Frucht zäher, unerschrockener Organisationsarbeit.

Und es ist ein Werk, was der Mühe werth war und ist. Selbst wenn der Konsumverein weiter nichts thäte, als durch Senkung der Profitrate im Zwischenhandel sich selbst allmälig den Boden abzugraben, würde er eine für die Volkswirthschaft überaus nützliche Arbeit verrichten. Und daß er daraufhin wirkt, kann keinem Zweifel unterstehen. Hier ist eine Handhabe, mittels deren die Arbeiterklasse ohne unmittelbare Vernichtung von Existenzen, ohne Zufluchtnahme zur Gewalt, die ja, wie wir gesehen haben, keine gar so einfache Sache ist, einen erheblichen Theil des gesellschaftlichen Reichthums, der

---

[1] Das Wort parasitisch gilt natürlich nur für die Sache, nicht für die Personen, die sie ausüben. Wollte man es auf diese übertragen, dann müßte man auch sehr viele sogenannte „produktive“ Arbeiter als Parasiten bezeichnen, weil, was sie produziren, nutzlos und schlimmer für das Gemeinwesen ist.

Parasitär ist der Zwischenhandel vornehmlich deshalb, weil die Vermehrung der Zwischenhändler von einer bestimmten Grenze ab nicht Verbilligung durch erhöhte Konkurrenz, sondern Vertheuerung zur Folge hat.

sonst dazu dienen würde, die Klasse der Besitzenden zu vermehren und dadurch auch zu stärken, für sich zu beschlagnahmen.

Um was für Beträge es sich dabei handelt, zeigt die Statistik der Genossenschaften. Auf ein Gesammtkapital von 367 Millionen Mark und einen Gesammtverkauf von 803 Millionen Mark erzielten die 1483 Arbeiterkonsumvereine Englands 1897 einen Gesammtprofit von 123 Millionen Mark.[1] Das macht eine Profitrate auf die verkauften Waaren von $15^1/_4$ Prozent und auf das angewandte Kapital von $33^1/_2$ Prozent. Aehnlich die Bäckereigenossenschaften, die ja im Wesentlichen auch nur Konsumgenossenschaften sind.[2] Sie erzielten auf ein Kapital von 5 Millionen Mark und einen Verkauf von $8^1/_2$ Millionen $1^1/_5$ Million Mark Profit, eine Profitrate von 14 Prozent auf den Verkauf und 24 Prozent auf das angewandte Kapital. Die Müllereigenossenschaften, von denen das Nämliche wie von den Bäckereien gilt, erzielten im Durchschnitt 14 Prozent Kapitalprofit.

Viel bescheidener ist die Durchschnittsprofitrate der Produktionsgenossenschaften, die keine Nahrungsmittel produzirten. Hier erzielten 120 Genossenschaften mit zusammen $14^1/_2$ Millionen Kapital und 24 Millionen Verkauf 770000 Mark Gewinn, das heißt $3^1/_4$ Prozent Verkaufs- und 5 Prozent Kapitalprofit.

Würden diese Zahlen für das Verhältniß der Profitraten in Industrie und Einzelverkauf als typisch gelten können, so würden sie den Satz, daß der Arbeiter als Produzent und nicht als Konsument ausgebeutet wird, als von sehr bedingter Geltung erscheinen lassen. Und thatsächlich spricht er auch nur eine bedingte Wahrheit aus. Dies geht schon daraus hervor, daß die Werththeorie, auf die er sich stützt, von dem Detailhandel ganz abstrahirt. Sie unterstellt ferner unbeschränkte Freiheit des Handels in der Waare „Arbeitskraft", so daß jede Verbilligung in deren Herstellungskosten (das heißt der Lebensmittel des Arbeiters 2c.) auch zu einer Senkung ihres Preises — des Lohnes — führe, was heute für einen großen Theil der Arbeiter durch Gewerkschaftsschutz, gesetzlichen Arbeiterschutz, Macht der öffentlichen Meinung schon eine erhebliche Einschränkung erfahren hat. Und drittens unterstellt sie, daß der Arbeiter an diejenigen Mitesser am Mehrprodukt, mit denen der Unternehmer theilen muß, vor Allem die Grundeigenthümer, nicht heran kann, was auch schon langsam anfängt, von den Thatsachen überholt

[1] Wir sehen hier von den beiden Großeinkaufsgenossenschaften ab, die ihre Waaren den Konsumvereinen mit einem sehr mäßigen Aufschlag überlassen.

[2] Sie hatten 230 Vereine und 7778 Einzelpersonen zu Aktionären und beschäftigten zusammen 1196 Personen, was die Züge der Einkaufsgenossenschaft verräth. Die von allgemeinen Konsumvereinen in Eigenbetrieb verwalteten Bäckereien sind hierbei nicht eingerechnet.

zu werden. So lange z. B. die Arbeiter dem Unternehmerthum unorganisirt und als Parias der Gesetzgebung gegenüberstehen, ist es richtig, daß solche Fragen, wie Besteuerung der Grundwerthe, mehr ein Streithandel der Besitzenden unter sich, als Angelegenheiten sind, an denen die Arbeiter ein Interesse haben.[1] Je mehr aber diese Voraussetzung fällt, um so mehr steigt die Gewißheit, daß Senkung der Bodenrente nicht zu Erhöhung des Kapitalprofits, sondern des Wohlstandsminimums führt. Umgekehrt würde ungehemmter Fortbestand und Fortentwicklung der Bodenrente auf die Dauer die meisten Vortheile illusorisch machen, welche Gewerkschaften, Genossenschaften &c. mit Bezug auf die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter auswirken können.

Dies nebenbei. Wir können als festgestellt betrachten, daß die Konsumgenossenschaft sich schon jetzt als eine ökonomische Kraft von Bedeutung erwiesen hat, und wenn andere Länder hierin noch hinter England zurück sind, so hat sie in Deutschland, Frankreich, Belgien &c. doch ebenfalls kräftig Boden gefaßt und greift immer weiter um sich. Ich unterlasse es, Zahlen anzuführen, weil die Thatsache bekannt ist und Ziffern auf die Dauer ermüden. Natürlich können gesetzliche Chikanen die Ausbreitung der Konsumgenossenschaften und die volle Entfaltung ihrer inneren Möglichkeiten hemmen und ist ihr Gedeihen selbst wieder von einem gewissen Höhegrad ökonomischer Entwicklung abhängig; aber hier handelt es sich uns vor Allem darum, aufzuzeigen, was die Genossenschaft überhaupt leisten kann. Und wenn es weder nöthig noch möglich ist, daß die Genossenschaft, wie wir sie heute kennen, jemals die ganze Produktion und Zustellung der Güter ergreifen wird, wenn das sich immer mehr ausbreitende Gebiet der öffentlichen Dienste in Staat und Gemeinde ihr von der anderen Seite her Grenzen zieht, so ist ihr doch im Ganzen noch ein so weites Feld offen, daß man, ohne in die vorerwähnte Genossenschaftsutopie zu verfallen, zu sehr großen Erwartungen bezüglich ihrer berechtigt ist. Hat sich in wenig über fünfzig Jahren aus der Bewegung, die mit den 28 Pfund Sterling der Weber von Rochdale begann, eine Bewegung entwickelt, die über ein Kapital von zwanzig Millionen Pfund Sterling verfügt, so gehörte wirklich ein gewisser Muth dazu, voraussagen zu wollen, wie nahe wir dem Zeitpunkt sind, wo die Grenze dieses Wachsthums erreicht ist, und welche Formen der Bewegung noch in der Zeiten Hintergrunde schlummern.

Vielen Sozialisten ist der Konsumverein deshalb wenig sympathisch, weil er zu „bürgerlich“ ist. Da sind Beamte im Gehalt, Arbeiter gegen Lohn angestellt, da wird Profit gemacht, werden Zinsen gezahlt und wird um die Höhe der Dividenden gestritten. Gewiß, hält man sich an die Form, so ist z. B. die Volksschule ein sehr viel sozialistischeres Institut wie der Konsum-

[1] Ich gebe indeß nur das „mehr“ zu, da auch dann die Sache nicht ohne materielles Interesse für die Arbeiter wäre.

verein. Aber die Ausbildung der öffentlichen Dienste hat ihre Grenzen und braucht Zeit, und inzwischen ist der Konsumverein die der Arbeiterklasse am leichtesten zugängliche Form der Genossenschaft, gerade deshalb, weil sie so „bürgerlich“ ist. Wie es Utopie ist zu wähnen, die Gesellschaft könne mit zwei Füßen in eine ihrer heutigen diametral entgegengesetzte Organisation und Daseinsweise hineinspringen, so ist oder war es utopisch, mit der schwersten Form der genossenschaftlichen Organisation den Anfang machen zu wollen.

Ich erinnere mich noch, mit welchem Gefühl theoretischen Mitleids ich 1881 meinen Freund Louis Bertrand von Brüssel anhörte, als er auf dem Kongreß von Chur anhub, von Genossenschaften zu sprechen. Wie konnte ein sonst so vernünftiger Mensch von diesem Mittel noch etwas erwarten. Als ich dann 1883 den „Genter Vooruit“ kennen lernte, leuchtete mir die Bäckerei allenfalls ein, und daß man nebenbei noch etwas Wäsche, Schuhwerk 2c. verkaufte, schadete am Ende nichts. Wie mir aber die Leiter des „Vooruit“ von ihren weiteren Plänen sprachen, dachte ich wieder: ihr armen Kerle, ihr werdet euch ruiniren. Sie haben sich nicht ruinirt, sondern haben ruhig, mit klarem Blick auf der Linie des geringsten Widerstands gearbeitet und eine, den Verhältnissen ihres Landes angemessenen Form der Genossenschaft ausgearbeitet, die sich für die Arbeiterbewegung Belgiens von größtem Werth erwiesen und den soliden Kern geliefert hat, um den sich die bis dahin dissoluten Elemente dieser Bewegung krystallisiren konnten.

Es kommt eben alles darauf an, wie man eine Sache angreift, wenn sich ihre Möglichkeiten voll herausstellen sollen.

Kurz die genossenschaftliche Produktion wird verwirklicht werden, wenn auch wahrscheinlich in anderen Formen, als es sich die ersten Theoretiker des Genossenschaftswesens gedacht haben. Vorläufig ist sie noch immer die schwierigste Form der Verwirklichung des Genossenschaftsgedankens. Es ward schon erwähnt, daß die englischen Genossenschaften über mehr als die Hundertmillionen Thaler verfügen, die Lassalle für seinen Genossenschaftsplan forderte. Und wäre die Sache blos eine Finanzfrage, so würden ihnen noch ganz andere Geldmittel wie jetzt zur Verfügung stehen. Die freien Hilfskassen, die Gewerkschaften wissen nicht mehr, wo ihre angesammelten Fonds unterzubringen. (Letztere verlangen jetzt von der Regierung, sie solle ihnen erlauben, ihre Fonds bei den Sparkassen anzulegen, wo sie mehr Zins erhalten als die Regierung den Kapitalisten zahlt.) Aber sie ist eben nicht oder nicht nur eine Frage der finanziellen Mittel. Sie ist auch nicht die Frage der Errichtung neuer Fabriken auf einem schon besetzten Markt. An Gelegenheit, bestehende und gut eingerichtete Fabriken preiswerth zu kaufen, fehlt es nicht. Sie ist im hohen Grade eine Frage der **Organisation** und **Leitung**, und daran fehlt es noch sehr.

„Ist es in erster Reihe Kapital, was wir benöthigen“, lesen wir soeben in einem Artikel der Cooperative News, dem Zentralblatt der britischen Genossenschaften, — und der Artikelschreiber beantwortet die Frage mit einem entschiedenen Nein. — „Wie es scheint, haben wir gegenwärtig einige zehn Millionen Pfund Sterling zur Verfügung, die blos darauf warten, genossenschaftlich verwendet zu werden, und weitere zehn Millionen könnten ohne Zweifel schnell aufgebracht werden, wenn wir völlig in der Lage wären, sie nutzbringend in unserer Bewegung anzuwenden. Verhehlen wir uns daher nicht die Thatsache — denn es ist Thatsache, — daß selbst in gegenwärtiger Stunde in der genossenschaftlichen Welt größerer Bedarf an mehr Intelligenz und Tüchtigkeit ist wie an mehr Geld. Wie viele unter uns würden nichts kaufen, was nicht unter rein genossenschaftlichen Bedingungen verfertigt und vertrieben worden, wenn es möglich wäre, diesem Ideal nachzuleben! Wie viele von uns haben nicht immer wieder versucht, von Genossenschaftlern angefertigte Waaren zu brauchen, ohne völlig befriedigt zu werden!“ („Cooperative News“ vom 3. Dezember 1898.)

Mit anderen Worten, die finanziellen Mittel allein lösen das Problem der genossenschaftlichen Arbeit noch nicht. Sie braucht, von anderen Voraussetzungen abgesehen, ihre eigenen Organisationen und ihre eigenen Leiter, und beides improvisirt sich nicht. Beide müssen ausgesucht und erprobt werden, und darum ist es mehr wie zweifelhaft, ob ein Zeitpunkt, wo alle Gemüther erhitzt, alle Leidenschaften gespannt sind, wie in einer Revolution, der Lösung dieses Problems, das sich schon in gewöhnlichen Zeiten für so schwer erweist, irgendwie förderlich sein kann. Nach menschlichen Ermessen muß gerade das Gegentheil der Fall sein.

Selbst die mit genügenden Mitteln eingerichteten und über hinreichende Absatzmöglichkeiten verfügenden Produktionswerkstätten der englischen Großeinkaufsgenossenschaft brauchen, wie die Berichte und Debatten ihrer Generalversammlungen zeigen, oft recht lange Zeit, bis ihre Produkte die Konkurrenz mit denen der Privatindustrie aufnehmen können.

Indeß zeigten uns auch die wachsenden Zahlen der Eigenproduktion, daß das Problem gelöst werden kann. Selbst verschiedene Produktionsgenossenschaften haben es in ihrer Weise zu lösen verstanden. Die niedrige Profitrate, die wir oben von ihnen mittheilten, gilt nicht für alle. Passiren wir jedoch die Reihe durch, so finden wir, daß mit ganz wenigen Ausnahmen diejenigen Produktionsgenossenschaften am besten fuhren, die, von Gewerkschaften oder Konsumvereinen finanzirt, nicht vornehmlich für den Profit der Angestellten, sondern für den einer größeren Allgemeinheit produzirten, der die Angestellten als Mitglieder angehörten oder angehören konnten, wenn sie es wollten — also immerhin eine Form, die dem sozialistischen Gedanken

näher kommt. Hierfür einige Zahlen, die dem 1897er Bericht des Verbandes für Arbeiter-Theilhabergenossenschaften entnommen sind. Sie gelten für das Geschäftsjahr 1896:

Titel der Vereine	Zahl der Theilhaber	Zahl der Arbeiter	Antheilskapital Mk.	Leihkapital Mk.	Gewinn Masse	Gewinn Rate
Fustian (Moleskin) Weberei, Hebden Bridge	797	294	528 340	129 420	96580	14,7 %
Kaminvorlegerfabrik, Dudley	71	70	40 800	31 360	23100	32 %
Schuhfabrik, Kettering	651	(210?)	97 800	75 720	40020	23 %
Konfektionsschneiderei, Kettering	487	(50?)	79 160	35 660	28240	24,6 %
Schuhfabrik, Leicester	1070	—	197 580	286 680	49680	10¹/₄ %
Schlosserei, Walsall	87	190	52 280	48 260	22080	9,24 %
Trikotwaarenfabrik, Leicester	660	(250?)	360 160	246 540	56040	22 %

Alle diese Fabriken zahlen selbstverständlich Gewerkschaftslöhne und halten den Normalarbeitstag inne. Die Schuhfabrik in Kettering hat den Achtstundentag. Sie ist immer noch im Aufschwung und baut jetzt wieder einen neuen Flügel zu ihrem, den modernsten Ansprüchen entsprechenden Fabrikgebäude. Bei der Zahl der Theilhaber ist zu bemerken, daß fast überall sich eine große Anzahl juristischer Personen (Konsumvereine, Gewerkvereine 2c.) unter ihnen befindet. So vertheilt sich die Mitgliedschaft der Fustian Weberei in Hebden Bridge auf: 297 Arbeiter, die das Personal der Fabrik ausmachen, mit 147 960 Mark, 200 außenstehende Einzelpersonen mit 140 640 Mark und 300 Vereine mit 208 300 Mark Kapitalantheil. Das Leihkapital besteht zumeist aus Guthaben, das die Mitglieder stehen lassen und das mit fünf Prozent verzinst wird. Die Vertheilung der Gewinne geschieht nach ziemlich verschiedenen Prinzipien. In einigen Fabriken wird auf das Aktienkapital eine etwas höhere Profitrate bezahlt als auf die Lohnsumme, die Schuhfabrik in Kettering zahlte aber für das erste Halbjahr 1896 den Aktionären nur 7¹/₂ Prozent, den Arbeitern aber 40 Prozent (auf den Lohn) Dividende. Dieselbe Rate erhielten die Kunden pro gekaufte Waare (so daß also die Gesellschaft sich der Käufergenossenschaft nähert).[1]

Eine ähnliche Vertheilung besteht in einer der kleineren Genossenschaftsschuhfabriken in Leicester. Die meisten Produktionsgenossenschaften finden

[1] Zur Veranschaulichung hier die Zahlen. Es erhielten für das halbe Jahr:

Die Aktionäre (außer den Zinsen)	1164	Mark
„ Kunden	8325	„
„ Arbeiter	8068	„
Das Leitungskomite	700	„
Der Fonds für Erziehungszwecke	525	„
„ „ „ Unterstückungszwecke	1050	„

einen großen Theil ihres Absatzes, wenn nicht fast den ganzen Absatz in der Genossenschaftswelt.

Ueber andere Formen des Genossenschaftswesens (Vorschuß- und Kreditverein, Rohstoff- und Magazingenossenschaften, Molkereigenossenschaften ꝛc.) habe ich mich hier nicht zu verbreiten, da sie für die lohnarbeitende Klasse von keiner Bedeutung sind. Indeß bei der Wichtigkeit, welche die Frage der Kleinbauern, die ja auch zur Arbeiterklasse gehören, wenn sie auch keine Lohnempfänger sind, für die Sozialdemokratie hat, und angesichts der Thatsache, daß Handwerk und Kleingewerbe wenigstens der Kopfzahl nach noch eine ganz beträchtliche Rolle spielen, muß doch auf den Aufschwung hingewiesen werden, den das Genossenschaftswesen in diesen Kreisen erlangt hat. Die Vortheile des gemeinschaftlichen Einkaufs von Sämereien, der gemeinschaftlichen Beschaffung von Maschinen ꝛc. und der gemeinschaftlichen Veräußerung der Produkte, sowie die Möglichkeit billigen Kredits können schon ruinirte Bauern nicht retten, sie sind aber für Tausende und Abertausende von Kleinbauern ein Mittel, sie vor dem Ruin zu schützen. Daran kann gar kein Zweifel sein. Für die Zähigkeit und Ergiebigkeit der kleinbäuerlichen Wirthschaft, die noch nicht zwergbäuerlich zu sein braucht, liegt heute ein ungemein reiches Material vor, ganz abgesehen von den Zahlen, welche die Statistik der Betriebe uns vorführt. Es würde vorschnell sein, zu sagen, wie es einige Schriftsteller thun, daß für die Landwirthschaft mit Bezug auf die Vortheile des großen und kleinen Betriebs genau das umgekehrte Gesetz gilt, wie für die Industrie. Aber es ist nicht zu viel gesagt, daß die Verschiedenheit ganz außerordentlich ist, und daß die Vortheile, welche der kapitalkräftige, wohleingerichtete Großbetrieb vor dem Kleinbetrieb voraus hat, nicht so bedeutend sind, daß sie der Kleinbetrieb nicht bei voller Ausnützung des Genossenschaftswesens zum großen Theil einholen könnte. Die Benützung mechanischer Kräfte, Kreditbeschaffung, bessere Sicherung des Absatzes — all das kann die Genossenschaft dem Bauer zugängig machen, während die Natur seiner Wirthschaft ihn gelegentliche Ausfälle leichter überwinden läßt als dies dem Großlandwirth möglich ist. Denn die große Masse der Bauern sind noch immer nicht lediglich Waarenproduzenten, sondern erzeugen einen beträchtlichen Theil ihrer nothwendigsten Lebensmittel selbst.

In allen Ländern vorgeschrittener Kultur nimmt das Genossenschaftswesen rasch an Ausdehnung und Spielraum zu. Belgien, Dänemark, Frankreich, Holland, neuerdings auch Irland zeigen hierin kein anderes Bild als ein großer Theil Deutschlands. Es ist wichtig für die Sozialdemokratie, statt aus der Statistik Beweise für die vorgefaßte Theorie vom Ruin des kleinen Bauernstandes herauszufischen, diese Frage der Genossenschaftsbewegung auf dem Lande und ihre Tragweite eindringlich zu prüfen. Die Statistik der

Zwangsverkäufe, der Hypothekenbelastung ꝛc. ist in vieler Hinsicht irreleitend. Unzweifelhaft ist das Eigenthum heute beweglicher als je, aber diese Beweglichkeit wirkt nicht blos nach der einen Seite hin. Bis jetzt sind die Lücken, welche die Subhastationen gerissen, noch immer wieder ausgefüllt worden.

Mit diesen allgemeinen Bemerkungen mag es hier genügen. Ein spezielles Agrarprogramm habe ich nicht zu entwickeln. Es ist aber meine feste Ueberzeugung, daß ein solches viel mehr auf die Erfahrungen Bezug zu nehmen hat, welche hinsichtlich der ländlichen Genossenschaften vorliegen, als es bisher geschehen, und daß es sich dabei weniger darum handeln wird, auszuführen, daß sie dem kleinen Bauer auf die Dauer nicht helfen können, als nachzuweisen, in welcher Weise sie ergänzt und erweitert werden müssen. Wo die kleine Bauernwirthschaft vorherrscht, ist die gewerkschaftliche oder sonstige Organisation der Landarbeiter aus allen möglichen Gründen eine Chimäre. Nur durch Erweiterung der Genossenschaftsform kann dort deren Erhebung aus dem Lohnverhältnisse herbeigeführt werden.

Höchst bemerkenswerth sind die Thatsachen, welche Dr. O. Wiedfeldt, Dresden, in Nr. 13 des Jahrgangs VIII der „Sozialen Praxis“ über die Thätigkeit und Erfolge der landwirthschaftlichen Syndikate in Frankreich mittheilt. Darnach bestehen zur Zeit in Frankreich ungefähr 1700 in zehn Verbänden gruppirte landwirthschaftliche (bäuerliche) Syndikate, die zusammen mehr als 700000 Mitglieder zählen. „Diese Fachvereine haben sich zunächst als Einkaufsvereinigungen für landwirthschaftliche Futter- und Düngemittel bethätigt, und ihre Zentralstellen (Cooperatives Agricoles) haben bereits einen gewissen Einfluß auf den Handel in diesen Artikeln erlangt. Sie haben sich ferner gemeinschaftlich Dreschmaschinen, Mähmaschinen u.s.w. beschafft oder Drainagen, Bewässerungsanlagen u.s.w. ausgeführt. Sie haben Zuchtgenossenschaften, Molkereien, Käsereien,[1] Bäckereien, Müllereien, Konservenfabriken u. s. w. errichtet und den Absatz ihrer landwirthschaftlichen Produkte in einzelnen Zweigen mit Erfolg selbst in die Hand genommen.“ Sie haben sich in Verfolg dieses Zieles nicht damit begnügt, mit den auch in Frankreich sich ausbreitenden Konsumgenossenschaften in Verbindung zu treten, sondern sie haben selbst solche gegründet. „So in La Rochelle, Lyon, Dijon, Avignon, Tornelle ꝛc. Hierher gehört auch die Errichtung von Genossenschaften wie Schlächtereien, Müllereien, Bäckereien, die halb landwirthschaftliche Produktivgenossenschaften und halb Konsumvereine sind.“ In dem Departement Charente Inférieure allein giebt es 130 solcher Bäckereigenossenschaften. Weiter sind von den Syndikaten auch

[1] Nach der „Emancipation“ vom 15. November 1898 giebt es in Frankreich allein 2000 Genossenschaftskäsereien, die Mehrzahl davon im Jura und in beiden Savoyen.

Konservenfabriken, Wurst-, Stärke-, Nudelfabriken gegründet worden, „so daß also in gewissem Sinne eine Lokalisation der Industrie, soweit sie mit der Landwirthschaft verbunden ist, angestrebt wird". Die Mehrheit der Syndikate nehmen die Arbeiter als Mitglieder auf; das Syndikat von Castelnaudardy zählt unter 1000 Mitgliedern 600 Arbeiter. Ferner verlegen sich die Syndikate auf die Errichtung von allerhand Gegenseitigkeitsinstituten: Versicherungen, Schiedsgerichte, Volkssekretariate, Landwirthschaftsschulen, Unterhaltungsvereine.

Soweit der Bericht der „Sozialen Praxis".

Es erhebt sich hinsichtlich seiner zunächst die Frage, welches die faktischen Rechte der Arbeiter in jenen Genossenschaften waren. Er spricht nur kurzweg von Gewinnbetheiligung der Beamten und Arbeiter, was aber noch sehr viele Deutungen zuläßt. Jedenfalls hat die Aufnahme der Arbeiter in die Genossenschaften vorläufig nichts daran geändert, daß diese als landwirthschaftliche Vereinigungen wesentlich Unternehmer-Syndikate sind. Dies geht schon daraus hervor, daß, so viel genossenschaftliche Veranstaltungen sie auch getroffen haben, sich Eines doch bei ihnen der Genossenschaftlichkeit bisher entzogen hat: die Landwirthschaft selbst, d. h. die Bewirthschaftung von Acker und Wiese und die eigentliche Viehwirthschaft. Mit der Landwirthschaft verbundene, an sie sich anschließende Arbeiten werden genossenschaftlich oder wenigstens für Genossenschaften betrieben, sie selbst aber entzieht sich hier und anderwärts noch der genossenschaftlichen Arbeit.[1] Ist diese für sie weniger vortheilhaft wie der Sonderbetrieb? Oder ist es lediglich das bäuerliche Eigenthum, das hier im Wege steht?

Daß der bäuerliche Besitz, die Vertheilung des Bodens unter viele Besitzer, ein großes Hinderniß der genossenschaftlichen Bearbeitung des Bodens bildet, ist schon oft betont worden. Aber er bildet nicht das einzige Hinderniß, oder, um es anders auszudrücken: er erhöht ihre dinglichen Schwierigkeiten, aber er ist nicht durchgängig Ursache derselben. Die räumliche Trennung der Arbeitenden, sowie der individualistische Charakter eines großen Theils der landwirthschaftlichen Verrichtungen spielt gleichfalls hier eine Rolle. Möglich, daß die bäuerlichen Syndikate, die ja noch so jung sind, in ihrer weiteren Entwicklung auch über diese Hindernisse hinwegkommen oder — was mir am wahrscheinlichsten dünkt — über ihre jetzigen Schranken Schritt für Schritt hinausgedrängt werden. Vorläufig aber ist darauf noch nicht zu rechnen.

Selbst die landwirthschaftliche Produktion für Genossenschaften ist zur Zeit noch ein ungelöstes Problem. Die englischen Konsumgenossenschaften

---

[1] So z. B. auch in den schnell emporkommenden irischen Landwirthschafts-Genossenschaften, die im Jahre 1889 mit einem kleinen Verein von 50 Mitgliedern anfingen, im März 1898 aber schon 243 Vereine mit 27322 Mitgliedern, darunter viele Landarbeiter (cottiers) zählten.

haben mit keinen Unternehmungen schlechtere Geschäfte gemacht als mit ihren Farmen. Der dritte Jahresbericht des britischen Arbeitsamts (1896) stellt für 106 Produktionsgenossenschaften einen Durchschnittsprofit von 8,4 Prozent fest. Die sechs Genossenschaftsfarmen und Meiereien darunter hatten nur 2,8 Prozent Durchschnittsprofit. Nirgends gewinnen die Bauern dem Boden größere Erträge ab wie in Schottland. Die Ertragsziffern für Weizen, Hafer ꝛc. pro Acker sind in Schottland noch viel höher wie in England. Aber die mit guten Maschinen ausgerüstete, ein Kapital von einer Viertelmillion Mark repräsentirende Farm der schottischen Genossenschaften hat sich als ein großer Fehlschlag erwiesen. Für 1894 machte sie 6/10 Prozent Gewinn, für 1895 8 1/10 Prozent Verlust. Wie aber steht es mit der eigentlichen Landarbeiter-Genossenschaft? Bietet die Produktivgenossenschaft der Landarbeiter bessere Aussichten als die Produktivgenossenschaft der Industriearbeiter?

Die Frage ist um so schwerer zu beantworten, als es für sie an hinreichenden Beispielen aus der Praxis fehlt. Das klassische Beispiel einer solchen Genossenschaft, die berühmte Assoziation von Ralahine, hat zu kurze Zeit bestanden (1831 bis 1833) und stand während ihrer Dauer zu sehr unter dem Einfluß ihres Gründers Vandeleur und seines Vertreters Craig, als daß sie als vollgiltiger Beweis für die Lebensfähigkeit selbständiger Genossenschaften von Landarbeitern dienen könnte.[1] Sie beweist nur die großen Vortheile der Gemeinwirthschaft unter bestimmten Umständen und Voraussetzungen.

Aehnlich die Erfahrungen der kommunistischen Kolonien. Diese letzteren gedeihen in faktischer oder moralischer Einsiedelei oft längere Zeit unter den denkbar ungünstigsten Umständen. Sobald sie aber zu einem größeren Wohlstand gelangen und mit der Außenwelt in intimeren Verkehr treten, verfallen sie schnell. Nur ein starkes religiöses Band oder sonstiges, eine trennende Wand zwischen ihnen und der umgebenden Welt aufrichtendes Sektirerthum hält diese Kolonien auch dann noch zusammen, wenn sie zu Reichthum gelangt sind. Daß es dessen aber bedarf, daß die Menschen in irgend einer Art versimpeln müssen, um sich in solchen Kolonien wohlzufühlen, beweist, daß sie nie die allgemeine Form genossenschaftlicher Arbeit werden können. Sie stehen für den Sozialismus auf einer Stufe mit der reinen industriellen

---

[1] Ihre Verfassung war, wie der geistreiche Owenit Finch 1838 humoristisch schrieb, eine Verbindung aller Vortheile des Toryismus, Whiggismus und Radikalismus, ohne deren Fehler. „Sie hatte alle Kraft und Einheit im Zweck und Handeln wie die Monarchie und das Torythum, alle Mäßigung, Auskünftelei, Vorbeugungs- und Vorsichtsmaßregeln wie das Whigthum und weit mehr als die Freiheit und Gleichheit des Radikalismus.“ Mr. Vandeleur war „König“, die aus Schatzmeister, Sekretär und Magazinier bestehende Leitung das „Oberhaus“, das Komite der Arbeiter die „Volksvertretung“.

Produktivgenossenschaft. Aber sie haben glänzende Beweise für die Vortheile der Gemeinwirthschaft geliefert.

Auf Grund all dieser Thatsachen und der Erfahrungen, die intelligente Grundbesitzer mit Theilpachten, Gewinnbetheiligung von Landarbeitern rc. gemacht haben, hat Dr. F. Oppenheimer in dem schon zitirten Buche den Gedanken einer ländlichen Genossenschaft entwickelt, die er Siedlungsgenossenschaft nennt. Sie soll eine Genossenschaft von Landarbeitern sein, bezw. als solche beginnen und Individualwirthschaft mit Gemeinwirthschaft bezw. Kleinbetrieb mit genossenschaftlichem Großbetrieb kombiniren, ähnlich wie dies heute auf großen Gütern der Fall ist, wo den Landarbeitern kleine Außenparzellen gegen mehr oder minder hohe Pacht abgelassen werden, die sie oft in wahrhaft mustergiltiger Weise bewirthen. Eine entsprechende Theilung stellt sich Oppenheimer in der Siedlungsgenossenschaft vor, nur daß natürlich hier nicht die Absicht maßgebend ist, den Preis der Arbeitskräfte für die Zentralwirthschaft herabzusetzen, um die sich jene Kleinbetriebe gruppiren, sondern lediglich jedem einzelnen Mitglied Gelegenheit gegeben werden soll, auf einem ausreichenden Stück Boden alle moralischen Annehmlichkeiten einer eigenen Wirthschaft zu genießen und seine, auf der Zentralwirthschaft der Genossenschaft nicht benöthigte Arbeitskraft in jenen Kulturen zu bethätigen, die ihm entweder die höchsten Erträge versprechen oder sonst seiner Individualität am meisten zusagen. Im Uebrigen aber soll sich die Genossenschaft alle Vortheile des modernen Großbetriebs zu Nutze machen, und sollen für die geschäftlichen rc. Bedürfnisse der Mitglieder alle möglichen genossenschaftlichen oder Gegenseitigkeitseinrichtungen geschaffen werden. Durch Verarbeitung gewonnener Produkte und Zulassung von Handwerkern in die Genossenschaft soll ihr immer mehr der Charakter einer Landwirthschaft und Industrie vereinigenden Ansiedlung gegeben werden, wie sie Owen bei seinen Heimkolonien und anderen Sozialisten bei ihren kommunistischen Projekten vorschwebten. Nur daß Oppenheimer streng auf dem Boden des Prinzips freier Genossenschaftlichkeit zu bleiben sucht. Das wirthschaftliche Interesse allein soll zum Anschluß an die Siedlungsgenossenschaft angesprochen werden, dieses allein sie vor der Ausschließlichkeit der industriellen Produktivgenossenschaft schützen. Im Gegensatz zu jener ist sie nicht lediglich Verkäufergenossenschaft, sondern Käufer- und Verkäufergenossenschaft, und dieser Umstand bildet die Grundlage ihrer Kreditbeschaffung und schützt sie vor jenen Erschütterungen, denen heute der kapitalistische Großbetrieb in der Landwirthschaft ausgesetzt ist.

Es ist hier nicht der Ort, den Oppenheimerschen Vorschlag und die ihm zu Grunde liegende Theorie eingehender zu besprechen. Soviel glaube ich aber bemerken zu müssen, daß sie mir nicht jene geringschätzige Beurtheilung zu verdienen scheinen, die ihnen in einigen Parteiblättern zu Theil

geworden ist. Ob sich die Sache genau in der von Oppenheimer entwickelten Form machen läßt oder machen wird, kann man bezweifeln. Aber die Grundgedanken, die er entwickelt, stützen sich so sehr auf die wissenschaftliche Analyse der Wirthschaftsformen, stimmen so sehr mit allen Erfahrungen der Genossenschaftspraxis überein, daß man wohl sagen kann, wenn der genossenschaftliche Betrieb der eigentlichen Landwirthschaft überhaupt je einmal verwirklicht werden wird, es schwerlich in wesentlich anderer Form geschehen dürfte, als wie Oppenheimer dies entwickelt.[1]

Die große Expropriation, an die bei Kritik solcher Vorschläge meist gedacht wird, kann jedenfalls nicht über Nacht organische Schöpfungen aus dem Boden stampfen, und so käme selbst die großmächtigste revolutionäre Regierung nicht darum herum, sich nach einer Theorie der genossenschaftlichen Arbeit in der Landwirthschaft umzuschauen. Zu einer solchen hat nun Oppenheimer ein überaus reiches Material zusammengetragen und es einer scharfen, durchaus dem Grundgedanken des historischen Materialismus gerecht werdenden systematischen Analyse unterworfen, die schon allein die „Siedlungsgenossenschaft" des Studiums werth erscheinen läßt.

Mit Bezug auf das Thema der ländlichen Genossenschaften ist hier noch Eines zu bemerken. Soweit der Sozialist politischer Parteimann ist, wird er die heutige Abwanderung vom Land in die Städte nur mit Genugthuung begrüßen. Sie konzentrirt die arbeitenden Massen, rebellirt die Köpfe und fördert jedenfalls die politische Emanzipation. Als Theoretiker, der über den Tag hinausdenkt, wird der Sozialist sich aber auch sagen müssen, daß es mit dieser Abwanderung auf die Dauer etwas des Guten zu viel werden kann. Es ist bekanntlich unendlich viel leichter, Landvolk in die Stadt zu ziehen, als Stadtvolk an das Land und die Landarbeit zu gewöhnen. So vermehrt der Strom der Einwanderung in die Städte und Industriezentren nicht nur die Probleme der heute Regierenden. Nehmen wir z. B. den Fall eines Sieges der Arbeiterdemokratie an, der die sozialistische Partei ans Ruder brächte. Nach aller bisherigen Erfahrung würde seine unmittelbare Wirkung voraussichtlich die sein, den Strom in die großen Städte vorerst noch be-

[1] Auf dem jüngsten Kongreß der britischen Genossenschaften (Peterborough, Mai 1898) verlas ein Delegirter, Mr. J. C. Gray von Manchester, ein Referat über „Genossenschaft und Landwirthschaft", wo er nach objektiver Prüfung aller in England gemachten Erfahrungen am Schlusse zu einem Vorschlag kommt, der dem Oppenheimerschen Projekt ungemein ähnlich sieht. „Der Boden sollte genossenschaftliches Eigenthum sein, genossenschaftlich die Beschaffung allen Bedarfs und genossenschaftlich der Verkauf aller Produkte. Aber in der Bodenbewirthung muß für ein individuelles Interesse gesorgt sein, mit gebührender Vorsorge gegen Uebergriffe wider das Interesse der Gemeinschaft" („Cooperation and Agriculture", Manchester 1898, S. 9).

deutend zu steigern, und ob sich die „industriellen Armeen für den Ackerbau“ alsdann williger aufs Land schicken lassen würden wie 1848 in Frankreich, ist einigermaßen zweifelhaft. Aber davon abgesehen, wird die Schöpfung lebens- und leistungsfähiger Genossenschaften unter allen Umständen eine um so schwerere Aufgabe sein, je weiter die Entvölkerung des platten Landes bereits vorgeschritten ist. Der Vortheil des Vorhandenseins von Vorbildern von solchen wäre selbst um den Preis eines etwas langsameren Anschwellens der Städteungeheuer nicht zu theuer erkauft.[1]

---

[1] Ich sehe mit Vergnügen, daß Karl Kautsky in seinem soeben erschienenen Werk über die Agrarfrage die Frage der ländlichen Genossenschaft ernsthaft in den Kreis seiner Untersuchung gezogen hat. Was er über die Hindernisse sagt, die der Umbildung bäuerlicher Kleinbetriebe in Landwirthschaft treibende Genossenschaften entgegenstehen, stimmt durchaus mit dem überein, was Oppenheimer über dasselbe Thema ausführt. Kautsky erwartet die Lösung des Problems von der Industrie her und der Eroberung der politischen Herrschaft durch das Proletariat. Die Entwicklung bringe heute schon die Bauern immer mehr in Abhängigkeit von kapitalistisch betriebenen Brennereien, Brauereien, Zuckerfabriken, Mahlmühlen, Butter- und Käsefabriken, Weinkellereien ꝛc. und mache sie zu Theilarbeitern anderer Arten kapitalistischer Betriebe, wie Ziegeleien, Bergwerke ꝛc., wo heute Zwergbauern zeitweilig Arbeit nehmen, um das Defizit ihrer Wirthschaft zu decken. Mit der Vergesellschaftung all dieser Unternehmungen würden Bauern zu „gesellschaftlichen Arbeitern“, zu Theilarbeitern sozialistisch-genossenschaftlicher Betriebe werden, während andererseits die proletarische Revolution zur Umwandlung der landwirthschaftlichen Großbetriebe, an die sich ein großer Theil der Kleinbauern heute anlehnt, in Genossenschaftsbetriebe führen müsse. So verlören die kleinbäuerlichen Wirthschaften mehr und mehr ihren Halt, und ihre Zusammenschmelzung in genossenschaftliche Betriebe stoße auf immer weniger Schwierigkeiten. Verstaatlichung der Hypotheken, Aufhebung des Militarismus würden diese Entwicklung noch erleichtern.

In alledem ist sehr viel Richtiges, nur scheint mir Kautsky in den Fehler zu verfallen, die nach der ihm sympathischen Richtung wirkenden Kräfte in hohem Grade zu überschätzen und die nach der anderen Seite hin wirkenden Kräfte ebenso zu unterschätzen. Ein Theil der industriellen Unternehmungen, die er aufzählt, sind auf dem besten Wege, nicht zu Herren der Bauernwirthschaften, sondern zu Anhängseln von bäuerlichen Genossenschaften zu werden, und bei anderen, wie z. B. im Braugeschäft, ist die Verbindung mit der Bauernwirthschaft zu lose, als daß ihre Aenderung eine starke Rückwirkung auf die Betriebsform jener ausüben könnte. Ferner läßt sich Kautsky meines Erachtens zu sehr von den starken Worten, die er hier und da gebraucht, zu Folgerungen verleiten, die richtig wären, wenn jene Worte allgemein zuträfen, so aber, da sie nur für einen Theil der Wirklichkeit zutreffen, auch nicht allgemeine Geltung beanspruchen können. Um es deutlicher zu machen: Bei Kautsky erscheint das Dasein des Kleinbauern als eine „Hölle“. Das wird auch von einem großen Theil der Kleinbauern mit Recht gesagt werden können; von einem anderen Theil aber ist es eine arge Hyperbel, genau wie das Wort vom Kleinbauern als modernen „Barbaren“ heute in vielen

Für die Industriearbeiter aber bietet die Genossenschaft die Möglichkeit, einerseits der Ausbeutung durch den Handel entgegen zu wirken und andererseits Mittel aufzubringen, die in verschiedener Beziehung ihnen sonst das Befreiungswerk erleichtern. Welchen Rückhalt die Arbeiter an Konsumvereinen in bedrängten Zeiten, bei Aussperrungen 2c., haben können, ist jetzt allgemein bekannt. Zu dem klassischen Beispiel der Unterstützung der ausgesperrten Bergarbeiter, der Spinner, der Maschinenbauer durch die großen englischen Konsumgenossenschaften, sei hier noch bemerkt, daß auch die Produktionsgenossenschaften den Arbeitern in ihrem Kampfe um die Lebensstellung von großem Dienste sein können. In Leicester und Kettering halten die genossenschaftlichen Schuhfabriken die Standardrate der Löhne des ganzen Bezirks auf ihrer Höhe. Dasselbe thut in Wallsall die Genossenschaftsschlosserei, eine Aussperrung ist dort unmöglich. Die Genossenschaftsspinnerei und -Weberei „Self Help" in Burnley ließ während der Aussperrung von 1892 bis 1893 unausgesetzt arbeiten und trug im Verein mit den Konsumgenossenschaften so dazu bei, die Unternehmer zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Kurz, wie es im „Trade Unionist" vom 2. November 1898 heißt: „Wo immer im Lande diese (Produktions-) Genossenschaften bestehen, werden die Menschen daran gewöhnt, die Fabrikation nicht nur auf den Profit hin zu betreiben, sondern auch in solcher Weise, daß der Arbeiter seine Männlichkeit nicht an der Fabrikthür abzulegen hat, sondern sich mit demjenigen Gefühl der Freiheit und jener Höflichkeit bewegt, wie sie der Bürgersinn in einem freien, auf gleichem Recht begründeten Gemeinwesen erzeugt."[1]

Lebensfähig haben sich die Produktionsgenossenschaften bisher aber nur da erwiesen, wo sie in Konsumvereinen einen Rückhalt hatten oder sich selbst

---

Fällen durchaus von der Entwicklung überholt ist. Eine ähnliche Hyperbel ist es, die Arbeit, die der Kleinbauer auf benachbarten Gütern leistet, weil sein Gut ihn nicht voll in Anspruch nimmt, als „Sklavenarbeit" zu bezeichnen. Durch den Gebrauch solcher Ausdrücke setzen sich nun Vorstellungen fest, die Empfindungen und Neigungen bei jenen Klassen voraussetzen lassen, welche sie in Wirklichkeit nur in Ausnahmefällen haben.

Kann ich so nicht allen Ausführungen Kautskys über die voraussichtliche Entwicklung der Bauernwirthschaften zustimmen, so bin ich dafür mit den Grundsätzen seines Programms der heute von der Sozialdemokratie zu beobachtenden Agrarpolitik um so mehr einverstanden. Darüber indeß an anderer Stelle.

[1] „Ich habe mehr als einmal auf Gewerkschaftskongressen öffentlich erklärt, daß die Genossenschaften im Allgemeinen die besten Freunde sind, welche die Bäckergehilfen in diesem Lande haben, und an dieser Erklärung halte ich fest.... Mit den großen Konsumgenossenschaften und ihren Bäckereien stehen sowohl ich wie meine Gewerkschaft auf bestem Fuße und hoffen, daß es so bleibt." J. Jenkins, Sekretär des Verbands der Britischen Bäckergehilfen in „Labour Co-partnership" vom November 1898.

in ihrer Organisation dieser Form näherten. Dies giebt einen Fingerzeig, in welcher Richtung wir die am meisten Erfolg versprechende Weiterausbildung der Arbeitergenossenschaft für die nächste Zukunft zu suchen haben.

---

c) Demokratie und Sozialismus.

„Am 24. Februar 1848 brach die erste Morgenröthe einer neuen Geschichtsperiode an."
„Wer allgemeines Wahlrecht sagt, stößt einen Ruf der Versöhnung aus."
Ferd. Lassalle, Arbeiterprogramm.

Was die Konsumgenossenschaften für die Profitrate im Waarenhandel, sind die Gewerkschaften für die Profitrate in der Produktion. Der Kampf der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter um Hebung ihrer Lebenshaltung ist nach der Seite der Kapitalisten hin ein Kampf von Lohnrate gegen Profitrate. Es ist allerdings eine viel zu weit getriebene Verallgemeinerung, zu sagen, daß die Veränderungen von Lohnhöhe und Arbeitszeit gar keinen Einfluß auf die Preise hätten. Die Arbeitsmenge, die auf die Einheit einer bestimmten Waarenart zu verwenden ist, bleibt natürlich unverändert, solange die Produktionstechnik dieselbe bleibt, gleichviel ob der Lohn steigt oder fällt. Aber die Arbeitsmenge ist für den Markt ein leerer Begriff ohne die Grundlage eines Preises der Arbeit, denn es handelt sich da nicht um den abstrakten Werth der Gesammtproduktion, sondern um den verhältnißmäßigen Werth der verschiedenen Waarenarten gegeneinander, und für ihn ist die Lohnhöhe kein gleichgiltiger Faktor. Steigt der Lohn der Arbeiter bestimmter Industrien, so steigt auch im entsprechenden Verhältniß der Werth der betreffenden Produkte gegenüber dem Werth der Produkte aller Industrien, die keine solche Lohnerhöhung erfahren, und wenn es nicht gelingt, diese Steigerung durch Vervollkommnung der Technik auszugleichen, wird die betreffende Schicht der Unternehmer entweder den Preis des Produkts entsprechend erhöhen müssen oder eine Einbuße an der Profitrate erleiden. In dieser Hinsicht sind nun die verschiedenen Industrien sehr verschieden gestellt. Es giebt Industrien, die wegen der Natur des Produkts oder durch ihre monopolistische Organisation vom Weltmarkt ziemlich unabhängig sind, und dort wird eine Lohnerhöhung auch meist von einer Steigerung der Preise begleitet sein, so daß die Profitrate nicht nur nicht zu fallen braucht, sondern selbst mitsteigen kann."[1] In Weltmarktindustrien dagegen, wie überhaupt in allen Industrien, wo unter

---

[1] Auf diese partielle Wahrheit stützte sich u. A. Carey in seiner Harmonielehre. Beispiele liefern gewisse extraktive Industrien, Baugewerbe u. s. f.

verschiedenen Verhältnissen hergestellte Produkte miteinander konkurriren und nur die größere Billigkeit den Markt behauptet, wirken Lohnsteigerungen fast immer auf die Senkung der Profitrate hin. Dasselbe Resultat tritt ein, wenn der Versuch, eine durch den Kampf um den Absatz nöthig gewordene Herabsetzung der Preise durch proportionelle Ermäßigung der Löhne auszugleichen, am Widerstand der organisirten Arbeiter scheitert. Der Ausgleich durch Vervollkommnung der Technik bedeutet in der Regel größere relative Kapitalauslage für Maschinen und sonstige Arbeitsmittel, und dies heißt entsprechender Fall der Profitrate. Schließlich kann es sich auch beim Lohnkampf der Arbeiter faktisch nur um Verhinderung des Steigens der Profitrate auf Kosten der Lohnrate handeln, wie wenig dies den Kämpfenden im gegebenen Augenblick auch zum Bewußtsein kommen mag.

Daß der Kampf um die Arbeitszeit neben Anderem in ähnlicher Weise ein Kampf um die Profitrate ist, braucht hier nicht noch speziell nachgewiesen zu werden. Wenn der kürzere Arbeitstag nicht direkt Verminderung der für den bisherigen Lohn geleisteten Arbeitsmenge zur Folge hat — in vielen Fällen tritt bekanntlich das Umgekehrte ein — so führt er doch mittelbar zur Erhöhung der Lebensansprüche der Arbeiter und macht so Erhöhung der Löhne nothwendig.

Eine Lohnerhöhung, die zur Erhöhung der Preise führt, braucht unter bestimmten Umständen für die Gesammtheit kein Nachtheil zu sein, wird aber auch oft mehr schädlich als nützlich wirken. Für das Gemeinwesen macht es z. B. keinen besonderen Unterschied, ob eine Industrie lediglich zum Vortheil einer Handvoll Unternehmer Monopolpreise erzwingt, oder ob die Arbeiter dieser Industrie einen gewissen Antheil an solcher, der Gesammtheit abgepreßten Beute erhalten: der Monopolpreis bleibt darum doch ebenso bekämpfenswerth wie Billigkeit der Produkte, die nur durch Senkung der Löhne unter den Durchschnittsmindestsatz erzielt werden konnte.[1] Aber eine Lohnerhöhung,

---

[1] Das Obenstehende war schon geschrieben, als mir der Artikel Karl Kautskys in Nr. 14 der „Neuen Zeit" zuging, wo Kautsky die neuerdings in den englischen Mittelgrafschaften aufgekommenen und von mir in einem früheren Artikel beschriebenen Gewerbeallianzen als Gewerkschaften bezeichnet, die sich „mit Kapitalistenringen verbinden zur Brandschatzung des Publikums", als ein „Mittel der englischen Fabrikanten, die gewerkschaftliche Bewegung zu korrumpiren". An die Stelle des Kampfes gegen das Kapital trete bei ihnen „der Kampf gegen die Gesellschaft, Arm in Arm mit dem Kapital" („Neue Zeit", XVII, 1, S. 421). Wie aus meinen im Text folgenden Bemerkungen und meinen Ausführungen über das Genossenschaftswesen ersichtlich, bin ich gegen die Tendenz, die Kautsky da denunzirt, durchaus nicht blind und stehe den gegen das Publikum gerichteten Koalitionen, ob sie nun solche von Kapitalisten oder Arbeitern sind, grundsätzlich ebenso gegenüber, wie er. Dennoch halte ich seine Kritik für übertrieben.

die blos die Profitrate berührt, wird unter heutigen Verhältnissen im Allgemeinen für das Gemeinwesen nur vortheilhaft sein. Ich sage ausdrücklich im Allgemeinen, weil es auch hier Fälle giebt, wo das Gegentheil der Fall sein kann. Wird in einem bestimmten Geschäftszweig die Profitrate weit unter den allgemeinen Mindestsatz gedrückt, so kann dies für das betreffende Land den Verlust dieser Industrie und deren Heimfall an Länder bedeuten, wo die Löhne sehr viel niedriger, die Arbeitsbedingungen sehr viel schlechter sind. Unter dem Gesichtspunkt der Weltwirthschaft könnte man das als belanglos betrachten, weil auf die Dauer in irgend einer Weise Ausgleichung stattfinde; indeß für die Betheiligten ist das immer nur ein schwacher Trost, zunächst und manchmal auf recht lange Zeit bedeutet solche Expatriirung für sie wie für die Allgemeinheit vielmehr positiven Verlust.

Zum Glück sind jedoch so extreme Fälle äußerst selten. Gewöhnlich wissen die Arbeiter ganz gut, wie weit sie mit ihren Forderungen gehen können. Auch verträgt die Profitrate einen ziemlich starken Druck. Ehe der Kapitalist sein Unternehmen aufgiebt, wird er lieber alles Mögliche versuchen, die Mehrausgabe für Löhne auf andere Weise einzubringen. Die großen faktischen Unterschiede der Profitraten der verschiedenen Produktionssphären zeigen, daß die allgemeine Durchschnittsprofitrate schneller theoretisch

---

Ich kann eine derartige Organisation der Industrie gegen Schmutzkonkurrenz und maßloses Unterbieten, wie sie in den Gewerbeallianzen vorliegt, nicht von vornherein als Verbindungen zur Brandschatzung des Publikums verurtheilen. Selbst bei einem großen Theil der Trusts ist von solcher Brandschatzung bisher noch wenig zu verspüren gewesen. Oft genug liegt vielmehr in Ausnutzung der Schmutzkonkurrenz behufs Herabdrückung der Preise eine meines Erachtens ganz und gar nicht zu billigende Brandschatzung der Produzenten vor. Kurz, ich erblicke in den Gewerbeallianzen, die sich immer mehr auszubreiten scheinen (zur Zeit sind Verhandlungen über ihre Einführung in der Glasindustrie und der Töpferei im Gange) und die in den deutschen Tarifgemeinschaften ein Gegenstück besitzen, eine Erscheinung, die sicher nicht ohne ihre Bedenken ist, die aber, ebenso wie ihre Vorgänger (die gemischten Lohnkomites, gleitenden Lohnlisten 2c), als ein naturgemäßes Produkt der Gegenbewegung gegen die Anarchie im Gewerbe beurtheilt sein will. Sie bedrohen die Interessen der Gesammtheit nicht mehr, wie eine ganze Reihe von anderen Mitteln der Gewerkschaftspolitik, die längst von den organisirten Arbeitern ausgeübt und blos auf die Thatsache hin, daß sie formell — nicht wirklich — gegen das Kapital gerichtet sind, von der Sozialdemokratie bisher stillschweigend anerkannt, wenn nicht unterstützt wurden.

Uebrigens ist Kautsky im Irrthum, wenn er annimmt, daß die englischen Gewerkschaften sich heute prinzipiell gegen die gleitenden Lohntarife wendeten. Sie bekämpfen nur die „bodenlosen“ („bottomless“) Wandeltarife. Gegen Wandeltarife mit einem Mindestlohn, der zum ordentlichen Leben ausreicht, als „Boden“, und mit Bestimmungen, die auf technische Veränderungen in der Produktion Rücksicht nehmen, haben sie ganz und gar nichts einzuwenden.

konstruirt, als auch nur annähernd verwirklicht wird. Sind doch die Beispiele nicht selten, wo sogar neues Kapital, das verwerthungsbedürftig den Markt betritt, Anlage nicht da sucht, wo die höchste Profitrate winkt, sondern, ähnlich wie der Mensch bei der Berufswahl, sich durch Rücksichten bestimmen läßt, bei denen die Höhe des Profits in zweite Linie rückt. So wirkt selbst dieser mächtigste Faktor der Ausgleichung der Profitraten nur unregelmäßig. Das bereits angelegte Kapital aber, das doch jedesmal bei Weitem überwiegt, kann schon aus ganz materiellen Gründen nicht der Bewegung der Profitrate von einer Produktionssphäre in die andere folgen. Kurz, die Wirkung einer Erhöhung des Preises der menschlichen Arbeit hat in der übergroßen Mehrheit der Fälle theils technische Vervollkommnung und bessere Organisation der Industrie, theils gleichmäßigere Vertheilung des Arbeitsertrags zur Folge. Beides gleich vortheilhaft für den allgemeinen Wohlstand. Mit gewissen Einschränkungen kann man für kapitalistische Länder Destutt de Tracys bekanntes Wort dahin abändern, daß niedrige Profitraten hohen Wohlstand der Volksmasse anzeigen.

Ihrer sozialpolitischen Stellung nach sind die Gewerkschaften oder Gewerkvereine das demokratische Element in der Industrie. Ihre Tendenz ist, den Absolutismus des Kapitals zu brechen und dem Arbeiter direkten Einfluß auf die Leitung der Industrie zu verschaffen. Es ist nur naturgemäß, daß über den zu erstrebenden Grad dieses Einflusses große Meinungsverschiedenheiten obwalten. Einer bestimmten Denkart mag es schon ein Verstoß am Prinzip erscheinen, für die Gewerkschaft weniger als das unbedingte Bestimmungsrecht im Gewerbe zu reklamiren. Die Erkenntniß, daß solches Recht unter den gegebenen Umständen ebenso utopisch ist, wie es in einer sozialistischen Gesellschaft sinnwidrig wäre, hat Andere dazu geführt, den Gewerkschaften jede dauernde Rolle im Wirthschaftsleben abzusprechen und sie nur als das kleinere von verschiedenen unvermeidlichen Uebeln zeitweilig anzuerkennen. Es giebt Sozialisten, in deren Augen die Gewerkschaft nur ein Demonstrationsobjekt ist, die Nutzlosigkeit jeder anderen als der politisch-revolutionären Aktion praktisch nachzuweisen. Thatsächlich hat die Gewerkschaft heute und in der absehbaren Zukunft sehr wichtige gewerbepolitische Aufgaben zu erfüllen, die jedoch ihre Omnipotenz in keiner Weise erheischen, noch auch nur vertragen.

Das Verdienst, die Gewerkschaften zuerst als unerläßliche Organe der Demokratie und nicht blos als vorübergehende Koalitionen begriffen zu haben, gebührt einer Anzahl englischer Schriftsteller. Beiläufig kein Wunder, wenn man berücksichtigt, daß sie in England früher als irgendwo anders Bedeutung erlangt haben und England im letzten Drittel unseres Jahrhunderts eine Umwandlung aus einem oligarchisch regierten in ein fast demokratisches Staatswesen durchgemacht hat. Die neueste und gründlichste Arbeit in dieser Hin-

sicht, das Werk „Theorie und Praxis der britischen Gewerkvereine" von Sydney und Beatrice Webb, ist von den Verfassern mit Recht als eine Abhandlung über die Demokratie im Gewerbe bezeichnet worden. Vor ihnen hatte der verstorbene Thorold Rogers in seinen Vorlesungen über ökonomische Geschichtserklärung (die übrigens nur wenig mit der materialistischen Geschichtsauffassung gemein haben, sondern sich nur in einzelnen Punkten mit ihr berühren) die Gewerkschaft eine Arbeits-Theilhaberschaft — Labour Partnership — genannt, was prinzipiell auf dasselbe hinausläuft, aber zugleich die Grenze bezeichnet, bis zu der die Gewerkschaftsfunktion in der Demokratie ausgedehnt werden kann und über die hinaus sie in einem demokratischen Gemeinwesen keinen Platz hat. Gleichviel ob der Staat, die Gemeinde oder Kapitalisten Unternehmer sind, die Gewerkschaft als Organisation aller in bestimmten Gewerben beschäftigten Personen kann immer nur so lange gleichzeitig das Interesse jener Mitglieder wahren und das Allgemeinwohl fördern, als sie sich begnügt, Theilhaberin zu bleiben. Darüber hinaus würde sie immer Gefahr laufen, zur geschlossenen Korporation auszuarten, mit allen schlimmen Eigenschaften des Monopols. Es ist hier wie mit der Genossenschaft. Die Gewerkschaft als Herrin eines ganzen Gewerbszweiges, dieses Ideal verschiedener der älteren Sozialisten, wäre faktisch nur eine monopolistische Produktivgenossenschaft, und sobald sie sich auf ihr Monopol beriefe oder dasselbe ausspielte, wäre sie ein Widerspruch gegen den Sozialismus und die Demokratie, mag ihre innere Verfassung sein welche sie wolle. Warum sie gegen den Sozialismus verstieße, leuchtet ohne Weiteres ein. Genossenschaftlichkeit wider die Gesammtheit ist so wenig Sozialismus wie der Staatsbetrieb in einem oligarchischen Gemeinwesen Sozialismus ist. Warum aber verstieße solche Gewerkschaft gegen die Demokratie?

Diese Frage bedingt eine andere: Was ist Demokratie?

Die Antwort hierauf scheint sehr einfach, auf den ersten Blick möchte man sie mit der Uebersetzung: „Volksherrschaft" für abgethan halten. Aber schon ein kurzes Nachdenken sagt uns, daß damit nur eine ganz äußerliche, rein formale Definition gegeben ist, während fast Alle, die heute das Wort Demokratie gebrauchen, darunter mehr wie eine bloße Herrschaftsform verstehen. Viel näher werden wir der Sache kommen, wenn wir uns negativ ausdrücken und Demokratie mit Abwesenheit von Klassenherrschaft übersetzen, als Bezeichnung eines Gesellschaftszustandes, wo keiner Klasse ein politisches Privilegium gegenüber der Gesammtheit zusteht. Damit ist denn auch schon die Erklärung gegeben, warum eine monopolistische Korporation im Prinzip antidemokratisch ist. Diese negative Erklärung hat außerdem den Vortheil, daß sie weniger als das Wort Volksherrschaft dem Gedanken der Unterdrückung des Individuums durch die Mehrheit Raum giebt, der dem modernen

Bewußtsein unbedingt widerstrebt. Wir finden heute die Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit „undemokratisch“, obwohl sie ursprünglich mit der Volksherrschaft durchaus vereinbar gehalten wurde.[1] In dem Begriff Demokratie liegt eben für die heutige Auffassung eine Rechtsvorstellung eingeschlossen: die Gleichberechtigung aller Angehörigen des Gemeinwesens, und an ihr findet die Herrschaft der Mehrheit, worauf in jedem konkreten Fall die Volksherrschaft hinausläuft, ihre Grenze. Je mehr sie eingebürgert ist und das allgemeine Bewußtsein beherrscht, um so mehr wird Demokratie gleichbedeutend mit dem höchstmöglichen Grad von Freiheit für Alle.

Allerdings sind Demokratie und Gesetzlosigkeit nicht ein und dasselbe. Nicht durch Abwesenheit aller Gesetze kann die Demokratie sich von anderen politischen Systemen unterscheiden, sondern nur durch Abwesenheit von Gesetzen, die auf Besitz, Abstammung und Bekenntniß gegründete Ausnahmen schaffen

[1] Die folgerichtigen Vertreter des Blanquismus faßten die Demokratie denn auch immer zuerst als unterdrückende Macht auf. So schickt Hippolyte Castille seiner Geschichte der zweiten Republik eine Einleitung voraus, die in einer wahren Verherrlichung der Schreckensherrschaft gipfelt. „Die vollkommenste Gesellschaft“, heißt es da, „wäre die, wo die Tyrannei Sache der Gesammtheit wäre. Was im Grunde beweist, daß die vollkommenste Gesellschaft diejenige wäre, wo es am wenigsten Freiheit im satanischen [d. h. individualistischen] Sinne dieses Wortes gäbe.... Was man politische Freiheiten nennt, ist nur ein schöner Name, um die berechtigte Tyrannei der Zahl auszuschmücken. Die politischen Freiheiten sind nur die Opferung einer Anzahl individueller Freiheiten an den despotischen Gott der menschlichen Gesellschaften, an die soziale Vernunft, an den Kontrakt.“ — „Von dieser Epoche [die Zeit vom Oktober 1793 bis April 1794, wo Girondisten, Hebertisten, Dantonisten nacheinander geköpft wurden] datirt in Wahrheit die Wiedergeburt des Prinzips der Autorität, dieser ewigen Schutzwehr der menschlichen Gesellschaften. Befreit von den Gemäßigten und von den Ultras, gegen jeden Konflikt der Gewalten gesichert, gewinnt der öffentliche Wohlfahrtsausschuß, die durch die Umstände gegebene Form der Regierung, die nothwendige Kraft und Einheit, um die Lage zu behaupten und Frankreich von den Gefahren einer andringenden Anarchie zu schützen.... Nein, nicht das Regieren ist es, was die erste französische Republik tödtete, sondern die Parlamentler, die Verräther des Thermidor. Die anarchistischen und liberalen Republikaner, deren wimmelnde Masse Frankreich bedeckt, setzen vergeblich die alte Verleumdung fort. Robespierre bleibt ein bedeutender Mann, nicht seiner Talente und Tugenden wegen, die hier nebensächlich sind, sondern wegen seines Sinnes für die Autorität, wegen seines mächtigen politischen Instinkts.“

Dieser Kultus Robespierres sollte das zweite Kaiserreich nicht überdauern. Der jüngeren Generation blanquistischer Sozialrevolutionäre, die Mitte der sechziger Jahre auf die Bühne traten und vor allem antikirchlich waren, war Robespierre wegen seines Deismus zu spießbürgerlich. Sie schworen zu Hebert und Anacharsis Cloots. Aber sonst räsonnirten sie wie Castille, d. h. sie trieben, wie er, den richtigen Gedanken von der Unterordnung individueller Interessen unter das Allgemeininteresse auf die Spitze.

oder gutheißen, nicht durch totale Abwesenheit von Gesetzen, die die Rechte Einzelner beschränken, sondern durch Aufhebung aller Gesetze, die die allgemeine Rechtsgleichheit, das gleiche Recht Aller beschränken. Wenn so Demokratie und Anarchie durchaus verschiedene Dinge sind, so ist oder wäre es abgeschmackte Begriffsspielerei, bei der alle Unterscheidung verloren geht, Ausdrücke wie Despotie, Tyrannei rc. blos daraufhin auf die Demokratie als Gesellschaftsverfassung anzuwenden, weil bei ihr Mehrheitsbeschlüsse entscheiden und von Jedem verlangt wird, daß er das von der Mehrheit beschlossene Gesetz anerkennt. Gewiß, die Demokratie ist keine absolute Schutzwehr gegen Gesetze, die von Einzelnen als tyrannisch empfunden werden. Aber in unserem Zeitalter ist eine fast unbedingte Sicherheit gegeben, daß die Mehrheit eines demokratischen Gemeinwesens kein Gesetz machen wird, das der persönlichen Freiheit dauernd Abbruch thut, da die Mehrheit von heute stets die Minderheit von morgen werden kann und jedes die Minderheiten bedrückende Gesetz die Mitglieder der zeitweiligen Mehrheit selbst bedrohen würde. Was immer in Zeiten wirklichen Bürgerkriegs von Mehrheitstyrannei ausgeübt worden, ist von der Mehrheitsherrschaft in der modernen Demokratie grundverschieden. In der Praxis hat sich vielmehr gezeigt, daß je länger in einem modernen Staatswesen demokratische Einrichtungen bestanden, um so mehr die Achtung und Berücksichtigung der Rechte der Minderheiten zunahm und die Parteikämpfe an Gehässigkeit verloren.[1] Leute, die sich die Verwirklichung des Sozialismus nicht ohne Gewaltakte vorstellen können, mögen darin ein Argument gegen die Demokratie erblicken, und thatsächlich hat es in der sozialistischen Literatur an solchen Stimmen nicht gefehlt. Aber wer sich nicht der utopistischen Vorstellung hingiebt, daß die modernen Nationen sich unter der Wirkung einer verlängerten revolutionären Katastrophe in eine Unzahl gänzlich von einander unabhängiger Gruppen auflösen werden, der wird in der Demokratie mehr erblicken als ein politisches Mittel, das nur gut ist, soweit es der Arbeiterklasse als Handhabe dient, dem Kapital den Garaus zu machen. Die Demokratie ist Mittel und Zweck zugleich. Sie ist das Mittel der Erkämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus. Sie kann, das ist richtig, keine Wunder thun. Sie kann nicht

---

[1] Von diesem Gesichtspunkt aus ist es bezeichnend, daß die heftigsten Angriffe gegen meine Versündigungen an dem Gedanken von der Diktatur des Proletariats von Angehörigen des despotischst regierten europäischen Staatswesens — Rußlands — kamen und am meisten Anklang in — Sachsen fanden, wo die Regierenden im Interesse der Ordnung ein leidlich demokratisches Wahlrecht zur Landesvertretung dem Dreiklassenwahl-Unrecht aufgeopfert haben, wogegen bei Sozialisten mehr demokratischer Länder die betreffenden Artikel theils rückhaltsloser Zustimmung, theils weitgehender Anerkennung begegneten.

in einem Lande, wie die Schweiz, wo das industrielle Proletariat eine Minderheit der Bevölkerung bildet (noch nicht eine halbe von zwei Millionen Erwachsener), diesem Proletariat die politische Herrschaft in die Hand spielen. Sie kann auch nicht in einem Lande wie England, wo das Proletariat die bei Weitem zahlreichste Klasse der Bevölkerung bildet, dieses Proletariat zum Herrn der Industrie machen, wenn dasselbe theils überhaupt keine Neigung dazu verspürt, theils aber auch sich den damit verbundenen Aufgaben nicht oder noch nicht gewachsen fühlt. Aber in England wie in der Schweiz, und ebenso in Frankreich, den Vereinigten Staaten, den skandinavischen Ländern 2c., hat sie sich als ein machtvoller Hebel des sozialen Fortschritts erwiesen. Wer sich nicht an die Aufschrift, sondern an den Inhalt hält, der wird, wenn er die Gesetzgebung Englands seit der Wahlreform von 1867 durchgeht, die den städtischen Arbeitern das Wahlrecht gab, einen ganz bedeutenden Fortschritt in der Richtung zum Sozialismus, wenn nicht im Sozialismus finden. Die öffentliche Volksschule besteht in drei Vierteln des Landes überhaupt erst seit jener Zeit, bis dahin gab es nur Privat- und Kirchenschulen. Der Schulbesuch belief sich 1865 auf 4,38, 1896 aber auf 14,2 Prozent der Bevölkerung, 1872 gab der Staat erst 15 Millionen, 1896 127 Millionen Mark jährlich allein für Elementarschulen aus. Das Verwaltungswesen in Grafschaft und Gemeinde, für Schul- und Armenwesen hat aufgehört, Monopol der Besitzenden und Privilegirten zu sein, die Masse der Arbeiter hat dort dasselbe Stimmrecht wie der größte Landlord und der reichste Kapitalist. Die indirekten Steuern sind stetig herabgesetzt, die direkten stetig erhöht worden (1866 wurden rund 120 Millionen, 1898 rund 330 Millionen Mark Einkommensteuer erhoben, wozu noch eine Mehreinnahme von mindestens 80 bis 100 Millionen Mark aus erhöhter Erbschaftssteuer kommt). Die Agrargesetzgebung hat die Scheu vor dem Eigenthumsabsolutismus der Grundbesitzer abgelegt und das Expropriationsrecht, das bisher nur für Verkehrs- und Sanitätszwecke anerkannt wurde, prinzipiell auch für Wirthschaftsveränderungen in Anspruch genommen. Die grundsätzlich veränderte Politik des Staates hinsichtlich der direkt und indirekt von ihm beschäftigten Arbeiter ist bekannt, ebenso die Erweiterungen, welche die Fabrikgesetzgebung seit 1870 erfahren. All das, und die Nachahmung, die es in verschiedenem Grade auf dem Festlande gefunden, ist nicht ausschließlich, aber wesentlich der Demokratie oder dem realisirten Stück Demokratie geschuldet, über welches die betreffenden Länder verfügen. Und wenn in einzelnen Fragen die Gesetzgebung der politisch vorgeschrittensten Länder nicht so rasch vorgeht als es in politisch verhältnißmäßig rückständigen Ländern unter dem Einfluß thatendurstiger Monarchen oder ihrer Minister gelegentlich der Fall, so giebt es dafür in Ländern eingewurzelter Demokratie in diesen Dingen kein Rückwärts.

Die Demokratie ist prinzipiell die Aufhebung der Klassenherrschaft, wenn sie auch noch nicht die faktische Aufhebung der Klassen ist. Man spricht vom konservativen Charakter der Demokratie, und in gewisser Hinsicht mit Recht. Der Absolutismus oder Halb-Absolutismus täuscht seine Träger wie seine Gegner über den Umfang ihres Könnens. Daher in Ländern, wo er herrscht oder seine Traditionen noch bestehen, die überfliegenden Pläne, die forcirte Sprache, die Zickzackpolitik, die Furcht vor Umsturz und die Hoffnung auf Unterdrückung. In der Demokratie lernen die Parteien und die hinter ihnen stehenden Klassen bald die Grenzen ihrer Macht kennen und sich jedesmal nur so viel vornehmen, als sie nach Lage der Umstände vernünftigerweise hoffen können, durchzusetzen. Selbst wenn sie ihre Forderungen etwas höher spannen, als im Ernst gemeint, um beim unvermeidlichen Kompromiß — und die Demokratie ist die Hochschule des Kompromisses — ablassen zu können, geschieht es mit Maß. So erscheint in der Demokratie selbst die äußerste Linke meist in konservativem Lichte, und die Reform, weil gleichmäßiger, langsamer als sie in Wirklichkeit ist. Aber doch ist ihre Richtung unverkennbar. Das Wahlrecht der Demokratie macht seinen Inhaber virtuell zu einem Theilhaber am Gemeinwesen, und diese virtuelle Theilhaberschaft muß auf die Dauer zur thatsächlichen Theilhaberschaft führen. Bei einer, der Zahl und Ausbildung nach unentwickelten Arbeiterklasse kann das allgemeine Wahlrecht lange als das Recht erscheinen, den „Metzger" selbst zu wählen, mit der Zahl und Erkenntniß der Arbeiter wird es jedoch zum Werkzeug, die Volksvertreter aus Herren in wirkliche Diener des Volkes zu verwandeln. Wenn die englischen Arbeiter bei Parlamentswahlen für Mitglieder der alten Parteien stimmen und so formell als der Schwanz der Bourgeoisparteien erscheinen, so ist es bei alledem in den industriellen Wahlkreisen weit mehr dieser „Schwanz", der den Kopf zum Wackeln bringt, wie umgekehrt. Ganz abgesehen davon, daß die Wahlrechtserweiterung von 1884 im Verein mit der Reform der Gemeindevertretungen der Sozialdemokratie in England Bürgerrecht als politische Partei erworben hat.

Und ist es anderwärts wesentlich anders? Das allgemeine Wahlrecht konnte in Deutschland vorübergehend Bismarck als Werkzeug dienen, aber schließlich zwang es Bismarck, ihm als Werkzeug zu dienen. Es konnte zeitweilig den ostelbischen Junkern zu Gute kommen, aber es ist längst schon das Grauen dieser selben Junker. Es konnte Bismarck 1878 in die Lage bringen, sich die Waffe des Sozialistengesetzes zu schmieden, aber an ihm ist diese Waffe auch stumpf und brüchig geworden, bis sie mit seiner Hilfe Bismarck aus der Hand geschlagen wurde. Hätte Bismarck 1878 mit seiner damaligen Mehrheit statt ein polizistisches ein politisches Ausnahmegesetz geschaffen, das die Arbeiter wieder außerhalb des Wahlrechts stellte, so würde er auf eine

ziemliche Zeit hinaus die Sozialdemokratie schärfer getroffen haben, als mit dem ersteren. Allerdings würde er dann auch andere Leute getroffen haben. Das allgemeine Wahlrecht ist nach zwei Seiten hin die Alternative des Umsturzes.

Aber das allgemeine Wahlrecht ist erst ein Stück Demokratie, wenn auch ein Stück, das auf die Dauer die anderen nach sich ziehen muß, wie der Magnet die zerstreuten Eisentheile an sich zieht. Das geht wohl langsamer vor sich, wie es Mancher wünscht, aber trotzdem ist es im Werk. Und die Sozialdemokratie kann dies Werk nicht besser fördern, als wenn sie sich rückhaltlos, auch in der Doktrin, auf den Boden des allgemeinen Wahlrechts, der Demokratie, stellt, mit allen sich daraus für ihre Taktik ergebenden Konsequenzen.

In der Praxis, d. h. in ihren Handlungen, hat sie es schließlich immer gethan. Aber in ihren Erklärungen haben ihre literarischen Vertreter oft dagegen verstoßen und wird noch heute oft dagegen verstoßen. Phrasen, die in einer Zeit verfaßt wurden, wo überall in Europa das Privilegium des Besitzes unumschränkt herrschte, und die unter diesen Umständen erklärlich und bis zu einem gewissen Grade auch berechtigt waren, heute aber nur noch todtes Gewicht sind, werden mit einer Ehrfurcht behandelt, als ob von ihnen und nicht von der lebendigen Erkenntniß dessen, was gethan werden kann und noththut, der Fortschritt der Bewegung abhinge. Oder hat es z. B. einen Sinn, die Phrase von der Diktatur des Proletariats zu einer Zeit festzuhalten, wo an allen möglichen Orten Vertreter der Sozialdemokratie sich praktisch auf den Boden der parlamentarischen Arbeit, der zahlengerechten Volksvertretung und der Volksgesetzgebung stellen, die alle der Diktatur widersprechen?[1] Sie ist heute so überlebt, daß sie mit der Wirklichkeit nur dadurch zu vereinen ist, daß man das Wort Diktatur seiner faktischen Bedeutung entkleidet und ihm irgend welchen abgeschwächten Sinn beilegt. Die ganze praktische Thätigkeit der Sozialdemokratie geht darauf hinaus, Zustände und Vorbedingungen zu schaffen, die eine von konvulsivischen Ausbrüchen freie Ueberführung der modernen Gesellschaftsordnung in eine höhere ermöglichen und verbürgen sollen. Aus dem Bewußtsein, die Pioniere einer höheren Kultur zu sein, schöpfen ihre Anhänger immer wieder Begeisterung und Anfeuerung, in ihm ruht auch zuletzt der sittliche Rechtstitel der angestrebten gesellschaftlichen Expropriation. Die Klassendiktatur aber gehört einer tieferen Kultur an, und abgesehen von der Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit der Sache, ist es nur als ein Rückfall, als politischer Atavismus zu betrachten,

[1] Vergl. z. B. die Erklärung der Offenbacher Sozialisten gegen die Vergewaltigung der nichtsozialistischen Minderheit in der Gemeindevertretung und die Zustimmung, die sie auf der Konferenz der sozialistischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg gefunden hat. („Vorwärts" vom 28. Dezember 1898.)

wenn der Gedanke erweckt wird, der Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft müsse sich nothwendigerweise unter den Entwicklungsformen einer Zeit vollziehen, welche die heutigen Methoden der Propagirung und Erzielung von Gesetzen noch gar nicht oder nur in ganz unvollkommener Gestalt kannte und der geeigneten Organe dazu entbehrte.

Ich sage ausdrücklich, Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft, und nicht „von der bürgerlichen Gesellschaft", wie das heute so häufig geschieht. Diese Anwendung des Wortes „bürgerlich" ist vielmehr ebenfalls ein Atavismus oder jedenfalls eine sprachliche Zweideutigkeit, die als ein Uebelstand der Phraseologie der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet werden muß und eine vortreffliche Brücke zu Mißdeutungen bei Freund und Feind bildet. Die Schuld liegt hier zum Theil bei der deutschen Sprache, die kein eigenes Wort für den Begriff des gleichberechtigten Bürgers eines Gemeinwesens hat, getrennt vom Begriff des bevorrechteten Bürgers. Da alle Versuche, einen speziellen Ausdruck für den ersteren oder den letzteren Begriff zu bilden und in den Sprachgebrauch einzuführen, bisher fehlgeschlagen sind, scheint es mir immer noch besser, für den privilegirten Bürger und was sich auf ihn bezieht, das Fremdwort Bourgeois zu gebrauchen, als durch seine Uebersetzung mit „Bürger" oder „bürgerlich" allen möglichen Mißverständnissen und Mißdeutungen das Thor zu öffnen.

Heute weiß schließlich Jeder, was gemeint ist, wenn von Bekämpfung der Bourgeoisie und Abschaffung der Bourgeoisgesellschaft gesprochen wird. Aber was heißt Bekämpfung oder Abschaffung der bürgerlichen Gesellschaft? Was heißt es namentlich in Deutschland, in dessen größtem und leitendem Staate, Preußen, es sich noch immer darum handelt, ein großes Stück Feudalismus erst loszuwerden, das der bürgerlichen Entwicklung im Wege steht? Kein Mensch denkt daran, der bürgerlichen Gesellschaft als einem zivilistisch geordneten Gemeinwesen an den Leib zu wollen. Im Gegentheil. Die Sozialdemokratie will nicht diese Gesellschaft auflösen und ihre Mitglieder allesammt proletarisiren, sie arbeitet vielmehr unablässig daran, den Arbeiter aus der sozialen Stellung eines Proletariers zu der eines Bürgers zu erheben und so das Bürgerthum oder Bürgersein zu verallgemeinern. Sie will nicht an die Stelle der bürgerlichen eine proletarische Gesellschaft, sondern sie will an die Stelle der kapitalistischen eine sozialistische Gesellschaftsordnung setzen. Es wäre gut, wenn man, statt jener zweideutigen Wendung sich zu bedienen, sich an diese letztere, ganz unzweideutige Erklärung hielte. Dann würde man auch einen guten Theil anderer Widersprüche los, welche die Gegner nicht ganz mit Unrecht zwischen der Phraseologie und der Praxis der Sozialdemokratie konstatiren. Einzelne sozialistische Blätter gefallen sich heute in einer forcirt antibürgerlichen Sprache, die allenfalls am Platze wäre, wenn wir

sektirermäßig als Anachoreten lebten, die aber widersinnig ist zu einer Zeit, die es für keinen Verstoß gegen die sozialistische Gesinnung erklärt, sein Privatleben durchaus „bourgeoismäßig" einzurichten.[1]

Schließlich wäre es auch zu empfehlen, in Kriegserklärungen gegen den „Liberalismus" etwas Maß zu halten. Es ist ja richtig, die große liberale Bewegung der Neuzeit ist zunächst der kapitalistischen Bourgeoisie zu Gute gekommen und die Parteien, die sich den Namen liberal zulegten, waren oder wurden im Verlaufe reine Schutzgarden des Kapitalismus. Zwischen diesen Parteien und der Sozialdemokratie kann natürlich nur Gegnerschaft herrschen. Was aber den Liberalismus als weltgeschichtliche Bewegung anbetrifft, so ist der Sozialismus nicht nur der Zeitfolge, sondern auch dem geistigen Gehalt nach sein legitimer Erbe, wie sich das übrigens auch praktisch bei jeder prinzipiellen Frage zeigt, zu der die Sozialdemokratie Stellung zu nehmen hatte. Wo irgend eine wirthschaftliche Forderung des sozialistischen Programms in einer Weise oder unter Umständen ausgeführt werden sollte, daß die freiheitliche Entwicklung dadurch ernsthaft gefährdet erschien, hat die Sozialdemokratie sich nie gescheut, dagegen Stellung zu nehmen. Die Sicherung der staatsbürgerlichen Freiheit hat ihr stets höher gestanden, als die Erfüllung irgend eines wirthschaftlichen Postulats. Die Ausbildung und Sicherung der freien Persönlichkeit ist der Zweck aller sozialistischen Maßregeln, auch derjenigen, die äußerlich sich als Zwangsmaßregeln darstellen. Stets wird ihre genauere Untersuchung zeigen, daß es sich dabei um einen Zwang handelt, der die Summe von Freiheit in der Gesellschaft erhöhen, der mehr und einem weiteren Kreise Freiheit geben soll, als er nimmt. Der gesetzliche Maximal-

---

[1] In diesem Punkte war Lassalle sehr viel logischer, als wir es heute sind. Wohl war es eine große Einseitigkeit, daß er den Begriff des Bourgeois lediglich aus dem politischen Privilegium ableitete, statt mindestens zugleich aus der ökonomischen Machtstellung. Aber im Uebrigen war er Realist genug, dem obigen Widersinn von vornherein die Spitze abzuschneiden, wenn er im „Arbeiterprogramm" erklärte: „In die deutsche Sprache würde das Wort Bourgeoisie mit Bürgerthum zu übersetzen sein. Diese Bedeutung aber hat es bei mir nicht. Bürger sind wir Alle; der Arbeiter, der Kleinbürger, der Großbürger u. s. w. Das Wort Bourgeoisie hat vielmehr im Laufe der Geschichte die Bedeutung angenommen, eine ganz bestimmte politische Richtung zu bezeichnen." (Gesammtausgabe II, S. 27.) Was Lassalle dort weiterhin von der verdrehten Logik des Sansculottismus sagt, ist namentlich den Belletristen zu empfehlen, die das Bürgerthum „naturalistisch" im Café studiren und dann ebenso die ganze Klasse nach ihren trockenen Früchten beurtheilen, wie der Philister im Schnapsbruder den Typus des modernen Arbeiters zu sehen glaubt. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich das Bürgerthum — das deutsche nicht ausgenommen — im Großen und Ganzen nicht nur ökonomisch, sondern auch moralisch für noch ziemlich gesund halte.

arbeitstag z. B. ist faktisch eine Minimalfreiheits-Bestimmung, ein Verbot, seine Freiheit auf länger als eine bestimmte Zahl von Stunden täglich zu verkaufen, und steht als solches prinzipiell auf demselben Boden, wie das von allen Liberalen gebilligte Verbot, sich dauernd in persönliche Knechtschaft zu veräußern. Es ist insofern kein Zufall, daß das erste Land, wo ein Maximalarbeitstag durchgeführt wurde, das demokratisch vorgeschrittenste Gemeinwesen Europas, die Schweiz, war, und die Demokratie ist nur die politische Form des Liberalismus. Gegenbewegung gegen die Unterwerfung der Völker unter von außen aufgedrungene oder nur noch aus der Tradition ihre Berechtigung schöpfende Einrichtungen, hatte der Liberalismus seine Verwirklichung zunächst als Prinzip der Souveränetät der Zeiten und der Völker zu verwirklichen gesucht, welche beide Prinzipien die ewige Diskussion der Staatsrechtsphilosophen des 17. und 18. Jahrhunderts bildeten, bis Rousseau in seinem Gesellschaftsvertrag sie als Grundbedingungen der Rechtsgiltigkeit jeder Verfassung aufstellte und die französische Revolution sie — in der von Rousseauschem Geist erfüllten demokratischen Verfassung von 1793 — als unveräußerliche Menschenrechte proklamirte.[1]

Die Verfassung von 1793 war der folgerichtige Ausdruck der liberalen Ideen der Epoche, und wie wenig sie dem Sozialismus im Wege war oder ist, zeigt ein flüchtiger Durchblick ihres Inhalts. Babeuf und die Gleichen sahen denn auch in ihr einen trefflichen Ansatzpunkt für die Verwirklichung ihrer kommunistischen Bestrebungen und schrieben demgemäß die Wiederherstellung der Konstitution von 1793 an die Spitze ihrer Forderungen. Was sich später als politischer Liberalismus gab, sind Abschwächungen und Anpassungen, wie sie den Bedürfnissen des kapitalistischen Bürgerthums nach Sturz des alten Regimes entsprachen oder genügten, gerade wie die sogenannte Manchesterlehre nur eine Abschwächung und einseitige Darstellung der von den Klassikern des wirthschaftlichen Liberalismus niedergelegten Grundsätze war. Thatsächlich giebt es keinen liberalen Gedanken, der nicht auch zum Ideengehalt des Sozialismus gehörte. Selbst das Prinzip der wirthschaftlichen Selbstverantwortlichkeit, das anscheinend so ganz und gar manchesterlich ist, kann meines Erachtens vom Sozialismus weder theoretisch negirt, noch unter irgend denkbaren Umständen außer Wirksamkeit gesetzt werden. Ohne Verantwortlichkeit keine Freiheit; wir mögen theoretisch über die Handlungsfreiheit des Menschen denken wie wir wollen, praktisch müssen wir von ihr als Grundlage des Sittengesetzes ausgehen, denn nur unter dieser Bedingung ist eine soziale

---

[1] „Die Souveränetät ruht beim Volke. Sie ist untheilbar, unverjährbar und unveräußerlich.“ Art. 25. „Ein Volk hat jederzeit das Recht, seine Verfassung zu revidiren, zu reformiren und abzuändern. Keine Generation kann die andere an ihre Gesetze binden.“ Art. 28.

Moral möglich. Und ebenso ist im Zeitalter des Verkehrs in unseren nach Millionen zählenden Staaten ein gesundes soziales Leben unmöglich, wenn nicht die wirthschaftliche Selbstverantwortlichkeit aller Arbeitsfähigen unterstellt wird. Die Anerkennung der wirthschaftlichen Selbstverantwortlichkeit ist die Gegenleistung des Individuums an die Gesellschaft für die ihm von ihr erwiesenen oder gebotenen Dienste.

Es sei mir erlaubt, hier einige Sätze aus meinem schon erwähnten Artikel über die „Sozialpolitische Bedeutung von Raum und Zahl“ zu zitiren.

„Nur dem Grade nach wird denn auch in absehbarer Zeit an der wirthschaftlichen Selbstverantwortlichkeit der Arbeitsfähigen geändert werden können. Die Arbeitsstatistik kann sehr bedeutend ausgebildet, die Arbeitsvermittlung sehr vervollkommnet, der Arbeitswechsel erleichtert und ein Arbeitsrecht ausgebildet werden, das dem Einzelnen eine unendlich größere Sicherheit der Existenz und Leichtigkeit der Berufswahl ermöglicht, als sie heute gegeben ist. Die vorgeschrittensten Organe der wirthschaftlichen Selbsthilfe — die großen Gewerkschaften — zeigen in dieser Hinsicht schon den Weg an, den die Entwicklung voraussichtlich nehmen wird. . . . Wenn heute schon starke Gewerkschaften ihren leistungsfähigen Mitgliedern ein gewisses Recht auf Beschäftigung sichern, es den Unternehmern sehr unrathsam erscheinen lassen, ein Gewerkschaftsmitglied ohne sehr triftigen, auch von der Gewerkschaft anerkannten Grund zu entlassen, wenn sie beim Arbeitsnachweis Reihenfolge der Meldung und Bedürfniß kombiniren, so sind darin schon Fingerzeige für die Entwicklung eines demokratischen Arbeitsrechts gegeben“ („Neue Zeit“, XV, 2, S. 141). Andere Anfänge dazu sind heute in der Form von Gewerbegerichten, Arbeiterkammern und ähnlichen Schöpfungen gegeben, in denen die demokratische Selbstverwaltung, wenn auch oft noch unvollkommen, Gestalt gefunden hat. Auf der anderen Seite wird ohne Zweifel die Erweiterung der öffentlichen Dienste, insbesondere des Erziehungswesens und der Gegenseitigkeitseinrichtungen (Versicherungen 2c.) sehr viel dazu beitragen, die wirthschaftliche Selbstverantwortlichkeit aller Härten zu entkleiden. Aber ein Recht auf Arbeit in dem Sinne, daß der Staat Jedem Beschäftigung in seinem Beruf garantirte, ist in absehbarer Zeit ganz und gar unwahrscheinlich und auch nicht einmal wünschbar. Was seine Befürworter wollten, kann nur auf dem geschilderten Wege, durch Kombination verschiedener Organe, mit Vortheil für das Gemeinwesen erzielt werden, und ebenso kann die allgemeine Arbeitspflicht nur auf diese Weise ohne ertödtende Bureaukratie verwirklicht werden. In so großen und komplizirten Organismen, wie unsere modernen Kulturstaaten und ihre Industriezentren, würde ein absolutes Recht auf Arbeit blos desorganisirend wirken, wäre es „nur als Quelle gehässigster Willkür und ewiger Zänkerei denkbar“ (a. a. O.).

Der Liberalismus hatte geschichtlich die Aufgabe, die Fesseln zu sprengen, welche die gebundene Wirthschaft und die entsprechenden Rechtseinrichtungen des Mittelalters der Fortentwicklung der Gesellschaft anlegten. Daß er zunächst als Bourgeoisliberalismus feste Gestalt erhielt, hindert nicht, daß er thatsächlich ein sehr viel weiter reichendes allgemeines Gesellschaftsprinzip ausdrückt, dessen Vollendung der Sozialismus sein wird. Der Sozialismus will keine neue Gebundenheit irgend welcher Art schaffen. Das Individuum soll frei sein — nicht in dem metaphysischen Sinne, wie es die Anarchisten träumen, d. h. frei aller Pflichten gegen das Gemeinwesen, wohl aber frei von jedem ökonomischen Zwange in seiner Bewegung und Berufswahl. Solche Freiheit ist für Alle nur möglich durch das Mittel der Organisation. In diesem Sinne könnte man den Sozialismus auch organisatorischen Liberalismus nennen, denn wenn man die Organisationen, die der Sozialismus will und wie er sie will, genauer prüft, so wird man finden, daß was sie von ihnen äußerlich ähnlichen feudalistischen Einrichtungen vor Allem unterscheidet, eben ihr Liberalismus ist: ihre demokratische Verfassung, ihre Zugänglichkeit. Daher ist der nach zunftähnlicher Abschließung strebende Gewerkverein zwar ein dem Sozialisten verständliches Produkt der Gegenwehr gegen die Tendenz des Kapitalismus, den Arbeitsmarkt zu überfüllen, aber zugleich auch gerade wegen seiner Abschließungstendenz und in dem Grade, als sie ihn beherrscht, eine unsozialistische Körperschaft. Und eben dasselbe würde von der Gewerkschaft als Eignerin eines ganzen Produktionszweigs gelten, da sie in gleicher Weise mit Naturnothwendigkeit auf Ausschließlichkeit gerichtet wäre wie die „reine" Produktivgenossenschaft.[1]

In diesem Zusammenhang sei ein Satz aus Lassalles „System der erworbenen Rechte" zitirt, der mir immer als ein trefflicher Wegweiser für die einschlägigen Probleme erschien: „Das, wogegen die tiefer gehenden Strömungen unserer Zeit gerichtet sind", sagt Lassalle dort, „und woran sie sich noch abquälen, ist nicht das Moment des Individuellen — dieses würde vielmehr mit ebensolcher Konsequenz auf ihrer Seite stehen, wie das des Allgemeinen —, sondern es ist der noch aus dem Mittelalter mit herübergebrachte und uns noch immer im Fleisch haftende Knorren der Be-

[1] An dem obigen Kriterium ist meines Erachtens auch die heute so lebhaft erörterte Frage der freien Arztwahl in den Krankenkassen zu beurtheilen. Welche örtlichen Umstände immer die Krankenkassen veranlassen mögen, die Arztwahl zu beschränken, prinzipiell ist solche Beschränkung sicherlich unsozialistisch. Der Arzt soll nicht Beamter einer geschlossenen Körperschaft, sondern des Gemeinwesens sein, sonst würden wir allmälig dahin kommen, daß der Satz des Kommunistischen Manifests: „Die Bourgeoisie hat den Arzt, den Juristen, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt", eine eigenthümliche Umarbeitung zu erfahren hätte.

sonderheit" („System", 2. Aufl., 1. Theil, S. 221). Auf unseren Gegenstand übertragen, die Organisation soll verbindendes, nicht trennendes Glied zwischen Individuum und Allgemeinheit sein. Wenn Lassalle im Verlauf der zitirten Stelle dem Liberalismus vorwirft, er wolle die Rechte, die er proklamire, nicht für das Individuum als solches, sondern nur für das in besonderer Lage befindliche Individuum, so zielt das, wie es übrigens in einem unmittelbar vorhergehenden Satze auch ausdrücklich heißt, gegen die damalige liberale Partei, „unseren sogenannten Liberalismus", nicht gegen den theoretischen Liberalismus.

Es ist kein sehr einfaches Problem, das mit den vorstehenden Ausführungen angezeigt ist, es birgt in seinem Schoße vielmehr eine ganze Reihe von Klippen. Die politische Gleichheit allein hat sich bisher nirgends als ausreichend erwiesen, die gesunde Entwicklung solcher Gemeinwesen zu sichern, deren Schwerpunkt in großen Städten lag. Sie ist, wie Frankreich und die Vereinigten Staaten zeigen, kein unfehlbares Heilmittel gegen das Ueberwuchern aller Arten von sozialem Parasitismus und Korruption. Steckte in einem großen Theile des französischen Volkes nicht ein so außerordentlicher Fond von Solidität und wäre das Land nicht geographisch so begünstigt, so hätte Frankreich längst an der Landplage der Beamtenzucht zu Grunde gehen müssen, wie sie sich dort eingenistet hat. Jedenfalls bildet diese Plage eine der Ursachen, warum trotz der hohen geistigen Regsamkeit der Franzosen Frankreichs industrielle Entwicklung hinter der der Nachbarländer immer mehr zurückbleibt. Soll die Demokratie nicht den zentralistischen Absolutismus im Hecken von Bureaukratien noch überbieten, so muß sie aufgebaut sein auf einer weit gegliederten Selbstverwaltung mit entsprechender wirthschaftlicher Selbstverantwortlichkeit aller Verwaltungseinheiten wie der mündigen Staatsbürger. Nichts ist ihrer gesunden Entwicklung schädlicher als erzwungene Uniformität und ein zu reichliches Maß von Protektionismus. Sie erschweren oder verhindern jede rationelle Unterscheidung zwischen lebensfähigen und parasitischen Einrichtungen. Wenn der Staat auf der einen Seite alle gesetzlichen Hindernisse der Organisation der Produzenten aufhebt und den Berufsverbänden unter bestimmten Bedingungen, welche deren Ausartung in monopolistische Korporationen vorbeugen, gewisse Vollmachten hinsichtlich der Kontrolle der Industrie überträgt, so daß alle Garantien gegen Lohndrückerei und Ueberarbeit gegeben sind, und wenn auf der anderen Seite durch die früher skizzirten Einrichtungen dafür gesorgt wird, daß Niemand durch äußerste Noth gezwungen wird, seine Arbeit zu unwürdigen Bedingungen zu veräußern, dann kann es der Gesellschaft gleichgiltig sein, ob neben den öffentlichen und genossenschaftlichen Betrieben noch Unternehmungen existiren, welche von Privaten für den eigenen Gewinn betrieben werden. Sie werden ganz von selbst mit der Zeit genossenschaftlichen Charakter annehmen.

Die geschilderten Einrichtungen zu schaffen oder, soweit damit schon begonnen, sie weiterzubilden, ist die unerläßliche Vorbedingung dessen, was wir die Vergesellschaftung der Produktion nennen. Ohne sie würde die sogenannte gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel voraussichtlich nur maßlose Verwüstung von Produktionskräften, sinnlose Experimentirerei und zwecklose Gewaltthätigkeit zur Folge haben, die politische Herrschaft der Arbeiterklasse sich in der That nur durchsetzen können in der Form einer diktatorischen revolutionären Zentralgewalt, unterstützt durch die terroristische Diktatur revolutionärer Klubs. Als solche schwebte sie den Blanquisten vor und als solche wird sie auch noch im „Kommunistischen Manifest“ und den der Epoche seiner Abfassung angehörenden Publikationen seiner Verfasser unterstellt. Aber „gegenüber den praktischen Erfahrungen der Februarrevolution und noch weit mehr der Pariser Kommune, wo das Proletariat zum ersten Male zwei Monate lang die politische Gewalt inne hatte“, ist das im Manifest gegebene Revolutionsprogramm „stellenweise veraltet“. „Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.“

So Marx und Engels 1872 im Vorwort zur Neuauflage des Manifests. Und sie verweisen auf die Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, wo dies weiter entwickelt sei. Wenn wir aber die genannte Schrift aufschlagen und den betreffenden Abschnitt (es ist der dritte) nachlesen, so finden wir ein Programm entwickelt, das seinem politischen Gehalt nach in allen wesentlichen Zügen die größte Aehnlichkeit aufweist mit dem Föderalismus — Proudhons.

„Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegentheil organisirt werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war. Während es galt, die blos unterdrückenden Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft übergeben werden. Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituirten Volke dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen.“

„Der Gegensatz der Kommune gegen die Staatsgewalt ist angesehen worden für eine übertriebene Form des alten Kampfes gegen Ueberzentralisation. ... Die Kommunalverfassung würde im Gegentheil dem gesellschaft-

lichen Körper alle die Kräfte zurückgegeben haben, den bisher der Schmarotzer-auswurf ‚Staat', der von der Gesellschaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt, aufgezehrt hat. Durch diese That allein würde sie die Wiedergeburt Frankreichs in Gang gesetzt haben."

So Marx im „Bürgerkrieg in Frankreich".

Hören wir nun Proudhon. Da ich sein Buch über den Föderalismus nicht zur Hand habe, mögen hier einige Sätze aus seiner Schrift über die politischen Fähigkeiten der Arbeiterklassen folgen, in der er beiläufig die Konstituirung der Arbeiter zur eigenen politischen Partei predigt.

„In einer nach den wahren Begriffen der Volkssouveränetät, d. h. nach den Grundsätzen des Vertragsrechts organisirten Demokratie ist jede unterdrückende oder korrumpirende Aktion der Zentralgewalt auf die Nation unmöglich gemacht; die bloße Annahme einer solchen ist schon abgeschmackt."

„Und warum?

„Weil in einer wahrhaft freien Demokratie die Zentralgewalt sich nicht von der Versammlung der Delegirten, der natürlichen Organe der zur Vereinbarung zusammengerufenen Lokalinteressen, unterscheidet. Weil jeder Deputirte vor Allem Mann der Lokalität ist, die ihn zum Vertreter ernannt hat, ihr Sendling, einer ihrer Mitbürger, ihr Spezialmandatar, der beauftragt ist, ihre besonderen Interessen zu vertheidigen, bezw. sie vor der großen Jury [der Nation] möglichst mit den allgemeinen Interessen in Einklang zu bringen. Weil die vereinigten Delegirten, wenn sie aus ihrem Schoße einen zentralen Vollziehungsausschuß wählen, diesen nicht von sich unterschieden und zu ihrem Oberen machen, der mit ihnen einen Konflikt unterhalten kann."

„Kein Mittelding, die Kommune wird souverän sein oder nur eine Sukkursale [des Staats], alles oder nichts. Gebt ihr ein so schönes Stück, wie ihr wollt, von dem Augenblick an, wo sie nicht ihr Recht aus sich selbst schöpft, wo sie ein höheres Gesetz anerkennen muß, wo die große Gruppe, der sie angehört, zu ihrem Oberen erklärt wird und nicht der Ausdruck ihrer föderativen Beziehungen ist, ist es unvermeidlich, daß sie sich eines Tages im Gegensatz zu einander finden, und der Konflikt ausbricht." Dann aber werde die Logik und die Gewalt auf Seiten der Zentralgewalt sein. „Die Idee einer Einschränkung der Staatsgewalt durch die Gruppen, wo das Prinzip der Subordination und Zentralisirung dieser Gruppen selbst herrscht, ist eine Inkonsequenz, um nicht zu sagen ein Widerspruch." Sie sei das Munizipalprinzip des Bourgeoisliberalismus. Ein „föderirtes Frankreich" dagegen „ein Regime, welches das Ideal der Unabhängigkeit darstellt, und dessen erster Akt darin bestände, den Kommunen ihre volle Selbständigkeit und den Provinzen ihre Selbstbestimmung zurückzugeben" — das sei die munizipale Freiheit, welche die Arbeiterklasse auf ihre Fahne zu schreiben habe. („Capacité Politique

des Classes Ouvrières“, S. 224, 225, 231, 235.) Und wenn es im „Bürgerkrieg“ heißt, daß „die politische Herrschaft des Produzenten nicht bestehen kann neben der Verewigung seiner gesellschaftlichen Knechtschaft“, so lesen wir in der „Capacité Politique“: „Einmal die politische Gleichheit gegeben, durch das allgemeine Stimmrecht in die Praxis gesetzt, geht die Tendenz der Nation zur ökonomischen Gleichheit. Gerade so verstanden es die Arbeiterkandidaten. Aber dies ist es auch, was ihre Bourgeoisrivalen nicht wollen“ (a. a. O., S. 214). Kurz, bei allen sonstigen Verschiedenheiten zwischen Marx und dem „Kleinbürger“ Proudhon ist in diesen Punkten der Gedankengang bei ihnen so nahe wie nur möglich.

Es ist auch gar nicht zweifelhaft, sondern hat sich seither schon vielfach praktisch erwiesen, daß die allgemeine Entwicklung der modernen Gesellschaft auf eine stetige Erhöhung der Aufgaben der Munizipalitäten und Erweiterung der Munizipalfreiheiten geht, daß die Kommune ein immer wichtigerer Hebel der sozialen Emanzipation wird. Ob freilich eine solche Auflösung der modernen Staatswesen und die völlige Umwandlung ihrer Organisation, wie Marx und Proudhon sie schildern (die Bildung der Nationalversammlung aus Delegirten der Provinz- bezw. Bezirksversammlungen, die ihrerseits aus Delegirten der Kommunen zusammenzusetzen wären), das erste Werk der Demokratie zu sein hätte, so daß also die bisherige Form der Nationalvertretungen wegfiele, erscheint mir zweifelhaft. Die moderne Entwicklung hat zu viele Einrichtungen gezeitigt, deren Umfang der Kontrolle der Munizipalitäten und selbst der Bezirke und Provinzen entwachsen ist, als daß vor der Umwandlung ihrer Organisation die Kontrolle der Zentralverwaltungen entbehrt werden könnte. Auch ist mir die absolute Souveränetät der Gemeinden ꝛc. kein Ideal. Die Gemeinde ist ein integrirender Theil der Nation und hat so gut Pflichten gegen sie wie Rechte auf sie. So wenig wie dem Individuum, kann z. B. der Gemeinde ein unbedingtes und ausschließliches Recht auf den Boden eingeräumt werden. Werthvolle Regale, Forsten, Flußrechte ꝛc. gehören in letzter Instanz nicht den Gemeinden oder den Bezirken, die auch nur Nutznießer sind, sondern der Nation. So erscheint eine Vertretung, bei der das nationale und nicht das provinzielle oder lokale Interesse im Vordergrund steht, bezw. erste Pflicht der Vertreter ist, gerade in einer Uebergangsepoche als unentbehrlich. Neben ihr werden aber jene Versammlungen und Vertretungen eine immer größere Bedeutung erlangen, so daß, Revolution oder nicht, die Funktionen der Zentralvertretungen immer geringer werden und damit auch die Gefahr dieser Vertretungen oder Behörden für die Demokratie. In vorgeschrittenen Ländern ist sie schon heute sehr gering.

Aber es kommt hier weniger auf die Kritik der Einzelnheiten jenes Programms an, als hervorzuheben, wie sehr energisch in demselben die Selbst-

verwaltung als die Vorbedingung der sozialen Emanzipation betont, wie die demokratische Organisation von unten auf als der Weg zur Verwirklichung des Sozialismus bezeichnet wird, wie sich die Antagonisten Proudhon und Marx doch wieder im — Liberalismus begegneten.

Wie die Gemeinden und die übrigen Selbstverwaltungskörper sich unter der vollen Demokratie ihrer Aufgaben entledigen, wie weit sie diese Aufgaben sich stecken werden, das muß die Zukunft selbst lehren. Soviel aber ist klar: sie werden um so mehr und ungestümer experimentiren und daher um so größeren Fehlgriffen ausgesetzt sein, je plötzlicher sie in den Besitz ihrer Freiheit kommen, und sie werden um so umsichtiger und praktischer vorgehen und um so besser das Wohl der Allgemeinheit wahrnehmen, je mehr die Arbeiterdemokratie sich in der Schule der Selbstverwaltung geübt hat.

Einfach wie die Demokratie auf den ersten Blick erscheint, sind ihre Probleme in einer so verwickelten Gesellschaft wie die unserige doch keineswegs so leicht zu lösen. Man lese nur in der Webbschen Theorie der Gewerkvereine nach, wie viele Experimente die englischen Gewerkvereine zu machen hatten und noch machen, um nur die zweckgemäße Form ihrer Verwaltung und Leitung zu finden, und wie viel für die Gewerkschaften von dieser Verfassungsfrage abhängt. Die englischen Gewerkschaften haben sich in dieser Beziehung seit über siebzig Jahren in voller Freiheit entwickeln können. Sie haben mit der elementarsten Form der Selbstregierung begonnen und sich durch die Praxis überzeugen müssen, daß diese Form auch nur für die elementarsten Organismen, für ganz kleine Lokalvereine paßt. Sie haben, je mehr sie wuchsen, Schritt für Schritt auf gewisse Lieblingsideen des doktrinären Demokratismus (das gebundene Mandat, der unbezahlte Beamte, die machtlose Zentralvertretung) als ihre gedeihliche Entwicklung lähmend verzichten und dafür eine leistungsfähige Demokratie mit repräsentativen Versammlungen, bezahlten Beamten und bevollmächtigter Zentralleitung ausbilden gelernt. Dieses Stück Entwicklungsgeschichte der „gewerblichen Demokratie“ ist ungemein lehrreich. Paßt auch nicht alles, was von den Gewerkschaften zutrifft, für die Einheiten der nationalen Verwaltungskörper, so trifft doch sehr vieles davon auch für sie zu. Das betreffende Kapitel des Webbschen Buches ist ein Stück demokratischer Verwaltungslehre, das übrigens in vielen Punkten mit den Folgerungen Kautskys in dessen Buch über die direkte Volksgesetzgebung übereinstimmt. An der Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaften zeigt sich, wie die vollziehende Zentralverwaltung — ihre Staatsregierung — rein aus der Arbeitstheilung hervorgehen kann, die durch die räumliche Ausdehnung des Organismus und die Zahl seiner Angehörigen nöthig wird. Möglich, daß mit der sozialistischen Entwicklung der Gesellschaft auch diese Zentralisation später wieder überflüssig werden wird. Vorläufig aber wird sie auch in der Demo-

kratie nicht entbehrt werden können. Wie schon am Schlusse des ersten Abschnitts dieses Kapitels ausgeführt wurde, ist es eine Unmöglichkeit für die Gemeinden größerer Städte oder Industriezentren, alle örtlichen Produktions- und Handelsunternehmungen in Eigenbetrieb zu übernehmen. Es ist ebenso schon aus praktischen Gründen unwahrscheinlich — um von Billigkeitsgründen, die dagegen sprechen, ganz zu schweigen —, daß sie etwa in einer revolutionären Erhebung jene Unternehmungen sammt und sonders kurzerhand „expropriiren“ würden. Aber selbst wenn sie es thäten (wobei sie in der Mehrheit der Fälle übrigens nur die leeren Hülsen in die Hand bekämen), würden sie genöthigt sein, die Masse der Geschäfte an Genossenschaften zu verpachten, sei es an individuelle Genossenschaften, sei es an Gewerkschaften zum eigenen genossenschaftlichen Betrieb.[1]

In jedem dieser Fälle, wie auch den lokalen und nationalen Eigenbetrieben gegenüber, würden gewisse Interessen der Allgemeinheit der einzelnen Berufe wahrzunehmen sein und so immer noch Raum für eine Ueberwachungsthätigkeit der Gewerkschaften verbleiben. Besonders in Uebergangsperioden ist Mannigfaltigkeit der vorhandenen Organe von großem Werth.

Indeß so weit sind wir noch nicht, und es ist nicht meine Absicht, Zukunftsbilder zu entwickeln. Nicht was in der weiteren Zukunft geschehen wird, liegt mir am Herzen, sondern was in der Gegenwart für diese selbst und die nächste Zukunft geschehen kann und soll. Und da ist der Schluß dieser Darlegungen der sehr banale Satz, daß die Erkämpfung der Demokratie, die Ausbildung von politischen und wirthschaftlichen Organen der Demokratie die unerläßliche Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus ist. Wenn darauf erwidert wird, daß die Aussichten, dies ohne politische Katastrophe zu erringen, in Deutschland äußerst gering, ja so gut wie nicht vorhanden seien, daß das deutsche Bürgerthum immer reaktionärer werde, so mag das für den Moment vielleicht richtig sein, obgleich manche Erscheinungen auch dagegen sprechen. Aber es kann nicht auf die Dauer so sein. Das, was man Bürgerthum nennt, ist eine sehr zusammengesetzte Klasse, aus allerhand Schichten mit sehr verschiedenartigen, bezw. unterschiedenen Interessen bestehend. Diese Schichten halten auf die Dauer nur zusammen, wenn sie sich entweder gleichmäßig bedrückt oder gleichmäßig bedroht sehen. Im vorliegenden Falle kann es sich natürlich nur um das Letztere handeln, d. h. daß das Bürgerthum eine einheitlich reaktionäre Masse bildete, weil sich alle seine Elemente von der Sozialdemokratie gleichmäßig bedroht fühlen, die Einen in ihren materiellen, die Anderen in ihren ideologischen Interessen: in ihrer

[1] Wobei es allerdings zu recht verzwickten Problemen käme. Man denke an die vielen kombinirten Unternehmungen der Neuzeit, die Angehörige aller möglichen Gewerbe beschäftigen.

Religion, ihrem Patriotismus, in ihrem Wunsche, dem Lande die Schrecken einer gewaltthätigen Revolution zu ersparen.

Das ist nun nicht nöthig. Denn die Sozialdemokratie bedroht sie nicht alle gleichmäßig und Niemand als Person, und sie selbst schwärmt in keiner Weise für eine gewaltthätige Revolution gegen die gesammte nichtproletarische Welt. Je deutlicher dies gesagt und begründet wird, um so eher wird jene einheitliche Furcht weichen, denn viele Elemente des Bürgerthums fühlen sich von anderer Seite her bedrückt, und würden lieber gegen diese, deren Druck auch auf der Arbeiterklasse lastet, als gegen die Arbeiter Front machen, lieber der Letzteren als der Ersteren Bundesgenossen sein. Sie mögen unsichere Kantonisten sein. Aber man erzicht schlechte Bundesgenossen, wenn man ihnen erklärt, wir wollen euch helfen, den Feind fressen, aber gleich hinterher fressen wir euch. Da es sich nun unter keinen Umständen um eine allgemeine, gleichzeitige und gewaltthätige Expropriation, sondern um die allmälige Ablösung durch Organisation und Gesetz handelt, so würde es der demokratischen Entwicklung sicher keinen Abbruch thun, der thatsächlich veralteten Freßlegende auch in der Phrase den Abschied zu geben.

Der Feudalismus mit seinen starren, ständischen Einrichtungen mußte fast überall mit Gewalt gesprengt werden. Die liberalen Einrichtungen der modernen Gesellschaft unterscheiden sich gerade darin von jenen, daß sie biegsam, wandlungs- und entwicklungsfähig sind. Sie brauchen nicht gesprengt, sie brauchen nur fortentwickelt zu werden. Dazu bedarf es der Organisation und energischen Aktion, aber nicht nothwendig der revolutionären Diktatur. „Da der Klassenkampf den Zweck hat, die Klassenunterschiede überhaupt aufzuheben", schrieb vor einiger Zeit (Oktober 1897) ein sozialdemokratisches Organ der Schweiz, der Basler „Vorwärts", „so muß logisch eine Periode angenommen werden, wo mit der Verwirklichung dieses Zweckes, dieses Ideals, angefangen werden muß. Dieser Anfang, diese aufeinander folgenden Perioden liegen in unserer demokratischen Entwicklung bereits begründet, sie kommt uns zu Hilfe, um den Klassenkampf nach und nach durch den Ausbau der sozialen Demokratie zu ersetzen, in sich zu absorbiren." „Die Bourgeoisie, welcher Schattirung sie auch sei", erklärte der spanische Sozialist Pablo Iglesias jüngst, „muß sich davon überzeugen, daß wir uns nicht gewaltsam der Herrschaft bemächtigen wollen durch dieselben Mittel, die sie einst angewandt hat, durch Gewaltthätigkeit und Blutvergießen, sondern durch gesetzliche Mittel, wie sie der Zivilisation angemessen sind." („Vorwärts", 16. Oktober 1898.) In ähnlicher Auffassung stimmte das leitende Organ der englischen unabhängigen Arbeiterpartei, der „Labour Leader", den Bemerkungen Vollmars über die Pariser Kommune rückhaltlos zu. Niemand aber wird diesem Blatt Zahmheit in Bekämpfung des Kapitalismus und der kapitalistischen Parteien vor-

werfen. Und ein anderes Organ der sozialistischen englischen Arbeiterdemokratie, das „Clarion", begleitete den Abdruck eines Auszugs aus meinem Artikel über die Zusammenbruchstheorie, dem es zustimmte, mit folgendem Kommentar:

„Ausbildung einer wahren Demokratie — das ist, dessen bin ich sicher, die dringendste und wesentlichste Aufgabe, die vor uns liegt. Das ist die Lektion, die unsere zehn Jahre sozialistischen Feldzugs gelehrt haben. Das ist die Lehre, die sich aus all meinen Kenntnissen und Erfahrungen politischer Dinge ergiebt. Bevor der Sozialismus möglich sein kann, müssen wir eine Nation von Demokraten aufbauen."

---

d) Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

„Und was sie ist, das wage sie zu scheinen."
Schiller, Maria Stuart.

Die Aufgaben einer Partei werden durch eine Vielheit von Faktoren bestimmt: durch den Stand der allgemeinen ökonomischen, politischen, intellektuellen und moralischen Entwicklung im Gebiet ihres Wirkens, durch die Natur der Parteien, die neben ihr oder gegen sie agiren, durch die Natur der ihr zu Gebote stehenden Mittel und durch eine Reihe subjektiver ideologischer Faktoren, voran ihr allgemeines Ziel und ihre Auffassung vom besten Wege zur Erreichung dieses Zieles. Welche großen Unterschiede in ersterer Hinsicht zwischen den verschiedenen Ländern noch bestehen, ist bekannt. Selbst in Ländern annähernd gleichen Höhegrads industrieller Entwicklung finden wir sehr bedeutsame politische Unterschiede und große Verschiedenheiten in der Geistesrichtung der Volksmasse. Eigenheiten der geographischen Lage, eingewurzelte Gewohnheiten des Volkslebens, überkommene Einrichtungen und Ueberlieferungen aller Art erzeugen eine Verschiedenheit der Ideologie, die dem Einfluß jener Entwicklung sich nur langsam unterwirft. Selbst wo sozialistische Parteien ursprünglich die gleichen Voraussetzungen zum Ausgangspunkt ihres Wirkens genommen haben, sind sie im Laufe der Zeit genöthigt worden, ihre Thätigkeit den speziellen Verhältnissen ihres Landes anzupassen. In einem gegebenen Moment kann man daher wohl allgemeine Grundsätze der Politik der Sozialdemokratie mit dem Anspruch auf Giltigkeit für alle Länder aufstellen, aber kein für alle Länder in gleicher Weise giltiges Aktionsprogramm.

Wie im vorhergehenden Abschnitt ausgeführt, ist die Demokratie in weit höherem Grade Voraussetzung des Sozialismus, als es vielfach noch angenommen wird, d. h. sie ist es nicht nur als Mittel, sondern auch als Substanz. Ohne ein bestimmtes Maß demokratischer Einrichtungen oder Ueberlieferungen wäre die sozialistische Lehre der Gegenwart überhaupt nicht mög-

lich, gäbe es wohl eine Arbeiterbewegung, aber keine Sozialdemokratie. Die moderne sozialistische Bewegung, welches auch ihre theoretische Erklärung, ist faktisch das Produkt des Einflusses der in der großen französischen Revolution und durch sie zur allgemeinen Geltung gekommenen Rechtsbegriffe auf die Lohn- und Arbeitszeitbewegung der industriellen Arbeiter. Diese würde auch ohne sie bestehen, wie es ohne sie und vor ihnen einen an das Urchristenthum anknüpfenden Volkskommunismus[1] gab. Aber dieser Volkskommunismus war sehr unbestimmt und halb mystisch, und die Arbeiterbewegung würde ohne die Grundlage jener Rechtseinrichtungen und Rechtsauffassungen, die aber mindestens zu einem großen Theil nothwendige Begleiter der kapitalistischen Entwicklung sind, des inneren Zusammenhangs entbehren. Aehnlich wie dies, um ein annähernd entsprechendes Bild zu geben, heute in orientalischen Ländern der Fall ist. Eine politisch rechtlose, in Aberglauben und mit mangelhaftem Unterricht aufgewachsene Arbeiterklasse wird wohl zeitweilig revoltiren und im Kleinen konspiriren, aber nie eine sozialistische Bewegung entwickeln. Es bedarf einer gewissen Weite des Blickes und eines ziemlich entwickelten Rechtsbewußtseins, um aus einem Arbeiter, der gelegentlich revoltirt, einen Sozialisten zu machen. Das politische Recht und die Schule stehen denn auch überall an hervorragender Stelle der sozialistischen Aktionsprogramme.

Dies ganz im Allgemeinen. Denn es liegt nicht im Plane dieser Schrift, eine Werthung der einzelnen Punkte der sozialistischen Aktionsprogramme zu unternehmen. Was speziell die nächsten Forderungen des Erfurter Programms der deutschen Sozialdemokratie anbetrifft, so fühle ich mich in keiner Weise versucht, Abänderungen hinsichtlich ihrer vorzuschlagen. Wie wohl jeder Sozialdemokrat, halte ich nicht alle Punkte für gleich wichtig oder zweckmäßig. So ist es z. B. meine Ansicht, daß die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und Rechtsbeihilfe unter heutigen Verhältnissen sich nur in beschränkten Grenzen empfiehlt, daß zwar Vorkehrungen getroffen werden müssen, die es auch dem Mittellosen ermöglichen, sein Recht zu suchen, daß aber kein dringendes Bedürfniß vorliegt, die Masse der heutigen Eigenthumsprozesse auf Staatskosten zu übernehmen und die Advokatur völlig zu verstaatlichen. Indeß da die heutigen Gesetzgeber, wenn auch aus anderen Gründen, von einer solchen Maßregel erst recht nichts wissen wollen, eine sozialistische Gesetzgebung aber nicht ohne völlige Reform des Rechtswesens oder nur nach Maßgabe der Schaffung neuer Rechtsinstitute, wie sie z. B. in den Gewerbegerichten schon

[1] Wiederholt ist es mir (und sicher auch Anderen) in früheren Jahren passirt, daß am Schlusse einer Agitationsversammlung Arbeiter oder Handwerker, die zum ersten Male eine sozialistische Rede gehört, zu mir kamen und mir erklärten, was ich da gesagt hätte, das stünde alles schon in der Bibel, sie könnten mir die Stellen Satz für Satz zeigen.

vorliegen, an ihre Durchführung ginge, kann die Forderung als Anzeiger der erstrebten Entwicklung ruhig stehen bleiben.

Meinem Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Forderung in ihrer jetzigen Form habe ich übrigens schon 1891 in einem Aufsatz über die damals zur Diskussion stehenden Programmentwürfe sehr deutlichen Ausdruck gegeben und erklärt, der betreffende Paragraph gäbe „zu viel und zu wenig“. („Neue Zeit“, IX, 2, S. 821.) Der Artikel gehört einer Serie an, die K. Kautsky und ich damals als Kollektivarbeit zur Programmfrage abfaßten und von der die ersten drei Stücke fast ausschließlich das geistige Werk Kautskys sind, während der vierte Artikel von mir abgefaßt wurde. Aus ihm seien hier noch zwei Sätze zitirt, die den Standpunkt kennzeichnen, den ich zu jener Zeit hinsichtlich der Praxis der Sozialdemokratie vertrat, und die erkennen lassen, wie viel oder wenig sich seitdem in meinen Ansichten geändert hat:

„Schlechtweg Unterhalt aller Erwerbslosen aus Staatsmitteln verlangen, heißt nicht nur Jeden, der nicht Arbeit finden kann, sondern auch Jeden, der nicht Arbeit finden will, auf den Staatstrog verweisen. ... Man braucht wirklich kein Anarchist zu sein, um die ewigen Anweisungen auf den Staat des Guten zu viel zu finden. ... Wir wollen an dem Grundsatz festhalten, daß der moderne Proletarier zwar arm, aber kein Armer ist. In diesem Unterschied liegt eine ganze Welt, liegt das Wesen unseres Kampfes, die Hoffnung unseres Sieges.“

„Die Form ‚Umwandlung der stehenden Heere zur Volkswehr‘ anstatt ‚Volkswehr an Stelle der stehenden Heere‘ schlagen wir deshalb vor, weil sie das Ziel feststellt und doch der Partei freie Hand läßt, heute, wo die Auflösung der stehenden Heere nun einmal nicht angeht, bereits eine Reihe Maßregeln zu verlangen, die wenigstens den Gegensatz zwischen Heer und Volk möglichst verringern, wie z. B. die Aufhebung der besonderen Militärgerichtsbarkeit, Herabsetzung der Dienstzeit 2c. 2c.“ (S. 819, 824, 825).

Da die Frage „Stehendes Heer oder Miliz“ neuerdings der Gegenstand lebhafter Diskussionen geworden ist, wird es am Platze sein, einige Bemerkungen über diesen Gegenstand hier einzuflechten.

Mir scheint zunächst, daß die Frage in der vorbezeichneten Fassung falsch gestellt ist. Es sollte heißen: Regierungsheer oder Volksheer. Damit würde die politische Seite der Frage von vornherein unzweideutig gekennzeichnet: soll das Heer Werkzeug der Regierenden oder die bewaffnete Schutzwehr der Nation bilden, soll es von der Krone oder der Volksvertretung die entscheidenden Weisungen empfangen, auf irgend eine an der Spitze der Nation stehende Person oder auf die Verfassung und die Volksvertretung vereidet werden? Die Antwort kann für keinen Sozialdemokraten zweifelhaft sein. Allerdings ist weder die Volksvertretung sozialistisch noch die Verfassung demo-

kratisch, und so könnte ein der Volksvertretung unterstehendes Heer immer noch gelegentlich zur Unterdrückung von Minderheiten oder thatsächlichen Mehrheiten, die nur im Parlament Minderheit sind, verwendet werden. Aber gegen solche Möglichkeiten giebt es, so lange überhaupt ein Theil der Nation unter Waffen ist, der der jeweiligen Vertretung der Nation zu folgen hat, keine rettende Formel. Selbst die sogenannte „allgemeine Volksbewaffnung" wäre meines Erachtens bei der heutigen Technik nur eine illusorische Schutzwehr gegen die organisirte bewaffnete Macht und würde, wenn nicht schon die Zusammensetzung dieser Macht das Volk gegen Vergewaltigung sichert — was aber bei allgemeiner Wehrpflicht immer mehr der Fall — jedesmal blos auf beiden Seiten nutzlose Opfer verursachen. Wo sie heute noch nöthig wäre, würde sie aus politischen Gründen nie bewilligt werden, und wo sie zu haben wäre, wäre sie überflüssig. So sehr ich die Erziehung eines kräftigen, furchtlosen Geschlechts wünsche, so wenig ist mir die allgemeine Volksbewaffnung ein sozialistisches Ideal. Wir gewöhnen uns glücklicherweise immer mehr daran, politische Differenzen anders als durch Schießerei zu erledigen.

Soweit die politische Seite der Frage. Hinsichtlich der technischen (Ausbildung, Dienstzeit unter Waffen rc.) gestehe ich offen, nicht genug Fachkundiger zu sein, um ein abgeschlossenes Urtheil zu haben. Die Beispiele aus früheren Zeiten, die für die schnell eingeschulten Armeen sprechen (Revolutionskriege, Freiheitskriege), können auf die total veränderten Bedingungen der heutigen Kriegführung nicht schlechtweg übertragen werden, und die neuerdings im griechisch-türkischen und spanisch-amerikanischen Kriege mit Freiwilligen gemachten Erfahrungen erscheinen mir für die Möglichkeiten, mit denen Deutschland zu rechnen hat, ebenfalls nicht ohne Weiteres anwendbar. Denn wenn ich auch der Ansicht bin, daß man die „russische Gefahr" in unseren Kreisen zuweilen übertreibt oder sie da sucht, wo sie vielleicht am wenigsten ist, gebe ich doch zu, daß ein Land, dessen übergroße Masse der Bevölkerung aus politisch willenlosen, sehr unwissenden Bauern besteht, stets eine Gefahr für seine Nachbarn werden kann. Im gegebenen Falle hieße es daher fähig sein, den Krieg so schnell als möglich in des Feindes Land zu tragen und dort zu führen, da in modernen Ländern Krieg im eigenen Lande schon die halbe Niederlage ist. Die Frage ist somit die, ob eine Milizarmee die Schlagfertigkeit, Sicherheit und Kohäsion besäße, jenes Resultat zu verbürgen, oder eine wie lange Ausbildung unter den Fahnen dazu erfordert wäre. In dieser Hinsicht läßt sich meines Erachtens zunächst nur so viel mit Sicherheit sagen, daß bei gehöriger Heranbildung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und Beseitigung aller Reste und Erbschaften des Gamaschendienstes eine sehr bedeutende Herabsetzung der Dienstzeit möglich sein muß, ohne die Wehrkraft der Nation im Geringsten zu beeinträchtigen. Dabei spielt freilich der gute Wille Derer,

die zur Zeit an der Spitze der Armee stehen, eine große Rolle, aber diesem guten Willen kann die Volksvertretung schon jetzt durch Druck auf den Militärhaushalt wirksam nachhelfen. Wie bei der Fabrikgesetzgebung würde auch hier eine erzwungene Verkürzung der Dienstzeit manche Dinge möglich machen, welche Zopfgeist und Sonderinteresse jetzt für „unmöglich“ erklären. So ist also — sofern man auf die Erhaltung einer zum Angriff wie zur Vertheidigung bereiten Wehrkraft überhaupt Werth legt — neben der unerläßlichen Aenderung der politischen Stellung des Heeres die erste Frage nicht die, ob Miliz oder nicht, sondern, welche Verkürzung der Dienstzeit unmittelbar und — schrittweise — späterhin möglich ist, ohne Deutschland seinen Nachbarstaaten gegenüber in Nachtheil zu versetzen.

Hat aber die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterklasse und des Friedens ein Interesse an der Erhaltung der nationalen Wehrhaftigkeit? Unter verschiedenen Gesichtspunkten liegt die Versuchung nahe, die Frage zu verneinen, zumal wenn man von dem Satz des Kommunistischen Manifests ausgeht: „Der Proletarier hat kein Vaterland.“ Indeß dieser Satz konnte allenfalls für den rechtlosen, aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossenen Arbeiter der vierziger Jahre zutreffen, hat aber heute, trotz des enorm gestiegenen Verkehrs der Nationen miteinander, seine Wahrheit zum großen Theile schon eingebüßt und wird sie immer mehr einbüßen, je mehr durch den Einfluß der Sozialdemokratie der Arbeiter aus einem Proletarier ein — Bürger wird. Der Arbeiter, der in Staat, Gemeinde &c. gleichberechtigter Wähler und dadurch Mitinhaber am Gemeingut der Nation ist, dessen Kinder die Gemeinschaft ausbildet, dessen Gesundheit sie schützt, den sie gegen Unbilden versichert, wird ein Vaterland haben, ohne darum aufzuhören, Weltbürger zu sein, wie die Nationen sich näher rücken, ohne darum aufzuhören, ein eigenes Leben zu führen. Es mag sehr bequem erscheinen, wenn alle Menschen eines Tages nur eine Sprache sprechen. Aber welch ein Reiz, welch eine Quelle geistigen Genusses ginge damit den Menschen der Zukunft verloren. Die völlige Auflösung der Nationen ist kein schöner Traum und jedenfalls in menschlicher Zukunft nicht zu erwarten. So wenig es aber wünschenswerth ist, daß irgend eine andere der großen Kulturnationen ihre Selbständigkeit verliert, so wenig kann es der Sozialdemokratie gleichgiltig sein, ob die deutsche Nation, die ja ihren redlichen Antheil an der Kulturarbeit der Nationen geleistet hat und leistet, im Rathe der Völker zurückgedrängt wird.

Man spricht heute viel von Eroberung der politischen Herrschaft durch die Sozialdemokratie, und es ist wenigstens bei der Stärke, welche diese in Deutschland erlangt hat, nicht unmöglich, daß ihr dort durch irgend ein politisches Ereigniß in näherer Zeit die entscheidende Rolle in die Hand gespielt wird. Gerade dann aber würde sie, da die Nachbarvölker noch nicht so weit

sind, gleich den Independenten der englischen und den Jakobinern der französischen Revolution, national sein müssen, wenn sie ihre Herrschaft behaupten soll, d. h. sie würde ihre Befähigung zur leitenden Partei, bezw. Klasse, dadurch zu bekräftigen haben, daß sie sich der Aufgabe gewachsen zeigte, Klasseninteresse und nationales Interesse gleich entschieden wahrzunehmen.

Ich schreibe dies ohne jede chauvinistische Anwandlung nieder, zu der ich wirklich weder Anlaß noch Ursache habe, vielmehr lediglich in objektiver Untersuchung der Pflichten, welche der Sozialdemokratie in einer solchen Situation erwachsen würden. Mir steht die Internationalität heute noch so hoch wie zu irgend einer Zeit, und ich glaube auch nicht, daß sie durch die in den vorstehenden Zeilen entwickelten Grundsätze in irgend einer Weise verletzt wird. Nur wenn die Sozialdemokratie sich auf die doktrinäre Propaganda und das sozialistische Experiment beschränkte, würde sie den nationalpolitischen Fragen gegenüber in rein kritischer Haltung verharren können. Die politische Aktion aber ist schon an sich der Kompromiß mit der nichtsozialistischen Welt und nöthigt zu Maßnahmen, die nicht von vornherein sozialistisch sind. Im weiteren Verlauf wird indeß das Nationale so gut sozialistisch sein wie das Munizipale. Nennen sich doch schon heute Sozialisten demokratischer Staatswesen gern Nationalisten und sprechen unbedenklich von Nationalisirung des Grund und Bodens ꝛc., statt sich auf den Ausdruck Vergesellschaftung zu beschränken, der sehr viel unbestimmter ist und mehr einen Nothbehelf als eine Verbesserung jenes Wortes darstellt.

In dem Vorhergehenden ist im Prinzip schon der Gesichtspunkt angezeigt, von dem aus die Sozialdemokratie unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu den Fragen der auswärtigen Politik Stellung zu nehmen hat. Ist der Arbeiter auch noch kein Vollbürger, so ist er doch nicht mehr in dem Sinne rechtlos, daß ihm die nationalen Interessen gleichgiltig sein können. Und ist die Sozialdemokratie auch noch nicht an der Macht, so nimmt sie doch schon eine Machtstellung ein, die ihr gewisse Verpflichtungen auferlegt. Ihr Wort fällt sehr erheblich in die Wagschale. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Heeres und der völligen Ungewißheit über die moralische Wirkung der kleinkalibrigen Geschütze wird die Reichsregierung es sich zehnmal überlegen, ehe sie einen Krieg wagte, der die Sozialdemokratie zu entschiedenen Gegnern hat. Auch ohne den berühmten Generalstreik kann die Sozialdemokratie so ein sehr gewichtiges, wenn nicht entscheidendes Wort für den Frieden sprechen und wird dies gemäß der alten Devise der Internationale so oft und so energisch thun, als dies nur immer nöthig und möglich ist. Sie wird auch, gemäß ihrem Programm, in solchen Fällen, wo sich Konflikte mit anderen Nationen ergeben und direkte Verständigung nicht möglich ist, für Erledigung der Differenz auf schiedsrichterlichem Wege eintreten. Aber nichts gebietet ihr,

dem Verzicht auf Wahrung deutscher Interessen der Gegenwart oder Zukunft das Wort zu reden, wenn oder weil englische, französische oder russische Chauvinisten an den entsprechenden Maßnahmen Anstoß nehmen. Wo es sich auf deutscher Seite nicht blos um Liebhabereien oder Sonderinteressen einzelner Kreise handelt, die für die Volkswohlfahrt gleichgiltig oder gar nachtheilig sind, wo in der That wichtige Interessen der Nation in Frage stehen, kann die Internationalität kein Grund schwächlicher Nachgiebigkeit gegenüber den Prätensionen ausländischer Interessenten sein.

Es ist dies keine neue Auffassung, sondern einfach die Zusammenfassung des Gedankenganges, der fast allen Aeußerungen von Marx, Engels und Lassalle über Fragen der auswärtigen Politik zu Grunde liegt. Es ist auch keine den Frieden gefährdende Haltung, die damit empfohlen wird. Die Nationen gehen heute nicht mehr so leicht in den Krieg, und ein festes Auftreten kann unter Umständen dem Frieden dienlicher sein als fortgesetzte Nachgiebigkeit.

Die Doktrin vom europäischen Gleichgewicht gilt heute Vielen als überlebt, und in ihrer alten Form ist sie es auch. Aber in veränderter Gestalt spielt das Gleichgewicht der Mächte bei der Entscheidung internationaler Streitfragen noch eine große Rolle. Es kommt gelegentlich noch immer darauf an, eine wie starke Kombination von Mächten für eine bestimmte Maßnahme eintritt, um die Durchführung herbeizuführen oder zu verhindern. Sich für solche Fälle das Recht des Mitsprechens zu sichern, halte ich für eine legitime Aufgabe der deutschen Reichspolitik, und den entsprechenden Schritten prinzipiell zu opponiren für außerhalb des Aufgabenbereichs der Sozialdemokratie fallend.

Um ein bestimmtes Beispiel zu wählen. Die Pachtung der Kiautschoubucht ist seinerzeit von der sozialistischen Presse Deutschlands sehr abfällig kritisirt worden. Soweit diese Kritik sich auf die Umstände bezog, unter denen die Pachtung erfolgte, war sie das Recht, ja, die Pflicht der sozialdemokratischen Presse. Nicht minder richtig war es, auf das Entschiedenste der Einleitung oder Förderung einer Politik der Auftheilung Chinas zu opponiren, weil diese Auftheilung ganz und gar nicht im Interesse Deutschlands liegt. Wenn aber einige Blätter noch weiter gegangen sind und erklärt haben, die Partei müsse unter allen Umständen und grundsätzlich die Erwerbung der Bucht verurtheilen, so kann ich mich dem durchaus nicht anschließen.

Das deutsche Volk hat kein Interesse daran, daß China aufgetheilt und Deutschland mit einem Stück Reich der Mitte abgefunden wird. Aber das deutsche Volk hat ein großes Interesse daran, daß China kein Raub anderer Nationen wird, es hat ein großes Interesse daran, daß Chinas Handelspolitik nicht dem Interesse einer einzelnen fremden Macht oder einer Koalition fremder Mächte untergeordnet werde — kurz, daß in Bezug auf alle, China betreffen-

den Fragen Deutschland ein entschiedenes Wort mitzusprechen habe. Sein Handel mit China erheischt ein solches Einspruchsrecht. Insofern nun die Erwerbung der Kiautschoubucht ein Mittel ist, ihm dieses Einspruchsrecht zu sichern und es zu stärken — und daß sie dazu beiträgt, wird schwerlich bestritten werden können — liegt meines Erachtens darin ein Grund für die Sozialdemokratie, sich nicht prinzipiell gegen sie aufzulehnen. Von der Art, wie die Erwerbung eingeleitet, und den guten Reden, mit denen sie begleitet wurde, abgesehen, war sie nicht der schlechteste Streich der auswärtigen Politik Deutschlands.

Es handelt sich um die Sicherung des freien Handels mit und in China. Denn daß auch ohne jene Erwerbung China in steigendem Grade in den Kreis der kapitalistischen Wirthschaft gezogen würde, auch ohne sie Rußland seine Politik der Umklammerung fortgesetzt und bei der ersten Gelegenheit die mandschurischen Häfen okkupirt hätte, kann keinem Zweifel unterliegen. Es war also nur die Frage, ob Deutschland ruhig zuschauen sollte, wie durch Schaffung einer vollendeten Thatsache nach der anderen China immer mehr in Abhängigkeit von Rußland gerieth, oder sich eine Position sichern sollte, auf Grund deren es auch unter normalen Verhältnissen jederzeit seinen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge in China geltend machen kann, statt sich mit nachträglichen Protesten begnügen zu müssen. Soweit lief und läuft die Pachtung der Kiautschoubucht auf den Erwerb einer Bürgschaft für die zukünftigen Interessen Deutschlands in China hinaus, als was sonst sie auch proklamirt wurde, und soweit könnte auch die Sozialdemokratie sie gutheißen, ohne sich das Geringste an ihren Prinzipien zu vergeben.

Indeß kann es sich, bei der Unverantwortlichkeit der Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands, gar nicht um deren positive Unterstützung, sondern nur um die richtige Begründung des negativen Verhaltens der Sozialdemokratie handeln. Ohne Garantie dafür, daß solche Unternehmungen nicht doch über den Kopf der Volksvertretung hinweg zu anderen als den angegebenen Zwecken ausgenützt werden, etwa als Mittel, um irgend einen kleinen Tageserfolg zu erzielen, der die größeren Interessen der Zukunft preisgiebt — ohne solche Bürgschaften kann die Sozialdemokratie keinen Antheil an der Verantwortung für Maßregeln der auswärtigen Politik auf sich nehmen.

Somit läuft, wie wie man sieht, die hier entwickelte Regel für die Stellungnahme zu den Fragen der auswärtigen Politik so ziemlich auf die bisher in der Praxis von der Sozialdemokratie beobachtete Haltung hinaus. Inwieweit sie in ihren grundsätzlichen Voraussetzungen mit der in der Partei herrschenden Anschauungsweise übereinstimmt, liegt nicht bei mir zu erörtern.

Im Großen und Ganzen spielt bei diesen Dingen die Ueberlieferung eine viel größere Rolle, als wir meinen. Es liegt in der Natur aller vor-

wärts strebenden Parteien, auf schon vollzogene Aenderungen nur geringes Gewicht zu legen. Ihr Hauptaugenmerk ist stets auf das gerichtet, was sich noch nicht geändert hat, eine für bestimmte Zwecke — das Setzen von Zielen — ganz berechtigte und nützliche Tendenz. Durchdrungen von ihr verfallen solche Parteien aber auch leicht der Gewohnheit, länger als nöthig oder nützlich an überkommenen Urtheilen festzuhalten, an deren Voraussetzungen sich sehr viel geändert hat. Sie übersehen oder unterschätzen diese Veränderungen, sie suchen immer mehr nach Thatsachen, jene Urtheile trotzdem als richtig erscheinen zu lassen, als sie auf Grund der Gesammtheit der ein-einschlägigen Thatsachen die Frage untersuchen, ob das Urtheil nicht mittlerweile Vorurtheil geworden ist.

Solch politischer Apriorismus scheint mir auch oft bei der Behandlung der Frage der Kolonien eine Rolle zu spielen.

Prinzipiell ist es für den Sozialismus oder die Arbeiterbewegung heute ganz gleichgiltig, ob neue Kolonien Erfolge erzielen oder nicht. Die Vorstellung, daß die Ausbreitung der Kolonien die Verwirklichung des Sozialismus aufhalten werde, beruht zuletzt auf der ganz veralteten Idee, daß die Verwirklichung des Sozialismus von der zunehmenden Verengerung des Kreises der ganz Wohlhabenden und der steigenden Verelendung der Massen abhänge. Daß die erstere ein Märchen ist, ward in den früheren Abschnitten nachgewiesen, und die Elendstheorie ist nun so ziemlich allgemein aufgegeben worden, wenn nicht mit allen Konsequenzen und gerade heraus, so doch mindestens in der Form, daß man sie möglichst hinweginterpretirt.[1] Aber

---

[1] Einen solchen Weginterpretirungsversuch macht H. Cunow in seinem Zusammenbruchsartikel. Wenn Marx am Schlusse des ersten Bandes „Kapital" von der „wachsenden Masse des Elends" spreche, die mit dem Fortgang der kapitalistischen Produktion eintrete, so sei damit, schreibt er, „nicht ein blos absoluter Rückgang der wirthschaftlichen Existenzlage des Arbeiters" zu verstehen, sondern „nur ein Rückgang seiner gesellschaftlichen Gesammtlage im Verhältniß zur fortschreitenden kulturellen Entwicklung, also im Verhältniß zur Zunahme der Produktivität und der Steigerung der allgemeinen Kulturbedürfnisse". Der Begriff des Elends sei kein feststehender. „Was dem einen Arbeiter einer bestimmten Kategorie, den von seinem ‚Arbeitsherrn' eine tiefe Bildungsdifferenz trennt, als ein erstrebenswerther Zustand erscheint, das mag dem qualifizirten Arbeiter einer anderen Kategorie, der geistig seinem ‚Arbeitsherrn' vielleicht überlegen ist, als eine solche Menge des ‚Elends und des Drucks' erscheinen, daß er sich in Empörung dagegen auflehnt." („Neue Zeit", XVII, 1, S. 402—403.)

Leider spricht Marx in dem betreffenden Satze nicht blos von der steigenden Masse des Elends, des Drucks, sondern auch von der „der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung". Sollen wir nun auch diese alle im besagten — pickwickschen Sinne verstehen? Etwa eine Entartung des Arbeiters annehmen, die nur eine relative Entartung ist im Verhältniß zur Steigerung der allgemeinen

selbst wenn sie richtig wäre, sind die Kolonien, um welche es sich heute für Deutschland handelt, auch entfernt nicht im Stande, so schnell auf die sozialen Zustände daheim zurückzuwirken, daß sie einen etwaigen Zusammenbruch auch nur um ein Jahr aufhalten könnten. In dieser Hinsicht hätte die deutsche Sozialdemokratie von der Kolonialpolitik des Deutschen Reiches ganz und gar nichts zu fürchten. Und weil dem so ist, weil die Entwicklung der Kolonien, die Deutschland erworben hat (und von denen, die es etwa noch erwerben könnte, gilt das Gleiche), so viel Zeit in Anspruch nehmen wird, daß von nennenswerther Rückwirkung auf die sozialen Verhältnisse Deutschlands auf lange Jahre hinaus nicht die Rede sein kann, gerade aus diesem Grunde kann die deutsche Sozialdemokratie auch die Frage dieser Kolonien ohne Voreingenommenheit behandeln. Selbst von ernsthafter Rückwirkung des Kolonialbesitzes auf die politischen Verhältnisse in Deutschland kann nicht die Rede sein. Der Marinechauvinismus z. B. steht unzweifelhaft mit dem Kolonialchauvinismus in enger Verbindung und zieht aus ihm eine gewisse Nahrung. Aber er würde auch ohne ihn bestehen, wie Deutschland seine Marine hatte, lange ehe es an den Erwerb von Kolonien dachte. Immerhin ist einzuräumen, daß dieser Zusammenhang noch am ehesten geeignet ist, eine grundsätzliche Bekämpfung der Kolonialpolitik zu rechtfertigen.

Sonst liegt wohl Grund vor, bei Erwerbung von Kolonien stets deren Werth und Aussichten streng zu prüfen und die Abfindung und Behandlung der Eingeborenen, sowie die sonstige Verwaltung scharf zu kontrolliren, aber kein Grund, solchen Erwerb als etwas von vornherein Verwerfliches zu betrachten. Ihre, durch das gegenwärtige Regierungssystem gebotene politische Stellung verbietet der Sozialdemokratie, in diesen Dingen eine andere als kritisirende Haltung einzunehmen, und die Frage, ob Deutschland heute der Kolonien bedarf, kann hinsichtlich der Kolonien, die überhaupt noch zu haben sind, mit gutem Fug verneint werden. Aber auch die Zukunft hat an uns

---

Gesittung? Ich bin nicht dazu geneigt, und Cunow wohl auch nicht. Nein, Marx spricht an der betreffenden Stelle ganz positiv: „beständig abnehmende Zahl der Kapitalmagnaten“, welche „alle Vortheile“ des kapitalistischen Umwandlungsprozesses „usurpirt“, und Wachsthum „der Masse des Elends, des Drucks“ 2c. 2c. („Kapital“, Bd. I, Kap. 24, 7.) Auf diese Gegenüberstellung kann man die Zusammenbruchstheorie begründen, auf das moralische Elend über geistig inferiore Vorgesetzte, wie es in jeder Schreibstube, in allen hierarchischen Organisationen zu finden ist, nicht.

Beiläufig ist es für mich eine kleine Genugthuung, zu sehen, wie Cunow hier die Sätze, auf welche die Zusammenbruchstheorie sich stützt, nur dadurch mit der Wirklichkeit versöhnen kann, daß er plötzlich Arbeiter verschiedener Kategorien mit grundverschiedenen sozialen Begriffen auftreten läßt. Sind das nun auch „englische Arbeiter“?

ihre Rechte. Wenn wir berücksichtigen, daß Deutschland zur Zeit jährlich ganz erhebliche Mengen Kolonialprodukte einführt, so müssen wir uns auch sagen, daß einmal die Zeit kommen kann, wo es wünschenswerth sein mag, mindestens einen Theil dieser Produkte aus eigenen Kolonien beziehen zu können. Wir mögen uns den Gang der Entwicklung in Deutschland so rasch wie nur möglich vorstellen, so werden wir uns doch darüber keinen Täuschungen hingeben können, daß in einer ganzen Reihe anderer Länder es noch eine geraume Zeit braucht, bis sie zum Sozialismus übergehen werden. Wenn es aber nicht verwerflich ist, die Produkte tropischer Pflanzungen zu genießen, so kann es auch nicht verwerflich sein, solche Pflanzungen selbst zu bewirthen. Nicht das Ob, sondern das Wie ist hier das Entscheidende. Es ist weder nöthig, daß Besetzung tropischer Länder durch Europäer den Eingeborenen Schaden an ihrem Lebensgenuß bringt, noch ist es selbst bisher durchgängig der Fall gewesen. Zudem kann nur ein bedingtes Recht der Wilden auf den von ihnen besetzten Boden anerkannt werden. Die höhere Kultur hat hier im äußersten Falle auch das höhere Recht. Nicht die Eroberung, sondern die Bewirthung des Bodens giebt den geschichtlichen Rechtstitel auf seine Benützung.[1]

Dies die wesentlichen Gesichtspunkte, welche meines Erachtens für die Stellung der Sozialdemokratie zu den Fragen der Kolonialpolitik maßgebend sein sollten. Auch sie würden in der Praxis keine nennenswerthe Aenderung in den Abstimmungen der Partei herbeiführen, aber es kommt, wiederhole ich, nicht nur darauf an, wie im gegebenen Fall abgestimmt wird, sondern auch, wie diese Abstimmung begründet wird.

Es giebt in der Sozialdemokratie Leute, denen jedes Eintreten für nationale Interessen als Chauvinismus oder Verletzung der Internationalität und der Klassenpolitik des Proletariats erscheint. Wie seiner Zeit Domela Nieuwenhuis Bebels bekannte Erklärung, daß im Falle eines Angriffs von Seiten Rußlands die Sozialdemokratie für die Vertheidigung Deutschlands ihren Mann stellen werde, für Chauvinismus erklärte, so fand auch neuerdings Herr Belfort Bax in einer ähnlichen Erklärung H. M. Hyndmans verwerflichen Jingoismus.[2] Es soll nun zugegeben werden, daß es nicht immer

---

[1] „Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen sind nicht Eigenthümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen." (Marx, „Kapital", III, 2, S. 309.)

[2] Hyndman vertritt mit großer Entschiedenheit die Idee, daß England zum Schutz seiner Nahrungsmittelzufuhr eine, jeder möglichen Kombination von Gegnern gewachsene Kriegsflotte bedarf. „Unsere Existenz als eine Nation von freien Menschen hängt von unserer Beherrschung der See ab. Dies kann von

leicht ist, die Grenze zu bestimmen, wo die Vertretung der Interessen der eigenen Nation aufhört berechtigt zu sein und in Afterpatriotismus übergeht; aber das Heilmittel gegen Uebertreibungen nach dieser Seite hin liegt sicherlich nicht in noch größerer Uebertreibung nach der anderen Seite. Es ist vielmehr im regen Gedankenaustausch der Demokratien der Kulturländer zu suchen und in Unterstützung aller für den Frieden wirkenden Faktoren und Institute.

Kehren wir jedoch zur Frage der nächsten Forderungen des Parteiprogramms zurück. Wenn einige dieser Forderungen in der Agitation und parlamentarischen Aktion der Partei bisher gar nicht oder nur in Form von Theilreformen auf die Tagesordnung gestellt wurden, so ist hinsichtlich anderer das Ziel hier und da schon weiter gesteckt worden, als es das Programm verlangt. So fordert dieses, daß die Erwerbsarbeit der Kinder unter vierzehn Jahren verboten werde, auf dem Züricher Arbeiterschutzkongreß von 1897 ward dagegen fünfzehn Jahre als die Mindestgrenze für die Erwerbsarbeit der Kinder bezeichnet, und verschiedenen Sozialisten ist auch das noch zu wenig. Es ist indeß meine Ueberzeugung, daß unter den gegebenen Verhältnissen diese Erweiterung nicht als eine Verbesserung betrachtet werden kann. Wird die Arbeitszeit auf ein Maß beschränkt, wie es der junge Körper ohne Schaden verträgt und das ausreichende Zeit zu Spiel, Erholung und Fortbildung frei läßt, so ist der Beginn produktiven Arbeitens für junge Leute, die das vierzehnte Lebensjahr zurückgelegt haben, kein so großes Uebel, daß ein allgemeines Verbot gegen sie nöthig wäre. Es kommt da ganz auf die Natur und die Bedingungen der Arbeit an, wie das übrigens die Gesetzgebung prinzipiell heute schon anerkennt, indem sie für einzelne Gewerbe die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ganz verbietet, in anderen die Tageszeiten genau bestimmt, während deren sie stattfinden darf. In der Weiterausbildung dieser Regulirungen, sowie in der Vervollkommnung des Unterrichtswesens sehe ich die rationelle Entwicklung des Jugendschutzes und nicht in mechanischer Heraufsetzung der Altersgrenze für die gewerbliche Arbeit.

Der Zusammenhang dieser Frage mit der Schulfrage ist übrigens allgemein anerkannt. Von der Schule her und in Verbindung mit dieser ist die Frage der jugendlichen Arbeit zu regeln, wenn das Resultat befriedigend sein soll.[1] Wo und soweit die gewerbliche Arbeit der Gesundheitspflege und den

keinem anderen Volke der Gegenwart gesagt werden. So sehr wir Sozialisten naturnothwendig Gegner von Rüstungen sind, müssen wir doch die Thatsachen anerkennen." („Justice", 31. Dezember 1898.)

[1] In einer Schrift „Wie es gemacht werden kann" hat ein englischer Ingenieur, John Richardson, Mitglied der sozialdemokratischen Föderation, einen Plan der Verwirklichung des Sozialismus ausgearbeitet, nach dem der Unter-

geistigen und sittlichen Erziehungsaufgaben der Schule Eintrag thut, ist sie zu verbieten, dagegen ist jedes allgemeine Verbot, das auch nicht mehr schulpflichtige Altersklassen trifft, entschieden zu verwerfen. Ganz und gar verkehrt ist es, in diese Frage solche ökonomische Rücksichten wie Beschränkung der Produktion oder Arbeiterkonkurrenz hineinspielen zu lassen. Im Gegentheil wird es immer gut sein, sich gegenwärtig zu halten, daß die produktive oder, um einen weniger zweideutigen Ausdruck zu gebrauchen, die gesellschaftlich nützliche Arbeit einen hohen Erziehungswerth besitzt und schon darum nicht als eine Sache betrachtet werden darf, die um ihrer selbst willen bekämpfenswerth ist.

Von größerer Bedeutung als die Frage der Erhöhung der schon auf dem Programm stehenden Forderungen ist heute die Frage der Ergänzung des Parteiprogramms. Hier hat die Praxis eine ganze Reihe von Fragen auf die Tagesordnung gesetzt, die bei Schaffung des Programms theils als in noch zu weiter Ferne liegend betrachtet wurden, als daß die Sozialdemokratie sich speziell mit ihnen zu befassen hätte, theils aber auch in ihrer Tragweite nicht hinreichend erkannt wurden. Hierhin gehören die Agrarfrage, die Fragen der Kommunalpolitik, die Genossenschaftsfrage und verschiedene Fragen des gewerblichen Rechts. Das große Wachsthum der Sozialdemokratie in den acht Jahren seit Abfassung des Erfurter Programms, seine Rückwirkung auf die innere Politik Deutschlands, sowie die Erfahrungen anderer Länder, haben die intimere Beschäftigung mit all diesen Fragen unabweisbar gemacht, und dabei sind denn manche Ansichten, die damals hinsichtlich ihrer vorherrschten, wesentlich berichtigt worden.

Was die Agrarfrage anbetrifft, so haben selbst diejenigen, die die bäuerliche Wirthschaft für den Untergang geweiht betrachten, ihre Anschauungen

---

richt bis zum einundzwanzigsten Jahre obligatorisch gemacht und mit vollständig freiem Unterhalt der Schüler verbunden werden soll. Aber vom vierzehnten Jahre ab sollen je vier Stunden, und vom neunzehnten Jahre ab je sechs Stunden täglich produktiver Arbeit gewidmet werden. Darin und in verschiedenen anderen Punkten geht der Plan, so sehr er die ökonomischen Schwierigkeiten der Sache unterschätzt, jedenfalls von durchaus vernünftigen Grundsätzen aus. „Soll eine soziale Reform erfolgreich ausfallen“, schreibt der Verfasser, „so muß sie folgenden Bedingungen nachkommen: Erstens muß sie möglich sein, d. h. sie muß mit der menschlichen Natur rechnen wie sie ist und nicht wie sie sein sollte; zweitens darf sie keine gewaltsame und plötzliche Veränderung in der Verfassung der Gesellschaft versuchen; drittens muß, während die Anwendung schrittweise erfolgt, die Wirkung jedesmal eine unmittelbare und sichere sein; viertens muß sie, wenn erst eingeleitet, in ihrer Wirkung dauernd sein und automatisch funktioniren; fünftens muß ihr Wirken den Anforderungen der Gerechtigkeit, ihre Verwirklichung denen der Billigkeit entsprechen, und sechstens muß sie elastisch sein, d. h. beständige Erweiterung, Modifizirung und Vervollkommnung zulassen.“ („How it can be done, or Constructive Socialism.“ London, The Twentieth Century Press.)

über das Zeitmaß der Vollziehung dieses Untergangs erheblich geändert. Bei den neueren Debatten über die von der Sozialdemokratie zu beobachtende Agrarpolitik haben zwar auch noch große Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt mitgespielt, aber prinzipiell drehten diese sich darum, ob und gegebenenfalls bis zu welcher Grenze die Sozialdemokratie dem Bauern als solchem, d. h. als selbständigem ländlichen Unternehmer, gegen den Kapitalismus Beistand zu leisten habe.

Die Frage ist leichter gestellt als beantwortet. Daß die große Masse der Bauern, wenn sie auch keine Lohnarbeiter sind, dennoch zu den arbeitenden Klassen gehören, d. h. ihre Existenz nicht aus bloßem Besitztitel oder Geburtsprivilegium ziehen, stellt sie von vornherein der Lohnarbeiterschaft näher. Andererseits bilden sie in Deutschland einen so bedeutenden Bruchtheil der Bevölkerung, daß bei Wahlen in sehr vielen Kreisen ihre Stimmen den Entscheid zwischen kapitalistischen und sozialistischen Parteien geben. Wollte oder will die Sozialdemokratie sich nicht darauf beschränken, Arbeiterpartei in dem Sinne zu sein, daß sie im Wesentlichen nur die politische Ergänzung der Gewerkschaftsbewegung bildet, so muß sie darauf bedacht sein, mindestens einen großen Theil der Bauern am Siege ihrer Kandidaten zu interessiren. Das geht bei der Masse der Kleinbauern auf die Dauer nur dadurch, daß man für Maßregeln eintritt, die ihnen in unmittelbarer Zukunft Besserung in Aussicht stellen, ihnen unmittelbare Erleichterung bringen. Aber die Gesetzgebung kann bei vielen dahin zielenden Maßregeln nicht zwischen Klein- und Mittelbauer unterscheiden, und andererseits kann sie nicht dem Bauer als Staatsbürger und Arbeiter helfen, ohne ihn mindestens indirekt auch als „Unternehmer" zu unterstützen.

Es zeigt sich dies unter Anderem an dem Programm sozialistischer Agrarpolitik, das Kautsky am Schlusse seines Werkes über die Agrarfrage unter der Rubrik „Die Neutralisirung der Bauernschaft" skizzirt hat. Kautsky weist überzeugend nach, daß selbst nach einem Siege der Sozialdemokratie für diese kein Grund vorliege, die Beseitigung der bäuerlichen Güter mit Hochdruck zu betreiben, ist aber auch zugleich entschiedener Gegner der Unterstützung solcher Maßregeln oder Aufstellung solcher Forderungen, die darauf abzielen, „Bauernschutz" in dem Sinne zu bilden, daß sie den Bauer als Unternehmer künstlich erhalten. Er schlägt nun eine ganze Reihe von Reformen vor, bezw. erklärt ihre Unterstützung für zulässig, die auf Entlastung der Landgemeinden und Vermehrung ihrer Einnahmequellen hinauslaufen. Welcher Klasse aber würden diese Maßregeln in erster Reihe zu Gute kommen? Nach Kautskys eigener Darlegung den Bauern. Denn, wie er an anderer Stelle seines Werkes betont, könne auf dem Lande selbst unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts von nennenswerther Einwirkung des Proletariats auf

die Gemeindeangelegenheiten nicht die Rede sein. Dazu sei es dort zu isolirt, zu rückständig, zu abhängig von den wenigen Arbeitgebern, die es kontrolliren. „An eine andere Kommunalpolitik als eine im Interesse des Grundbesitzes ist da nicht zu denken." Ebenso wenig sei heute „an eine moderne Landwirthschaft durch die Gemeinde, an einen genossenschaftlichen landwirthschaftlichen Großbetrieb, betrieben von der Dorfgemeinde, zu denken." („Die Agrarfrage", S. 337 u. 338.) Soweit und solange das richtig, würden aber Maßregeln wie „Einverleibung der Jagdbezirke des großen Grundbesitzes in die Landgemeinden", „Verstaatlichung der Schul-, Armen- und Wegelasten" offenbar zur Verbesserung der ökonomischen Lage der Bauern und damit auch zur Befestigung ihres Besitzes beitragen, praktisch also doch als Bauernschutz wirken.

Unter zwei Voraussetzungen scheint mir das Eintreten für solchen Bauernschutz als unbedenklich: Erstens daß ihm ein kräftiger Schutz der ländlichen Arbeiter gegenübersteht, und zweitens daß, was ohnehin Vorbedingung seiner Verwirklichung ist, Demokratie in Staat und Gemeinde herrscht.[1] Beides ist auch bei Kautsky unterstellt. Aber Kautsky unterschätzt das Gewicht der ländlichen Arbeiter in der demokratisirten Landgemeinde. So hilflos wie er es an der angegebenen Stelle beschreibt, sind die Landarbeiter nur noch in solchen Gemeinden, die ganz außerhalb des Verkehrs liegen, und deren Zahl wird immer geringer. Im Allgemeinen ist der Landarbeiter, wofür Kautsky selbst genug Material vorführt, sich heute schon seiner Interessen ziemlich bewußt und würde es unter dem allgemeinen Stimmrecht immer mehr werden. Außerdem bestehen in den meisten Gemeinden zwischen den Bauern selbst allerhand Interessengegensätze, und zählt die Dorfgemeinde in Handwerkern und kleineren Geschäftsleuten Elemente, die in vielen Dingen mehr Interessen mit den Landarbeitern als mit der Bauernaristokratie gemein haben. All das würde es in den wenigsten Fällen dazu kommen lassen, daß die Landarbeiter allein einer geschlossenen „reaktionären Masse" gegenüberständen. Auf die Dauer müßte vielmehr auch in der Landgemeinde die Demokratie im Sinne des Sozialismus wirken. Ich halte die Demokratie im Verein mit

---

[1] Ich sehe hier von den verwaltungstechnischen Fragen ab, die mit diesen Fragen verknüpft sind. Offenbar wäre es ein Widersinn, dem einen Körper — dem Staat — die Pflicht der Aufbringung der Mittel, dem anderen — den Gemeinden — ein unbeschränktes Verfügungsrecht über diese Mittel zuzuweisen. Entweder müßte dem Staat, als Organ, das die Mittel aufbringt, ein weitgehendes Recht finanzieller Kontrolle der Gemeindeausgaben eingeräumt werden, oder aber es müßten die Gemeinden mindestens für einen Antheil an den Kosten für die aufgeführten Zwecke selbst aufzukommen haben, so daß zweckwidrige Ausgaben auch ihnen zur Last fielen. Was mich betrifft, so bin ich der Ansicht, daß in diesen Dingen der Staat die subsidiäre und nicht die primäre Finanzbehörde zu bilden hat.

den Rückwirkungen der großen Umwälzungen im Verkehrswesen für mächtigere Hebel der Emanzipation der Landarbeiter, wie die technischen Veränderungen der bäuerlichen Wirthschaft.

Faktisch ist übrigens Kautskys Programm in der Hauptsache, und zwar grade in den Punkten, auf die er das größte Gewicht legt, blos Anwendung der Forderungen der bürgerlichen Demokratie auf die Agrarverhältnisse, verstärkt durch ausgedehnte Schutzbestimmungen für die ländlichen Arbeiter. Nach dem Vorausgeschickten liegt es auf der Hand, daß dies in meinen Augen nichts weniger als ein Tadel sein soll. Auch sage ich damit nichts, was nicht Kautsky selbst sehr ausdrücklich hervorgehoben hat. Er meint sogar, seinem Programm den Titel eines sozialdemokratischen Agrarprogramms absprechen zu müssen, weil dessen Forderungen zu Gunsten der Landarbeiter in der ländlichen Selbstverwaltung theils schon in den Arbeiterschutzforderungen und den nächsten politischen Forderungen der Sozialdemokratie im Wesentlichen enthalten seien, theils aber, außer der Forderung der Verstaatlichung der Wald- und Wasserwirthschaft, nur „kleine Mittel" aufzähle, die anderwärts theilweise schon durchgeführt seien, und bezüglich deren sich die Sozialdemokratie von anderen Parteien nur durch die Rücksichtslosigkeit unterscheide, mit der sie das Allgemeininteresse gegen das Privateigenthum vertrete. Indeß hängt es ja auch gar nicht von der Tragweite der einzelnen Forderungen, sondern vom Charakter und der Tragweite der Gesammtheit der Forderungen in ihrem Zusammenhange ab, ob ein Programm als sozialdemokratisch bezeichnet werden kann oder nicht. Die Sozialdemokratie kann als nächste Forderungen nur solche aufstellen, die auf die Verhältnisse in der Gegenwart passen, wobei die Bedingung ist, daß sie in sich den Keim zur Weiterentwicklung in der Richtung der von ihr erstrebten Gesellschaftsordnung tragen. Es giebt aber keine Forderung dieser Art, für welche nicht die eine oder die andere nichtsozialdemokratische Partei auch eintreten könnte und wird. Eine Forderung, die alle bürgerlichen Parteien nothwendigerweise zu prinzipiellen Gegnern hätte, wäre durch diese Thatsache allein als utopistisch gekennzeichnet. Die Sozialdemokratie kann andererseits Forderungen, die unter den gegebenen Wirthschafts- und Machtverhältnissen mehr zur Befestigung der heutigen Eigenthums- und Herrschaftsverhältnisse als zur Lockerung derselben dienen würden, nicht daraufhin aufstellen, daß die betreffenden Maßregeln unter anderen Verhältnissen, auf einer vorgerückteren Stufe der Entwicklung Hebel zur sozialistischen Umgestaltung der Produktion werden können. Eine solche Forderung, von der Kautsky nach sorgfältiger Prüfung Abstand genommen hat, ist z. B. die der Verstaatlichung der Hypotheken. Die ist heute keine Sache der Sozialdemokratie.

Ich versage es mir, Kautskys Programm, dem ich, wie schon bemerkt, prinzipiell durchaus zustimme, in allen Einzelheiten durchzugehen, glaube aber

einige auf dasselbe bezügliche Bemerkungen nicht unterdrücken zu sollen. Für mich lassen sich, wie schon dargelegt, die Hauptaufgaben, welche die Sozialdemokratie heute gegenüber der Landbevölkerung zu erfüllen hat, in drei Gruppen zerlegen. Nämlich 1) Bekämpfung aller noch vorhandenen Reste und Stützen der Grundbesitzerfeudalität und Kampf für die Demokratie in der Gemeinde und dem Distrikt. Also Eintreten für Aufhebung der Fideikommisse, der Gutsbezirke, der Jagdprivilegien ꝛc., wie bei Kautsky. In Kautskys Fassung, durch Führung vollster Selbstverwaltung in der Gemeinde und der Provinz scheint mir das Wort „vollster" nicht gut gewählt und würde ich es durch das Wort „demokratisch" ersetzen. Superlative sind fast immer irreführend. „Vollste Selbstverwaltung" kann auf den Kreis der Theilnehmer gehen, wo das, was es sagen will, sicher besser durch demokratische Selbstverwaltung bezeichnet wird; es kann aber auch auf die Verfügungsrechte gehen, und da würde es einen Absolutismus der Gemeinde bedeuten, der weder nöthig ist, noch mit den Anforderungen einer gesunden Demokratie vereinbar wäre. Ueber der Gemeinde steht, ihr bestimmte Funktionen zuweisend und das Gesammtinteresse gegen ihr Sonderinteresse vertretend, die allgemeine Gesetzgebung der Nation. 2) Schutz und Entlastung der arbeitenden Klassen in der Landwirthschaft. Unter diese Rubrik fällt der Arbeiterschutz im engeren Sinne: Aufhebung der Gesindeordnung, Begrenzung der Arbeitszeit der verschiedenen Kategorien der Lohnarbeiter, Gesundheitspolizei, Unterrichtswesen, sowie solche Maßregeln, welche den Kleinbauern als Steuerzahler entlasten. In Hinsicht des Arbeiterschutzes scheint mir Kautskys Vorschlag, die Arbeit der jugendlichen Arbeiter zwischen 7 Uhr Abends und 7 Uhr Morgens zu verbieten, nicht zweckmäßig. In den Sommermonaten würde dies Verlegung der Arbeiten von den Morgenstunden in die heißeste Tageszeit bedeuten, wo jetzt vielmehr gewöhnlich die Arbeit gänzlich ruht. Auf dem Lande wird im Sommer allgemein früh aufgestanden, und für gewisse Arbeiten in der Erntezeit ist zeitiger Beginn unumgänglich.[1] Der Normalarbeitstag läßt sich auf dem Lande nicht in der gleichen Weise durchführen wie in der Industrie. Seine Verwirklichung ist nur möglich, wie dies Kautsky auch selbst ausführt, durch das Mittel eines Arbeitsplans, der für den ganzen Turnus der Arbeiten des Jahres festgesetzt wird, auf die Natur der verschiedenen, vom Wetter ꝛc. abhängigen Saisonarbeiten Rücksicht

[1] So in der Wiesenkultur beim Schnitt des Grases, wobei den jungen Personen die Aufgabe zufällt, das geschnittene Gras auszubreiten, damit es Tags über in der Sonne trockne. Will man ihnen diese Arbeit und die ergänzende Arbeit des Wendens und Häufens nicht verbieten, so ist es ihnen wie der Sache selbst zuträglicher, diese in den heißesten Monaten etwa in der Zeit von 6 bis 10 Uhr Vormittags und 4 bis 8 Uhr Nachmittags zu erlauben.

nimmt, und dem für die jüngeren Arbeiter ebenso wie für die Erwachsenen ein Durchschnitt des Maximums der zulässigen Arbeitszeit zu Grunde gelegt wird. Dem Normalarbeitstag von acht Stunden für die Erwachsenen würde dann ein Normalarbeitstag von sechs Stunden für die jungen Leute entsprechen. 3) Bekämpfung des Eigenthumsabsolutismus und Förderung des Genossenschaftswesens. Hierunter fallen Forderungen wie „Einschränkung der Rechte des Privateigenthums am Boden zur Förderung: 1) der Separation, der Aufhebung der Gemenglage, 2) der Landeskultur, 3) der Seuchenverhütung" (Kautsky). „Reduzirung übermäßiger Pachtzinsen durch dazu eingesetzte Gerichtshöfe" (Kautsky). Bau gesunder und bequemer Arbeiterwohnungen durch die Gemeinden. „Erleichterung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses durch die Gesetzgebung" (Kautsky). Berechtigung der Gemeinden, Boden durch Kauf oder Expropriation zu erwerben und an Arbeiter und Arbeitergenossenschaften zu billigem Zins zu verpachten.[1]

Diese letztere Forderung leitet zur Genossenschaftsfrage über. Nach dem, was im Abschnitt über die ökonomischen Möglichkeiten der Genossenschaften gesagt wurde, kann ich hier kurz sein. Es handelt sich heute nicht mehr darum, ob Genossenschaften sein sollen oder nicht. Sie sind und werden sein, ob die Sozialdemokratie es will oder nicht. Zwar könnte oder kann sie durch das Gewicht ihres Einflusses auf die Arbeiterklasse die Ausbreitung der Arbeitergenossenschaften verlangsamen, aber dadurch würde sie weder sich noch der Arbeiterklasse einen Dienst leisten. Ebenso wenig empfiehlt sich das spröde Manchesterthum, das vielfach in der Partei gegenüber der Genossenschaftsbewegung an den Tag gelegt und mit der Erklärung begründet wird, es könne innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft keine sozialistischen Genossenschaften geben. Es gilt vielmehr bestimmt Stellung zu nehmen und sich klar zu werden, welche Genossenschaften die Sozialdemokratie empfehlen und nach Maßgabe ihrer Mittel moralisch unterstützen kann und welche nicht. Die Resolution, welche der Berliner Parteitag von 1892 bezüglich des Genossenschaftswesens gefaßt hat, ist schon deshalb ungenügend, weil sie nur eine Form desselben, die industrielle Produktivgenossenschaft, im Auge hat, gegenüber der, soweit sie als selbständiges Konkurrenzunternehmen gegen die kapitalistischen Fabriken gedacht ist, allerdings die größte Sprödigkeit am Platze ist. Aber was von ihren wirthschaftlichen Möglichkeiten gilt, gilt nicht von anderen Formen der genossenschaftlichen Unternehmung. Es gilt nicht von den

[1] Einen derartigen, allerdings mit zuviel Einschränkungen versehenen Paragraphen enthält das neue englische Lokalverwaltungsgesetz. Er war in der ursprünglichen Fassung, in der die liberale Regierung ihn 1894 vorschlug, viel radikaler, mußte aber Angesichts der Opposition der Konservativen, hinter denen das Haus der Lords stand, abgeschwächt werden.

Konsumgenossenschaften und den mit ihnen verbundenen Produktionsanstalten. Und es fragt sich, ob es nicht auch hinfällig ist hinsichtlich der ländlichen Genossenschaft.

Wir haben gesehen, welchen außerordentlichen Aufschwung die Kredit-, Einkaufs-, Molkerei-, Werk- und Vertriebsgenossenschaften in allen modernen Ländern bei der Landbevölkerung nehmen. Aber diese Genossenschaften sind in Deutschland durchgängig Bauerngenossenschaften, Repräsentanten der „Mittelstandsbewegung“ auf dem Lande. Daß sie im Verein mit der Verbilligung des Zinsfußes, die die steigende Kapitalakkumulation mit sich bringt, in der That viel dazu beitragen können, bäuerliche Wirthschaften gegenüber dem Großbetrieb konkurrenzfähig zu erhalten, halte ich für unwiderlegt. Diese bäuerlichen Genossenschaften sind denn auch zumeist der Tummelplatz von antisozialistischen Elementen, von kleinbürgerlichen Liberalen, Klerikalen, Antisemiten. Für die Sozialdemokratie kommen sie heute fast überall außer Betracht, wenn es auch in ihren Reihen manchen Kleinbauern geben mag, dem die Sozialdemokratie näher steht als jene Parteien. Den Ton giebt bei ihnen der Mittelbauer an. Wenn die Sozialdemokratie jemals Aussicht hatte, durch das Mittel der Genossenschaften stärkeren Einfluß auf die betreffende Schicht der Landbevölkerung zu gewinnen, so hat sie den Anschluß eben verpaßt. Für sie kann oder könnte heute nur die Genossenschaft der Landarbeiter und Zwergbauern in Betracht kommen, deren Form noch nicht gefunden oder jedenfalls noch nicht erprobt ist. Bedenken wir aber, daß dauernde gewerkschaftliche Organisationen der Landarbeiter bisher selbst in England noch nicht möglich gewesen sind, wo keine Gesindeordnung und kein Koalitionsverbot sie hindern, daß daher ihre Aussichten auch bei uns sehr gering sind, während andererseits alle möglichen Agenten heute am Werke sind, durch Rentengüter und ähnliche Schöpfungen Landarbeiter an die Scholle zu ketten, dann müssen wir uns auch sagen, daß der Sozialdemokratie die Aufgabe zufällt, mindestens einen Weg aufzuzeigen, der die Landarbeiter befähigte, sich auf ihre eigene Weise das Mittel der Genossenschaft zu Nutze zu machen. Die wichtigsten Erfordernisse dazu sind: genügender Grund und Boden und Eröffnung von Absatzmöglichkeiten. Im Hinblick auf das Erstere scheint mir die oben formulirte Forderung, wonach die Gemeinden das Recht erhalten sollten, Boden durch Expropriation zu erwerben und zu billigen Bedingungen an Arbeitergenossenschaften zu verpachten, diejenige, die bei demokratischer Entwicklung am nächsten liegt. Die Absatzmöglichkeit aber würden der ländlichen Arbeitergenossenschaft, sofern sie mit dem Boykott der kapitalistischen Geschäftswelt zu kämpfen hätte, die Arbeiterkonsumgenossenschaften der Städte bieten können.

Indeß stehen die ländlichen Arbeitergenossenschaften damit noch auf dem Papier, denn die Demokratie soll erst noch erkämpft werden. Es könnte nun

noch die Gründung solcher durch Selbsthilfe oder Privatmittel in Betracht kommen, wie F. Oppenheimer sie vorschlägt. Das ist aber eine Sache, die ebenso wie die Gründung von Konsumgenossenschaften, für die Sozialdemokratie als Partei außerhalb des Bereichs ihrer Aufgaben liegt. Als politische Kampfpartei kann sie sich nicht auf wirthschaftliche Experimente einlassen. Ihre Aufgabe ist es, die gesetzlichen Hindernisse aus dem Wege zu räumen, welche der genossenschaftlichen Bewegung der Arbeiter im Wege stehen, und für die zweckmäßige Umgestaltung derjenigen Verwaltungsorgane zu kämpfen, die eventuell berufen sind, die Bewegung zu fördern.

Wenn aber die Sozialdemokratie als Partei nicht den Beruf hat, Konsumgenossenschaften zu gründen, so heißt das nicht, daß sie ihnen kein Interesse widmen soll. Die beliebte Erklärung, die Konsumgenossenschaften seien keine sozialistischen Unternehmungen, beruht auf demselben Formalismus, wie er lange gegenüber den Gewerkschaften geübt wurde und jetzt anfängt, dem entgegengesetzten Extrem Platz zu machen. Ob eine Gewerkschaft oder ein Arbeiter-Konsumverein sozialistisch sind oder nicht, hängt nicht von ihrer Form ab, sondern von ihrem Wesen, von dem Geiste, der sie durchdringt. Sie sind sicherlich niemals der Wald, aber sie sind Bäume, die sehr nützliche Theile und wahre Zierden des Waldes abgeben können. Unbildlich gesprochen, sie sind nicht *der* Sozialismus, aber sie tragen als Arbeiterorganisationen genug vom Element des Sozialismus in sich, um sich zu werthvollen und unerläßlichen Hebeln der sozialistischen Befreiung zu entwickeln. Ihren wirthschaftlichen Aufgaben werden sie sicher am besten nachkommen, wenn sie in ihrer Organisation und Verwaltung vollständig sich selbst überlassen bleiben. Aber wie sich die Abneigung und selbst Gegnerschaft, die viele Sozialisten früher der Gewerkschaftsbewegung gegenüber fühlten, allmälig in freundschaftliche Neutralität und dann in das Gefühl der Zusammengehörigkeit verwandelt hat, so wird es ähnlich mit den Konsumvereinen gehen — ist es theilweise schon mit ihnen gegangen. Die Praxis ist auch hier die stärkste Führerin.

Diejenigen Elemente, die Feinde nicht nur der revolutionären, sondern jeder Emanzipationsbewegung der Arbeiter sind, haben durch ihren Feldzug gegen die Arbeiterkonsumvereine die Sozialdemokratie genöthigt, als Partei für dieselben einzutreten. Ebenso hat die Erfahrung gezeigt, daß solche Befürchtungen, wie daß die Genossenschaften der politischen Arbeiterbewegung intellektuelle oder andere Kräfte entziehen würden, durchaus unbegründet sind. An einzelnen Orten mag das vorübergehend einmal der Fall sein, auf die Dauer wird aber überall eher das Umgekehrte eintreten. Die Sozialdemokratie kann der Gründung von Arbeiterkonsumgenossenschaften, wo die wirthschaftlichen und gesetzlichen Vorbedingungen dazu gegeben sind, ohne Bedenken zusehen, und

sie wird gut thun, ihnen ihr volles Wohlwollen zu schenken und sie nach Möglichkeit zu fördern.[1]

Nur unter einem Gesichtspunkt könnte der Arbeiterkonsumverein prinzipiell als bedenklich erscheinen, nämlich als das Gute, das dem Besseren im Wege steht, wobei als das Bessere die Organisation der Güterbeschaffung und des Gütervertriebs durch die Gemeinden zu gelten hätte, wie sie in fast allen sozialistischen Systemen vorgezeichnet wird. Aber erstens braucht der demokratische Konsumverein, um alle Mitglieder der Gemeinde zu umfassen, in der er lokalisirt ist, gar keine prinzipielle Aenderung, sondern nur eine Erweiterung seiner Konstitution, die durchaus im Einklang mit seinen natürlichen Tendenzen steht (an einzelnen kleineren Orten sind Konsumgenossenschaften heute schon sehr nahe daran, alle Bewohner der Gemeinde zu Mitgliedern zu zählen), und zweitens liegt die Verwirklichung dieses Gedankens noch in so weiter Ferne, setzt sie so viele politische und wirthschaftliche Veränderungen und Zwischenstufen der Entwicklung voraus, daß es unsinnig wäre, in Hinblick auf sie auf die Vortheile zu verzichten, welche die Arbeiter heute mittels der Konsumvereine erzielen können. Heute kann es sich, soweit die politischen Gemeinden in Betracht kommen, nur um Fürsorge für ganz bestimmte allgemeine Bedürfnisse durch sie handeln.

Damit kommen wir schließlich zur Gemeindepolitik der Sozialdemokratie. Auch diese war lange Zeit das oder ein Stiefkind der sozialistischen Bewegung. Es ist z. B. noch nicht allzu lange her, daß in einem, mittlerweile eingegangenen, von sehr geistreichen Leuten redigirten sozialistischen Blatte des Auslands der Gedanke, die Munizipalitäten heute schon als Hebel sozialistischer Reformarbeit zu benützen und, ohne deshalb von der parlamentarischen Aktion abzusehen, von der Gemeinde her an die Verwirklichung sozialistischer Forderungen zu gehen, mit Hohn als kleinbürgerlich zurückgewiesen wurde. Die Ironie des Schicksals hat es gewollt, daß der Hauptredakteur jenes Blattes nur auf dem Rücken des Munizipalsozialismus ins Parlament seines Landes einzurücken vermocht hat. Aehnlich hat in England die Sozialdemokratie in den Gemeinden ein ergiebiges Feld fruchtbarer Thätigkeit gefunden, ehe es ihr gelungen ist, eigene Vertreter ins Parlament zu schicken. In Deutschland war die Entwicklung eine andere, hier hatte die Sozialdemokratie längst parlamentarisches Bürgerrecht erlangt, ehe sie in den Gemeindevertretungen in nennenswerthem Maße Fuß faßte. Mit ihrer wachsenden Ausbreitung mehrten sich indeß auch ihre Erfolge in den Gemeinderathswahlen, so daß sich immer mehr die Nothwendigkeit der Ausarbeitung eines sozialistischen Munizipalprogramms herausgestellt hat, wie solche für

[1] Welche Förderung aber nicht darin bestehen darf, daß man dem Konsumverein erlaubt, minderwerthige Waaren zu führen 2c.

einzelne Staaten oder Provinzen auch schon vereinbart wurden. So hat erst kürzlich, am 27. und 28. Dezember 1898, eine Konferenz sozialistischer Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg sich über ein Programm für Gemeindewahlen geeinigt, das im Ganzen seinem Zweck vortrefflich entsprechen dürfte und in keinem Punkte zu prinzipieller Kritik herausfordert. Aber es beschränkt sich, wie man dies von einem Aktionsprogramm auch nicht anders erwarten kann, auf Forderungen, die innerhalb der heute den Gemeinden zustehenden Rechte liegen, ohne sich auf eine prinzipielle Auseinandersetzung darüber einzulassen, welches nach sozialistischer Auffassung die Rechte und die Aufgaben der Gemeinde sein sollen. Auf diese Frage hätte dagegen ein allgemeines Munizipalprogramm der Sozialdemokratie wohl mit einigen Worten einzugehen. Was verlangt die Sozialdemokratie für die Gemeinde und was erwartet sie von der Gemeinde?

Das Erfurter Programm sagt in dieser Hinsicht nur: „Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde, Wahl der Behörden durch das Volk“, und verlangt für alle Wahlen das allgemeine, gleiche und direkte Stimmrecht aller Erwachsenen. Ueber das rechtliche Verhältniß der aufgezählten Verwaltungskörper zu einander äußert es sich nicht. Zweifelsohne haben die Masse der Delegirten, gleich dem Schreiber dieses, seinerzeit die Sache so verstanden, daß die Reihenfolge in der Aufzählung der Körper ihre rechtliche Rangordnung anzeigen sollte, so daß in Konfliktfällen Reichsgesetz über Staatsgesetz u. s. w. zu gehen hätte. Aber damit würde z. B. die Selbstbestimmung des Volkes in der Gemeinde zum Theil wieder aufgehoben, bezw. eingeschränkt. Wie weiter oben ausgeführt, halte ich in der That auch heute noch dafür, daß das Gesetz oder der Beschluß der Nation die höchste Rechtsinstanz der Gesellschaft zu bilden hat. Indeß das sagt nicht, daß die Begrenzung der Rechte und Vollmachten zwischen Staat und Gemeinde dieselbe sein soll wie sie heute ist.

Heute ist z. B. das Expropriationsrecht der Gemeinden sehr eingeschränkt, so daß eine ganze Reihe von Maßnahmen wirthschaftspolitischen Charakters am Widerstand oder übertriebenen Forderungen der Grundeigenthümer ein geradezu unübersteigbares Hinderniß finden würden. Eine Erweiterung des Expropriationsrechts wäre demgemäß eine der nächsten Forderungen des Munizipalsozialismus. Es ist indeß nicht nöthig, ein absolutistisches, ganz unbeschränktes Expropriationsrecht zu verlangen. Die Gemeinde würde immer zu verpflichten sein, sich bei Enteignungen an die Bestimmungen des allgemeinen Rechtes zu halten, die den Einzelnen gegen Willkür zufälliger Mehrheiten schützen. Eigenthumsrechte, die das allgemeine Gesetz zuläßt, müssen in jedem Gemeinwesen unantastbar sein, solange als, und in dem Maße wie, das allgemeine Gesetz sie zuläßt. Zulässiges Eigenthum anders als gegen Entschädigung entziehen,

ist Konfiskation, die nur im Falle außergewöhnlichen Zwangs der Umstände (Krieg, Seuchen) gerechtfertigt werden kann.[1]

Die Sozialdemokratie wird also für die Gemeinden neben der Demokratisirung des Wahlrechts Erweiterung ihres, in verschiedenen deutschen Staaten noch sehr beschränkten Expropriationsrechts verlangen müssen, wenn eine sozialistische Gemeindepolitik möglich sein soll. Außerdem volle Unabhängigkeit ihrer Verwaltung, insbesondere der Sicherheitspolizei von der Staatsgewalt. Was sie von den Gemeinden zu verlangen hat, ist hinsichtlich der Steuer- und Schulpolitik im Wesentlichen schon im allgemeinen Programm der Partei niedergelegt, hat aber im Brandenburger Programm einige werthvolle Erweiterungen erfahren (Errichtung von Schulkantinen, Einstellung von Schulärzten 2c.). Ferner sind heute mit Recht in den Vordergrund gerückt die auf die Ausbildung der kommunalen Eigenbetriebe, bezw. der öffentlichen Dienste und der Arbeiterpolitik der Gemeinden bezüglichen Forderungen. In ersterer Hinsicht wird als prinzipielle Forderung aufzustellen sein, daß alle auf das allgemeine Bedürfniß der Gemeindemitglieder berechneten und Monopolcharakter tragenden Unternehmungen von der Gemeinde in eigener Regie zu betreiben sind und daß im Uebrigen die Gemeinde danach streben soll, den Kreis der Leistungen für ihre Angehörigen beständig zu erweitern. Hinsichtlich der Arbeiterpolitik muß von den Gemeinden verlangt werden, daß sie als Beschäftiger von Arbeitern, ob es sich nun um Arbeiten in eigener Regie oder um Verdingungsarbeiten handelt, als Mindestbedingung die von den Organisationen der betreffenden Arbeiter anerkannten Lohn- und Arbeits-

[1] Ich habe diesen Gedanken schon vor Jahren sehr energisch in meinem Vorwort zum Auszug aus Lassalles „System der erworbenen Rechte" Ausdruck gegeben, welches Werk ja selbst, wie Lassalle schreibt, dem Zwecke gewidmet ist, das revolutionäre Recht mit dem positiven Recht zu versöhnen, d. h. noch im revolutionären Recht dem positiven Recht Genüge zu leisten. Auf die Gefahr hin, spießbürgerlicher Gesinnung bezichtigt zu werden, stehe ich nicht an zu erklären, daß mir der Gedanke oder die Vorstellung einer Expropriation, die nur in Rechtsform gekleidete Wegnahme wäre — von einer Expropriation nach dem Rezept Barères gar nicht zu reden —, durchaus verwerflich erscheint, ganz abgesehen davon, daß ein solches Enteignen auch aus rein wirthschaftlich utilitarischen Gründen zu verwerfen wäre. „Wie weitreichende Eingriffe in das Gebiet bisheriger Eigenthumsprivilegien man auch dabei — in der Uebergangsepoche zur sozialistischen Gesellschaft — voraussetzen mag, es werden nicht die sinnlos waltender brutaler Gewalt sein können, sondern sie werden der Ausdruck einer bestimmten, wenn auch neuen und sich mit elementarer Kraft geltend machenden Rechtsidee sein." (Gesammtausgabe von Lassalles Werken, Bd. III, S. 791.) Die dem ureigenen Rechtsprinzip des Sozialismus am meisten entsprechende Form der Expropriation der Expropriateurs ist die der Ablösung durch Organisationen und Institutionen.

zeitsätze innehalten und das Koalitionsrecht dieser Arbeiter verbürgen. Es soll indeß hierbei bemerkt werden, daß wenn es auch nur richtig ist, dahin zu wirken, daß die Kommunen als Beschäftiger von Arbeitern den privaten Unternehmern hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und Wohlfahrtseinrichtungen mit gutem Beispiel vorangehen, es doch eine kurzsichtige Politik wäre, für die kommunalen Arbeiter so hohe Bedingungen zu verlangen, daß sie ihren Berufskollegen gegenüber in die Lage einer außergewöhnlich privilegirten Schicht kämen und die Kommune erheblich theurer produzirte als die Privatunternehmer. Das würde auf die Dauer nur zu Korruption und Schwächung des Gemeinsinns führen.

Die moderne Entwicklung hat den Munizipalitäten noch andere Aufgaben zugewiesen: die Einrichtung und Ueberwachung von Ortskrankenkassen, wozu sich vielleicht in nicht allzulanger Zeit die Uebernahme der Invaliditätsversicherung gesellen wird. Ferner die Errichtung von Arbeitsnachweisen und von Gewerbegerichten. Hinsichtlich der Arbeitsnachweise vertritt die Sozialdemokratie als Mindestforderung die Sicherstellung ihres paritätischen Charakters und hinsichtlich der Gewerbegerichte ihre obligatorische Einführung, die Ausdehnung ihrer Vollmachten. Skeptisch, wo nicht abweisend steht sie den Versuchen kommunaler Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gegenüber, da die Anschauung vorherrscht, daß diese Versicherung eine der legitimen Aufgaben der Gewerkschaften bildet, und von ihnen auch besser besorgt werden kann. Das kann aber nur für gut organisirte Gewerbe gelten, die leider noch eine kleine Minderheit der Arbeiterschaft bilden. Die große Masse der Arbeiter ist noch unorganisirt, und es fragt sich, ob nicht die kommunale Versicherung gegen Arbeitslosigkeit mit Heranziehung der Gewerkschaften so organisirt werden kann, daß sie, weit entfernt einen Eingriff in die legitimen Funktionen der Letzteren zu bilden, gerade zum Mittel wird, sie zu fördern. Jedenfalls würde es die Aufgabe sozialdemokratischer Gemeindevertreter sein, da, wo solche Versicherungen unternommen werden, mit aller Energie auf die Heranziehung der Gewerkschaften zu dringen.

Seiner ganzen Natur nach ist so der Munizipalsozialismus ein unumgänglicher Hebel zur Ausbildung oder vollen Verwirklichung dessen, was wir im vorigen Abschnitt als demokratisches Arbeitsrecht bezeichnet haben. Aber er wird und muß Stückwerk bleiben, wo das Wahlrecht der Gemeinde Klassenwahlrecht ist. Das aber ist in weit mehr als drei Vierteln Deutschlands der Fall. Und so stehen wir auch hier, wie mit Bezug auf die Landtage, von denen ja die Gemeinden in hohem Grade abhängen, und die anderen Organe der Selbstverwaltung (Kreis, Provinz) vor der Frage, wie gelangt die Sozialdemokratie dazu, das für sie geltende Klassenwahlsystem zu beseitigen, ihre Demokratisirung zu erkämpfen?

Die Sozialdemokratie hat zur Zeit in Deutschland, neben dem Mittel der Propaganda durch Wort und Schrift, das Reichstagswahlrecht als wirksamstes Mittel der Geltendmachung ihrer Forderungen. Sein Einfluß ist so stark, daß er sich selbst auf diejenigen Körper erstreckt, die durch Zensuswahlrecht oder Klassenwahlsystem der Arbeiterklasse unzugänglich gemacht sind, denn die Parteien müssen auch dort auf die Reichstagswähler Rücksicht nehmen. Wäre das Reichstagswahlrecht vor jedem Eingriff geschützt, so ließe es sich daher bis zu einem gewissen Grade rechtfertigen, daß die Frage des Wahlrechts zu den anderen Körpern als eine untergeordnete behandelt wird, obwohl es auch dann falsch wäre, sie auf die leichte Schulter zu nehmen. Aber das Reichstagswahlrecht ist nichts weniger als gesichert. Wohl werden die Regierungen und die Regierungsparteien nicht leicht sich zu seiner Abänderung entschließen, denn sie sagen sich wohl selbst, daß ein solcher Schritt bei der Masse der deutschen Arbeiter einen Haß und eine Erbitterung erregen müßte, die sich ihnen bei geeigneten Gelegenheiten in verschiedener Weise sehr unangenehm fühlbar machen würde. Die sozialistische Bewegung ist zu stark, das politische Selbstbewußtsein der deutschen Arbeiter zu entwickelt, als daß man mit ihnen kavaliermäßig verfahren könnte. Auch darf man bei einem großen Theil selbst der prinzipiellen Gegner des allgemeinen Wahlrechts eine gewisse moralische Scheu voraussetzen, dem Volk ein solches Recht zu nehmen. Wenn aber unter normalen Verhältnissen die Verkürzung des Wahlrechts eine revolutionäre Spannung mit all ihren Gefahren für die Regierenden schaffen würde, so kann dagegen von ernsthaften technischen Schwierigkeiten einer solchen Aenderung des Wahlrechts, die einen Erfolg unabhängiger sozialistischer Kandidaturen nur noch als Ausnahme zuließe, nicht die Rede sein. Es sind lediglich die politischen Rücksichten, die hier den Ausschlag geben. Daß es aber Situationen giebt, wo die auf sie gestützten Bedenken wie Spreu vor dem Winde zerstieben würden, braucht hier nicht des Ausführlichen dargelegt zu werden, noch daß es nicht innerhalb der Macht der Sozialdemokratie liegt, sie zu verhindern. Sie kann wohl ihrerseits den Entschluß, sich durch keine Provokation zu gewaltthätigen Zusammenstößen verleiten zu lassen, bis in seine äußersten Konsequenzen durchführen, aber sie hat nicht die Macht, die politisch unorganisirte Masse unter allen Umständen von solchen zurückzuhalten.

Aus diesem und anderen Gründen erscheint es nicht wohlgethan, die Politik der Sozialdemokratie einseitig von den Bedingungen und Möglichkeiten des Reichstagswahlrechts abhängig zu machen. Obendrein haben wir gesehen, daß es auch mit diesem nicht so schnell vorwärts geht, wie man nach den Erfolgen von 1890 und 1893 folgern mochte. Während die sozialistische Stimmenzahl in den dreijährigen Perioden von 1887 bis 1890 um 87 Prozent, und von 1890 auf 1893 um 25 Prozent stieg, ist sie in den fünf Jahren

von 1893 auf 1898 nur um 18 Prozent gestiegen. Ein an sich auch noch sehr bedeutender Zuwachs, aber kein Zuwachs, der dazu berechtigte, von der nächsten Zukunft Außergewöhnliches zu erwarten.

Nun ist die Sozialdemokratie nicht ausschließlich auf das Wahlrecht und die parlamentarische Thätigkeit angewiesen. Es bleibt ihr auch außerhalb der Parlamente ein großes und reiches Arbeitsfeld. Die sozialistische Arbeiterbewegung würde sein, auch wenn ihr die Parlamente verschlossen wären. Nichts zeigt dies besser als die erfreulichen Regungen der russischen Arbeiterwelt. Aber mit ihrem Ausschluß aus den Vertretungskörpern würde die deutsche Arbeiterbewegung in hohem Grade des inneren Zusammenhangs verlustig gehen, der heute ihre verschiedenen Glieder verbindet, sie würde einen chaotischen Charakter erhalten, und an die Stelle des ruhigen, unablässigen Vormarsches im festen Schritte würden sprunghafte Vorwärtsbewegungen treten mit den unausbleiblichen Rückschlägen und Ermattungen.

Eine solche Entwicklung liegt weder im Interesse der Arbeiterklasse, noch kann sie jenen Gegnern der Sozialdemokratie als wünschenswerth erscheinen, die zu der Erkenntniß gelangt sind, daß die gegenwärtige Gesellschaftsordnung nicht für alle Ewigkeiten geschaffen ist, sondern dem Gesetz der Veränderung unterliegt, und daß eine katastrophenmäßige Entwicklung mit all ihren Schrecken und Verheerungen nur dadurch vermieden werden kann, daß den Veränderungen in den Produktions- und Verkehrsverhältnissen und der Klassenentwicklung auch im politischen Recht Rechnung getragen wird. Und die Zahl derer, die das einsehen, ist im steten Wachsen. Ihr Einfluß würde ein viel größerer sein als er heute ist, wenn die Sozialdemokratie den Muth fände, sich von einer Phraseologie zu emanzipiren, die thatsächlich überlebt ist, und das scheinen zu wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei.

Es handelt sich nicht darum, das sogenannte Recht auf Revolution abzuschwören, dieses rein spekulative Recht, das keine Verfassung paragraphiren und kein Gesetzbuch der Welt prohibiren kann, und das bestehen wird, solange das Naturgesetz uns, wenn wir auf das Recht zu athmen verzichten, zu sterben zwingt. Dieses ungeschriebene und unvorschreibbare Recht wird dadurch, daß man sich auf den Boden der Reform stellt, so wenig berührt, wie das Recht der Nothwehr dadurch aufgehoben wird, daß wir Gesetze zur Regelung unserer persönlichen und Eigenthumsstreitigkeiten schaffen.

Ist aber die Sozialdemokratie heute etwas Anderes als eine Partei, welche die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft durch das Mittel demokratischer und wirthschaftlicher Reform anstrebt? Nach einigen Erklärungen, die mir auf dem Parteitag in Stuttgart entgegengehalten wurden, möchte es vielleicht so scheinen. Aber in Stuttgart hat man meine Zuschrift an den

Parteitag als eine Anklage gegen die Partei aufgefaßt, daß sie im Fahrwasser des Blanquismus segle, während sie thatsächlich nur gegen einige Leute gerichtet war, die mit Argumenten und Redensarten blanquistischer Natur gegen mich losgezogen waren und ein Pronunciamento des Kongresses gegen mich erwirken wollten. Und wenn sich einige, sonst ruhige und objektiv urtheilende Leute durch das Geräusch, das meine Artikel sehr wider meinen Willen und mein Erwarten verursacht hatten, vorübergehend haben dazu verleiten lassen, gegen mich aufzutreten und so scheinbar jenen Anathema-Rufern zuzustimmen, so hat mich das keinen Augenblick über den ephemeren Charakter dieser Uebereinstimmung täuschen können. Wie sollte ich desselben Cunow Widerlegung meiner Ausführungen gegen die Zusammenbruchsspekulation anders als Produkt einer vorübergehenden Stimmung nehmen, der noch im Frühjahr 1897 schrieb:

„Noch stehen wir recht weit ab vom Endziel der kapitalistischen Entwicklung. In den Hauptzentren des Handels und der Industrie lebend, die enorme Steigerung der Produktion und den Verfall des liberalen Bürgerthums vor Augen, unterschätzen wir nur allzugerne die Entfernung und die Hindernisse, welche uns noch vom Ziele trennen. In welchem Lande ist denn schon die Selbstabwirthschaftung des Kapitalismus so weit vorgeschritten, daß es als reif für die sozialistische Wirthschaftsform gelten kann? In England nicht, in Deutschland und Frankreich noch weniger.“ (H. Cunow, Unsere Interessen in Ostasien, „Neue Zeit“, XV, 1, S. 806.)

Selbst ein positives Verdikt des Stuttgarter Parteitags gegen meine Erklärung hätte mich nicht an meiner Ueberzeugung irre machen können, daß die große Masse der deutschen Sozialdemokratie von blanquistischen Anwandlungen weit entfernt ist. Nach der Oeynhausener Rede wußte ich, daß eine andere Haltung des Parteitags, als die er thatsächlich eingenommen, nicht zu erwarten war, und habe das auch vorher in Briefen ganz bestimmt ausgesprochen.

Die Oeynhausener Rede hat seitdem das Schicksal so vieler anderer Reden außergewöhnlicher Menschen getheilt, sie ist offiziös berichtigt und die Wolke für ein Wiesel erklärt worden. Und in welchem Sinne hat die Partei sich seit Stuttgart geäußert? Bebel hat in seinen Reden über die Attentate mit der äußersten Energie Verwahrung dagegen eingelegt, daß die Sozialdemokratie eine Politik der Gewalt vertrete, und alle Parteiblätter haben diese Reden mit Beifall registrirt, nirgends ist ein Protest laut geworden. Kautsky entwickelt in seiner Agrarfrage Grundsätze der Agrarpolitik der Sozialdemokratie, die durchaus solche demokratischer Reform sind, das in Brandenburg beschlossene Kommunalprogramm ist ein demokratisches Reformprogramm. Im Reichstag tritt die Partei für Erweiterung der Vollmachten und obligatorische Einführung der gewerblichen Schiedsgerichte ein, dieser Organe zur Förderung

des gewerblichen Friedens. Alle Reden ihrer Vertreter daselbst athmen Reform. In demselben Stuttgart, wo nach Klara Zetkin der „Bernsteiniade" der Garaus gemacht ward, gingen kurz nach dem Kongreß die Sozialdemokraten mit der bürgerlichen Demokratie ein Wahlbündniß für die Gemeinderathswahlen ein, und in anderen württembergischen Städten folgte man ihrem Beispiel. In der Gewerkschaftsbewegung geht eine Gewerkschaft nach der anderen dazu über, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen, was praktisch ein Aufgeben des reinen Koalitionscharakters bedeutet, und erklären sie sich für paritätische, Unternehmer und Arbeiter umfassende städtische Arbeitsnachweise, während in verschiedenen großen Parteiorten — Hamburg, Elberfeld — von Sozialisten und Gewerkschaftlern an die Gründung von Konsumgenossenschaften gegangen wird. Ueberall Aktion für Reform, Aktion für sozialen Fortschritt, Aktion für Erringung der Demokratie — „man studirt die Einzelnheiten der Probleme des Tages und sucht nach Hebeln und Ansatzpunkten, um auf dem Boden dieser die Entwicklung der Gesellschaft im Sinne des Sozialismus vorwärts zu treiben." So schrieb ich gerade vor einem Jahre,[1] und ich sehe keine Thatsache, die mich veranlassen könnte, ein Wort davon zurückzunehmen.

Im Uebrigen wiederhole ich, je mehr die Sozialdemokratie sich entschließt, das scheinen zu wollen, was sie ist, um so mehr werden auch ihre Aussichten wachsen, politische Reformen durchzusetzen. Die Furcht ist gewiß ein großer Faktor in der Politik, aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß Erregung von Furcht alles vermag. Nicht als die Chartistenbewegung sich am revolutionärsten geberdete, erlangten die englischen Arbeiter das Stimmrecht, sondern als die revolutionären Schlagworte verhallt waren und sie sich mit dem radikalen Bürgerthum für die Erkämpfung von Reformen verbündeten. Und wer mir entgegenhält, daß Aehnliches in Deutschland unmöglich sei, den ersuche ich nachzulesen, wie noch vor fünfzehn und zwanzig Jahren die liberale Presse über Gewerkschaftskämpfe und Arbeitergesetzgebung schrieb, und die Vertreter dieser Parteien im Reichstag sprachen und stimmten, wo darauf bezügliche Fragen zu entscheiden waren. Er wird dann vielleicht zugeben, daß die politische Reaktion durchaus nicht die bezeichnendste Erscheinung im bürgerlichen Deutschland ist.

[1] „Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft", „Neue Zeit", XVI, 1, S. 451.

— — — — —

Schlußkapitel.

Endziel und Bewegung.

Kant wider Cant.

Es wurde schon an verschiedenen Stellen dieser Schrift auf den großen Einfluß verwiesen, den die Ueberlieferung bei der Beurtheilung von Thatsachen und Ideen auch in der Sozialdemokratie ausübt. Ich sage ausdrücklich „auch in der Sozialdemokratie", weil diese Macht der Ueberlieferung eine sehr verbreitete Erscheinung ist, von der keine Partei, keine literarische oder künstlerische Richtung frei ist, und die selbst in die meisten Wissenschaften stark hineinspielt. Sie wird auch kaum jemals völlig auszurotten sein. Es wird stets eine gewisse Zeit vergehen müssen, bis die Menschen die Unvereinbarkeit der Ueberlieferung mit dem Gewordenen soweit erkennen, um die erstere völlig zu den Akten werfen zu können. Bis dies geschieht oder ohne Schaden für die bestimmte Sache geschehen kann, bildet die Ueberlieferung gewöhnlich das kräftigste Mittel, Diejenigen zusammenzuhalten, die kein starkes, unausgesetzt wirkendes Interesse oder äußerer Druck zusammenkettet. Daher die intuitive Vorliebe aller Männer der Aktion, und seien sie in ihren Zielen noch so revolutionär, für die Ueberlieferung. „Never swop horses whilst crossing a stream" — wechsle niemals die Pferde, während du über einen Strom hinwegsetzest — dieses Motto des alten Lincoln wurzelt in demselben Gedanken wie Lassalles bekanntes Anathem gegen den „nörgelnden Geist des Liberalismus", die „Krankheit des individuellen Meinens und Besserwissenwollens". Während die Ueberlieferung wesentlich erhaltend ist, ist die Kritik stets zunächst destruktiv. Im Augenblick einer wichtigen Aktion kann daher selbst die sachlich berechtigtste Kritik vom Uebel und deshalb verwerflich sein.

Dies anerkennen, heißt natürlich nicht die Ueberlieferung heilig sprechen und die Kritik verpönen. Parteien sind nicht immer inmitten der Stromschnelle, wo alle Aufmerksamkeit nur einer Aufgabe gilt. Für eine Partei, die mit der thatsächlichen Entwicklung Schritt halten will, ist die Kritik unentbehrlich und kann die Ueberlieferung zur drückenden Last, aus einer motorischen Kraft eine hemmende Fessel werden.

Nun legen sich aber die Menschen in den wenigsten Fällen gern volle Rechenschaft über die Tragweite der Veränderungen ab, die sich in den Vor-

aussetzungen ihrer Ueberlieferungen vollzogen haben. Gewöhnlich ziehen sie es vor, solchen Veränderungen blos soweit Rechnung zu tragen, als es sich um Anerkennung unabweisbarer Thatsachen handelt, und sie so gut es geht mit den überkommenen Schlagworten in Einklang zu bringen. Das Mittel dazu heißt Rabulistik, und das Ergebniß für die Phraseologie ist in der Regel Cant.

Cant — das Wort ist englisch und soll im 16. Jahrhundert aufgekommen sein, als Bezeichnung für den frömmelnden Singsang der Puritaner. In seiner allgemeineren Bedeutung bezeichnet es die unwahre, entweder gedankenlos nachgeplapperte oder mit dem Bewußtsein ihrer Unwahrheit für irgend welchen Zweck ausgenutzte Redensart, ob es sich nun um Religion oder Politik, graue Theorie oder grünes Leben handelt. In diesem weiteren Sinne ist der Cant uralt — keine ärgeren Cantdrescher z. B. als die Griechen der nachklassischen Periode — und durchdringt in unzähligen Gestalten unser ganzes Kulturleben. Jede Nation, jede Klasse und jede durch Doktrin oder Interesse verbundene Gruppe hat ihren eigenen Cant. Theilweise ist er so sehr zur reinen Sache der Konvention, zur bloßen Form geworden, daß sich Niemand mehr über seine Inhaltlosigkeit täuscht und der Kampf gegen ihn müßiges Schießen auf Spatzen wäre. Dies gilt aber nicht von dem Cant, der im Gewand der Wissenschaftlichkeit auftritt, und dem Cant gewordenen politischen Schlagwort.

Mein Ausspruch, „das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts, die Bewegung alles“, ist vielfach als Ableugnung jedes bestimmten Zieles der sozialistischen Bewegung aufgefaßt worden, und Herr George Plechanow hat sogar entdeckt, daß ich diesen „famosen Satz“ aus dem Buche „Zum sozialen Frieden“ von Gerhard von Schulze-Gävernitz herausgelesen habe.[1] Dort heißt es nämlich an einer Stelle, daß es zwar für den

[1] In einer Reihe von Artikeln „Wofür sollen wir ihm dankbar sein. Offener Brief an Karl Kautsky“, veröffentlicht in Nr. 253 bis 255 der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ von 1898. Kautsky hatte auf dem Stuttgarter Parteitag geäußert, daß wenn die Sozialdemokratie meinen Ansichten auch nicht folgen könne, sie doch mir für die Anregungen dankbar sein könne, die ich durch meine Aufsätze gegeben. Das war in den Augen des Herrn Plechanow eine viel zu milde Kritik. Es genügte ihm nicht, daß ich, wie er wähnte, in Stuttgart von der erdrückenden Mehrheit der Parteitagsdelegirten desavouirt worden war, ich mußte auch als Ignorant von „frappanter Gedankenarmuth“ und „kritikloser Nachtreter“ bürgerlicher Reformen, der „der sozialistischen Theorie Faustschläge ins Gesicht versetzt, und — bewußt oder unbewußt, was hier gleichgiltig ist — bestrebt ist, diese Theorie zum Gaudium der ‚vereinigten reaktionären Masse‘ zu begraben“, mit Schimpf und Schande aus der Gemeinschaft aller Gerechten ausgestoßen oder, wie es bei Herrn Plechanow heißt, „von der Sozialdemokratie begraben werden“.

Ich versage es mir, hier den Ausdruck zu gebrauchen, den das Sprichwort für solche Art Nachrichterthum hat. Jeder folgt seiner Natur, und vom

revolutionären Sozialismus unentbehrlich sei, die Verstaatlichung aller Produktionsmittel als Endziel zu nehmen, nicht aber für den praktisch-politischen Sozialismus, der nahe Ziele dem entfernteren voranstelle. Weil also hier eine Art Endziel als für praktische Zwecke entbehrlich hingestellt wird und auch ich geringes Interesse für eine Art Endziel bekannt habe, bin ich „kritikloser Nachtreter" von Schulze-Gävernitz. Man muß gestehen, solcher Nachweis zeugt von frappantem Gedankenreichthum.

Als ich vor acht Jahren das Schulze-Gävernitzsche Buch in der „Neuen Zeit" besprach, habe ich, obwohl meine Kritik noch stark von Voraussetzungen beeinflußt war, die ich heute nicht mehr hege, doch jene prinzipielle Gegenüberstellung von Endziel und praktischer Reformthätigkeit als unwesentlich bei Seite gelassen und — ohne auf Protest zu stoßen — zugegeben, daß für England eine weitere friedliche Entwicklung, so wie Schulze-Gävernitz sie in Aussicht stellte, wenigstens nicht unwahrscheinlich sei. Ich drückte die Ueberzeugung aus, daß bei Fortdauer der freien Entwicklung die englische Arbeiterklasse wohl ihre Forderungen steigern, aber nichts verlangen werde, dessen Nothwendigkeit und Durchführbarkeit nicht jedesmal über allen Zweifel erwiesen sei. Das ist im Grunde nichts anderes als was ich heute sage. Und wenn man mir die inzwischen erzielten Fortschritte der Sozialdemokratie in England entgegenhalten wollte, so erwidere ich darauf, daß mit dieser Ausbreitung eine Entwicklung der englischen Sozialdemokratie aus einer utopistisch-revolutionären Sekte, als die Engels selbst sie wiederholt hingestellt hat, in eine Partei der praktischen Reform Hand in Hand gegangen ist und sie erst möglich gemacht hat. Kein zurechnungsfähiger Sozialist träumt heute noch in England von

---

Pfau erwartet Niemand melodische Töne. Aber die Phrase, daß ich zum „Gaudium" der „vereinigten reaktionären Masse" mein mörderisches Handwerk treibe, nöthigt mich zu einer kurzen Bemerkung.

Ich habe an anderer Stelle dieser Schrift einige sozialistische Blätter zitirt, die meine Schlußfolgerungen acceptirt oder sich selbst ähnlich wie ich geäußert haben. Die Liste ließe sich sehr verlängern, indeß kommt es mir nicht darauf an, meine Argumente durch das Gewicht der Zahl und des Ansehens der Gleichgesinnten zu bekräftigen. Um jedoch die Kampfesweise des Herrn Plechanow in ihr rechtes Licht zu stellen, muß ich doch noch erwähnen, daß auch ein großer, wenn nicht der größte Theil der in Rußland wirkenden russischen Sozialdemokraten, darunter die Redaktion der russischen Arbeiterzeitung, sich entschieden für einen, dem meinen sehr verwandten Standpunkt erklärt haben, und daß von dieser Seite verschiedene meiner „inhaltsleeren" Artikel ins Russische übersetzt und in Sonderabzügen verbreitet wurden. Nicht zum „Gaudium" Plechanows, das mag sein. Aber welche geschmackvolle Manier, unter diesen, ihm sehr wohl bekannten Umständen von „vereinigter" reaktionärer Masse zu reden — beiläufig ein Ausdruck, der die von Marx und Engels stets zurückgewiesene Phrase von der einen reaktionären Masse zehnfach an Widersinn überbietet.

einem bevorstehenden Sieg des Sozialismus durch eine große Katastrophe, keiner von einer raschen Eroberung des Parlaments durch das revolutionäre Proletariat. Dafür aber verlegt man sich immer mehr auf die Arbeit in den Munizipalitäten und anderen Selbstverwaltungskörpern und hat man die frühere Geringschätzung der Gewerkschaftsbewegung aufgegeben, mit dieser, und hier und da auch schon mit der Genossenschaftsbewegung, engere Fühlung gewonnen.

Und das Endziel? Nun, das bleibt eben Endziel. „Die Arbeiterklasse ... hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben." So Marx im „Bürgerkrieg in Frankreich". Nicht in allen Punkten, aber im Grundgedanken war es dieser Ausspruch, an den ich bei Niederschrift des Satzes vom Endziel dachte. Denn was sagt er schließlich anderes, als daß die Bewegung, die Reihe der Prozesse alles, jedes vorher eingehender fixirte Endziel aber ihr gegenüber unwesentlich ist? Ich habe seiner Zeit schon erklärt, daß ich die Form des Satzes vom Endziel, soweit sie die Auslegung zuläßt, daß jedes als Prinzip formulirte allgemeine Ziel der Arbeiterbewegung für werthlos erklärt werden soll, gern preisgebe. Aber was an vorgefaßten Theorien vom Ausgang der Bewegung über ein solches allgemein gefaßtes Ziel hinausgeht, das die prinzipielle Richtung und den Charakter der Bewegung bestimmt, wird nothgedrungen stets in Utopisterei verlaufen und zu irgend einer Zeit sich dem wirklichen theoretischen und praktischen Fortschritt der Bewegung hindernd und hemmend in den Weg stellen.

Wer nur ein wenig die Geschichte der Sozialdemokratie kennt, wird auch wissen, daß die Partei groß geworden ist durch fortgesetztes Zuwiderhandeln gegen solche Theorien und Verletzung der auf Grund ihrer gefaßten Beschlüsse. Was Engels im Vorwort zur Neuauflage des „Bürgerkriegs" hinsichtlich der Blanquisten und Proudhonisten in der Kommune sagt, nämlich daß sie beide durch die Praxis genöthigt wurden, gegen das eigene Dogma zu handeln, hat sich in anderer Gestalt noch oft wiederholt. Eine Theorie oder Grundsatzerklärung, die nicht weit genug ist, um auf jeder Stufe der Entwicklung Wahrnehmung naheliegender Interessen der Arbeiterklasse zu erlauben, wird immer durchbrochen werden, wie noch alle Abschwörungen von reforme-

rischer Kleinarbeit und von Unterstützung nahestehender bürgerlicher Parteien immer wieder vergessen wurden. Und immer wieder werden die Parteikongresse die Klage zu hören bekommen, es sei hier oder dort im Wahlkampf das Endziel des Sozialismus nicht genug in den Vordergrund gestellt worden.

In dem Zitat aus Schulze-Gävernitz, das Herr Plechanow mir entgegenschleudert, heißt es, durch Aufgeben der Behauptung, daß die Lage des Arbeiters [in der modernen Gesellschaft] hoffnungslos sei, verliere der Sozialismus seine revolutionäre Spitze und werde er zur Begründung gesetzgeberischer Forderungen verwendet. Aus dieser Gegenüberstellung geht deutlich hervor, daß Schulze-Gävernitz den Begriff revolutionär immer im Sinne des auf den gewaltsamen Umsturz abzielenden Strebens gebraucht. Herr Plechanow dreht die Sache um und wirft mich, weil ich die Lage des Arbeiters nicht als hoffnungslos hinstelle, weil ich ihre Verbesserungsfähigkeit und verschiedene andere Thatsachen anerkenne, die bürgerliche Oekonomen festgestellt haben, zu den „Gegnern des wissenschaftlichen Sozialismus".

„Wissenschaftlicher Sozialismus" — in der That. Wenn je das Wort Wissenschaft zum reinen Cant herabgewürdigt wurde, so in diesem Falle. Der Satz von der „Hoffnungslosigkeit" der Lage des Arbeiters ist vor mehr als fünfzig Jahren aufgestellt worden. Er läuft durch die ganze radikal-sozialistische Literatur der dreißiger und vierziger Jahre, und viele festgestellte Thatsachen schienen ihn zu rechtfertigen. So ist es begreiflich, wenn Marx im „Elend der Philosophie" das Unterhaltsminimum für den natürlichen Arbeitslohn erklärte; wenn es im Kommunistischen Manifest kategorisch heißt, „der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichthum"; und wenn in den „Klassenkämpfen" gesagt wird, daß die geringste Verbesserung der Lage des Arbeiters „eine *Utopie* bleibt innerhalb der bürgerlichen Republik". Ist nun die Lage der Arbeiter heute noch hoffnungslos, so sind natürlich auch diese Sätze noch richtig. Letzteres implizirt der Vorwurf des Herrn Plechanow. Die Hoffnungslosigkeit der Lage des Arbeiters ist danach unumstößliches Axiom des „wissenschaftlichen Sozialismus". Thatsachen anerkennen, die gegen sie sprechen, heißt nach ihm den bürgerlichen Oekonomen nachtreten, die diese Thatsachen konstatirt haben. Ihnen gebühre daher der Dank, den Kautsky mir zugebilligt hatte. „Richten wir ihn gleich überhaupt an alle Anhänger und Anbeter der „*wirthschaftlichen Harmonien*", und vor Allem selbstverständlich an den — *unsterblichen Bastiat!*"

Der große englische Humorist Dickens hat in einem seiner Romane diese Art zu disputiren sehr gut charakterisirt. „Deine Tochter hat einen

Bettler geheirathet", sagt eine, in dürftigen Verhältnissen lebende, etwas großspurige Dame zu ihrem Manne, und als dieser ihr erwidert, der neue Schwiegersohn sei doch nicht gerade ein Bettler, erhält er die vernichtende sarkastische Antwort: „So? Ich wüßte nicht, daß er große Liegenschaften besitzt." Eine Uebertreibung bestreiten, heißt die entgegengesetzte Uebertreibung behaupten.

Es giebt überall naive Gemüther, auf die solche Finten Eindruck machen. Etwas anerkennen, was bürgerliche Oekonomen gegen sozialistische Voraussetzungen eingewendet haben — welche Verirrung! Ich bin aber verhärtet genug, die Sarkasmen der Mrs. Wilfer einfach für kindisch zu halten. Ein Irrthum wird dadurch nicht der Forterhaltung werth, daß Marx und Engels ihn einmal getheilt haben, und eine Wahrheit verliert dadurch nicht an Gewicht, daß sie ein antisozialistischer oder nicht vollwichtig sozialistischer Oekonom zuerst gefunden oder dargestellt hat. Auf dem Gebiet der Wissenschaft stellt die Tendenz keine Privilegien oder Ausstoßungsdekrete aus. Seine Einseitigkeiten in der Darstellung der Entwicklungsgeschichte des modernen England, die ich seiner Zeit sicher scharf genug zurückgewiesen habe, haben Herrn von Schulze-Gävernitz nicht verhindert, sowohl in seiner Schrift „Zum sozialen Frieden" wie in seiner Monographie „Der Großbetrieb ein wirthschaftlicher und sozialer Fortschritt" Thatsachen festgestellt zu haben, die für die Erkenntniß der wirthschaftlichen Entwicklung der Gegenwart von großem Werthe sind, und weit entfernt, darin einen Vorwurf zu erblicken, erkenne ich gern an, durch Schulze-Gävernitz ebenso wie durch andere, aus der Schule Brentanos hervorgegangene Oekonomen (Herkner, Sinzheimer) auf viele Thatsachen aufmerksam gemacht worden zu sein, die ich vorher nicht oder nur ganz unzulänglich gewürdigt hatte. Ich schäme mich sogar nicht zu gestehen, auch aus Julius Wolffs Buch „Sozialismus und sozialistische Gesellschaftsordnung" Einiges gelernt zu haben.

Herr Plechanow nennt das „eklektische Verquickung [des wissenschaftlichen Sozialismus] mit den Lehren der bürgerlichen Oekonomen." Als ob nicht neun Zehntel der Elemente des wissenschaftlichen Sozialismus aus den Schriften „bürgerlicher Oekonomen" genommen wären, als ob es überhaupt eine Parteiwissenschaft gäbe.[1]

---

[1] Ein meinen Ansichten sehr nahestehender russischer Sozialist, S. Prokopowitsch, macht mir in der Revue der belgischen Sozialdemokratie in einem sehr scharfsinnigen Artikel über den Stuttgarter Parteitag den Vorwurf, daß ich in meinem Kampfe gegen den Unfug, die Wissenschaft zur Parteisache machen zu wollen, nicht konsequent sei. Dadurch daß ich der Theorie einen Einfluß auf die Taktik der Partei einräumte, trüge ich selbst zur Konfusion bei, die in dieser Beziehung in der Sozialdemokratie herrsche. „Die Taktik der Partei, schreibt er,

Zum Unglück für den wissenschaftlichen Sozialismus des Herrn Plechanow sind die vorherzitirten marxistischen Sätze von der Hoffnungslosigkeit der Lage des Arbeiters umgeworfen worden in einem Buche, das den Namen trägt „Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie“. Da lesen wir von der durch das Fabrikgesetz von 1847 bewirkten „physischen und moralischen Wiedergeburt“ der Textilarbeiter von Lancashire, die „das blödeste Auge schlug“. Es war also nicht einmal die bürgerliche Republik nothwendig gewesen, um eine gewisse Verbesserung in der Lage einer großen Kategorie der Arbeiterschaft herbeizuführen. In demselben Buche steht, daß die jetzige Gesellschaft „kein fester Krystall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus, daß auch in der Behand-

---

wird weit mehr als das theoretische Wissen von den thatsächlichen sozialen Verhältnissen bestimmt. Es ist nicht das theoretische Wissen, was den Einfluß auf die Taktik der Partei ausübt, sondern im Gegentheil, die Taktik der Partei ist es, die unbestreitbar die Doktrinen beeinflußt, die in der Partei Kurs haben. Für die modernen Bewegungen der Massen sind es immer die Vollmars, die den Bernsteins vorangehen .... die Wissenschaft wird stets ‚Parteisache‘ sein, wenn die Männer der Aktion an der Idee festhalten, daß irgendwelche Auffassung von der ökonomischen Entwicklung die Taktik der Partei beeinflussen könne. Die Wissenschaft wird erst von dem Moment an frei sein, wo man erkannt haben wird, daß sie den Zielen der Partei zu dienen, nicht aber sie zu bestimmen hat.“ Statt mich dagegen zu wenden, daß man die Taktik der Partei von einer, von mir für falsch betrachteten Doktrin abhängig mache, hätte ich mich dagegen wenden müssen, daß man sie überhaupt von irgend einer Theorie der sozialen Entwicklung abhängig mache. (Avenir Sociale, 1899, I, S. 15/16.)

Ich kann einem großen Theile des hier Gesagten rückhaltlos zustimmen, wie ich dies ja auch im ersten Kapitel bei Erörterung der Rolle der Eklektik angedeutet habe, das schon gedruckt war, als ich den Artikel Prokopowitschs erhielt. Wo die Doktrin sich zur Herrscherin aufwirft, ist es die Eklektik, die als Rebellin für die freie Wissenschaft Bresche legt. Aber ich kann mir kein dauerndes kollektives Wollen ohne einen kollektiven Glauben denken, der, wie viel immer das Interesse zu seiner Ausbildung beitragen mag, doch zugleich von irgend welcher verbreiteten Ansicht oder Erkenntniß dessen abhängig ist, was allgemein wünschbar und durchführbar ist. Ohne solche kollektive Ueberzeugung daher auch kein beharrliches kollektives Handeln. Diese Thatsache ist es, die mein von Prokopowitsch angefochtener Satz feststellt. „Das zweite Moment (bei der Bestimmung taktischer Fragen) ist intellektueller Natur: der Höhegrad der Erkenntniß des Gesellschaftszustandes, die erlangte Einsicht in die Natur und die Entwicklungsgesetze des Gesellschaftskörpers und seiner Elemente.“ („Neue Zeit“, XVI, 1, S. 485.) Von der Ansicht ausgehend, daß dies der Fall, kann ich die Heranziehung der theoretischen Erkenntniß bei der Erörterung taktischer Fragen nicht verfehmen, sondern nur mich dagegen wenden, daß man die Wissenschaft als solche anders denn als außerhalb der Partei stehende Sache behandle. Uebrigens heißt einer Sache dienen ebenfalls sie beeinflussen. „Am Ende hängen wir doch ab von Kreaturen, die wir machten“, sagt schon Mephistopheles.

lung der wirthschaftlichen Fragen seitens der offiziellen Vertreter dieser Gesellschaft „ein Fortschritt unverkennbar" sei. Ferner daß der Verfasser den Resultaten der englischen Fabrikgesetzgebung einen so weiten Raum im Buche gewidmet habe, um auf dem Festlande zur Nachahmung anzuspornen und so dahin zu wirken, daß der Umwälzungsprozeß der Gesellschaft sich in immer humaneren Formen vollziehe. (Vorwort.) Was alles nicht Hoffnungslosigkeit, sondern Verbesserungsfähigkeit der Lage des Arbeiters bedeutet. Und da seit 1866, wo dies geschrieben wurde, die geschilderte Gesetzgebung nicht abgeschwächt, sondern verbessert, verallgemeinert und durch in gleicher Richtung wirkende Gesetze und Einrichtungen ergänzt worden ist, kann heute von Hoffnungslosigkeit der Lage der Arbeiter noch weit weniger die Rede sein als damals. Wenn solche Thatsachen konstatiren dem „unsterblichen Bastiat" nachtreten heißt, so gehört zu den Nachtretern dieses liberalen Oekonomen in erster Reihe — Karl Marx.

Herr Plechanow zitirt mit großem Behagen Liebknechts Ausspruch auf dem Stuttgarter Parteitag: „Ein Geist wie Marx mußte in England sein, um dort sein ‚Kapital' zu schreiben, Bernstein aber läßt sich imponiren von der kolossalen Entwicklung der englischen Bourgeoisie." Er findet ihn indeß noch viel zu günstig für mich. Man brauche kein Marx zu sein, um in England dem wissenschaftlichen Sozialismus (im Sinne von Marx und Engels) treu zu bleiben. Mein Abfall stamme vielmehr daher, daß ich mit diesem Sozialismus „schlecht vertraut" sei.

Es kann mir selbstverständlich nicht einfallen, über Letzteres mit einem Manne zu streiten, dessen Wissenschaft es verlangt, bis zum großen Umsturz unter allen Umständen die Lage des Arbeiters für hoffnungslos zu erklären. Anders mit Liebknecht. Wenn ich dessen Ausspruch recht verstanden habe, so lief er darauf hinaus, mir mildernde Umstände zuzubilligen. So gern ich das anerkenne, so muß ich doch erklären, daß ich die mildernden Umstände nicht acceptiren kann. Natürlich liegt es mir fern, mich mit dem Denker Marx zu messen. Aber es handelt sich hier nicht um meine größere oder geringere Inferiorität gegenüber Marx. Es kann Jemand gegen Marx Recht haben, der ihm an Wissen und Geist nicht entfernt das Wasser reicht. Worum es sich handelt, ist, ob die von mir konstatirten Thatsachen richtig sind oder nicht, und ob sie die Konsequenzen rechtfertigen, die ich aus ihnen gezogen habe. Wie aus dem Vorstehenden ersichtlich, ist auch ein Geist wie Marx nicht von dem Schicksal verschont geblieben, seine vorgefaßten Meinungen in England erheblich zu modifiziren, ist auch er in England gewissen Ansichten, die er dorthin brachte, abtrünnig geworden.

Nun kann man mir entgegenhalten, Marx habe allerdings jene Verbesserungen anerkannt, wie wenig jedoch diese Einzelheiten seine Grund-

anschauung beeinflußt hätten, beweise das Kapitel über die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation am Schlusse des ersten Bandes „Kapital". Worauf ich zu erwidern habe, daß, soweit das richtig ist, es gegen jenes Kapitel spricht und nicht gegen mich.

Man kann dies vielzitirte Kapitel in sehr verschiedenartigem Sinne auffassen. Ich glaube der Erste gewesen zu sein, der es, und zwar wiederholt, als summarische Kennzeichnung einer Entwicklungs**tendenz** gedeutet hat, die der kapitalistischen Akkumulation innewohne, die aber in der Praxis sich nicht rein durchsetze und daher auch nicht zur dort geschilderten Zuspitzung der Gegensätze zu treiben brauche. Engels hat sich niemals gegen diese meine Auslegung gewendet, sie weder mündlich noch im Drucke für falsch erklärt. Er hat auch kein Wort dagegen einzuwenden gehabt, als ich 1891 in einer Abhandlung über eine Schulze-Gävernitzsche Arbeit mit Bezug auf die einschlägigen Fragen schrieb: „Es ist klar, daß wo die Gesetzgebung, die planmäßige und bewußte Aktion der Gesellschaft, entsprechend eingreift, das Walten der Tendenzen der wirthschaftlichen Entwicklung durchkreuzt, unter Umständen sogar aufgehoben werden kann. Marx und Engels haben das nicht nur nie geleugnet, sondern im Gegentheil stets betont." („Neue Zeit", IX, 1, S. 736.) Liest man das erwähnte Kapitel in dieser Auffassung, so wird man auch bei seinen einzelnen Sätzen immer stillschweigend das Wort „Tendenz" hinzusetzen und sich dadurch der Nothwendigkeit enthoben sehen, sie durch sinnverrenkende Auslegungskünste mit der Wirklichkeit in Einklang zu bringen. Jedoch würde oder wird alsdann das Kapitel selbst, je mehr die thatsächliche Entwicklung fortschreitet, immer bedeutungsloser werden. Denn seine theoretische Bedeutung liegt nicht in der Feststellung der allgemeinen Tendenz zu kapitalistischer Zentralisation und Akkumulation, die ja lange vor Marx von Bourgeois-Oekonomen und Sozialisten konstatirt worden war, sondern in der Marx eigenen Darstellung der Umstände und Formen, unter denen sie sich auf höherer Stufe verwirklichen, und der Resultate, zu denen sie führen sollte. In dieser Hinsicht aber zeitigt die faktische Entwicklung immer neue Einrichtungen und Kräfte, immer neue Thatsachen, angesichts deren die dortige Darstellung ungenügend erscheint und in entsprechendem Maße an Fähigkeit einbüßt, als Vorzeichnung der kommenden Entwicklung zu dienen. Dies meine Auffassung.

Man kann indeß das Kapitel auch anders verstehen. Man kann es dahin auffassen, daß all die erwähnten und etwa noch erfolgenden Verbesserungen nur zeitweilige Abhilfe gegen die niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus schaffen, daß sie unbedeutende Modifikationen bedeuten, die gegen die von Marx konstatirte Zuspitzung der Gegensätze auf die Dauer nichts Gründliches ausrichten können, diese vielmehr schließlich doch — wenn auch nicht buchstäblich, so doch im Wesentlichen — in der geschilderten Weise eintreten

und zu der angedeuteten katastrophenmäßigen Umwälzung führen werde. Diese Auffassung könnte sich auf die kategorische Fassung der Schlußsätze des Kapitels berufen und erhält eine gewisse Bekräftigung dadurch, daß am Ende doch wieder auf das Kommunistische Manifest verwiesen wird, nachdem kurz vorher auch Hegel erschienen ist mit seiner Negation der Negation, — Wiederherstellung des von der kapitalistischen Produktionsweise negirten individuellen Eigenthums auf neuer Grundlage.

Es ist nach meiner Ansicht unmöglich, schlechthin die eine Auffassung für richtig und die andere für absolut falsch zu erklären. Für mich illustrirt vielmehr das Kapitel einen Dualismus, der durch das ganze monumentale Marxsche Werk geht, und in weniger prägnanter Weise auch an anderen Stellen zum Ausdruck kommt. Einen Dualismus, der darin besteht, daß das Werk wissenschaftliche Untersuchung sein und doch eine, lange vor seiner Konzipirung fertige These beweisen will, daß ihm ein Schema zu Grunde liegt, in dem das Resultat, zu dem hin die Entwicklung führen sollte, schon von vornhinein feststand. Das Zurückkommen auf das Kommunistische Manifest weist hier auf einen thatsächlichen Rest von Utopismus im Marxschen System hin. Marx hatte die Lösung der Utopisten im Wesentlichen acceptirt, aber ihre Mittel und Beweise für unzulänglich erkannt. Er unternahm also deren Revision, und zwar mit dem Fleiß, der kritischen Schärfe und der Wahrheitsliebe des wissenschaftlichen Genies. Er verschwieg keine wichtige Thatsache, er unterließ es auch, solange der Gegenstand der Untersuchung keine unmittelbare Beziehung zum Endziel des Beweisschemas hatte, die Tragweite dieser Thatsachen gewaltsam zu verkleinern. Bis dahin bleibt sein Werk von jeder, der Wissenschaftlichkeit nothwendig Abbruch thuenden Tendenz frei.[1] Denn die allgemeine Sympathie mit den Emanzipationsbestrebungen der arbeitenden Klasse steht an sich der Wissenschaftlichkeit nicht im Wege. Aber wie sich Marx solchen Punkten nähert, wo jenes Endziel ernsthaft in Frage kommt, da wird er unsicher und unzuverlässig, da kommt es zu solchen Widersprüchen, wie sie in der vorliegenden Schrift u. A. im Abschnitt über die Einkommensbewegung in der modernen Gesellschaft aufgezeigt wurden, da zeigt es sich, daß dieser große wissenschaftliche Geist doch schließlich Gefangener einer Doktrin war. Er hat, um es bildlich auszudrücken, im Rahmen eines vorgefundenen Gerüsts ein mächtiges Gebäude aufgerichtet, bei dessen Aufbau er sich solange streng an die Gesetze der wissenschaftlichen Baukunst hielt, solange sie nicht mit den Bedingungen kollidirten, die ihm die Konstruktion des Gerüsts vorschrieb, sie aber vernachlässigte oder umging, wo das Gerüst zu eng war, um ihre Be-

[1] Ich sehe hier allerdings von jener Tendenz ab, wie sie in der Behandlung von Personen und der Darstellung von Vorgängen zum Ausdruck kommt, und die mit der ökonomischen Entwicklung keinen nothwendigen Zusammenhang hat.

obachtung zu erlauben. Statt da, wo es dem Bau Schranken setzte, kraft deren dieser es nicht zum Freistehen bringen konnte, das Gerüst selbst zu zertrümmern, änderte er am Bau selbst auf Kosten der Proportion herum, und brachte ihn so erst recht in Abhängigkeit vom Gerüst. War es das Bewußtsein dieses irrationellen Verhältnisses, das ihn von der Fertigstellung des Werkes immer wieder zu Verbesserungen an Einzeltheilen gehen ließ? Wie dem auch sei, meine Ueberzeugung ist, daß, wo immer jener Dualismus sich zeigt, das Gerüst fallen muß, wenn das Gebäude zu seinem Rechte kommen soll. Im Letzteren und nicht im Ersteren liegt das, was werth ist, von Marx fortzuleben.

Nichts bestätigt mich in dieser Auffassung mehr als die Aengstlichkeit, mit der gerade die tiefer angelegten derjenigen Marxisten, die sich noch nicht vom dialektischen Schema des Werkes — dies das besagte Gerüst — haben trennen können, an gewissen, von der Wirklichkeit überholten Aufstellungen des „Kapitals" festzuhalten suchen. So wenigstens kann ich es mir nur erklären, wie ein sonst dem Thatsächlichen so zugewandter Kopf wie Kautsky mir in Stuttgart auf die Bemerkung, daß die Zahl der Besitzenden seit Jahr und Tag zu- und nicht abnehme, entgegenrufen konnte: „Wenn das richtig wäre, dann wäre der Zeitpunkt unseres Sieges nicht nur sehr weit hinausgeschoben, dann kämen wir überhaupt nicht ans Ziel. Wenn die Kapitalisten zunehmen und nicht die Besitzlosen, dann entfernen wir uns immer mehr vom Ziel, je mehr die Entwicklung vor sich geht, dann festigt sich der Kapitalismus, nicht der Sozialismus."

Ohne den Zusammenhang mit dem Marxschen Beweisschema wäre mir der vorstehende Satz, der natürlich von Herrn Plechanow als „trefflich" voll und ganz unterschrieben wird, im Munde eines Kautsky unbegreiflich. In ähnlicher Auffassung hatte mir schon Fräulein Luxemburg in ihren früher erwähnten Artikeln, die ja überhaupt in Bezug auf Methode zum Besten gehören, das gegen mich geschrieben wurde, entgegengehalten, daß bei meiner Auffassungsweise der Sozialismus aufhöre, eine objektive historische Nothwendigkeit zu sein und eine idealistische Begründung erhalte. Trotzdem ihre Beweisführung einige haarsträubende logische Quersprünge aufzeigt und in eine ganz willkürliche Gleichsetzung von Idealismus und Utopismus ausläuft, trifft sie doch insofern den Kern der Sache, als ich in der That den Sieg des Sozialismus nicht von dessen „immanenter ökonomischer Nothwendigkeit" abhängig mache, es vielmehr weder für möglich, noch für nöthig halte, ihm eine rein materialistische Begründung zu geben.

Daß die Zahl der Besitzenden zu- und nicht abnimmt, ist nicht eine Erfindung bürgerlicher Harmonie-Oekonomen, sondern eine von den Steuerbehörden oft sehr zum Verdruß der Betreffenden ausgekundschaftete Thatsache,

an der sich heute gar nicht mehr rütteln läßt. Was hat aber diese Thatsache für den Sieg des Sozialismus zu besagen? Warum soll an ihr, beziehungsweise ihrer Widerlegung die Verwirklichung des Sozialismus hängen? Nun, einfach deshalb, weil es das dialektische Schema so vorzuschreiben scheint, weil eine Stange aus dem Gerüst herauszubrechen droht, wenn man zugiebt, daß das gesellschaftliche Mehrprodukt nicht von einer abnehmenden, sondern von einer wachsenden Zahl von Besitzenden angeeignet wird. Aber nur die spekulative Doktrin wird von dieser Frage berührt, für die faktischen Bestrebungen der Arbeiter ist sie ganz nebensächlich. Weder ihr Kampf um die politische Demokratie, noch ihr Kampf um die Demokratie im Gewerbe werden davon betroffen. Die Aussichten dieses Kampfes hängen nicht von der Stange der Konzentration des Kapitals in den Händen einer zusammenschrumpfenden Zahl von Magnaten ab, noch von dem ganzen dialektischen Gerüst, wozu diese Stange gehört, sondern von dem Wachsthum des gesellschaftlichen Reichthums, beziehungsweise der gesellschaftlichen Produktivkräfte in Verbindung mit dem allgemeinen sozialen Fortschritt, insbesondere der intellektuellen und moralischen Reife der Arbeiterklasse selbst.

Hinge der Sieg des Sozialismus von dem unausgesetzten Zusammenschrumpfen der Zahl der Kapitalmagnaten ab, so müßte die Sozialdemokratie, falls sie folgerichtig handeln wollte, wenn nicht die Anhäufung von Kapitalien in immer weniger Händen mit allen Mitteln unterstützen, so doch mindestens Alles unterlassen, was dieses Zusammenschrumpfen aufhalten könnte. Faktisch thut sie oft genug das Gegentheil. So, wo es auf ihre Stimmen ankommt, in Fragen der Steuerpolitik. Vom Standpunkt der Zusammenbruchstheorie wäre überhaupt ein großer Theil ihrer praktischen Thätigkeit Penelopenarbeit. Aber nicht sie ist es, die in dieser Hinsicht im Unrecht ist. Der Fehler liegt bei der Doktrin, soweit diese der Vorstellung Raum giebt, daß der Fortschritt von der Verschlechterung der Verhältnisse abhängt.

Kautsky wendet sich im Vorwort seiner Agrarfrage gegen diejenigen, die von der Nothwendigkeit einer Ueberwindung des Marxismus sprechen. Er sehe wohl Zweifel und Bedenken auftauchen, aber diese allein bedeuteten noch keine Entwicklung über die gewonnene Entwicklung hinaus.

Das ist insoweit richtig, als Zweifel und Bedenken noch keine positive Widerlegung sind. Aber sie können der erste Schritt zu solcher sein. Indeß handelt es sich denn überhaupt um Ueberwindung des Marxismus oder nicht vielmehr um Abstoßung gewisser Reste von Utopismus, die der Marxismus noch mit sich herumschleppt, und in denen wir die Urquelle der Widersprüche in Theorie und Praxis zu suchen haben, die dem Marxismus von seinen Kritikern nachgewiesen worden sind? Diese Schrift ist schon umfangreicher geworden als sie sollte, ich muß es mir daher versagen, auf alle hierher ge-

hörigen Punkte einzugehen. Aber umsomehr halte ich es für meine Pflicht, zu erklären, daß ich eine ganze Reihe, von anderer Seite erhobener Einwände gegen gewisse Einzelheiten der Marx'schen Lehre für unwiderlegt, einzelne für unwiderlegbar halte. Und ich kann dies um so eher thun, als diese Einwände für die Bestrebungen der Sozialdemokratie ganz unerheblich sind.

Wir sollten in dieser Hinsicht etwas weniger empfindlich sein. Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß von Marxisten Ausführungen, von denen sie glaubten, daß sie den Lehren von Marx diametral widersprächen, mit großem Eifer bekämpft wurden, während sich schließlich herausstellte, daß der vermeintliche Widerspruch zum größten Theile gar nicht bestand. Ich habe da unter Anderem die Polemik im Auge, die sich an die Untersuchungen des verstorbenen Dr. Stiebeling über die Wirkung der Verdichtung des Kapitals auf die Ausbeutungsrate knüpfte. Sowohl in der Ausdrucksweise, als auch in den Einzelheiten seiner Berechnungen ließ sich Stiebeling große Fehler zu Schulden kommen, die aufgedeckt zu haben vor Allem das Verdienst Kautskys ist. Dagegen hat der dritte Band „Kapital" gezeigt, daß der Grundgedanke von Stiebelings Arbeiten: die Abnahme der Ausbeutungsrate mit der steigenden Verdichtung des Kapitals, nicht in jenem Widerspruch zur Marx'schen Lehre stand, wie es den Meisten von uns damals erschien, wenn seine Begründung der Erscheinung auch eine andere ist wie bei Marx. Seinerzeit aber mußte Stiebeling hören, daß wenn, was er ausführe, richtig sei, die theoretische Grundlage der heutigen Arbeiterbewegung, die Marx'sche Lehre, falsch sei. Und wirklich konnten sich diejenigen, die so sprachen, auf verschiedene Stellen von Marx berufen. Eine Analyse der Kontroverse, die sich an die Stiebelingschen Aufsätze knüpfte, würde überhaupt sehr gut zur Veranschaulichung verschiedener Widersprüche der Werthlehre dienen können.[1]

[1] Ich möchte in dieser Verbindung auf den sehr bemerkenswerthen, „Lxbg." gezeichneten Artikel über die Stiebelingsche Arbeit im Jahrgang 1887 der „Neuen Zeit" aufmerksam machen, wo unter Anderem die Lösung des Problems der Profitrate vorweg genommen wurde. Der mir unbekannte Verfasser sagt hinsichtlich des Mehrwerths sachlich genau dasselbe, was ich im Abschnitt über die Werththeorie ausgeführt habe, wenn er schreibt: „Die Mehrwerthsrate, das Verhältniß des Totalprofits zum Totalarbeitslohn, ist ein Begriff, der auf die einzelnen Produktionszweige nicht angewendet werden kann" (S. 129). Was Kautsky dem damals entgegenhielt, war sicher das Beste, was auf Grund der vorliegenden Bände „Kapital" überhaupt gesagt werden konnte, und traf auch die Form, in die Lxbg. seine Gedanken kleidete. Denn der Begriff der Mehrwerthsrate läßt sich zweifelsohne auf die einzelnen Produktionszweige anwenden. Aber was Lxbg. wirklich meinte, war doch richtig. Die Mehrwerthsrate ist eine meßbare Größe nur für die als Einheit genommene Gesammtwirthschaft und kann daher, solange diese nicht realisirt ist, für die einzelnen Produktionszweige nicht festgestellt werden — wenigstens so lange nicht, als man den Arbeitswerth nicht in

Aehnliche Widersprüche bestehen hinsichtlich der Abschätzung des Verhältnisses von Oekonomie und Gewalt in der Geschichte, und sie finden ihr Gegenstück in den Widersprüchen in der Beurtheilung der praktischen Aufgaben und Möglichkeiten der Arbeiterbewegung, die an anderer Stelle schon erörtert wurden. Es ist dies indeß ein Punkt, auf den es nöthig ist, hier noch einmal zurückzukommen. Jedoch soll nicht die Frage untersucht werden, wie weit ursprünglich und im weiteren Verlauf der Geschichte die Gewalt die Oekonomie bestimmt hat und umgekehrt, sondern lediglich die Frage der schöpferischen Kraft der Gewalt in der gegebenen Gesellschaft. Während früher gelegentlich von Marxisten der Gewalt hierin eine rein negative Rolle zugewiesen wurde, macht sich heute eine Uebertreibung in der entgegengesetzten Richtung bemerkbar, wird der Gewalt nahezu schöpferische Allmacht zugewiesen und erscheint die Betonung der politischen Thätigkeit geradezu als die Quintessenz des „wissenschaftlichen Sozialismus“ — oder auch „wissenschaftlichen Kommunismus“, wie eine neue Mode den Ausdruck, nicht gerade zum Vortheil seiner Logik, verbessert hat.

Nun wäre es abgeschmackt, auf die Vorurtheile früherer Generationen hinsichtlich der Fähigkeiten der politischen Macht zurückzugehen, denn es hieße auch hier, noch hinter jene zurückgehen. Die Vorurtheile, welche die Utopisten z. B. in dieser Hinsicht hegten, hatten ihren guten Grund, ja, man kann kaum sagen, daß sie Vorurtheile waren, denn sie beruhten auf der faktischen Unreife der arbeitenden Klassen der Epoche, angesichts deren nur vorübergehende Pöbelherrschaft auf der einen und Rückfall in Klassenoligarchie auf der anderen möglich war. Unter diesen Umständen mußte die Verweisung auf die Politik als eine Ableitung von dringenderen Aufgaben erscheinen. Heute sind diese Voraussetzungen zum Theil gehoben, und darum wird kein zurechnungsfähiger Mensch daran denken, die politische Aktion mit den Argumenten jener Epoche kritisiren zu wollen.

Der Marxismus drehte, wie wir gesehen haben, zunächst die Sache um und predigte, unter Hinweis auf die potentiellen Fähigkeiten des industriellen Proletariats, die politische Aktion als vornehmste Aufgabe der Bewegung. Aber er bewegte sich dabei in großen Widersprüchen: Auch er erkannte, und unterschied sich dadurch von den demagogischen Parteien, daß die Arbeiterklasse die zu ihrer Emanzipation erforderte Reife noch nicht erlangt hatte und daß auch die ökonomischen Vorbedingungen dazu noch nicht gegeben waren. Trotzdem aber wandte er sich immer wieder einer Taktik zu, die beide Vorbedingungen als nahezu erfüllt annahm. Wir stoßen in seinen Publi-

---

direkte Beziehung zum Arbeitslohn setzt. Mit anderen Worten, es giebt kein wirkliches Maß für die Mehrwerthsrate der einzelnen Produktionszweige.

kationen auf Stellen, wo die Unreife der Arbeiter mit einer Schärfe betont wird, die sich wenig vom Doktrinarismus der ersten Sozialisten unterscheidet, und bald hinterher auf Stellen, nach denen man annehmen sollte, daß alle Kultur, alle Intelligenz, alle Tugend nur in der Arbeiterklasse zu finden sei, die es unerfindlich machen, warum die extremsten Sozialrevolutionäre und Gewaltanarchisten nicht Recht haben sollen. Dementsprechend ist die politische Aktion immer wieder auf die baldigst erwartete revolutionäre Katastrophe gerichtet, der gegenüber die gesetzliche Arbeit lange nur als ein pis aller, eine blos zeitweilige Auskunft erscheint. Und wir vermissen jegliches prinzipielle Eingehen auf die Frage, was von der gesetzlichen, und was von der revolutionären Aktion erwartet werden kann.

Daß in letzterer Hinsicht große Unterschiede vorwalten, leuchtet auf den ersten Blick ein. Aber sie werden gewöhnlich nur darin gesucht, daß das Gesetz oder der Weg gesetzlicher Reform der langsamere, der der Revolutionsgewalt der schnellere und radikalere sei.[1] Dies trifft jedoch nur bedingt zu. Es kommt ganz auf die Natur der Maßregeln an, auf ihre Beziehung zu den verschiedenen Volksklassen und Volksgewohnheiten, ob der gesetzliche oder der revolutionäre Weg der verheißendere ist.

Im Allgemeinen kann man hier sagen, daß der revolutionäre Weg (immer im Sinne von Revolutionsgewalt) schnellere Arbeit leistet, soweit es sich um das Hinwegräumen von Hindernissen handelt, die eine privilegirte Minderheit dem sozialen Fortschritt in den Weg stellt; daß seine Stärke auf der negativen Seite liegt.

Die verfassungsmäßige Gesetzgebung arbeitet in dieser Hinsicht in der Regel langsamer. Ihr Weg ist gewöhnlich der des Kompromisses, nicht der Abschaffung, sondern der Abfindung erworbener Rechte. Aber sie ist da stärker als die Revolution, wo das Vorurtheil, der beschränkte Horizont der großen Masse dem sozialen Fortschritt hindernd in den Weg tritt, und sie bietet da die größeren Vorzüge, wo es sich um die Schaffung dauernd lebensfähiger ökonomischer Einrichtungen handelt, mit anderen Worten für die positive sozialpolitische Arbeit.

In der Gesetzgebung dominirt in ruhigen Zeiten der Intellekt das Gefühl, in der Revolution das Gefühl den Intellekt. Wenn aber das Gefühl oft ein mangelhafter Dirigent ist, so der Intellekt ein schwerfälliger Motor.

---

[1] In diesem Sinne spricht Marx im Kapitel über den Arbeitstag von den „eigenthümlichen Vorzügen der französischen revolutionären Methode“, die sich in dem französischen Zwölfstundengesetz von 1848 gezeigt hätten. Es diktire für alle Arbeiter und alle Fabriken ohne Unterschied denselben Arbeitstag. Das ist richtig. Es ist aber festgestellt worden, daß dies radikale Gesetz über ein Menschenalter todter Buchstabe blieb.

Wo die Revolution durch Uebereilung, sündigt die alltägliche Gesetzgebung durch Verschleppung. Die Gesetzgebung wirkt als planmäßige, die Revolution als elementarische Gewalt.

Sobald eine Nation einen politischen Zustand erreicht hat, wo das Recht der besitzenden Minderheit aufgehört hat, ein ernsthaftes Hinderniß für den sozialen Fortschritt zu bilden, wo die negativen Aufgaben der politischen Aktion zurücktreten hinter den positiven, da wird die Berufung auf die gewaltsame Revolution zur inhaltlosen Phrase.[1] Man kann eine Regierung, eine privilegirte Minderheit stürzen, aber nicht ein Volk.

Selbst das Gesetz, mit allem Einfluß der durch die bewaffnete Macht geschützten Autorität hinter sich, ist oft ohnmächtig gegen eingewurzelte Sitten und Vorurtheile des Volkes. Die Mißwirthschaft im heutigen Italien hat ihren letzten Grund keineswegs im bösen Willen oder mangelnden guten Willen des Hauses Savoyen. Gegenüber der Tradition gewordenen Korruption des Beamtenthums und der Leichtlebigkeit der Volksmasse versagen häufig die bestgemeinten Gesetze und Verordnungen. Aehnlich in Spanien, in Griechenland, und in noch potenzirterem Maße im Orient. Selbst in Frankreich, wo die Republik Großes für den Fortschritt der Nation geleistet hat, hat dieselbe doch gewisse Krebsschäden des nationalen Lebens nicht nur nicht ausgerottet, sondern noch gesteigert. Was unter dem Bourgeoiskönigthum als unerhörte Korruption erschien, liest sich heute wie harmlose Spielerei. Eine Nation, ein Volk, ist nur im Begriff eine Einheit, die gesetzlich proklamirte Souveränetät des Volkes macht dieses noch nicht in Wirklichkeit zum bestimmenden Faktor. Sie kann die Regierung in Abhängigkeit bringen gerade von denen, gegenüber denen sie stark sein sollte: den Beamten, den Geschäftspolitikern, den Eigenthümern der Presse. Und das gilt für revolutionäre nicht minder wie für konstitutionelle Regierungen.

Die Diktatur des Proletariats heißt, wo die Arbeiterklasse nicht schon sehr starke eigene Organisationen wirthschaftlichen Charakters besitzt und durch Schulung in Selbstverwaltungskörpern einen hohen Grad von geistiger Selbständigkeit erreicht hat, die Diktatur von Klubrednern und Literaten. Ich möchte denjenigen, die in Unterdrückung und Chikanirung der Arbeiterorganisationen und Ausschluß der Arbeiter aus der Gesetzgebung und Verwaltung den Gipfel der Regierungskunst erblicken, nicht wünschen, einmal den Unterschied in der Praxis zu erfahren. Ebenso wenig würde ich es für die Arbeiterbewegung selbst wünschen.

Trotz der großen Fortschritte, welche die Arbeiterklasse in intellektueller, politischer und gewerblicher Hinsicht seit den Tagen gemacht hat, wo Marx

[1] „Zum Glück hat der Revolutionarismus in diesem Lande aufgehört, mehr als eine affektirte Phrase zu sein." Monatsbericht der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, Januar 1899.

und Engels schrieben, halte ich sie doch selbst heute noch nicht für entwickelt genug, die politische Herrschaft zu übernehmen. Ich sehe mich um so mehr veranlaßt, dies offen auszusprechen, als gerade in dieser Hinsicht ein Cant sich in der sozialistischen Literatur einschleicht, der alles verständige Urtheil zu erdrücken droht, und ich weiß, daß ich nirgends so sicher bin, auf eine objektive Beurtheilung meiner Ausführungen zu stoßen, als bei den Arbeitern, welche die Vorhut im Befreiungskampfe ihrer Klasse bilden. Noch von keinem Arbeiter, mit dem ich über sozialistische Probleme gesprochen, habe ich in diesem Punkte wesentlich abweichende Ansichten gehört. Nur Literaten, die nie in intimer Beziehung zur wirklichen Arbeiterbewegung gestanden haben, können in dieser Hinsicht anders urtheilen. Daher die — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — komische Wuth des Herrn Plechanow gegen alle Sozialisten, die nicht in die ganze Klasse des Proletariats das von vornherein hineinlegen, was zu werden ihr geschichtlicher Beruf ist, die noch Probleme sehen, wo er schon die Lösungen hat. Denn — das Proletariat bin Ich! Wer nicht so über die Bewegung denkt wie er, ist ein Gelehrter und ein Spießbürger. Es ist ein altes Lied, das aber durch sein Alter keineswegs an Reiz gewonnen hat.

Man hat den Utopismus noch nicht überwunden, wenn man das, was in der Zukunft werden soll, spekulativ in die Gegenwart verlegt, bezw. der Gegenwart andichtet. Wir haben die Arbeiter so zu nehmen wie sie sind. Und sie sind weder so allgemein verpaupert, wie es im Kommunistischen Manifest vorausgesehen ward, noch so frei von Vorurtheilen und Schwächen, wie es ihre Höflinge uns glauben machen wollen. Sie haben die Tugenden und die Laster der wirthschaftlichen und sozialen Bedingungen, unter denen sie leben. Und weder diese Bedingungen noch ihre Wirkungen lassen sich von einem Tage auf den anderen beseitigen.

Die gewaltigste Revolution kann das allgemeine Niveau der großen Mehrheit einer Nation nur sehr langsam ändern. Es ist ganz gut, Gegnern des Sozialismus auf die famosen Berechnungen, wie wenig eine gleichmäßige Vertheilung der Einkommen an dem Einkommen der großen Masse ändern würde, zu antworten, eine solche gleichmäßige Vertheilung bilde den kleinsten Theil dessen, was der Sozialismus zu verwirklichen suche. Aber man darf darüber nicht vergessen, daß das Andere, die Steigerung der Produktion, keine Sache ist, die sich so leicht improvisirt. „Erst auf einem gewissen, für unsere Zeitverhältnisse sogar sehr hohen Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Produktivkräfte wird es möglich, die Produktion so hoch zu steigern, daß die Abschaffung der Klassenunterschiede ein wirklicher Fortschritt, daß sie von Dauer sein kann, ohne einen Stillstand oder gar Rückgang in der gesellschaftlichen Produktionsweise herbeizuführen." Welcher Spießbürger, welcher

Gelehrte dies geschrieben hat, Herr Plechanow? Nun, kein anderer als Friedrich Engels.[1]

Haben wir die zur Abschaffung der Klassen erforderte Höhe der Entwicklung der Produktivkräfte schon erreicht? Gegenüber den phantastischen Zahlen, die früher in dieser Hinsicht aufgestellt wurden und auf Verallgemeinerungen der Entwicklung besonders begünstigter Industrien beruhen, haben in der Neuzeit sozialistische Schriftsteller sich bemüht, auf Grund sorgfältiger, in die Details eindringender Berechnungen zu sachgemäßen Schätzungen der Produktionsmöglichkeiten einer sozialistischen Gesellschaft zu gelangen, und ihre Resultate lauten denn auch von jenen Zahlen sehr verschieden.[2] Von einer allgemeinen Reduktion der Arbeitszeit auf fünf und vier oder gar drei und zwei Stunden täglich, wie ehedem angenommen wurde, kann in absehbarer Zeit gar keine Rede sein, wenn das allgemeine Lebensniveau nicht bedeutend ermäßigt werden soll. Selbst bei kollektivistischer Organisation der Arbeit würde sehr jung mit dem Arbeiten angefangen werden müssen und erst in sehr vorgerücktem Alter aufgehört werden können, wenn bei gleicher Produkten- und Dienstmenge unter den Achtstundenarbeitstag soll herunter gegangen werden können.

Kurz, man kann nicht die ganze arbeitende Klasse im Laufe von ein paar Jahren in Verhältnisse bringen, die sich sehr wesentlich von denen unterscheiden, in denen sie heute lebt. Dies sollten eigentlich gerade diejenigen zuerst einsehen, die hinsichtlich des Zahlenverhältnisses der besitzlosen zu den besitzenden Klassen sich gern in den weitgehendsten Uebertreibungen ergehen. Aber wer in dem einen Punkte irrationell denkt, thut es eben gewöhnlich auch im anderen. Und darum wundert es mich auch gar nicht, wenn derselbe Plechanow, den es empört, die Lage der Arbeiter als nicht hoffnungslos dargestellt zu sehen, für meine Ausführungen über die Unmöglichkeit, in absehbarer Zeit das Prinzip der wirthschaftlichen Selbstverantwortlichkeit der Arbeitsfähigen preiszugeben, nur das vernichtende Urtheil „spießbürgerlich" hat. Man ist nicht umsonst Philosoph der Unverantwortlichkeit.

Wer aber sich in der wirklichen Arbeiterbewegung umsieht, der wird auch finden, daß die Freiheit von denjenigen Eigenschaften, die dem aus der

[1] Vergl. „Soziales aus Rußland", Vorwärts-Ausgabe, S. 50.

[2] Vergl. Atlanticus, „Ein Blick in den Zukunftsstaat, Produktion und Konsum im Sozialstaat" (Stuttgart, Dietz), sowie die Aufsätze „Etwas über Kollektivismus" von Dr. Josef Ritter von Neupauer in Pernerstorfers „Deutsche Worte", Jahrgang 1897/98. Beide Arbeiten sind nicht einwandfrei, aber sind denjenigen, die sich über die einschlägigen Fragen zu unterrichten wünschen, sehr warm zu empfehlen. Neupauer meint, daß wenn man die Leistung aller Maschinen im Durchschnitt berechnete, es sich zeigen würde, daß sie schwerlich ein Drittel der menschlichen Arbeitskraft ersparen.

Bourgeoisie stammenden Affektationsproletarier als spießbürgerlich erscheinen, dort sehr gering eingeschätzt wird, daß man dort keineswegs das moralische Proletarierthum hätschelt, sondern im Gegentheil sehr darauf aus ist, aus dem Proletarier einen „Spießbürger“ zu machen. Mit dem unstäten, heimaths- und familienlosen Proletarier wäre keine andauernde, solide Gewerkschaftsbewegung möglich; es ist kein Bourgeoisvorurtheil, sondern in Jahrzehnten der Organisationsarbeit gewonnene Ueberzeugung, die so viele der englischen Arbeiterführer — Sozialisten und Nichtsozialisten — zu eifrigen Anhängern der Mäßigkeitsbewegung gemacht hat.[1] Die Arbeitersozialisten kennen die Fehler ihrer Klasse, und weit entfernt, sie zu glorifiziren, suchen die gewissenhaften unter ihnen, sie mit allen Kräften zu bekämpfen.

Ich muß hier noch einmal auf Liebknechts Wort zurückkommen, daß ich mir habe durch das großartige Wachsthum der englischen Bourgeoisie imponiren lassen. Das ist nur insoweit richtig, als ich mich von der Unrichtigkeit der früher in unserer Literatur kursirenden, auf mangelhafter Statistik beruhenden Angaben über das Verschwinden der Mittelklassen überzeugt habe. Aber es allein hat nicht genügt, mich zur Revision meiner Anschauungen über die Schnelligkeit und die Natur der Entwicklung zum Sozialismus zu bewegen. Viel wichtiger war, was genauere Bekanntschaft mit der klassischen Arbeiterbewegung der Neuzeit mich gelehrt hat. Und ohne kritiklos zu verallgemeinern, habe ich mich überzeugt und es von vielen Seiten bestätigt erhalten, daß es auf dem Festland prinzipiell nicht anders ist wie in England. Es handelt sich nicht um nationale, sondern um soziale Erscheinungen.

Wir können nicht von einer Klasse, deren große Mehrheit eng behaust lebt, schlecht unterrichtet ist, unsicheren und ungenügenden Erwerb hat, jenen hohen intellektuellen und moralischen Stand verlangen, den die Einrichtung und der Bestand eines sozialistischen Gemeinwesens voraussetzen. Wir wollen sie ihr daher auch nicht andichten. Freuen wir uns des großen Fonds von Intelligenz, Entsagungsmuth und Thatkraft, den die moderne Arbeiterbewegung theils enthüllt und theils erzeugt hat, aber übertragen wir nicht, was von der Elite — sage, von Hunderttausenden gilt, kritiklos auf die Massen, auf die Millionen. Ich will die Aeußerungen nicht wiedergeben, die mir von Arbeitern in Bezug auf diesen Punkt mündlich und schriftlich zu Theil geworden sind, ich brauche mich auch vor verständigen Leuten nicht gegen den Verdacht des Pharisäerthums und Schulmeisterdünkels zu vertheidigen. Aber ich gestehe gerne, daß ich hier etwas mit zweierlei Maß messe. Gerade weil ich von der Arbeiterklasse viel erwarte, beurtheile ich Alles, was auf Korruption ihres

[1] Auch der Vorstand der Unabhängigen sozialistischen Arbeiterpartei hat neulich in einem Rundschreiben seinen Sektionen warm ans Herz gelegt, in ihren Klublokalen keine spirituösen Getränke zu führen.

moralischen Urtheils abzielt, sehr viel strenger, als was in dieser Hinsicht in den oberen Klassen geschieht, und sehe ich mit dem größten Bedauern, wie sich in der Arbeiterpresse hier und da ein Ton des literarischen Dekadententhums breit macht, der nur verwirrend und schließlich korrumpirend wirken kann. Eine aufstrebende Klasse braucht eine gesunde Moral und keine Verfallsblasirtheit. Ob sie sich ein ausgemaltes Endziel setzt, ist, sobald sie mit Energie ihre naheliegenden Ziele verfolgt, schließlich untergeordnet. Das Wichtige ist, daß ihre Ziele erfüllt sind von einem bestimmten Prinzip, das eine höhere Stufe der Wirthschaft und des ganzen gesellschaftlichen Lebens ausdrückt, daß sie durchdrungen sind von einer sozialen Auffassung, die in der Entwicklung der Kultur einen Fortschritt, eine höhere Moral und Rechtsauffassung bezeichnet.

In dieser Auffassung kann ich den Satz: „die Arbeiterklasse hat keine Ideale zu verwirklichen", nicht unterschreiben, erblicke ich in ihm vielmehr nur das Produkt einer Selbsttäuschung, wenn er nicht eine bloße Wortspielerei seines Verfassers ist. Und in diesem Sinne habe ich seinerzeit gegen den Cant, der sich in die Arbeiterbewegung einzunisten sucht und dem die Hegelsche Dialektik bequeme Unterkunft bietet, den Geist des großen Königsberger Philosophen, des Kritikers der reinen Vernunft, angerufen. Die Wuthanfälle, in die ich damit Herrn Plechanow versetzt habe, haben mich nur in der Ueberzeugung bestärkt, daß der Sozialdemokratie ein Kant noththut, der einmal mit der überkommenen Lehrmeinung mit voller Schärfe kritisch-sichtend ins Gericht geht, der aufzeigt, wo ihr scheinbarer Materialismus die höchste und darum am leichtesten irreführende Ideologie ist, daß die Verachtung des Ideals, die Erhebung der materiellen Faktoren zu den omnipotenten Mächten der Entwicklung Selbsttäuschung ist, die von denen, die sie verkünden, durch die That bei jeder Gelegenheit selbst als solche aufgedeckt ward und wird. Ein solcher Geist, der mit überzeugender Schärfe bloslegte, was von dem Werke unserer großen Vorkämpfer werth und bestimmt ist fortzuleben, und was fallen muß und fallen kann, würde uns auch ein unbefangeneres Urtheil über diejenigen Arbeiten ermöglichen, die, obwohl nicht von den Ausgangspunkten ausgehend, die uns heute als maßgebend erscheinen, doch denselben Zwecken bestimmt sind, für welche die Sozialdemokratie kämpft. Daß die sozialistische Kritik es hierin manchmal noch sehr fehlen läßt und alle Schattenseiten des Epigonenthums offenbart, wird kein unparteisch Denkender leugnen. Ich habe in dieser Richtung selbst mein Redliches geleistet und werfe daher auf Niemand einen Stein. Aber gerade weil ich von der Schule bin, glaube ich berechtigt zu sein, dem Bedürfniß nach Reform Ausdruck zu geben. Wenn ich nicht fürchten müßte, falsch verstanden zu werden (auf das falsch gedeutet werden, bin ich natürlich vorbereitet), würde ich das „zurück auf Kant" in ein „zurück auf Lange"

übersetzen. Denn so wenig es sich für die Philosophen und Naturforscher, die zu jenem Motto stehen, um ein Zurückgehen bis auf den Buchstaben dessen handelt, was der Königsberger Philosoph geschrieben, sondern nur um das fundamentale Prinzip seiner Kritik, so könnte es sich auch für die Sozialdemokratie nicht um ein Zurückgehen auf alle sozialpolitischen Ansichten und Urtheile eines Friedrich Albert Lange handeln. Was ich im Auge habe, ist die Lange auszeichnende Verbindung von aufrichtiger und unerschrockener Parteinahme für die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse mit einer hohen wissenschaftlichen Vorurtheilslosigkeit, die stets bereit war, Irrthümer zu bekennen und neue Wahrheiten anzuerkennen. Vielleicht ist eine so große Weitherzigkeit, wie sie uns aus Langes Schriften entgegenleuchtet, nur bei Leuten zu finden, die jener durchdringenden Schärfe ermangeln, welche das Eigenthum bahnbrechender Geister wie Marx ist. Aber nicht jede Epoche bringt einen Marx hervor, und selbst für einen Mann von gleichem Genie wäre die heutige Arbeiterbewegung zu groß, um ihm jene Stelle einzuräumen, die Karl Marx in ihrer Geschichte einnimmt. Heute braucht sie, neben den streitbaren, die ordnenden und zusammenfassenden Geister, die hoch genug stehen, um die Spreu vom Weizen sondern zu können, und groß genug denken, auch das Pflänzchen anzuerkennen, das auf anderem Beete als dem eigenen gewachsen ist, die vielleicht nicht Könige, aber warmherzige Republikaner auf dem Gebiet des sozialistischen Gedankens sind.

